

enthalten. Und das Anrühige, was hier eigentlich ist, ist, daß gerade die SPÖ gegen diese Verordnung fast so ähnlich wie einen Einspruch gemacht hat, eine gegenteilige Stellungnahme abgegeben hat. Das ist alles nichts, diese Verordnung, sagt die SPÖ. Dabei ist alles untergebracht, was die SPÖ gefordert hat. Ich frage mich da nur, welches Doppelspiel hier wirklich gespielt wird. Habt ihr eigentlich ein Interesse, daß das Wohnbauförderungsgesetz novelliert wird, daß Änderungen kommen, oder habt ihr bis zur Gemeinderatswahl in Graz am 25. Jänner 1998 überhaupt kein Verlangen und kein Bedürfnis? Wollt ihr weiterhin die Wohnbaupolitik, die erfolgreiche Wohnbaupolitik miesmachen? Wollt ihr weiterhin rausgehen und sagen, es gibt zuwenig Wohnungen, und außerdem sind sie zu teuer, obwohl ihr ganz genau wißt, daß die Wohnungen billiger geworden sind, und ihr geht immer noch mit dem anderen Schmäh hinaus. Irgendwo muß einmal das Doppelspiel aufhören. (Beifall bei der FPÖ.) Ich habe hier einen ganz klassischen Zeitungsausschnitt von eurem Chef, von der SPÖ, der als großen Erfolg verkündet, ein riesengroßer Erfolg im Budget ist, daß man dem Wohnbaulandesrat 300 Millionen Schilling weggenommen hat. Das ist erst-rangig hier angeführt und als Highlight, als Erfolg hier festgeschrieben. Ich muß euch sagen, wenn euch nichts Besseres einfällt und wenn man irgend jemand was wegnimmt, daß man dann den Leuten weniger geben kann, und ihr noch dazu sagt, das ist ein Erfolg, dann verstehe ich euch einfach nicht mehr. Das verstehe ich nicht, was hier ein Erfolg sein soll. Für mich ist das ein Mißerfolg, das ist eine ganz, ganz schäbige Art, wie ihr eigentlich Politik macht. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt hier viele, viele Punkte, viele Verbesserungen in der Verordnung, welche den Wohnungswerbern jetzt schon zugute kommen. (Abg. Dr. Karisch: „Welche Verordnung bitte?“) Die Verordnung zum Wohnbauförderungsgesetz. Es gibt, Frau Abgeordnete Karisch, wie auch fast überall, ein Gesetz, und dazu die Verordnung. Gewisse Dinge werden im Gesetz vorgeschrieben und manche in der Verordnung. Das ist im Wohnbau so, das haben wir heute gehört, daß im Sozialbereich ganz das gleiche erfolgt. Gesetz und die Verordnung. (Abg. Dr. Karisch: „Bitte die Namen dazuzusagen, damit wir wissen, wovon wir reden!“) Und in dieser Verordnung hat Gott sei Dank Landesrat Michael Schmid, der zuständige Wohnbaulandesrat, wirklich blitzartig reagiert, und hat gesagt: „Wenn die nicht wollen, daß die Leute Förderungen bekommen, und keiner weiß, was eigentlich wirklich ist, dann nimm ich das selber in die Hand.“ Er hat entschieden und hat gesagt: „So, die Verordnung wird vorgezogen.“ Ich darf noch einmal im Namen des Betroffenen recht herzlich danken für diese positive Entscheidung (Abg. Majcen: „Und die Regierung hat zugestimmt!“); darf dem Kollegen Majcen auch zustimmen, wenn er sagt, daß auch er für die Vorziehung der Verordnung eingetreten ist. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Vorbehalt der Rechtsabteilung 10!“) Ja, wenn ich auf das noch denke, auf den Vorbehalt der Rechtsabteilung 10 über die Verordnung. Eines muß man wirklich einmal sagen, welche Rechte sich der Finanzlandesrat da überhaupt rausnimmt. Zuerst lebt er auf Kosten vom Wohnbau beziehungsweise Wohnbaugeld, über 2 Mil-

liarden hat er immer wieder zur freien Verfügung gehabt, die er schön brav brauchen konnte, und dann, als Strafe und als Dankbarkeit, macht er dann solche Sachen und sagt eigentlich damit, lieber Michael Schmid, aber in Wirklichkeit bin ich der Chef. Ich bestimme über das Geld. (Abg. Dr. Flecker: „Du hast ja keinés!“) Und alle lassen sich das gefallen, auch die Frau Landeshauptfrau läßt sich das gefallen. Alle müssen hinkriechen zum Finanzlandesrat, und überall ist er derjenige, der entscheiden kann. Sehr weit habt ihr euch alle heruntergelassen, das muß ich schon sagen. (Beifall bei der FPÖ.) Mit dieser neuen Verordnung, die jetzt Gott sei Dank auch vom Finanzlandesrat Ressel gütigerweise freigegeben ist, damit können 350 Millionen Schilling ab sofort den Wohnungssuchenden und den Häuslbauern zugute kommen. Es sind sehr viele Änderungen in der Verordnung vorgenommen worden. Und ich möchte vielleicht einige aufzählen, weil doch nicht alle bei den Parteienverhandlungen dabei waren, und ich es gut finde, wenn die Abgeordneten auch darüber Bescheid wissen, was in dieser Verordnung alles drinnen steht, damit ihr dann draußen sagen könnt, was wirklich geschehen ist, und nicht immer von der Vergangenheit reden müßt, was ja gar nicht mehr stimmt. Ich bringe einige Auszüge, damit ihr wirklich den letzten Wissensstand habt. Die Erhöhung der Wohnbauschekdarlehen wird um durchschnittlich 200.000 erhöht; das ist ein Aufwand von 100 Millionen Schilling. Die Verbesserung in der Wohnbeihilfe wurde um zwei Stufen angehoben. Das macht 100 Millionen Schilling aus. Dabei möchte ich in Erinnerung rufen, daß es den Vorschlag von der SPÖ gegeben hat, für diese Wohnbeihilfe zwei eigene Listen anzufertigen und zwei Tarife zu machen, einmal eine für die Wohnbeihilfenbezieher, für die Wohnungsbezieher, und eine für die Einfamilienhäuser und so weiter, und so weiter. (Abg. Dr. Flecker: „Wohnungsbezieher oder Wohnbeihilfebezieher, welche meinst du jetzt? Stelle da klar!“) Dabei habe ich wieder festgestellt, daß die SPÖ, und das muß ich unbedingt noch anbringen, eigentumsfeindlich agiert hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir dürfen diese nicht auseinanderdividieren, ob das jetzt eine Mietwohnung, eine Eigentumswohnung oder ein Einfamilienhaus ist. Das muß alles ganz gleich behandelt werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihr habt noch die Möglichkeit, dann zu sagen, warum ihr solche Sachen macht. Ihr habt der Bevölkerung einen äußerst schlechten Dienst erwiesen. Eines muß ich euch auch noch ins Stammbuch schreiben: Wenn das die Strafe für den Fall Konrad ist, und den Fall Konrad muß ich jetzt erwähnen, dann ist das eine teure Strafe. Ihr habt geglaubt, der Landesrat Michael Schmid muß das büßen. Er büßt es innerlich, weil er für den Wohnbau steht. (Abg. Dr. Flecker: „Klar, Michael Schmid muß das wissen!“) In Wirklichkeit büßen aber die Wohnungssuchenden. Die habt ihr damit alle bestraft. (Abg. Dr. Flecker: „Kollege Schmid, die Konrad bezieht Wohnbeihilfe!“) Daß der Fall Konrad gescheitert ist, ist einer Aktion der FPÖ mit Unterstützung der Presse, der Medien und der Bevölkerung zu verdanken. Ein herzliches Dankeschön an alle, die mitgewirkt haben, daß das zum Wohl der Steiermark gelungen ist. (Beifall bei der FPÖ. – 21.02 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile ihm das Wort. Er ist nicht als Hauptredner gemeldet, daher beträgt die Redezeit nur fünf Minuten.

Abg. Schleich (21.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich brauche nichts mehr zu berichtigen, bin auch nicht der Hauptredner. Sie müssen daher nur fünf Minuten mit mir Vorliebe nehmen. Der Wohnbau ist sicher ein wichtiges Programm in der Steiermark. Wenn man jetzt dem Kollegen Schinnerl zugehört hat, dann hat man die Meinung bekommen, daß die Briefe nicht umsonst ausgeschickt worden sind. Es schaut wirklich so aus, als würde der Wohnbau aufhören. (Abg. Schinnerl: „Bist du bei der Post?“) Bei der Post bin ich Gott sei Dank nicht, aber du bist dafür beim Finanzamt. Ich glaube, man hat wirklich den Eindruck, daß es jetzt kein Geld mehr gibt und daß nichts mehr gebaut werden kann. (Abg. Schinnerl: „Ich höre nichts!“) Das macht nichts, denn ich werde in den fünf Minuten auch etwas sagen. Wenn du zuhören würdest, würdest du auch etwas hören. Die Verunsicherung der Bevölkerung geht weiter. Ich hoffe, daß die Bürger draußen schon wissen, daß die 300 Millionen Schilling, denen ihr jetzt nachweint, gut angelegt sind, wenn sie dem Siedlungswasserbau zukommen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Uns ist der Wohnbau halt wichtig, im Gegensatz zu euch!“) Selbstverständlich ist das wichtig, daß man im Siedlungswasserbau jene Gelder abdecken kann, auf das die Gemeinden warten. Ich glaube, das ist auch kein Problem, denn auch jene Wohnungen, die wieder gebaut werden, werden an Kanäle angeschlossen werden. Das Geld ist daher gar nicht so fremd verwendet worden. Ich möchte beim Wohnbau noch zu einem anderen Thema Stellung nehmen, nämlich zu den Architektenwettbewerben. Die Architektenwettbewerbe mögen in Städten ganz gut sein. Ich weiß sehr gut, von was ich rede, denn in meiner Gemeinde hat auch ein Wettbewerb stattgefunden. Wir hatten das Glück, daß er noch einigermaßen zu vertreten war. Wenn man aber nach Tieschen weiterfährt, so gibt es ein Beispiel, wie ein Wohnhaus nicht ausschauen soll. Wenn ich mir die Häuser in Bad Gleichenberg anschau, und dahinter gibt es einen richtigen Stil, der in die Region paßt, davor sind Dächer, die eigentlich nach innen fallen, denn das letzte Haus hat man schon geändert, weil es dort Probleme gibt, um das dicht zu kriegen, dann muß man sagen, ist das vom Anblick her sicher nicht passend. Im ländlichen Bereich bekommt man dann noch Probleme, wenn man im Landschaftsschutz liegt. Im Landschaftsschutz, der natürlich nicht im Ortsgebiet zuständig ist, sondern nur in den umliegenden Randgebieten, wo nicht so dicht verbaut ist, werden den Leuten natürlich zur Landschaft passende Vorschriften vorgeschrieben. Im Ortsgebiet hat es einen Architektenwettbewerb gegeben, der genau anders ausschaut, und dann muß man einmal als Bürgermeister hinausgehen und eine Baukommission machen, die die Bürger überhaupt noch verstehen. Hier würde ich auch die Bitte an den zuständigen Landesrat richten, daß man vor allem in dörflichen Gemeinden und in Kleingemeinden, die ländlich strukturiert sind,

sich wirklich überlegt, dort einen Architektenwettbewerb aufzuzwingen, um dann mit den Problemen auch leben zu müssen. Wir haben bei uns ein Projekt, das vielleicht nicht so schlecht aussieht. Ich persönlich könnte damit leben, ich dürfte aber dann nicht Bürgermeister sein. Wenn man als Bürgermeister dort leben muß, dann muß man sich sehr viele Probleme anhören. Ich glaube, diese Probleme, wenn man ein zweites Mal so einen Wettbewerb hat, erspart man sich dann, indem man sagt, man baut nicht. Deshalb wäre es wirklich mein Anliegen, Architektenwettbewerbe ja, aber nur dort, wo sie hinpassen, aber nicht unbedingt im ländlichen Bereich, wenn es auch um die Gestaltung der Häuser geht, obwohl ich ein Verfechter für Bebauungspläne, für Bebauungsrichtlinien bin, daß man Grundkonzepte vorgibt, wie man dort bauen kann und damit auch vieles einsparen kann. In dieser Form ist das sicherlich nicht zu empfehlen. Auf was ich auch sehr viel im Wohnbau halte, und das möchte ich hier wirklich noch einmal an alle Kolleginnen und Kollegen weitergeben, ist die Wohnbeihilfe für alle, so wie es im Beschlußantrag hier auch schon eingebracht wurde. Wir haben das Beispiel, daß es in Deutschland und Oberösterreich möglich ist. Es müßte auch bei uns möglich sein, daß man jenen Bürgern, die nicht schnell eine Wohnung bekommen, auch die Möglichkeit gibt, Wohnbeihilfe zu beziehen. Nachdem der Wohnungsmarkt schon wesentlich verbessert ist, würde das, so glaube ich, auch der Allgemeinheit dienen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen von der FPÖ, lieber Abgeordneter Kollege Schinnerl! Ich glaube, dir ist es gelungen, hier sehr polemisch aufzutreten und zumindest den Eindruck zu erwecken, daß es hier kein Geld mehr gibt und daß keine Wohnungen mehr gebaut werden können. Ich glaube, du selbst weißt auch bei aller Nüchternheit und auch zu der späten Zeit (Abg. Mag. Bleckmann: „Ihr verwendet euch zum Polemisieren!“) ganz genau, daß es beim Wohnbau weitergeht und daß es keine Probleme gibt. Landesrat Schmid ist mit Sicherheit kein Obmann des Sparvereines, sondern er will Wohnungen bauen und wird es auch weiterhin machen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 21.07 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Posch. Ich erteile es ihm.

Abg. Posch (21.07 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man sich die Debatte über die Situation des Wohnbaues in den letzten Wochen in der Steiermark so ansieht, so muß man glauben, daß alles im argen liegt, und es regiert nur mehr Unordnung und Chaos. Ich darf Ihnen aber erfreulicherweise von der beruflichen Front eines Wohnungsbauers berichten, von einem, der wirklich in diesem Metier arbeitet. Es ist nicht so schlecht, wie es manche darstellen, aber nicht so gut, daß nicht Verbesserungen gemacht werden könnten. Es haben sich aber die Bedürfnisse der Bevölkerung verändert. Auch die Nachfrage ist von Ort zu Ort verschieden – eine Gegebenheit, die man durch Förderungen jedoch nicht endlos steuern wird können. Es ist also nicht die Zeit, Panik oder Unmut zu verbreiten, sondern die Gelegenheit, in aller Kürze einige fachliche Bereiche anzusprechen. Vorerst eine

Feststellung: Die Maßnahmen des Wohnbauförderungsgesetzes 1993 haben äußerst positiv gegriffen, und auch die neue Verordnung wird sich positiv für die Menschen, die Wohnungen brauchen, auswirken. Auf Grund der damals eingeführten Maßnahmen können derzeit Wohnungen ohne Sonderfinanzierungsformen mit einer monatlichen Rückzahlungsrate von zirka 30 bis 40 Schilling pro Quadratmeter übergeben werden. Hier muß man aber auch einmal sagen, daß eine gute Wohnung auch ihren Preis haben soll. Wenn man die an sich erfreuliche Entwicklung bei den Sonderausstattungen oder den „Kampf“ um den zweiten oder dritten Autoparkplatz zwei, drei Jahre später verfolgt, dann weiß man, daß es vielfach nicht am Preis, sondern an der verfehlten Erziehungspolitik unseres Wohlfahrtsstaates liegt, daß die Menschen zuerst nach den Förderungen fragen läßt. An dieser Stelle ein deutlicher Satz zu den Förderungen, insbesondere zur Wohnbeihilfe. Wir stehen jeder Ausweitung unserer Wohnbeihilfenregelung in eine Beihilfe für alle skeptisch gegenüber. Wir unterstützen eine Forderung nach einer verstärkten Hilfe für die wirklich Schwachen, die es aber bereits jetzt gibt. Aber eine generelle Entwicklung zu einer allgemeinen Wohnbeihilfe ist nicht im Sinne unseres teilweise doch überzogenen Wohlfahrtsstaates. Jeder Schilling in eine weitere Beihilfe ist ein Schilling, der den Baumitteln fehlen wird. Nur über eine lebendige Wirtschaft kann man aber auch das Einkommen der Menschen sichern, wobei eine Konjunktur nur beschränkt über Förderungspolitik erzwungen werden kann. Den realen Gegebenheiten von Angebot und Nachfrage kann man auf Dauer nicht entkommen. Ein Anheizen durch Vorziehprojekte bringt dann zwei bis drei Jahre später einen noch stärkeren Zusammenbruch.

Nun zu einem Vergleich der Wohnungskosten und Förderungsarten über die Bundesländer hinweg in einigen wenigen Stichworten und Ziffern:

Von der Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen wurden die Gesamtwohnungskosten verglichen. Hier schneidet die Steiermark aber nicht so gut ab. Gesamtwohnungskosten für den Bewohner über die gesamte Laufzeit berechnet, gibt es in der Steiermark für ganz Österreich den höchsten Satz. Gesamtaufwendungen des Förderungsgebers über die gesamte Laufzeit gibt es in der Steiermark den zweitniedrigsten Satz. Dies ist in unserem Förderungsmodell leicht erklärt. Unser Förderungsmodell ist stark auf die Gegenwart, und nicht auf die zukünftige Entwicklung abgestellt. Das Zurückholen aller vorgeleisteten Mittel wird in den späteren Jahren zu einem eklatanten Anstieg der Rückzahlungsraten führen. Ob dann die Spekulation mit den steigenden Löhnen aufgeht, ist aus heutiger Sicht fraglich. Es gibt also schon Entwicklungen und Probleme, die aber nicht sofort sichtbar sind, die erst in einigen Jahren wirksam sind. Was könnte heute gemacht werden, um den Wohnbau weiter in Schwung zu halten oder noch zu verbessern? Zuerst muß anerkennend gesagt werden, daß die Grundzüge der derzeit vorliegenden neuen Verordnung und des zu erwartenden Gesetzes für den praktischen Anwender durchaus eine vernünftige Basis für eine gute Arbeit sind. Hier haben sich besonders die fachlichen Vorschläge der Rechtsabteilung 14 als ganz

vorzüglich, praxisnahe, gezeigt. Der Wunsch der damit Arbeitenden wäre halt, daß diese verhandelten Maßnahmen möglichst rasch umgesetzt werden könnten. Bei manchen Wünschen, ohne sie namentlich zu nennen, ist es ganz gut, daß sie „im Papierkorb“ landen. Es ist nicht notwendig, nach Jahrzehnten der guten Wohnbauarbeit alle drei bis vier Jahre den Wohnbau in der Steiermark neu zu erfinden und damit in erster Linie wiederum zu verteuern. Einige Probleme beziehungsweise Wünsche, die wichtig wären, in erster Linie die Durchforstung der Bürokratie. Wer heute von der grünen Wiese bis zur Übergabe baut, hat je nach Lage und Gegebenheiten, 25 bis 30 einzelne bürokratische Schritte zu vollziehen. Das hat nichts mehr mit Raum- und Bauordnung zu tun, das wird in sich mehrmals überholt. Die Bürokratie ist einer der wesentlichsten Punkte, die einen Wohnbau auf Sicht verteuern. Das zweite ist die Architektur. Sie wurde schon angesprochen, wobei sie in vielen Bereichen besser geworden ist. Und das dritte, vor allem ist der Wohnbau keine Spielwiese für politische Schachzüge jeglicher Art. Zum Schluß bedanke ich mich bei allen recht herzlich, die in diesem Sektor tätig sind, im besonderen bei den Mitarbeitern der Rechtsabteilung 14. (Beifall bei der ÖVP. – 21.13 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Schreiner. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Schreiner (21.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte zu Beginn meiner Worte doch auf meinen Vorredner eingehen, auf den Herrn Kollegen Posch. Er hat erkannt, daß es zur Zeit gute Wohnungen am Markt gibt. Es werden von den Genossenschaften, von den Bauträgern, von den Architekten gute Wohnungen produziert, gemeinsam mit den Baufirmen gute Wohnungen gefördert. Das ist sicher ein Verdienst der langjährigen guten Zusammenarbeit auch mit der Rechtsabteilung 14. Ich möchte den Herrn Hofrat Dr. Rauchlatner und den Herrn Oberbaurat Kuschl recht herzlich begrüßen. (Beifall bei der FPÖ.) Als Vorsitzender des Wohnbaubeirates habe ich in der letzten Zeit auch schon Mißstimmung gehört, daß der Wohnbaubeirat zu kurz dauert. Ich finde das wunderbar, die ist auch auf die sehr gute Vorbereitung der Rechtsabteilung 14 zurückzuführen. Aber noch einmal: Eine Wohnung ist ein langlebiges, langfristig finanziertes Gut. Und, Herr Abgeordneter Posch, Herr Kollege, wo die jahrzehntelange gute Wohnbauarbeit beginnt, möchte ich gerne wissen, weil sie kann nicht jahrzehntelang dauern. Was ist bitte gut, wenn im Jahr 1992 die Verschuldung 3 Milliarden Schilling war? Was ist bitte gut, wenn die Architektur bis zu diesem Zeitpunkt noch unmöglicher war? Es gibt Wohnsiedlungen, wenn Sie da ins Schlafzimmer gehen, gibt es Winkel, da können Sie nur Ihren Hund verkehrt einparken. Ich kann Ihnen eine Wohnsiedlung zeigen, da ist das WC 1,30 Meter lang, 80 Zentimeter breit und 4,90 Meter hoch. Das gibt es alles. Und da hat ein fachkundiger Landesrat dafür gesorgt, daß hier eine Änderung eintritt, und nicht jeder Blödsinn gebaut wird, immer mit Hilfe der Rechtsabteilung 14, mit hoher Fachkenntnis und hoher Detailkenntnis. (Beifall bei der FPÖ.) Ich kann kaum Worte meiner Kritik zur

sozialdemokratischen Seite hinblickend wenden. Es ist mir schon klar, daß der Herr Abgeordnete Grabner in seinen Worten, den Wohnbau streifend, so im altsozialistischen Gedankengut Meinungen verbreitet, wo er wahrscheinlich nicht mehr ganz am letzten Stand ist. Aber, Herr Kollege Majcen, du hast mich erstaunt. Du hast etwas gesagt, das hat mir sehr gut gefallen, und zwar zum Thema Verkehr. Herr Kollege, du hast folgendes gesagt zum Thema Verkehr: Wir haben Maßnahmen eingeleitet. Ich weiß jetzt, wie man dazu jetzt sagt, wenn man jahrzehntelang nichts zusammenbringt, nichts bewegt und nur redet, das heißt dann einleiten. Das ist gut. Das ist ein Wortschatz, der gefällt mir sehr gut. Werden wir natürlich nie verwenden. (Abg. Ing. Getzinger: „Wieder etwas gelernt!“) Und jetzt zurück zum Wohnbau, das war nur ein ganz kurzer Ausflug. Es ist leider Gottes für euch eine Erfolgsstory. Die schaut folgendermaßen aus, auf Punkte gebracht: Ab 1993 3 Milliarden Schulden abgebaut. Notwendige Reserven, das Wohnbauförderungsgesetz 1993 sieht diese Maßnahme vor, aufgebaut, den Mietkauf eingeführt, der letzten Endes die Förderung der Mehrwertsteuer reduziert und meidet. Wir haben noch nie mehr Wohnungen gebaut als in den letzten Jahren, die Qualität der Wohnungen und die Qualität des Grundrisses ist besser geworden. Was wir leider Gottes nicht zusammengebracht haben, liegt nicht in unserem Bereich, ist eine Reduktion der Nebenkosten, der Betriebskosten. Das liegt nicht in unserem Bereich. Noch einmal zurück, vielleicht zur Architektur. (Abg. Dr. Flecker: „Franzi, wer ist denn wir?“) Wir, würde ich sagen, das ist an sich das Team Landesrat mit der Rechtsabteilung 14, weil allein machen wir nichts, wir sind wirklich teamfähig. Das ist der Unterschied dazu. Vielleicht zu ein paar anderen Punkten noch zurückkommend: Frau Abgeordnete Karisch, ich habe Ihre Wortmeldung, die Sie sehr emotionell vorgetragen haben, daß wir Landtagsabgeordnete die Budgethoheit haben, mit äußerster Verwunderung gehört. Es gibt ja vom Landtag eine sogenannte Ausschusssitzung, der Finanz-Ausschuß tagt da, und es hat in diesem achtstündigen Ausschuß keine einzige Wortmeldung gegeben eines ÖVP- und SPÖ-Abgeordneten. Ich kann nicht letzten Endes im Ausschuß, der vorberät, nicht tätig sein, nichts sagen und dann im Landtag sagen, wir haben die Budgethoheit. Sie haben sich ja gar nicht beschäftigt damit im Ausschuß. (Abg. Dr. Flecker: „Wir wissen das alles, wir diskutieren im Klub darüber. Wir haben Leute im Klub, die kennen sich aus!“) Darf ich vielleicht sagen, was es wirklich gibt, was es bei euch gibt. Es gibt einen Zettel, wann ihr was abstimmen müßt. Das gibt es bei euch, aber keine Beschäftigung mit dem Thema. Und jetzt bin ich schon beim Budget. Wir schleppen acht Kilogramm Bücher herum, und diese sagen folgendes aus: Es ist jederzeit alles gegenseitig deckungsfähig. Es ist jederzeit eine innere Anleihe aufzunehmen. (Abg. Dr. Flecker: „Das verstehst du nicht!“) Die Kreditgesetze, die wir haben, sind Persilscheine, und dazu brauchen wir siebeneinhalb oder acht Kilogramm Papier. (Abg. Dr. Flecker: „Zeig mir das, du kennst dich noch immer nicht aus!“) Dann hast du es dir noch nicht angeschaut. Das steht so drinnen. (Abg. Gennaro: „Der Schmid erklärt euch das zuwenig!“) Herr Kollege Kurt Gennaro, ich schätze dich

sehr. Aber nochmals, diese gegenseitige Deckungsfähigkeit ist Gesetz. (Abg. Gennaro: „Statt abwürgen, hätten Sie das lesen sollen!“) Das ist so. Die Aufnahme einer inneren Anleihe ist nach wie vor ohne Landtag möglich. (Präsident: „Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende!“) Herr Präsident, ich höre Ihre Stimme nur mehr schwach.

Ich möchte Ihre kostbare Zeit nicht noch länger in Anspruch nehmen. Ich habe morgen noch mehr Zeit, um zu reden. Ich werde daher die Redezeit einhalten, möchte aber noch etwas hinzufügen: Die Stunde der Wahrheit, ob diese 300 Millionen Schilling im Wohnbaubudget fehlen oder nicht, kommt in der nächsten Unterausschusssitzung. Da werden Sie wieder die Wohnbauförderung für alle beantragen. Wir werden dann sehen, ob die ÖVP, die auch der Meinung ist, daß die 300 Millionen nicht fehlen, dann zustimmt. Das ist dann die Stunde der Wahrheit. (21.22 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (21.22 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, daß den Parteien, ausgenommen der Freiheitlichen, hier in diesem Haus der Wohnbau weniger wichtiger ist als rechtzeitig ins Bett zu kommen. Es ist ein hohes Maß an Erschütterung für mich, daß es bei diesem Thema, das doch ein existenzielles Thema sowohl für jene Leute in der Steiermark ist, die eine Wohnung suchen, die eine Unterstützung brauchen, also insbesondere auch für jene, die in der Wirtschaft stehen und die in einem sehr hohen Ausmaß an den Aktivitäten des Wohnbaues beteiligt sind, keine Hauptredner gibt. Der Herr Wabl ist, so glaube ich, überhaupt schon schlafen gegangen. Aber das ist gut so, denn er hat in der letzten Unterausschusssitzung von eineinhalb Stunden eine Stunde geschlafen. So gesehen, führt er die Verhandlungen fort, und zwar zu Hause im Bett. Die Liberale Fraktion ist überhaupt nicht mehr da. Die Sozialdemokraten ziehen ihren Hauptredner zurück, und das tut mir leid, weil Otto Heibl eigentlich immer gescheite Sachen hier gesagt hat. Der Franz Majcen hat sich auch bereits in seiner Generalrede dazu geäußert. Es wäre sehr lustig gewesen, sich in einer Spezialdebatte diesem Thema zu stellen. (Abg. Dr. Lopatka: „Wird schon werden!“) Wird schon werden, na gut. Dann freue ich mich auf die weitere Diskussion. Ich habe bei jedem Tagesordnungspunkt als Regierungsmitglied die Möglichkeit, darüber zu diskutieren. Ich danke, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ. – 21.24 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt zum zweiten Teil der Gruppe 4 – Wohnbauförderung (Ansatz 48) nicht mehr vor. Es ist 21.25 Uhr. Es ist nicht sinnvoll, die nächste Gruppe zu beginnen, daher frage ich den Herrn Berichterstatter, ob er das Schlußwort in Anspruch nimmt.

Abg. Schinnerl: Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Präsident: Danke, wir kommen zu den Abstimmungen.

Erstens, über den Minderheitsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Schreiner und Mag. Hartinger zur Gruppe 4 – Wohnbauförderung (Ansatz 48). Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Zweitens, über den Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten zum zweiten Teil der Gruppe 4 (Ansatz 48) des Landesvoranschlages 1998. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Drittens, über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend den Entwurf einer Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich unterbreche nunmehr die Sitzung bis morgen früh um 8.30 Uhr und wünsche allen eine gute Nacht und eine gute Heimfahrt. (Unterbrechung der Sitzung: 21.27 Uhr bis Freitag, 12. Dezember 1997, 8.32 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Ich eröffne die Sitzung und wünsche einen guten Morgen.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Gruppe 5: Gesundheit.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (8.33 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zunächst wünsche ich allen einen guten Morgen. Ich berichte über den mündlichen Bericht Nr. 64 des Finanz-Ausschusses zur Gruppe 5 des Landesvoranschlages 1998. Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 2. Dezember 1997 die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/1, betreffend den Landesvoranschlag 1998, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan, beraten. Bei den Beratungen wurde nächstehender Minderheitsantrag gestellt, den ich jetzt vorlese. Minderheitsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Schreiner und Mag. Hartinger, betreffend die Gruppe 5 des Landesvoranschlages 1998 gemäß Paragraph 23, Absatz 11, der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages. Die obgenannten Abgeordneten haben folgendes beantragt. Begründung: Durch den im Budget 1998 ausgewiesenen Investitionszuschuß von lediglich 30 Millionen Schilling erscheint der geplante Baubeginn für das Krankenhaus Weiz, der für Februar 1998 zugesagt wurde, nicht mehr möglich. Im Entwurf zum Voranschlag 1998 waren für dieses Projekt noch 105 Millionen Schilling vorveranschlagt. Um die bereits abgegebenen Zusagen einhalten zu können, ist eine entsprechende Erhöhung dieses Investitionszuschusses unbedingt erforderlich. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Im Landesvoranschlag 1998 wird der nachfolgende Ansatz der Gruppe 5 folgendermaßen abgeändert: 5/561915-7355 „Krankenhaus Weiz, Investitionszuschuß“ Erhöhung

um 75 Millionen Schilling auf 105 Millionen Schilling; daher Bedeckung durch Rücklagenentnahme: 6/981929-2980 „Entnahme aus der Rücklage zur weiteren Finanzierung des Sonderinvestitionsprogrammes“ in Höhe von 75 Millionen Schilling. Dieser Antrag wurde im Finanz-Ausschuß nicht angenommen. Er wird hiemit wiederholt. Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Schreiner, Mag. Hartinger. Namens des Finanz-Ausschusses darf ich nun folgenden Antrag stellen, nämlich die Gruppe 5 entsprechend zu genehmigen. Ich glaube, ich brauche die Gruppe 5 nicht nochmals in Kapiteln vorlesen. Sie kennen den ganzen Voranschlag der Gruppe 5. Er reicht von der Seite 144 bis zur Seite 183. Er beinhaltet an Ausgaben 7.129,226.000 Milliarden Schilling und an Einnahmen 6.432,066.000 Milliarden Schilling. Ich stelle daher den Antrag, die Ansätze und Posten der Gruppe 5 – Gesundheit – des Landesvoranschlages 1998 werden genehmigt. Ich habe noch einen Bericht anzuschließen, und zwar den mündlichen Bericht Nr. 65.

Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 2. Dezember 1997 zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/1, betreffend den Landesvoranschlag 1998, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan, über Beschlußanträge beraten und zur Gruppe 5 nachstehenden Beschluß gefaßt:

Antrag: Der Hohe Landtag wolle zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/1, folgenden Beschlußantrag beschließen:

Zu Gruppe 5: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, 1998 mit den steirischen gemeinnützigen Ordenskrankenanstalten, namentlich dem Krankenhaus der Marienschwestern in Vorau, dem Krankenhaus der Elisabethinen in Graz, dem Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Graz, Marschallgasse, und dem Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Graz-Eggenberg, Verhandlungen über einen Landeszuschuß zur Betriebsabgangsdeckung zu führen.

Dabei wären insbesondere folgende Fragen zu klären: Abstimmung des Leistungsangebotes mit den Landeskrankenhäusern und Versorgungswirksamkeit insgesamt und Kontrolle durch den Landesrechnungshof.

Antragsteller sind Bacher, Riebenbauer, Pußwald, Schützenhöfer, Herrmann, Gennaro. Soweit mein Bericht. (8.37 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich für diesen Bericht und darf Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vorschlagen, die Spezialdebatte der Gruppe 5 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil Umweltschutz und im zweiten Teil Gesundheit behandelt werden. Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zum ersten Teil der Gruppe 5 Umweltschutz.

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Karisch (8.38 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich wünsche Ihnen allen einen recht schönen guten Morgen, heute an unserem dritten Tag. Ich bedanke

mich - ich glaube auch in Ihrem Namen - bei unseren Bauern und unserem Oberbauern Erich Pörtl für die Äpfel, die uns sicher heute erfrischen werden. Danke! (Allgemeiner Beifall.)

Ich bin erstaunt, daß ich als erste am Wort bin, aber ich nehme das gerne an. Man hat mir gesagt, diesmal sei es anders. Es kämen die Gegenredner zuerst, aber anscheinend ist das nicht in jeder Debatte der Fall. Meine Damen und Herren! Gestern ist in Kyoto in Japan eine Weltklimakonferenz zu Ende gegangen. Nach Rio de Janeiro und nach Berlin war es das dritte Mal, daß sich die Staatengemeinschaft mit dem Weltklima, der Umweltverschmutzung und möglichen Maßnahmen dagegen befaßt hat. Berlin seinerzeit hat viel heiße Luft produziert. Von Kyoto hat man viel erwartet, aber es hat auch nicht viel gebracht. Viel Papier für den Rauchfang, wie Helena Wallner heute in der „Kleinen Zeitung“ geschrieben hat. Es ist ein erster Schritt, eine Reduktion der USA um 7 Prozent, der EU um 8 Prozent, von Japan um 6 Prozent, ausgehend vom Stand 1990. Ein Handel mit Emissions-scheinen ist möglich, dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Wie der aber aussehen wird, und ob der nicht zu noch mehr Emissionen führt, wird erst 1998 in einer Folgekonferenz entschieden werden. Es hat sich gezeigt, daß zwischen Worten und Taten große Unterschiede liegen. Der amerikanische Präsident Al Gore, der sich mit seinen Büchern als Grüner etabliert hat, hat sein wahres Gesicht gezeigt. Bei den Maßnahmen ist er nicht mehr so grün.

Meine Damen und Herren, ich weiß, daß Sie müde sind, aber ich möchte Sie um ein bißchen Aufmerksamkeit in der Früh für die Umwelt bitten. Unsere westlichen Wohlstandsgesellschaften überfordern das Ökosystem enorm. Regenwälder werden gerodet, bisher schon und wahrscheinlich noch weiter, Rohstoffe geplündert, immer mehr Schadstoffe emittiert. Experten sagen uns markante Klimaveränderungen vorher und damit wesentliche Veränderungen in unseren Lebensgrundlagen. Sie kennen das Szenario bei Zunahme der Erderwärmung. Ich darf nur drei Punkte kurz wiederholen:

Erstens: In der Folge des Abschmelzens des Festlandeis wird der Meeresspiegel ansteigen. 100 Millionen Menschen werden in die Flucht getrieben. Denken Sie an Bangladesch. Es könnte sogar bei einem noch stärkeren und längeren Ansteigen dazu kommen, daß in der Antarktis die Schelfeise abschmelzen. Undenkbar, welche Regionen dann unbewohnbar wären.

Zweitens: Die Klimazonen werden sich verschieben. Sie verschieben sich auch bei einer geringen Klimaerwärmung, und das, meine Damen und Herren, trifft uns. Die Alpen würden weniger Schnee haben, die Schneegrenze würde sich in die Höhe verlagern. Wir müssen dann als Schifremdenverkehrsland undenken. Auch die Landwirtschaft, die dicht an ihrer biologischen Grenze arbeitet in manchen Regionen, wird unmöglich werden. Es werden südliche Regionen unfruchtbar werden, auch wir könnten betroffen sein, die Südsteiermark zum Beispiel.

Drittens: Die Geschwindigkeit der Erwärmung belastet sehr stark die Ökosysteme und ruft einen Klimastreß hervor. Das könnte dazu führen, daß Mikroorganismen, die sich viel schneller und leichter

anpassen können, sich ausdehnen, überleben. Man rechnet mit neuen Krankheiten, und die Weltgesundheitsorganisation befürchtet, daß sich tropische und subtropische Krankheiten auch in den gemäßigten Zonen ausbreiten könnten, sozusagen Malariaepidemien am Rhein oder auch an der Mur.

Eine der Hauptursachen für den Treibhauseffekt und die daraus folgende Klimaänderung ist die zunehmende Verbrennung von Kohle, Öl und Gas. Auch der Verkehr hat einen großen Anteil, weltweit sind bereits 500 Millionen Kraftfahrzeuge im Einsatz. Wie sieht es bei uns in Österreich aus? Wir haben im Vergleich mit anderen Industriestaaten einen geringeren CO₂-Ausstoß, doch nicht, weil wir so gut sind, sondern weil wir, von der Natur begünstigt, die Möglichkeit der Wasserkraft haben. Die CO₂-Emission pro Kopf beträgt in Österreich 7,4 Tonnen, in Deutschland 10,8 Tonnen und in dem auch so umweltbewußten Dänemark immerhin noch sogar 11,6 Tonnen. Dänemark deckt auch noch ein Drittel seines Energiebedarfs mit Kohle, in Österreich sind es nur 12 Prozent.

Meine Damen und Herren, wir haben uns trotz einer relativ guten Ausgangslage verpflichtet, unseren CO₂-Ausstoß weiter zu reduzieren. Die Steiermark ist darüber hinaus auch bereits seit 1992 Mitglied des Klimabündnisses, und wir haben auch da zusätzliche Verpflichtungen übernommen. Wir sind weit davon entfernt, sie zu erfüllen. Das müssen wir feststellen. Allerdings haben wir sehr positive Ansätze. Von den heute österreichweit 181 Mitgliedsstaaten und Gemeinden des Klimabündnisses kommen 63 aus der Steiermark. Mit diesem hohen Anteil stellen wir sowohl österreichweit als auch europaweit einen Spitzenwert dar. Es sind viele kleine Schritte in die richtige Richtung. Die Steiermark ist auch noch immer Vorreiter im Einsatz erneuerbarer Energieträger. Wir haben viele Wasserkraftwerke, rund 100 Biomassewärmernetze wurden in den letzten Jahren errichtet. Die CO₂-Einsparung dadurch betrug allein von 1980 bis 1996 76.000 Tonnen. Die Steiermark weist auch 240.000 Quadratmeter Solarkollektorfläche auf. Das bedeutete allein im Jahre 1996 eine Einsparung von 35.000 Tonnen CO₂. Also es ist möglich, wir müssen diesen Weg weitergehen. Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung wird nun wieder getan, ein neuer Mosaikstein bei der CO₂-Minderung: Die Forcierung von Holzheizungen soll einen neuen Impuls beim CO₂-Einsparen bringen. Aus diesem Grund hat Landesrat Erich Pörtl als der für Energiefragen zuständige Ressortverantwortliche mit Landeshauptmann Waltraud Klasnic und Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek vereinbart, eine Förderaktion für moderne Holzheizungen kleiner Leistung einzuführen. 30 Millionen Schilling sollen in Zukunft jährlich an Fördergeldern dafür zur Verfügung stehen. Dafür ein herzliches Dankeschön, Herr Landesrat. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Es ist nur eines der betroffenen Regierungsmitglieder da, aber ich glaube, der Applaus gilt allen dreien. Meine Damen und Herren, neben diesen kleinen Schritten zur CO₂-Reduktion haben wir in der Steiermark noch ein großes Energieeinsparpotential. Dieser Schatz muß in den nächsten Jahren gehoben werden. Ein Beispiel dafür, und wir haben schon oft darüber geredet, ist die Wärmedämmung. Infrarotaufnahmen von

Gebäuden ergeben immer wieder Hinweise auf den übergroßen Energieverlust. Eine bessere Wärmedämmung von Neubauten, aber auch die Wärmanpassierung alter Gebäude können sehr große Einsparpotentiale lockermachen. Und da ergeht meine Bitte an Landesrat Schmid, der heute früh noch nicht hier ist. (Abg. Schinnerl: „Hier sitzt er!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Hier bin ich!“) Ich bitte um Entschuldigung, ich habe Sie nicht gesehen. (Abg. Schinnerl: „Die Frau Landeshauptmann sitzt auch öfters hier!“) Ich habe so viel Respekt und suche Sie daher nur auf der Regierungsbank. Ich nehme alles zurück, Herr Landesrat, freue mich, daß Sie da sind und darf Sie direkt ansprechen. Es wäre sehr schön, wenn es möglich wäre, Wärmedämmung durch Anreize, durch entsprechende gesetzliche Fördermaßnahmen möglich zu machen.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen in der Zukunft einen neuen Ansatz in der Energiepolitik. Nicht mehr die Energie, die angeboten wird, soll im Mittelpunkt stehen, sondern es sollte die Dienstleistung, die Nachfrage, im Mittelpunkt stehen: Was wird gebraucht, was braucht der Konsument, was braucht die Wirtschaft, soll es warm sein, soll etwas transportiert werden, soll eine Maschine angetrieben werden? Welcher Zweck auch immer, die Energie sollte dort aufgebracht werden, wo sie benötigt wird, maßgeschneidert für den Bedarf. Meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt, daß das der Weg der Zukunft ist. Ich bin überzeugt, daß wir dabei viele neue Technologien entwickeln können, die wir auch gut verkaufen können. Ich bin überzeugt, daß in diesem Bereich der Energieerzeugung als Dienstleistung vor Ort sehr viel Zukunft liegt, viel Zukunft an Gehirnschmalz, viel Zukunft an neuen Technologien und viel Zukunft an neuen Arbeitsplätzen. Die Energie vor Ort würde uns auch unabhängiger machen, unabhängiger vom Öl ausländischer Anbieter und von eventuellen Erpressungen gegenüber unserer Wirtschaft. Ich glaube, diesen Weg sollten wir ganz konsequent gehen!

Zu den größten CO₂-Emittenten gehört der Verkehr, und da wird es schwierig. Von der Verkehrsfront können wir nicht nur österreichweit, sondern auch international heute noch wenig Positives berichten. Weltweit sind, wie schon gesagt, 500 Millionen Vehikel im Einsatz. Sie quälen sich durch verstopfte Städte und über holprige Landstraßen. Ihr CO₂-Ausstoß trägt wesentlich zum Treibhauseffekt bei. Meine Damen und Herren! Wir werden in der Verkehrspolitik umdenken müssen. Wir selbst, Sie alle und ich auch, werden uns von manch lieb gewordener Gewohnheit trennen müssen, nämlich der Gewohnheit, als einzelner mit dem Auto unterwegs zu sein – ich nehme mich da durchaus nicht aus. Wenn es uns nicht gelingt, durch neue Technologien die Fahrzeuge umweltverträglicher zu machen, werden wir auf diese heutige Art von Mobilität in der Zukunft verzichten müssen. Es gibt allerdings positive Anzeichen am Horizont: neue Technologien, neue Treibstoffe. In der Steiermark gibt es den bemerkenswerten Ansatz, schädliche Treibstoffe durch umweltfreundliche zu ersetzen, und zwar den Biodiesel, über den wir oft gesprochen haben, aus dem Rapsanbau und aus der Wiederverwertung von Altspeiseöl. Von 1994 bis 1997 wurden 700.000 Liter Altspeiseöl gesammelt und zu rund 600.000 Litern

Ökodiesel verarbeitet. Wie wir wissen, hat bereits das Ausland Interesse an diesem steirischen Winterbiodiesel. Er wird bei den olympischen Spielen in Japan für die Organisationsfahrzeuge eingesetzt werden.

Aber nicht nur aus Raps und Altspeiseöl kann ein neuer Treibstoff gewonnen werden. In Südamerika, in Brasilien, wo es Übermengen an Zuckerrohr gibt, wird aus Zuckerrohr Alkohol gemacht, und eine ganze Reihe von Fahrzeugen fährt in Südamerika bereits mit Alkohol. Diese neuen umweltfreundlichen Treibstoffe, Biodiesel, Bioalkohol, wie immer Sie wollen, könnten uns helfen, unsere Bequemlichkeit mit den vielen Fahrzeugen beizubehalten.

Die Einrichtung des Steiermärkischen Verkehrsverbundes ist auch ein Ansatz zur Besserung – ein erster Ansatz. Seine CO₂-Effizienz ist allerdings heute noch nicht bewertbar. Derzeit beträgt der jährliche CO₂-Zuwachs aus dem Verkehr noch immer 3 Prozent, woraus mehr als die Hälfte auf den Pkw-Verkehr kommt. Von einer Stabilisierung als Vorstufe zu einer effektiven Senkung des CO₂-Ausstoßes sind wir im Verkehrsbereich leider noch sehr, sehr weit entfernt. Meine Damen und Herren! Ich möchte hier ein Thema ansprechen, das ich schon öfters angesprochen habe, wo sich im Grunde genommen aber bisher nichts ändert. Sehr umweltbelastend sind unsere Flugzeuge. Ein Linienflug nach Tokio oder nach Kyoto, wie immer Sie wollen, ist 14mal so treibhauswirksam, wie der gesamte übrige Jahresverkehr eines Passagiers. Also jeder, der nach Kyoto geflogen ist, hat 14mal soviel Treibhausgas erzeugt und 14mal soviel Treibhaus-schädlichkeit erzeugt, wie er in einem ganzen Jahr mit seinen Reisen sonst als normaler Passagier erzeugt. Heute benützen täglich 3,2 Millionen Menschen das Flugzeug. Das Flugzeug ist sehr billig. Kerosin ist ein Treibstoff und kostet 2 Schilling pro Liter weltweit – nicht besteuert. Der Flugverkehr nimmt entsprechend zu. Die Steigerung beträgt sowohl bei der Personen- als auch bei der Frachtbeförderung zirka 7 Prozent im Jahr. Das ist sehr umweltbelastend. Ich möchte die Flugzeuge nicht abschaffen, aber auch hier werden wir uns etwas Neues einfallen lassen müssen. Wir werden uns das in diesem Maß nicht leisten können in Zukunft. Meine Damen und Herren! Wir alle haben großen Anteil daran. Ein Kilogramm Weintrauben aus Südafrika hat durch den Kerosinverbrauch einen ökologischen Rucksack von fast elf Kilogramm CO₂ mit sich. Überlegen Sie, was wir täglich alles essen – das Frühstück wurde vom ÖAMTC unlängst bewertet, meine Damen und Herren! Dringend notwendig wäre die Einführung einer Kerosinsteuer, und das kann natürlich nicht ein Land allein, notwendig wären der Ersatz der Kurzstreckenflüge durch Eisenbahnen und ein Verbot von Flügen oberhalb der Troposphäre, meine Damen und Herren! Wir alle, wir Konsumenten, entscheiden letztlich, was gekauft und was benutzt wird. Wir werden viel Aufklärung brauchen, und wir werden uns sehr bemühen müssen, diesen CO₂-Verbrauch zu reduzieren.

Ich komme zum Ende. Meine Damen und Herren, es ist manchmal deprimierend, wenn man sieht, wie bei einer großen Umweltkonferenz in Kyoto eigentlich nichts herauskommt. Wir müssen uns sagen, auch ein einzelner Umweltpolitiker kann die Welt nicht bewegen und kann nicht viel erreichen, trotzdem müssen

wir weitermachen. Wir müssen Ressourcen besteuern, und wir werden unser Energiesystem, unser Steuersystem umstellen müssen in Richtung Energie- und Ressourcensteuern. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließen. Wir befinden uns auf dem Weg in eine nachhaltige Steiermark, auf einem Weg vieler kleiner Schritte, die wir weitergehen müssen. Barbara Rütting hat einmal gesagt: Wenn viele kleine Leute viele kleine Schritte tun, so verändert sich die Welt. Das gibt mir Hoffnung. Gehen wir daher diese gemeinsamen Schritte. (Beifall bei der ÖVP. – 8.54 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (8.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Präsident, vielleicht ein kleines Ersuchen. Vielleicht würden Sie die Mitglieder der Landesregierung auffordern, ihre Gespräche woanders fortzusetzen. Es herrscht hier ein sehr hoher Lärmpegel, der vor allem durch die Mitglieder der Landesregierung mit verursacht wird. Vielleicht wäre das möglich. (Präsident: „Das ist natürlich möglich. Ich gebe den Wunsch, der berechtigt ist, an die Damen und Herren der Regierung weiter. Ich bitte, die Aufmerksamkeit für die Haupt- und Debattenredner zu sichern!“) Ich danke dafür, Herr Präsident. Noch dazu, wo ja auch zwei dieser Regierer, die ich gemeint habe, hier von diesem Kapitel unmittelbar betroffen sind und die Budgetkapitel bewirtschaften. Insofern wäre es durchaus klug gewesen, auch bei der Rede von Frau Kollegin Karisch bereits Ohr zu sein, weil ich glaube, daß sie einige sehr wichtige Anmerkungen gemacht hat zur Umweltpolitik insgesamt und zur Umweltpolitik des Landes Steiermark. Ich möchte einige Bereiche verstärken und vielleicht noch etwas kritischer pointieren.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bisher und insbesondere in der letzten Legislaturperiode habe ich die Umweltpolitik mit einigem Wohlwollen beobachtet und kommentiert und habe mit meiner Fraktion Vorschläge eingebracht. Manche dieser Vorschläge wurden in der einen oder anderen Form von den zuständigen Regierern, insbesondere Herrn Landesrat Pörtl, umgesetzt. Seit Beginn dieser Legislaturperiode allerdings sehe ich eine Entwicklung in der Umweltpolitik, die mich mit zunehmender Sorge erfüllt. Die Kenndaten, die die Qualität unserer Umwelt beschreiben, stagnieren oder entwickeln sich negativ. Herr Landesrat Pörtl, ich komme nicht umhin; ich beobachte doch eine fast ausschließliche Konzentration deiner politischen Kräfte, deiner budgetären Kräfte auf die Landwirtschaft. Ich beobachte eine Abwendung von der Umweltpolitik, was sich wie gesagt, auch bereits in den Kenndaten, die die Qualität unserer Umwelt beschreiben, niederschlägt.

Ich komme zu einem ersten Punkt, zur Abfallpolitik des Landes Steiermark. Meine Damen und Herren, Sie beobachten sicher auch die Daten, die uns im Rahmen des Umweltberichtes zur Verfügung gestellt werden, und Sie müssen erkennen, daß die Restmüllmenge in der Steiermark lange Zeit kontinuierlich abgenommen hat. Ich halte das für einen großen Erfolg, insbesondere der Abfalltrennpolitik. Die Restmüllmenge nimmt aber seit 1996 wieder kontinuierlich zu. Wir sollten uns

die Frage stellen, warum das so ist, warum bestimmte Instrumente nicht mehr greifen, ob es nicht notwendig erscheint, neue Instrumente der Abfallpolitik zu entwickeln und einzusetzen. In der Restmüllbehandlung, meine Damen und Herren, gibt es seit Jahren keinen Fortschritt mehr. Wohl gibt es zusätzliches Deponievolumen. Der Abfall, der dort abgelagert wird, wird allerdings keiner oder kaum einer Vorbehandlung unterzogen. Noch immer wird heizwertreicher Abfall mit heizwertarmen Abfall, der noch dazu problematische Emissionen auf der Deponie verursacht, gemeinsam abgelagert. Es gibt weder eine biologisch-mechanische Vorbehandlung, so daß einigermaßen eine Inertisierung erreicht wird von diesem Restmüll, noch eine thermische Behandlung der heizwertreichen Fraktion. Beim Klärschlamm stellt sich die Situation ähnlich da. Der Großteil wird mit 70 Prozent Wassergehalt abgelagert. Es kommt zu umweltproblematischen und auch für die Gesundheit problematischen Emissionen; er wird abgelagert auf Deponien, zum allergrößten Teil unbehandelt, oder er wird unbehandelt aufgebracht auf den Feldern. Es gibt noch immer keine biologische Behandlung, kaum Kompostierung. Er wird auch nicht – bis auf geringe Mengen – thermisch behandelt, also getrocknet. Die biologische Behandlung und die thermische Behandlung im Klärschlammbereich steckt nach wie vor in den Kinderschuhen. Ebenfalls in den Kinderschuhen steckt in der Steiermark die Abfallvermeidung. Hier gibt es nur einige kleine, durchaus bemerkenswerte, aber kleine Fortschritte im Bereich der betrieblichen Abfallvermeidung. Aber auch dort sind wir erst bei dem Punkt angelangt, daß die Betriebe nur das machen, was sich rechnet, und noch nicht das, was durchaus Sinn macht. Wir kommen hier über Pilotversuche und Modellversuche nicht hinaus, obschon es die Ansätze gäbe. Ich denke an ein Mehrwegsystem im Bereich der Weinflaschen. Hier, Herr Landesrat, wäre deine Initiative auch als Landwirtschaftspolitiker gefragt. Die alten und damals durchaus bewährten Instrumente der Abfallpolitik scheinen also nicht mehr hinreichend zu sein. Wir müssen einen Schwenk hin zu einer modernen Abfallpolitik machen. Kollegin Karisch hat hier bereits ein Stichwort genannt. Wir müssen anfangen bei den Produkten, dort, wo Abfall entsteht, bei der Produktion und bei den Produkten. Wir müssen uns die ökologischen Rucksäcke genauer anschauen, wir müssen beachten, daß mit jedem Produkt eben auch Abfall verbunden ist, in der Produktion, in der Herstellung, und nicht nur dann, wenn der Lebenszyklus des Produktes beendet ist. Wir werden daraufkommen, wenn wir Materialfluß- und Stoffstromanalysen machen, daß das Bauen eine besondere Bedeutung hat im Rahmen der Abfallwirtschaft, daß ökologisches Bauen auf der Tagesordnung des Umweltlandesrates stehen sollte, und nicht nur des Baulandesrates, der sich ja strikt dagegen verwehrt, daß Bauen, daß Wohnbauförderung, daß Bauordnung etwas mit Umweltschutz zu tun hat. Wir werden daraufkommen, daß nachwachsende Rohstoffe eine eminente Bedeutung werden im Rahmen einer zukunftsorientierten Abfallpolitik.

Hier hat der Steiermärkische Landtag im Rahmen seiner letzten Sitzung bereits einen vernünftigen und richtigen Beschluß gefaßt, nämlich im Rahmen einer wissenschaftlichen Enquete sich mit den Möglich-

keiten der stofflichen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen intensiver auseinanderzusetzen. Ich hoffe hier auch auf entsprechende Unterstützung seitens der Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik. Wir werden erkennen müssen, daß moderne Abfallpolitik etwas mit produktbezogener Politik zu tun hat. Wir werden uns mit Produktgestaltung auseinandersetzen müssen, mit Lebenszyklen von Produkten, und damit, daß wir im eigenen Bereich, im Rahmen des Beschaffungswesens sehr große Möglichkeiten haben, umweltfreundlicheren Produkten zum Durchbruch zu verhelfen.

Auch – Herr Landesrat – in der Abwasserpolitik ist Stagnation zu beobachten. Die längst fällige Offensive im Bereich dezentraler Anlagen läßt auf sich warten. Nur rund 70 Prozent des Abwassers in unserem Bundesland wird einer biologischen Klärung zugeführt. Ein sehr, sehr schlechter Wert, wie ich meine, für das ausgehende Jahrhundert. 30 Prozent der Abwässer rinnen noch immer ungeklärt, mit Schadstoffen befrachtet, in die sogenannten Vorfluter – ein sehr technischer Begriff, es handelt sich schlicht und einfach um die Bäche und Flüsse in unserem Bundesland –, und tun dort ihre unheilige Wirkung. Verhandlungen zum Abwassergesetz ziehen sich dahin. An und für sich sind dort einige gute Ansätze angelegt, hin zu dezentralen Anlagen. Wenn wir hier nicht bald zu einem Abschluß kommen und zu einer entsprechenden Verwaltung im Rahmen dieses Abwassergesetzes, wird sich noch lange nichts tun. Wir wissen, daß wir in der Steiermark rund 10.000 bis 30.000 dezentrale Anlagen benötigen. Erst einige 100 derartige Anlagen sind in der Steiermark wasserrechtlich genehmigt.

Ich komme zur Energie- oder besser Klimapolitik, auch hier: Stagnation, insbesondere bei den erneuerbaren Energieträgern. Dort ist es besonders schmerzhaft, weil es hier durchaus, Herr Landesrat, positive und Synergieeffekte gäbe, mit der Landwirtschaft und der Forstpolitik. Besonders schmerzhaft fällt der Vergleich mit anderen Bundesländern aus. Wir fallen zurück. Die Spitzenposition mußten wir bereits an Niederösterreich und Oberösterreich abgeben: Bei der Biomasse – Nahwärmezentralen werden kaum mehr gebaut; bei den Solaranlagen – auch hier geht nichts weiter. Es gibt nach wie vor keine vernünftige Förderung für den großen und wesentlichen Bereich der Solaranlagen auf Geschoßwohnbauten. (Landesrat Pörtl: „Für das Negative bin ich zuständig, für das Positive Landeshauptmannstellvertreter Schachner!“) Landeshauptmann Dr. Schachner-Blazizek ist für einen sehr kleinen Anteil im Rahmen der Energiepolitik zuständig, nämlich für die Konzeption der Energiepolitik. (Landesrat Pörtl: „Ich rede von der Solarförderung!“) Die Solarförderung ist im Rahmen des Umweltlandesfonds aufgehoben und, wie du wissen müßtest, bewirtschaftet den Umweltlandesfonds sowohl die Landeshauptfrau als auch der Landeshauptmannstellvertreter Schachner. Also sind diese beiden Politiker der Landesregierung dafür verantwortlich und zuständig. Ich denke aber doch, daß du eine Generalkompetenz im Bereich Umweltpolitik besitzt und Zurufe, Anregungen, Anstöße jedenfalls von deiner Seite kommen sollten. Im Bereich der Biomasse, Kleinfeuerungsanlagen ist durchaus von Positivem zu berichten, nämlich daß ein Fonds von

30 Millionen geschaffen wurde. Ich hoffe, daß dieser Fonds nicht zur Förderung veralteter Technologien eingesetzt wird, sondern insbesondere zur Förderung moderner automatischer Biomassefeuerungsanlagen eingesetzt wird. Ich glaube, daß hier durchaus auch der Initiative des Landtages, insbesondere von Kollegin Zitz, Kollegin Karisch und Kollegen Riebenbauer, einiges zu verdanken ist. Herr Landesrat, ich denke, diese Unterstützung des Landtages solltest du nicht vergessen. (Landesrat Pörtl: „Trittbrettfahrer!“) Nein, das ist nicht Trittbrettfahren. Ich kann hinweisen auf mindestens drei, vier, fünf Beschlüsse des Landtages, die darauf hinweisen, daß eine Direktförderung von Biomasseförderungsanlagen dringend erforderlich ist und unterstützt wird seitens des Steiermärkischen Landtages. Das waren zum allergrößten Teil einstimmige Beschlüsse. Ich habe nur darauf hingewiesen, daß der Landtag diese Bemühungen, die es im Rahmen der Regierung jetzt gibt und gegeben hat, immer unterstützt hat. (Landesrat Pörtl: „Ich werde dir vorlesen, welche Anträge ich gestellt habe!“) Natürlich gibt es auch andere Unterstützer. Das ist allen sehr bewußt, aber ich glaube, daß der Landtag hier seine Pflicht erfüllt hat. Nicht deine Pflicht erfüllst du, lieber Erich, im Bereich der vier Energieagenturen, die es nunmehr gibt in der Steiermark. Ich glaube, daß hier eine große Chance besteht hinsichtlich eines Schwenks hin zu dieser Art von Energiepolitik, die Kollegin Karisch vorgestellt hat, zu einer dienstleistungsorientierten Politik, weg von einer Politik, wo es darum geht, Öl, Kohle oder Gas bereitzustellen, sondern Wärme bereitzustellen, denn das ist es, was die Leute letztendlich wollen. Ich glaube, daß wir diese vier Energieagenturen, die im übrigen von der Europäischen Union in sehr großzügigem Maße kofinanziert sind, als moderne Instrumente der Energiepolitik unseres Bundeslandes nutzen sollten.

Aktivitäten zur Effizienzsteigerung der Energienutzung sind ebenfalls kaum zu beobachten. Das allerdings, lieber Erich Pörtl, liegt nicht in allererster Linie in deinem Kompetenzbereich, sondern im Kompetenzbereich des bezeichnenderweise abwesenden – oder doch anwesenden – Herrn Landesrates Schmid. Ihn scheinen unsere Ausführungen ja nicht zu interessieren, was mir persönlich von vornherein ja ziemlich klar war. Er hat sehr früh klargelegt, daß er sich für Umweltpolitik kaum interessiert, und schon gar nicht für Energiepolitik. Ich habe bereits betont, sehr früh hat er darauf hingewiesen, daß er weder die Bauordnung noch die Wohnbauförderung auch als Instrumente der Umweltpolitik oder der Energiepolitik begreift, was sehr schade ist, weil ich glaube, daß tatsächlich – (Unverständlicher Zwischenruf von Landesrat Dipl.-Ing. Schmid.) Das kenne ich sehr gut, denn ich habe es mitverhandelt, und mir ist es leider nicht gelungen, hier einige Umwelt- und energiepolitische wesentliche Punkte durchzusetzen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Kennen Sie die Önormen dazu?“) Selbstverständlich, denn ich bin Ingenieur und kenne auch die Önormen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß Baugesetze und -ordnungen nichts mit Umweltschutz zu tun haben!“) Das war ein Zitat von Ihnen, Herr Landesrat. Sie selbst haben betont, daß insbesondere die Bauordnung und die Wohnbauförderung nichts mit Umweltschutz und Energiepolitik zu tun haben.

(Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wann habe ich das gesagt? Sagen Sie mir, wann!“) Sie haben das am Beginn Ihrer Tätigkeit in diesem Bereich gesagt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Diese Aussagen sind absolut unwahr! – Das ist abenteuerlich!“) Herr Landesrat, nicht der Landtagsabgeordnete ist legitimationspflichtig, sondern die Landesregierung ist legitimationspflichtig. Sie geben das Geld aus, Sie machen die Regierungsvorlagen, Sie sollten den Nachweis erbringen, daß Sie effiziente Umwelt- und Energiepolitik machen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Es gibt eine Ressortzuständigkeit!“) Wo gibt es die Novellierung der Wärmedämmverordnung, die endlich Energiekennzahlen festschreibt. Mittlerweile gibt es bereits einige Bundesländer, die Energiekennzahlen eingeführt haben. Wir haben das nicht gemacht. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was ist die Energiekennzahl?“)

Da können Sie bei einigen Instituten nachfragen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich würde es mir wünschen, hätten wir eine Energiekennzahl, unterstellen Sie mir das nicht!“) Sogar in Ihrem Zuständigkeitsbereich ist ein sehr tragfähiger Vorschlag für eine Energiekennzahl entwickelt worden. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Von wem?“) Vom Landesenergiebeauftragten. Es ist verankert in einer Richtlinie zur Förderung der Niedrigenergiehäuser. Das ist in Ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wo ist diese Verordnung kundgemacht?“) Darüber sollten gerade Sie Bescheid wissen. Diese Energiekennzahl basiert auf wissenschaftlichen Grundlagen und wäre durchaus ein probates Instrument. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Zuerst sagen Sie, ich tu nichts in der Wohnbauförderung!“) Nein, das habe ich nicht gesagt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Und jetzt werfen Sie mir vor, daß ich Niedrigenergiehäuser mache!“) Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, daß Sie gesagt haben, daß Sie sich an Energie- und Umweltpolitik nicht interessieren, und die Dinge passieren auf heftigen Druck der SPÖ, der ÖVP und der Grünen insbesondere. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ausgesprochen falsch!“) Herr Landesrat, wo ist die Novellierung der Heizungsanlagenverordnung? Sie wissen genau, daß es Tausende und Abertausende veraltete Heizanlagen in unserem Bundesland gibt, daß es höchste Zeit ist, diese Heizanlagen auszutauschen, daß es darum geht, ein Förderinstrument zu entwickeln, daß auch sozial Schwache die Möglichkeit erhalten, sich eine moderne Heizungsanlage zu leisten. Wo bleibt diese Novellierung der Heizungsanlagenverordnung? Sie liegt noch immer nicht vor. Alle Welt redet zwar vom ökologischen Bauen, manche Länder, wie zum Beispiel das Saarland und die Bundeshauptstadt Wien, sind bereits eingestiegen in das ökologische Bauen, aber bei uns geschieht nichts. In der Steiermark tut sich diesbezüglich überhaupt nichts bis auf die Aktivitäten einiger weniger engagierter Gruppen. Ich komme noch zu einem weiteren Bereich, der in Ihrem Zuständigkeitsbereich liegt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Was ist mit dem Heizungsbau?“) Ich komme zum Lärm. Auch hier ist wenig Erfreuliches zu berichten, obwohl Sie zuständig sind für die Lärmbekämpfung in unserem Bundesland. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich bin für die Wärmeentwicklung in diesem Bundesland zuständig!“) Lärmbekämpfung, Herr Landesrat. (Landesrat

Dipl.-Ing. Schmid: „Für die Wärmeentwicklung!“) Manchmal ist das, was Sie sagen, wirklich nur Lärm. (Präsident Dr. Strenitz: „Meine Damen und Herren! Wenn wir schon alle gegen den Lärm sind, sollten wir nicht selbst noch extra hier welchen erzeugen. Am Wort ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Er hat noch eine Minute Zeit!“) Danke, Herr Präsident. Ich bitte allerdings, hinsichtlich meiner Redezeit die unqualifizierten Zwischenrufe des Herrn Landesrat zu berücksichtigen. Danke schön. Beim Lärm gibt es ebenfalls wenig Erfreuliches zu berichten. Obwohl in der Fachabteilung Ia exzellente Lärmexperten sitzen, liegt dieses Know-how brach. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Also, wo liegt jetzt die Zuständigkeit für die Lärmbekämpfung?“) Es wurden zwar Lärmsanierungskonzepte modellhaft entwickelt, sie harren allerdings der Umsetzung, ganz zu schweigen von einer flächenhaften Anwendung. Viele Gemeinden und viele Städte in der Steiermark würden derartige Lärmsanierungskonzepte benötigen, würden eine Umsetzung dieser Lärmsanierungskonzepte benötigen. Offenbar liegt hier allerdings nicht die Priorität des Herrn Landesrates Schmid, sonst würde er seine wirklich exzellenten Experten entsprechend beauftragen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wissen Sie, was die Fachabteilung Ia ist?“) Bitte schauen Sie sich die Geschäftsverteilung an, dann werden Sie erkennen, daß Sie dafür zuständig sind. (Präsident Dr. Strenitz: „Ich bitte auch den Herrn Landesrat, diese Zwischenrufe nicht zu intensivieren!“) In der Fachabteilung Ia wurden Lärmsanierungskonzepte erstellt. (Allgemeine Unruhe. – Präsident Dr. Strenitz: „Darf ich die Herren wirklich bitten, hier entsprechend zu diskutieren!“ – Abg. Dr. Flecker: „Das sind nicht die Herren, das ist der Landesrat Schmid!“) Nochmals, Herr Landesrat, ich fordere Sie hiermit dringend auf, Lärmsanierungskonzepte für die wichtigsten lärmgeplagten Gemeinden der Steiermark zu erstellen, wie das bereits modellhaft passiert ist, und auch für deren Umsetzung zu sorgen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich würde mir wünschen, daß die Gemeindeferenten den Auftrag geben!“ – Präsident Dr. Strenitz: „Ich mache jetzt wirklich Auszeit, bis diese Zwischenrufdebatte zu Ende ist!“) Herr Präsident, es handelt sich nicht um eine Debatte. Ich versuche nur, meine Rede fortzuführen. Ich werde dadurch gestört, daß Herr Landesrat Schmid Lärm erzeugt.

Ich komme jetzt zum bereits abwesenden Herrn Landesrat Hirschmann. Auch er bewirtschaftet Ansätze dieses Budgetkapitels, nämlich den Naturschutz. Ich komme hier aber schon sehr rasch zum Ende, weil auch hier eigentlich nichts Erfreuliches zu berichten ist. Das mittlerweile schon seit drei Jahren entwickelte Naturschutzgesetz scheint in seiner Schublade zu verschimmeln. Vom Nationalpark Gesäuse sind wir wohl entfernter denn je, wenn man den Berichten aus der Region Glauben schenken darf. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 9.14 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Porta.

Abg. Porta (9.14 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Landesräte, Hoher Landtag, sehr verehrte Damen und Herren!

Eigentlich müßte ich Sie jetzt ersuchen, sich von den Plätzen zu erheben, um gemeinsam eine Trauerminute abzuhalten. (Abg. Mag. Zitz: „Für die politische Arbeit der Freiheitlichen Partei!“ – Abg. Dr. Wabl: „Da bleiben wir noch eine Stunde stehen!“ – Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Liebe Frau Kollegin Zitz, hören Sie mir einmal zu. Sie heften ja auf Ihr Mäntelchen das Grüne, denn Sie sind eine Grüne. Lieber Freund Martin. Mit diesen Budgetansätzen für die Umweltpolitik ist eine Fortsetzung bei relativ erfolgreicher Umweltpolitik im Land Steiermark einfach nicht möglich, denn sie ist gestorben. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn Herr Landesrat Ressel anlässlich der Einbringung des Landesvoranschlages 1998 gesagt hat, es wird nicht ausgehen, daß man alle Budgetposten auf fettet und richtig fett gestaltet, aber für Butter auf das Brot wird es allemal reichen. Liebe Damen und Herren! Es hat weder für eine Butter gereicht, sondern was ist geworden, von dem trockenen Stück Brot, das wir gehabt haben, wurde noch ein Stück weggenommen. Und das soll erfolgreiche Umweltpolitik in unserem Lande sein. Verwundert bin ich schon, weil vor den Wahlen sind die Sozialdemokraten und die ÖVP wie Minnesänger durch die Lande gezogen und haben alle im Gleichklang das Lied gesungen „Umwelt muß etwas kosten, Umwelt ist nicht kostenlos“. Jedem Bürger muß es bewußt sein, die Verantwortung geht auch von dem Politiker aus, eine gesunde Umwelt ist das wichtigste für ein Land. Aber wie schaut es heute aus? Umwelt hat ihren Preis. 121 Millionen Schilling sind im Voranschlag 1998 veranschlagt worden. Im Jahre 1996 wurden tatsächlich 164,1 Millionen ausgegeben. Wenn man das bereinigt, jetzt wird was kommen für die Lärmschutzmaßnahmen, ziehen wir die 38 Millionen ab, dann bleiben noch immer 125,8 Millionen übrig. Das ist ein Minus von 4 Prozent vom Jahre 1996 bis zum Jahr 1998, wo ihr euch immer rühmt, Umwelt muß was kosten. (Abg. Dr. Wabl: „Umweltschutz!“) Umweltschutz darf nicht als Luxus angesehen werden. Es wäre ein großer Fehler, es wäre kurzfristig. Wir wissen alle, daß Einsparungen beim Umweltschutz verheerende Auswirkungen haben können. Und in späterer Folge nur noch, wenn überhaupt, nur mit sehr hohem Mitteleinsatz wieder gutgemacht werden kann. (Beifall bei der ÖVP.) Das war die Budgetrede, eine Aussage von meiner sehr geschätzten Kollegin, Frau Dr. Karisch. Oder die Rede des Kollegen Dipl.-Ing. Getzinger von der SPÖ: Das Natur- und Umweltlandesbudget hat einen arbeitsmarktpolitischen und wirtschaftspolitischen Aspekt. Ich frage Sie jetzt, welchen arbeitsmarktpolitischen Aspekt hat dieses Budget 1998?

Oder der Herr Kollege Ing. Löcker: Bei wirtschaftlich schlechten Zeiten liegt die Bewertung der Arbeitswelt und des Arbeitsplatzes sehr hoch, die Bewertung des Umweltschutzes dagegen nieder, während in Konjunkturzeiten sich diese Bewertung wieder kehrt. Jetzt stellt sich aber wirklich die Frage, meine lieben Kollegen, in welchen Zeiten leben wir im Lande Steiermark jetzt? Was ist von diesen Jubelmeldungen, die der Finanzlandesrat Ressel und wie der Wirtschaftslandesrat Paierl immer sagt, wir sind Vorreiter, wir sind Spitzenreiter, wir sind ein Paradevorzeigeland. Tatsache ist, daß das Land Steiermark im Bundesschnitt mit den Ausgaben für das Umwelt-

budget an letzter Stelle liegt. Ich habe mir die Mühe gemacht und Budgetansätze von den übrigen Bundesländern eingeholt. Ich lese sie kurz vor: Vorarlberg ist Spitzenreiter, gibt 3,2 Prozent des gesamten Budgets nur für den Umweltschutz aus, Salzburg mit 1,21 Prozent für das Budget, Oberösterreich 0,86 Prozent, das Burgenland 0,62 Prozent, Tirol 0,35 Prozent, Niederösterreich 0,32 Prozent, Kärnten 0,31 Prozent, und das Schlußlicht Steiermark unter 0,3 Prozent, 0,29 Prozent. Und das Wiener Land, da habe ich die Daten unvollständig bekommen, hat in der Budgetgruppe Umweltschutz sage und schreibe eine Steigerung von 77,6 Prozent vom Jahre 1997 auf den Budgetvoranschlag 1998. Aber auch die Bundesregierung, von der ich nicht besonders viel halte, muß ich sagen, hat erkannt, daß Umweltschutz einen Preis hat. Im Umweltbudget wurde das vom Voranschlag von 3,1 Milliarden auf 3,9 Milliarden aufgefettet. (Beifall bei der SPÖ.) Eine Steigerung von über 24 Prozent. Umweltschutz hat seinen Preis. Jetzt frage ich Sie, liebe Damen und Herren, wo bleiben die nötigen Mittel für die so dringend anstehenden Sanierungen? (Beifall bei der FPÖ.) Ich erwähne nur Luft. Der einzige Brennstoff im Land ist das Ressort Landesrat Schmid. Er ist wirklich derjenige, der Umweltschutz noch finanziert. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Tschernko: „Bartenstein!“) Und ihr wollt ihn aussagen wie Parasiten. (Beifall bei der FPÖ.)

Liebe Kollegen, gehen wir auf die Problemfälle ein. Wo ist was zu richten in unserem Land? Wo ist Bedarf bei der Luft? Senkung der Luftschadstoffe, Schwefeldioxid, Senkung der Treibhausgase, Kohlendioxid CO₂. Meine Damen und Herren, hier wäre sogar ein wirtschaftlicher Aspekt, wir könnten für die Umwelt etwas Gutes tun. Und wie die Konferenz in Kyoto bewiesen hat, können wir – wenn wir besser sind – diese Daten auch verkaufen. Wir wollen aus der Umwelt sicher kein Geschäft machen, aber das wäre eine Möglichkeit. Senkung der Emissionen, Benzol, Ozon, Staub. Und wenn man heute gelesen hat, daß die Bundesregierung die Abgabe, die Umweltschutzabgabe bei den Treibstoffen aufheben will, das sind 20 Groschen pro Liter, dann frage ich mich wirklich, welchen Stellenwert hat Umweltschutz bei uns im Bunde. Weiter, das Wasser, Sanierung des Grund- und Trinkwassers. Es gibt noch immer über 160 Ausnahme genehmigungen. Manche Gebiete trinken wirklich gesundheitsgefährdendes Wasser. Senkung des Nitrat- oder Adrazingehaltes des Grundwassers, die Abwasserreinigungsanlagen, Erleichterung und Errichtung von alternativen Abwasseranlagen, wir verhandeln darüber. Abfallwirtschaft, jetzt komme ich auf ein Thema. Lieber Herr Landesrat Pörtl, Sie haben sich von Ihrem Regierungskollegen, Landesrat Ressel, über den Tisch ziehen lassen, da bin ich schon sehr enttäuscht, weil Landwirte sind sonst Steher, und die haben eine gewisse Schläue. Da hätte ich mir erwartet, daß Sie da nicht so leicht w.o. geben. Rasche Standortfestlegung für thermische Abfallbehandlungen. Altlastenproblematik, 332 Verdachtsflächen hat das Land Steiermark aufzuweisen. Wo bleibt da die rasche Sanierung? Mülltourismus, jetzt frage ich Sie aber wirklich, Herr Landesrat Pörtl (Landesrat Pörtl: „Die Fachabteilung Ia ist dafür zuständig!“), Sie haben gesagt in der letzten Budgetrede, wie Sie der Kollege Chibidziura angesprochen hat, ja. Die Zeiten des

Abcasha bei der Müllwirtschaft sind vorbei. Und Sie haben auch erwähnt die Welser thermische Abfallbehandlungsanlage, wo die Kosten bei 2500 Schilling pro Tonne liegen, daß das ein relativ christlicher Preis ist, weil es zu einer maximalen Reduzierung des Volumens kommt. Ich weiß, ich bin bei Ihnen, es führt kein Weg über die thermische Behandlung hinweg. Senkung der gesundheitsschädlichen Lärmbelastung, ein Strahlenmeßwagen wäre unbedingt notwendig. Ersatzstromlieferungen zur Erleichterung des Ausstieges des Atomkraftwerkes Krško. Gentechnologie, Schaffung von Landschafts- und Naturschutz, Schaffung von Naturschutzgebieten für Flora und Fauna, ökologische Betriebsberatung, Ökoprotit müßte in ganz Steiermark umgesetzt werden. Projekte zur Abfallwirtschaft, Ökoauditprogramme, 0 Prozent Restmüll, Deponierückbau, Verwertung von organischen Schlemmen, diverse Ökofitprogramme. Alles dies haben die hervorragenden Fachbeamten im Ressort Umwelt erkannt. Das beweist auch dieser Umweltschutzbericht. Ich möchte daher stellvertretend für alle Beamten und Mitarbeiter des Ressorts Umwelt, Herrn Hofrat Manfred Rupprecht und Herrn Hofrat Dr. Jägerhuber herzlich für diese ausgesprochen gute Arbeit danken. (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ.) Aber was nützt es, wenn man die Mißstände erkennt und Fehler erkennt, wenn man den Sanierungsbedarf erkennt, aber nicht die nötigen Mittel zur Verfügung stellt, um diesem Mißstand abzuweichen. Ich vergleiche das mit einem guten Ärzteteam, das die richtige Diagnose gestellt hat bei einer schweren Krankheit, aber die zur Behandlung nötigen Medikamente, die Transfusionen und Instrumente fehlen. Letztendlich wird der Patient sterben. Ich frage Sie daher, sehr geehrte Damen und Herren, muß es im Umweltbereich so weit kommen? Ich fürchte es fast, wenn man sieht, welchen Stellenwert der Umweltschutz in den Regierungsparteien ÖVP und SPÖ hat. So wurde vom Ressort Michael Schmid für das Jahr 1998 ein Strahlenmeßwagen budgetiert, der von uns allen im Umweltschutz so vehement geforderte Strahlenmeßwagen mit einem Kostenpunkt von 3,5 Millionen Schilling. Liebe Leute, paßt auf, das ist sehr wichtig, das betrifft die Bevölkerung, sollte es wirklich zu einem Störfall in Krško kommen. Er wurde gefordert, aber von Finanzlandesrat Ressel wurde er ersatzlos gestrichen. Und im ganz gleichen Atemzug hat er dann für die Frau Landeshauptfrau die Repräsentationskosten für das Jahr 1998 um 3,7 Millionen Schilling erhöht. Ich frage Sie jetzt wirklich, was ist wichtiger? Der Schutz der Bevölkerung oder mehr festliche Essen für die Frau Landeshauptfrau? (Beifall bei der FPÖ.)

Liebe Damen und Herren! Es ist endlich an der Zeit, daß wir erkennen, daß sich Umweltschutz auch volkswirtschaftlich rechnet. (Beifall bei den Grünen.) Denn nur eine gesunde intakte Umwelt ist Garant für gesunde Böden, reines Wasser, klare Luft, und das ist wiederum die Voraussetzung für eine naturnahe Landwirtschaft, für gesunde Nahrungsmittel, die wieder bedeuten, gesündere Bevölkerung und vor allem auch ein florierender Fremdenverkehr. Nur eine intakte Umwelt schafft Arbeitsplätze auf Dauer. (Beifall bei der FPÖ. – Landesrat Pörtl: „Du kommst ja aus der Weststeiermark, da kannst du mit Biodiesel fahren!“) Sehr geehrter Herr Landesrat Pörtl! Als mein Freund

Chibidziura im Jahre 1996 bei seiner Budgetrede sagte, er habe der alten Dampflokomotive Umweltschutz mehr Dampf gegeben, haben Sie gesagt: Du hast aber sehr zu tun gehabt, daß du diese schnelle Lok noch erreicht hast. Lieber Freund! Wie schaut es jetzt zwei Jahre später aus? Die anscheinend damals dahinbrausende Lok Umweltschutz ist zu einer dahinkriechenden schwachen keuchenden Schmalspurbahn verkommen. Liebe Freunde! Ich bitte Sie nochmals inständig, denken Sie daran. Ein Motto: Global denken, lokal handeln. In diesem Sinne können wir diesem Umweltschutzbudget nicht zustimmen. Danke. (Beifall bei der FPÖ. – 9.28 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Sie hat das Wort.

Abg. Keshmiri (9.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Wir alle wissen, und das ist nichts Neues, daß es seit 1996 die sogenannte Klimaschutzmilliarde gibt, das heißt, den Ländern wird mittels Finanzausgleichsgesetz, das allerdings am 31. Dezember 2000 endet, wird ein Anteil von rund 12 Prozent vom Energieaufkommen, das heißt, das sind die Elektrizitäts- und Erdgasabgaben, für energiesparende und umweltschonende Maßnahmen zugewiesen. In der Steiermark waren das im Jahr 1996 rund 51 Millionen Schilling, im Jahre 1997 rund 66 Millionen Schilling. Leider wird vom Bund und auch von diversen Umweltorganisationen immer wieder Kritik eingebracht, daß diese Mittel aus der Klimaschutzmilliarde in den Ländern nicht effizient und nicht zusätzlich zu den Umweltmaßnahmen eingesetzt werden. Im Voranschlag, den wir bekommen haben, ist auch nicht erkennbar, für welche umweltrelevanten Bereiche die Klimaschutzmilliarde verwendet wird. Deshalb stellen wir uns vor, daß, um eine effiziente und zusätzliche Verwendung dieser Milliarde zu gewährleisten, ein Programm erstellt wird, ein strategisches Programm, in dem ganz klar die Ziele und die Maßnahmen definiert sind, die für die Klimaschutzmilliarde eingesetzt werden sollen, das heißt, ein strategisches Programm bis zum Ende des Jahres 2000, wo das Finanzausgleichsgesetz ausläuft und man erst dann sehen wird, wie das weitergeht. Sie kennen wahrscheinlich alle die Studie der Universität Linz, die besagt, daß durch Investitionen von jährlich 35 Milliarden Schilling 42.000 Arbeitsplätze geschaffen werden könnten und daß ein CO₂-Ausstoß um 1,4 Millionen Tonnen reduziert werden würde. Das heißt für mich, daß jeder zusätzliche Schilling, der für umweltrelevante Maßnahmen gedacht ist, auch bewußt und wirklich zusätzlich eingesetzt werden soll, und nicht vielleicht für Bereiche, wo man nicht nachvollziehen kann, wo die Klimaschutzmilliarde hin verschwunden ist. Ich möchte daher einen Beschlußantrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Mag. Zitz und Dr. Wabl, betreffend Erstellung eines Programmes für die Verwendung der Mittel aus der Klimaschutzmilliarde, vorlesen. Die Landesregierung wird aufgefordert, ehestmöglich ein strategisches Programm zu erstellen, das die Ziele und Maßnahmen der Verwendung der zusätzlichen Mittel aus der Klimaschutzmilliarde festlegt. Ich möchte jetzt noch auf einen zweiten Punkt eingehen, und zwar auf

die dringend notwendige ökologische Steuerreform. Dazu gibt es jetzt auch eine neue Studie des World-Watch-Institutes mit dem Titel „Richtige Weichenstellung – Steuerreform zum Schutz der Umwelt und der Wirtschaft“. Ich möchte dazu zwei konkrete Beispiele nennen, die in dieser Studie angeführt sind. In den Niederlanden haben die Steuern auf Emissionen von Schwermetallen zu einer 86- bis 97prozentigen Senkung des Cadmium-, Kupfer- und Quecksilberausstoßes seit 1976 geführt; in Schweden zum Beispiel Steuern auf Luftverschmutzung eine 35prozentige Senkung der Stickoxidemissionen, die für den sauren Regen verantwortlich sind. Das zeigt, daß wir mehr heute als morgen eine ökologische Steuerreform brauchen, und zwar eine ökologische Steuerreform, eine aufkommensneutrale Steuerreform, Senkung der Lohnnebenkosten bei gleichzeitiger Besteuerung der fossilen Brennstoffe, um die daraus entfallenden Beträge wieder hereinzubekommen. Die große Arbeitslosigkeit und der Anstieg der Umweltbelastungen bei gleichzeitigem Klimabündnis, das heißt, bis zum Jahr 2010 sollten wir die CO₂-Emissionen um die Hälfte reduzieren. Die Steuerreform ist für mich keine Frage und ist wichtiger mehr denn je. Lohnnebenkosten in Österreich, die vierthöchsten in Europa. Das würde bedeuten, mehr Arbeitsplätze bei gleichzeitiger Entlastung der Umwelt und bei gleichzeitiger Hilfe quasi, um Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Ich möchte dazu auch einen Beschlußantrag, betreffend ökologische Steuerreform, der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Mag. Zitz und Dr. Wabl vorlesen. Die Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, eine Regierungsvorlage für ein Bundesgesetz zur Ökologisierung des Steuersystems vorzulegen, mit dem Ziel, langfristig die finanziellen Belastungen durch Lohnnebenkosten zu senken und die entfallenden Einnahmen durch Abgaben auf fossile Brennstoffe zu refinanzieren. Danke. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 9.34 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz.

Abg. Mag. Zitz (9.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Der Kollege Tasch hofft, daß ich jetzt mit einer Schweigeminute anfangen werde. (Abg. Tasch: „Fangen Sie jetzt mit einer Schweigeminute an?“) Den Gefallen, sehr geehrter Kollege Tasch, werde ich dir nicht machen, auch wenn ich verstehe, daß du dich schützend vor die Umweltpolitik deines ÖVP-Landesrates stellen möchtest mit deiner ganzen Vehemenzkraft und Herrlichkeit. Das, was mir jetzt bei dieser Debatte aufgefallen ist, ist, daß ich mir wünschen würde, daß wir im Landesbudget ein Kapitel oder besser gesagt eine neue Gruppe aufnehmen, nämlich Zukunftskosten durch Versäumnisse im Umweltbereich. Wenn wir dieses Kapitel aufnehmen würden, würden wir nämlich sehen, daß sich die Zukunftskosten, die dadurch entstehen, daß wir immer noch mit End-of-Pipe-Technologien probieren, Umweltprobleme minimal in den Griff zu kriegen, daß es keine umfassenden strukturellen Änderungen gibt und daß wir eigentlich Quersubventionen machen,

durch Versäumnisse im Umweltbereich andere Ressorts massiv belasten, etwa den Gesundheitsbereich zunehmend, aber auch den Wirtschaftsförderungsbereich, weil die Wirtschaftsförderung sich für Industrien einsetzen muß, die in ihrer Tätigkeit einfach kontraproduktiv zum Umweltschutz sind. Also aus dieser Sicht würde ich eine neue Budgetgruppe „Zukunftskosten“ sehr begrüßen, wo man der kostenwahrheit halber all die Kosten reinbudgetieren könnte, die durch diese Art von Umweltpolitik, wie sie von der zuständigen Landesregierung getragen wird, wo man diese tatsächlich transparent und sichtbar machen könnte. Vor einer Woche war Finanz-Ausschuß. Sehr geehrte Abgeordnete, es ist dort von den großen Fraktionen keine einzige Frage zum Umweltkapitel gekommen. Mich freut jetzt die Vehemenz von meinen vier Vorrednern und Vorrednerinnen, aber wie gesagt, es hätte damals mit mehr Ruhe, mehr Gelassenheit, mehr Entspannung durchaus die Möglichkeit gegeben, die zuständigen Ressortmitglieder das eine oder andere zu fragen. Vor einer Woche, wie gesagt, ist keine Wortmeldung gekommen von den beiden großen Fraktionen, auch zu den anderen Budgetgruppen nicht. Was jetzt die Ressortzersplitterung beim Klimaschutz betrifft, wir haben in der Steiermark fünf Landesräte inklusive einer Landeshauptfrau, die in der einen oder anderen Form für den Erhalt des Klimas zuständig wären, die diese Kompetenz aber sehr wenig wahrnehmen. Die Frau Kollegin Karisch hat vorher gemeint (Landesrat Dr. Hirschmann: „Meinen Sie den Bundeskanzler?“), der Landesrat Pöttl ist als der für den Energiebereich zuständige Landesrat, daß 300 Millionen für Einzelfeuerungsanlagen, Hackschnittel zur Verfügung gestellt werden. Ich frage mich, ab welchem Jahr? (Abg. Dr. Karisch: „30 Millionen, nicht 300!“) 30 Millionen Schilling, Entschuldigung. Ich frage mich, ab welchem Jahr? Ich vermute nämlich, daß das erst ab dem Jahr 1999 gelten wird. Sehr geehrter Herr Landesrat, ich bitte Sie herzlich, mich zu korrigieren, wenn diese Förderung tatsächlich für 1998 beziehungsweise rückwirkend für die Jahre 1997 zur Verfügung stehen würde. Ich glaube das nämlich nicht.

Der zweite Punkt, was die Energiesteuer betrifft: Minister Bartenstein war vor zehn Tagen bei einer Veranstaltung auf der Uni, die eingeladen wurde vom Modell Steiermark. Und der Minister Bartenstein, der jetzt Al Gore in Kyoto Chuzpe vorwirft, hat dort die Länder sehr massiv kritisiert und hat kritisiert, daß die Länder eigentlich bei seinen Klimaschutzaktivitäten nicht mitziehen. Und wenn ich ihn richtig verstanden habe, hat er das nicht nur auf die Zweckentfremdung der Einnahmen aus der Energiesteuer bezogen, sondern hat sich genau darauf bezogen, daß wir in der Steiermark zwar fünf Landesräte haben, aber es tatsächlich im Energiebereich keine kohärente Politik gibt. Das sind drei unterschiedliche politische Ressorts. Wir haben den oberblauen Bremser Landesrat Schmid, der im Baubereich zuständig ist. Ich bin froh, daß er diesmal nicht hinter mir sitzt, weil er mit seinen intensiven Ausbrüchen – (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Aber ich höre zu!“ – Abg. Schinnerl: „Daß so ein kleines Geschöpf so giftig sein kann!“) Der Abgeordnete Schinnerl wundert sich, daß man so klein und so giftig sein kann wie ich. Das heißt, es ist die einzige Möglichkeit der Replik, die er hat, wenn hier vom

Rednerpult weg in halbwegs korrekter Form sein Ressortmitglied kritisiert wird. Herr Landesrat Schmid, ich werde dazu noch ins Detail gehen. Sie können sich gerne wieder hinsetzen. Vom Sitzen aus schimpft es sich entspannter, als wenn man mit seiner Fraktion die Tageslinie ausgehen muß. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Dann nehmen Sie Platz, Frau Kollegin!“) Da muß ich darauf warten, daß mich genug Wähler und Wählerinnen wählen. Soweit ist es leider noch nicht. Ich möchte deswegen, um allen Fraktionen in diesem Haus, auch der Freiheitlichen Fraktion, die Möglichkeit zu geben, zu zeigen, daß sie an einer konstruktiven Klimaschutzpolitik interessiert sind, eine Art Beharrungsbeschluß einbringen. Ich nenne es deswegen Beharrungsbeschluß, weil es genau den gleichen Text im Frühjahr dieses Jahres einen Umwelt-Ausschußantrag an die Landesregierung, gegeben hat. Den Vorspann erspare ich mir, und es hat mich sehr gefreut, daß als erste die Kollegin Karisch bereit war, diesen Antrag namentlich mitzuunterstützen, der Günter Getzinger steht auch auf dem Antrag darauf und dann auch die beiden Liberalen Brügger und Keshmiri, die in diesem Bereich ohnehin vorher einen entsprechenden Antrag eingebracht haben.

Beschlußantrag, betreffend „Verwendung der Mittel aus der sogenannten Energiesteuer“.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, a) die Einnahmen aus der „Energiesteuer“, die entsprechend dem Finanzausgleichsgesetz zweckgebunden „zur Finanzierung von umweltschonenden und energieeinsparenden Maßnahmen“ zu verwenden sind, insbesondere für nachstehende Förderungsschwerpunkte einzusetzen: Wärme aus Biomasse – Förderung von Biomassekleinfeuerungen; Fernwärmeförderung; Förderung der Gewinnung von Strom aus Biomasse und Wind; Förderung von Sonnenkollektoren, insbesondere große Anlagen; Förderung der Wärmedämmung; b) an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, daß ein erheblicher Anteil der Einnahmen des Bundes aus der sogenannten „Energiesteuer“ zur Dotierung einer Fernwärmeförderung des Bundes verwendet wird, bundeseigene Gebäude vorrangig an eine Fernwärmeversorgung angeschlossen werden und die wärmetechnische Sanierung von Bundesgebäuden forciert wird; c) dafür Sorge zu tragen, daß landeseigene Gebäude verstärkt an eine Fernwärmeversorgung angeschlossen und wärmetechnisch saniert werden; d) bei allen im Kompetenzbereich des Landes gelegenen ordnungs- und förderungspolitischen Maßnahmen sowohl umweltpolitische wie auch arbeitsmarktpolitische Auswirkungen besonders zu berücksichtigen.

Ich hoffe, daß dieser Antrag von allen Fraktionen im Haus, auch von den Freiheitlichen, unterstützt werden kann. Insgesamt, ich gehe jetzt ein bißchen weg vom Umweltbereich, ich habe mir überlegt, was eigentlich in der Budgetdebatte, in dieser dreitägigen Debatte, wo der Landtag seine Budgetwahrheit wahrnehmen könnte, wenn er wollte, was da eigentlich als imagebildend und imageförderlich rüberkommt. Und das sind Megagigamachoprojekte. Das sind Projekte, die entweder in Richtung Ö1-Ring gehen, wo man eine ganz bestimmte Art von Mobilität, eine ganz be-

stimmte Art von Tourismus (Beifall bei den Grünen.), eine ganz bestimmte Art von regionaler Strukturpolitik fördert, und ich habe es noch nie erlebt, daß der Landesrat Hirschmann mit der gleichen Inbrunst und Vehemenz hier im Haus, im Ausschuß und draußen in den Regionen sich einsetzt für einen großen Nationalpark, der über das Gesäuse hinausgeht. Ich habe es noch nie erlebt, Herr Landesrat Hirschmann, er hat Platz genommen. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Begleiten Sie mich einmal!“) Ich begleite Sie sehr gerne! Ich habe es noch nie erlebt (Abg. Schinnerl: „Wir wollen keine neuen Steuern!“), daß Sie sich so vehement einsetzen für die Schotterabgabe, um ihre Naturschutzaktivitäten zu finanzieren, und ich habe es noch nie erlebt, daß Sie probieren, in der Landesregierung eine Art Gleichklang im Umweltbereich vorzugeben, wenn der Landesrat Pörtl dafür offenbar trotz seines ausgeprägten Charmes nicht fähig ist. Das habe ich noch nie erlebt. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Pfui!“ – Landesrat Pörtl: „Danke für das Kompliment!“) Und ich wünsche mir wirklich, die beiden Herren Landesräte, die mir im Genick sitzen, ich wünsche wirklich, daß es möglich ist, daß sie sich für nachhaltige Projekte einsetzen, für Projekte, die nicht angeberisch sind. Daß sie sich für Projekte einsetzen, die dezentral organisiert werden, die von einzelnen Personengruppen, von Vereinen getragen werden, und daß sie das genauso aktiv machen, wie der Landesrat Pörtl eine ziemlich traditionelle Bauernbundpolitik macht und der Landesrat Hirschmann Megagigamachoprojekte unter die Leute bringt. (Landesrat Pörtl: „Das hat nichts zu tun mit dem, wo man spricht, auch auf der Uni!“) Herr Landesrat, ich habe nie Ihre rhetorische Kompetenz angezweifelt, und ich bewundere Sie, Sie sind für mich einer der beeindruckendsten Redner im Landtag. (Beifall bei der ÖVP.) Und es stimmt wirklich, Sie schaffen es, im Uni-Bereich – das ist einfach so, das muß man ihm lassen – genauso Ihre Umweltpolitik zu verkaufen, wie Sie das im Bauernbundsaal schaffen. Ich finde das bewundernswert, Ihre rhetorische Kompetenz. Das, was Sie inhaltlich machen, finde ich aber sehr wenig bewundernswert, und bitte erlauben Sie mir, daß ich hier differenziere. (Landesrat Pörtl: „Das werde ich Ihnen heute beweisen!“) Gut, noch ein Thema: Auffallend ist, daß – bleiben wir gleich bei den Regierungsbüros – es in letzter Zeit deutliche Aufstockungen personalpolitisch in bestimmten Regierungsbüros gegeben hat mit Sonderverträgen, an die wir nie herankommen. Und wir haben uns jetzt überlegt, daß es eigentlich notwendig wäre, daß man einer parteiischen Umweltstruktur, nämlich parteiisch für die Umwelt in der Steiermark, finanziell und infrastrukturell das zukommen läßt, was ihr eigentlich zusteht, nämlich der Umweltanwaltschaft. Ich möchte deswegen einen Beschlußantrag einbringen:

Angesichts der gestiegenen Bedeutung von Umwelt- und Naturschutz in unserer Gesellschaft sollte die Umweltanwaltschaft personell aufgestockt werden. Die Bedeckung kann aus überbelegten Regierungsbüros erfolgen. (Beifall bei den Grünen.) Das wäre eine sehr logische Art der Umverteilung. Es würde auch einerseits uns stärken, die wir versuchen, Bürger- und Bürgerinneninteressen zu vertreten, und die würde andererseits dieses Ungleichgewicht zwischen Legislative und Exekutive ein bißchen ausgleichen.

Es wird daher der Antrag gestellt von Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brünner und Keshmiri, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Umwelthanwaltschaft personell aufzustocken. Den Vorschlag für die Bedeckung habe ich bereits angegeben.

Was jetzt ganz konkret die Klimaschutzpolitik betrifft: Es gibt einige konkrete Kritikpunkte an der Solarförderung, wie sie derzeit aussieht. Das eine ist, in anderen Bundesländern liegt die Förderung für Solaranlagen direktförderung nicht bei 500 Schilling pro Quadratmeter wie in der Steiermark, sondern etwa bei 1500 Schilling. Einbeziehung aller Solaranlagen in die Förderung. Es gibt derzeit bestimmte Betreibermodelle, die einfach nicht förderbar sind auf Grund der gesetzlichen Vorgaben, auch auf Grund der Abwicklungsmodalitäten. Das gilt gerade für den Bereich Geschoßwohnbau und Nahwärmeversorgung, wo die Errichtung von Solaranlagen sehr kostengünstig wäre, aber die Fördermöglichkeiten auch auf Grund der schwierigen Konstellation Bauträger, Wärmegenossenschaften einfach nicht hinwauen. Drittens, und das ist ein Anliegen von Leuten, die professionell im Solarbereich arbeiten: Man müßte schauen, daß eine Qualitätssicherung bei Großsolaranlagen gegeben ist. Es gibt derzeit in Österreich zirka 2000 Leute, die in der Solarindustrie, die Gott sei Dank zu einer Industrie werden könnte, beschäftigt sind. Es gibt da eigentlich keine Qualitätsstandards. Wenn man jetzt absieht vom klassischen Selbstbau und von den professionell montierten Solaranlagen, gibt es leider Gottes ein gewisses Segment an Pfusch. Deswegen wäre eine Qualitätssteigerung in diesem Bereich auch dadurch gegeben, indem man die Qualitätssicherung da in die richtigen Schritte setzt. Die Steiermark ist nicht mehr führend im Bereich Solartechnik auf Grund der schlechten Förderungssituation. Andere Länder, wir haben es schon gehört, wie Niederösterreich und Oberösterreich, haben uns bereits überholt, was die montierten Quadratmeter betrifft. Die Förderhöhe, nicht geförderte Solaranlagen. Wie schon gesagt, es schaut sehr schlecht aus für den Geschoßwohnbau, wo mehrere Abnehmer sozusagen an einer Anlage dranhängen. Da gibt es ein Beispiel in der Heinrichstraße in Graz. Ein Bauträger hat probiert, einen Wohnblock mit 27 Wohneinheiten zu errichten. Es ist ihm nicht gelungen, dafür eine adäquate Förderung aufzutreiben, da die Förderung für Einzelpersonen gedacht ist. Ich glaube, daß man gerade im Bereich des Umweltschutzes alles unternehmen sollte, daß Leute auch genossenschaftlich, gemeinschaftlich arbeiten und deswegen Einzelförderungen gut und schön sind, aber diese Verbreiterung auch dazu dienen würde, daß man Leute motiviert, auch kooperativ zu arbeiten. Das ist für mich auch ein Stück Gesellschaftspolitik, das ich auch im Umweltbereich realisiert sehen möchte, und ist durch die Förderungspolitik bestimmt gestaltbar. Wohnanlage Deutschfeintritz: Da ist eine Gemeinschaftsolaranlage für fünf Häuser geplant gewesen, und zwar ist es da um Warmwassernutzung gegangen. Diese Förderung ist abgelehnt worden, da allein die Endabnehmer förderungswürdig seien, also wieder die Einzelpersonen, und deswegen im großvolumigen Geschoßwohnbau die Möglichkeit nicht bei den derzeitigen Förderungs-

modalitäten nicht ausreichend besteht. Noch etwas, nachdem Herr Landesrat Schmid es geschafft hat, mich bis jetzt nicht zu unterbrechen, wofür ich ihm herzlich dankbar bin, aber er wird sicher anschließend eine brennende Umweltrede halten, die uns sehr schwer beeindrucken wird, weil wir das, was er in der Realpolitik macht, mit dem dann gegenspiegeln können, wie er sich hier am Rednerpult aufführt, wenn das Thema Umweltschutz kommt. Ich sehe keine kohärente Energie- und Klimaschutzpolitik, fünf desperate Ressorts, ich sehe zunehmend eine ökologische Armut in der Steiermark, ich sehe keine Maßnahmen in Richtung ökologische Grundsicherung. Ich könnte mir vorstellen, wenn die Regierung ehrlich dazu steht, daß Umweltschutz ihr nicht wirklich ein Anliegen ist, dann müßte sie eigentlich im Budget eine neue Gruppe „Umweltkosten als Zukunftskosten“ reinlegen und dort angeben, was eigentlich alles daneben investiert wird, indem man den Umweltbereich nicht adäquat finanziell ausrüstet und indem man in vielen Bereichen, im rechtlichen Bereich, die keinen Schilling kosten, auch keine entsprechenden Beiträge setzt. An meine beiden Beschlusanträge möchte ich Sie nochmals erinnern, und ich bitte Sie, diese beiden Beschlusanträge zu unterstützen. Ich danke. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 9.51 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid. Er hat das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (9.51 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kollegen aus der Regierung, Hohes Haus!

Es ist hier in einem sehr umfangreichen Ausmaß schon von den Hauptrednern, und darum möchte ich gleich dazu Stellung nehmen, der Wohnbau angesprochen worden. Ich denke, daß man, wenn man die spezifischen umweltrelevanten Maßnahmen des Wohnbaues hier ins Kalkül zieht, natürlich das gesamte Umfeld des Wohnbaues ein bißchen beleuchten muß, damit man im Zusammenhang, und nicht herausgerissen aus der Materie, das eine oder andere Stück sieht. Wir müssen einmal davon ausgehen, daß der steirische Wohnbau sicherlich das Paradeherzeigstück der steirischen Landespolitik in den letzten Jahren war, und ich weiß mich, wenn ich das erwähne, in guter Gesellschaft, nicht zuletzt deshalb, weil Finanzlandesrat Ing. Ressel das mehrfach erwähnt hat, daß wir hier wirklich gute Maßnahmen gesetzt haben, und das auch zur Klarheit, mit Unterstützung aller in diesem Haus, wie wir im Jahr 1993 das Wohnbaugesetz geändert haben. Ich habe hier auch die einzelnen Aussagen, die dazu von den Sprechern Otto Heibl, Abgeordneten Grabner, Kanduth et cetera gemacht worden sind. Wir haben diesen Bereich mit 3 Milliarden Schilling überschuldet übernommen und konnten jetzt in eine Situation kommen, daß wir so viel bauen wie noch nie, auch im Umweltbereich, damit das ja nicht hier vergessen wird. Der Bürgermeister von Graz zum Beispiel macht das zum Thema seines Wahlkampfes. Recht hat er, wie schön die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land funktioniert, daß in Graz 6000 Wohnungen gebaut worden sind. Ich möchte aber noch eines dazusagen in diesem Bereich: wir sind auch so billig wie noch nie bei den Rückzahlungen. Wir haben

eine Absenkung von 1993 bis jetzt um etwa 30 Prozent gehabt. Um etwa 30 Prozent sind die Rückzahlungen für die Mieten et cetera zurückgegangen. Ich habe Wohnungsübergaben in letzter Zeit gehabt, wo ich selbst mich nachher vergewissern mußte, ob die angegebenen Zahlen stimmen. Neuholdaugasse in Graz: 23 Schilling pro Quadratmeter Rückzahlung inklusive aller Betriebskosten, weil die Häuser so toll gedämmt sind. Daher sind die Heizkosten auch relativ gering und betragen so um die 55 Schilling. Bei all dieser Diskussion und speziell bei den Wärmedämmungen, bei den Schalldämmungen, wo man den Wohnbau schlecht machen will, ersuche ich die Abgeordneten dieses Hauses, die Realität zu sehen und auf den Boden der Tatsachen zu kommen. Wir haben auch noch andere Bereiche bei uns im Wohnbau, die wir mitfinanzieren auf Grund eines gescheiterten Gesetzes, einer gescheiterten Finanzierung, das ist die Bauinitiative, die Otto Heibl hier initiiert hat, das ist die Revitalisierung, das ist die Ortserneuerung. Dazu werde ich zum Kapitel Wirtschaft noch einiges zu sagen haben. Ich stelle fest, daß wir hier wirklich gemeinsam erfolgreich gewirtschaftet haben. Noch eines, da kann man sagen, ob man diese Einsparungen, die wir hier dem Landesbudget gebracht haben, nicht sinnvoll hätte vielleicht auch in umweltrelevante Maßnahmen umlenken können. Da bin ich bei Ihnen allen. Es waren in den letzten Jahren – nachweislich – 7 Milliarden Schilling, die auf Grund der Gesetzesänderung dem Land eingespart wurden, mehr als 7000 Millionen Schilling. Bitte nehmen wir das einmal zur Kenntnis. Wir haben auf das Landesbudget verzichtet. Und wir haben in den letzten Jahren nicht mit meinem Wohlwollen und nicht mit meiner Begeisterung auf 750 Millionen Schilling Bundeszweckzuschüsse verzichtet, und wir müssen jetzt verzichten. Die 7 Milliarden Schilling beziehen sich bitte auf 1999, korrekterweise hochgerechnet die Einsparungen, mit dem Beschluß, den ich zutiefst ablehne und den ich zutiefst bedaure, daß die Zinsen im Wohnbau hier nicht mehr dem Wohnbau zufließen, sondern im allgemeinen Budget versumpfen, Klartext, im allgemeinen Budget versumpfen und vielfach in anderen Ressortbereichen bei der Oberlichte hinausgeschmissen werden. Das kritisiere ich dazu. Ich verstehe teilweise die Generalangriffe auf den Wohnbau draußen in der Öffentlichkeit nicht. Mein lieber Freund Grabner sagt immer, der Wohnbau muß wieder billig werden. Wo ist jetzt die Realität? Wenn ich um 30 Prozent billiger geworden bin, kann ich nicht sagen, er muß wieder billiger werden. Wir verunsichern damit die Menschen draußen und machen damit den Wohnbau schlecht. Wir stellen Forderungen auf, und ich habe hier dieses Paket. Das sind nur die Stichworte von dem, was hier im Landtag eingebracht worden ist, von dem, was die Presse will. Ich will jetzt aber nicht alles aufzählen, weil ich die Umweltdebatte nicht zu sehr damit belasten will, aber Thema Wohnbau ist Thema Umwelt, und da bin ich sogar beim Kollegen Getzinger. Wir haben hier ganze Pakete von Forderungen – und jetzt könnten wir dann seriöserweise sagen, und ich werde im Detail noch ganz kurz darauf kommen –, wir wären wirklich bei allem Verständnis der Selbstdarstellung der Abgeordneten gut beraten, die Realität – ich sage es noch einmal –, die Wirklichkeit und das, was hier als Tatsache bekannt ist, nach außen zu tragen. Wir

hätten allen Grund, stolz darauf zu sein, daß wir in diesem Land hier ein Gesetz haben, das einen Generationsvertrag in sich birgt, ein Gesetz, Maßnahmen in diesem Budget, in dieser Landespolitik, wo wir nicht die Schuldenlast auf unsere Kinder, auf unsere Enkerln übertragen. Gefährden wir das bitte nicht, obgleich Sie am besten Wege dazu sind. Ich habe auch kein Verständnis dafür bei dieser Verunsicherung, wenn zum Beispiel die sozialdemokratischen Redner mit einem Handzettel aus dem Wahlkampf 1995 noch draußen überall verkünden, es fehlen uns 45.000 Wohnungen in der Steiermark. Die Frau Abgeordnete hat das life auch mir einmal in Bruck gesagt. Es ist einfach unrichtig. Und der Herr Dipl.-Ing. Grabner sagt ja richtigerweise, Otto Heibl sagt es auch, und der Franz Majcen weiß es auch und die anderen auch, es wird der Bedarf endenwollend sein. Das ist einfach ein Faktum. Ich kann mir nicht auf der einen Seite darüber den Kopf zerbrechen, ob die Bauwirtschaft und alles, was dazugehört, im entsprechenden Ausmaß von diesen 40 Prozent Bauvolumen insgesamt noch versorgt wird, und auf der anderen Seite sagen, wir haben viel zu wenig Wohnungen, die Wohnungen sind viel zu teuer. Und das sage ich schon, lieber Franz Majcen, dir, wenn du mir jetzt da hier sehr große Vorwürfe machst, daß ich die Bevölkerung verunsichere, das halte ich für abenteuerlich. Sei mir bitte nicht böse. Weißt du, das ist der feine Unterschied zwischen meiner Art, Politik zu machen, und zwischen der, wie sie die Österreichische Volkspartei leider Gottes betrieben hat, und ich mache jetzt bewußt, daß kein Mißverständnis aufkommt, nicht meinen Vorgänger, den ich im Höchstmaß schätze, dafür persönlich verantwortlich. Aber es war einfach in eurer Zeit gang und gäbe, daß man jedem alles zugesagt hat, ohne ein Geld zu haben. 3 Milliarden Schilling, 1,6 bar und 1,4 Milliarden Zusagen, die nicht bedeckt sind, habe ich übernommen am 18. Oktober 1991. Da hat man alles zugesagt. Wenn du mir jetzt vorwirfst, daß ich den Leuten, die zu uns um Ansuchen kommen, mitteile, daß wir nicht gewährleisten können, zu welchem Zeitpunkt diese Förderung läuft, dann denke einmal darüber nach, ob Ehrlichkeit schon verwerflich ist. (Beifall bei der FPÖ.) Und ich werde es dir auch begründen. (Präsident Dr. Strenitz: „Darf ich den Herrn Landesrat vielleicht doch freundlicherweise daran erinnern, daß wir zur Gruppe Umweltschutz reden!“) Ja, ich rede zur Gruppe Umweltschutz, Herr Präsident! Damit das klar ist, ich bin angesprochen worden von der Frau Mag. Zitz, ich bin angesprochen worden vom Herrn Dipl.-Ing. Getzinger (Abg. Ing. Getzinger: „Aber das beantworten Sie nicht!“), ich bin angesprochen worden von der Frau Abgeordneten Dr. Karisch, was im Wohnbau für Umweltschutz gemacht wird oder daß nichts gemacht wird. Und es ist absolut notwendig, das Umfeld, den Rahmen der Finanzierbarkeit hier darzustellen, und ich komme sehr rasch und sehr direkt zum Ergebnis. (Abg. Dr. Wabl: „Herr Kollege!“) Herr Dr. Wabl, sind Sie froh, daß wir heute über Wohnbau reden, weil gestern waren Sie bereits abwesend, wie über dieses Thema gesprochen worden ist. Und daher werde ich dazu – und dieses Recht habe ich – sollten Sie der Meinung sein, Herr Präsident, daß ich dieses Recht nicht habe, dann würde ich also meinen, daß man darüber diskutieren sollte. (Abg. Ing. Getzinger: „Das ist Ihre Antwort von Umweltschutz!“) Ich komme schon dar-

auf, Herr Abgeordneter (Abg. Ing. Getzinger: „Es wird allmählich Zeit!“), Sie können es nicht erwarten. Das ist das gesamte Umfeld im Wohnbau, um es klarzustellen. Wir sind hier gut ausgestattet, um unsere Maßnahmen setzen zu können, und wir haben über viele Verbesserungen hier diskutiert, und ich ersuche Sie alle, in dem Zusammenhang, wenn Sie neue Maßnahmen, Förderung Solaranlagen zum Beispiel – war das gut so, Herr Präsident, paßt das? (Präsident Dr. Strenitz: „Jetzt paßt es!“) –, Förderung von Schallschutz, auch gut, Förderung von Wärmedämmung, wie die Frau Abgeordnete gesagt hat, finanzieren wollen, dann kann man aus diesem Paket nicht gleichzeitig beschließen, 300 Millionen wegzunehmen. Dann ist unser Diskussions-, unser Handlungsspielraum hier beschränkt und hier begrenzt. (Abg. Mag. Zitz: „Ich habe gestern mit Ihnen mitgestimmt!“) Bitte, reden Sie nur, ich höre zu! (Abg. Mag. Bleckmann: „Es ist halt schwer, reden und essen gleichzeitig!“) Also, das ist die Vornehmheit, die hätte ich eigentlich weniger vermutet, aber gut! Ich würde mir wünschen, daß wir in den Diskussionen, in den Debatten im Unterausschuß, die wir in nächster Zeit in diesem Bereich im vermehrten Ausmaß haben können, all diese Anliegen und viele andere mehr – weil dem ist entgegenzuhalten, daß wir in erster Linie eine soziale Aufgabe haben. In erster Linie eine soziale Aufgabe, um jenen Menschen zu helfen, die wirklich auf Grund ihres Einkommens, auf Grund ihres existenziellen Umfeldes selbst nicht die finanziellen Möglichkeiten haben, darüber sind wir uns einig. (Abg. Ing. Getzinger: „Das bestreitet auch wirklich niemand!“) Das ist im Vordergrund. Es ist die Wohnbeihilfe für alle, von der Sozialdemokratie in Diskussion gestellt, beantragt. Aber sie kostet etwas. Welche Maßnahmen wir auf der anderen Seite, für Verbesserungen des Schallschutzes zum Beispiel, machen können, ist in diesem Gesamtlicht zu sehen. Und seid mir nicht böse, das ist wirklich ein Zusammenhang. Wenn es auch dem Dr. Wabl, gerade dem Abgeordneten Wabl, der überhaupt sich beinahe bei keiner einzigen Rede an das vorgegebene Thema hält, nicht paßt, daß ich hier eine sachliche, ausführliche Darstellung des gesamten Bereiches mache, dann stört mich das ein bißchen. Das muß ich schon dazusagen. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich komme dann schon zum Schluß. Ihr seid alle herzlich eingeladen, dafür zu sorgen, daß nicht der Wohnbau weiter der Topf für alle wird, der Kübel für alle, wo Sie hineingreifen können, um andere Bereiche, wie zum Beispiel Schulden im Wasserwirtschaftsfonds, zu bedecken.

Zu Ihnen, Herr Abgeordneter Getzinger. Sie haben gesagt, es geschehe nichts im Bau gegen den Lärm. Sie haben zwar gesagt, ich sei der Lärmerzeuger, gut. Das war ein lapsus linguae, ich nehme ihn nicht so ernst. Sie müssen also eines wissen, und Sie werden es wissen, und darum wundert es mich, daß Sie trotzdem rausgehen und hier etwas schlecht machen, was in Wirklichkeit hervorragend ist. Wir als steirisches Bundesland waren das einzige Bundesland in Österreich und sind bisher das einzige Bundesland in Österreich, das Millionen investiert hat in ein Musterprojekt, in ein Modellprojekt, fünf Gemeinden sind untersucht worden für Schallschutzzonen et cetera. Sie wissen es, Sie nicken. Wieso kommen Sie dann raus,

bitte, und erklären, wir tun nichts? (Abg. Ing. Getzinger: „Ich habe das sogar zitiert!“) Die steirischen Richtlinien – sehr gut! (Abg. Ing. Getzinger: „Aber was ist das, ein geduldiges Papier, was da produziert wird!“) Nein, das ist nicht da das Papier. Diese steirischen Richtlinien sind im Vorjahr von allen anderen Bundesländern als österreichische Richtlinien aufgenommen worden. Wir stehen Gewähr bei Fuß bei entsprechender Finanzierung. Bei entsprechender Finanzierung stehen wir Gewähr bei Fuß. Und wissen Sie, wo die Finanzierung eigentlich sein müßte? Nicht im Sachverständigenbereich, Entschuldigung, dort kann sie nicht sein. Wir machen Gutachten. Wir machen Gutachten, aber sie sind zu bezahlen. Es gibt aber so einen Topf, mit Bedarfszuweisungen zum Beispiel, den ich auch sehr gerne sehen würde, wenn wir die Digitalisierung der Gemeinden umsetzen, wo wir auch unterstützend für unsere Lärmschutzzonen vieles davon hätten. Ich habe es im Bereich der Raumplanung gefordert. Man hat mir dafür 25 Millionen Schilling gestrichen, tut mir leid. Wenn wir von der Umwelt reden, auch den Krško-Meßwagen, den ich auch gefordert habe, hat man mir leider Gottes auch gestrichen. Nur am Rande erwähnt, bitte, ich habe es zur Kenntnis zu nehmen. (Abg. Ing. Getzinger: „Aber auch im Baubereich gibt es einige Mittel, wo man etwas durchsetzen kann!“) Ich halte es nur einmal fest, ich kann das ja nachweisen. Einigen wir uns bitte darauf, daß hier die Steiermark Musterbundesland Österreichs ist. Wir waren die ersten, es war Landesrat Schaller, der den Auftrag dazu erteilt hat, wir haben diese Arbeit weitergeführt. Wir haben also die entsprechenden Richtlinien gemacht, die zu österreichischen Richtlinien übernommen worden sind. Wir machen noch etwas bei der Raumplanung und beim Wohnbau. Diese Zusammenhänge sind wirklich gegeben, ich halte es noch einmal fest. Es wird jedes einzelne Objekt auf seine Standortqualität untersucht. Mit wilden Kämpfen, gebe ich zu, wo Leute in Zonen bauen wollen, die absolut fürs Wohnen nicht geeignet sind. Unser Problem dabei ist, daß Gemeinden dort Wohngebiet ausweisen. Sie kennen wahrscheinlich alle die Diskussion über verfügbares Wohngebiet. Ich will jetzt keine Raumplanungsdiskussion anfangen, aber das ist ein Problem. Wir haben Gemeinden, wo wir Bauland wirklich nur in Bereichen haben, die lärmbelastet sind. Dann gibt es von uns, vom Wohnbau, die Untersuchung, die vielfach mit Kosten verbunden ist, die wir als Land mit Steuermitteln tragen, über die Situierung der Gebäude, ich nenne zum Beispiel die Arland-Gründe. Sie kennen das alle. Wenn Sie hinausfahren, wo durch diesen Block hinten eine unheimlich beruhigte Zone gemacht wurde. Das sind Berechnungen, die durchgeführt werden, wo man sich im Höchstmaß bemüht, und da muß ich der Rechtsabteilung 14 und der Fachabteilung Ib, die da dabei sind, wirklich ein Dankeschön sagen, daß wir hier Qualitäten zustande bringen. Ich gebe Ihnen recht, daß das sicherlich nicht überall funktioniert. Da ist der kommunale Druck, und da sind die kommunalen Interessen manchmal miteinzubeziehen. Das ist einfach ein Faktum. Aber es wird auf diesem Gebiet irrsinnig viel gemacht. Oder, Sie haben auch gemeint, in bezug auf die Energiekennzahl. Ich habe den Zwischenruf schon richtig gemacht. Aber wissen Sie, Herr Dipl.-Ing. Getzinger, es stört mich wirklich. Sie sind privat

ein netter Bursche. (Abg. Ing. Getzinger: „Privat kennen wir uns sicher nicht!“) Ich halte Sie auch absolut für kompetent. Wenn wir jetzt hier in Gesprächen, wo Fachleute beisammen sind, wo die Öffentlichkeit da ist, über diese Energiekennzahl reden, so hoffe ich, daß Sie sich erinnern, wie ich mich persönlich dazu bekannt habe, wo wir gesagt haben, wir machen Untersuchungen, und wir machen sie auch, wie kommen wir zu einer gesetzlich durchsetzbaren Energiekennzahl, die dann auch in das ganze Konzept der Europäischen Union, und ich muß mich daran halten, wenn auch ohne Begeisterung, irgendwo eingliederbar ist. Wir haben darüber geredet. Daß Sie mir jetzt das Energie-sparhaus vorhalten, da haben wir einen Wert angesetzt für unsere Förderung. Das geht, weil ich kann sagen, wenn du über 65 Kilowattstunden pro Quadratmeter per anno verbrauchst, kriegst du keine Förderung. Das können wir machen, wenn jemand einen Rechtsanspruch auf die Förderung hat. Aber wir wollen ja eine Energiekennzahl, die normiert ist, die einen Rechtsanspruch bedingt, und da sind wir einer Meinung. Ich darf Ihnen jetzt noch eines sagen, und Sie wissen das auch. Warum gehen Sie hier heraus und schimpfen, wir täten nichts? Es sitzt zur Zeit das Österreichische Institut für Bauwesen in einem Arbeitskreis beisammen, wo wir auch drinnen sind. Hofrat Perner, den Sie Gott sei Dank auch genauso schätzen wie ich, ist einer der Mitinitiatoren, wo alle Bundesländer drinnen sind, wo man in dem Arbeitskreis versucht, allgemein gültige Berechnungsmethoden zu finden. Es geht ja mir auch so, wenn einer zu mir kommt mit einem Energiekennhaus. Ein Institut für Bauphysik auf der Hochschule hat das ausgerechnet, und dabei kommen 63 Kilowatt heraus, und wenn es die Energieberatungsstelle macht, kommen 67 heraus. Also das zeigt schon, daß wir etwas tun. Ich würde Sie wirklich ersuchen, zur Kenntnis zu nehmen, daß hier viel gemacht wird, und würde Sie auch ersuchen, sich in der Öffentlichkeit so zu verhalten, wie in Gesprächen und in Kreisen, wo es dann wirklich um die Sache geht. Um das bitte ich Sie. (Abg. Ing. Getzinger: „Es liegt ganz daran, wie konstruktiv sie sich in diesem Zusammenhang verhalten wird!“) Herr Abgeordneter, können wir uns darauf einigen, daß wir uns dann unterhalten, wenn diese Ergebnisse da sind. Machen Sie mir die Vorwürfe dann, wenn ich mich irgendwie dazu geäußert habe. Ich bitte, nicht im voraus. Ich schimpfe schon jetzt mit Ihnen, weil Sie werden sicherlich wieder böse sein. Das bringt ja nichts. (Abg. Ing. Getzinger: „Ich wäre schon froh, wenn nicht blockiert wird!“) Wir blockieren?

Ich werde den Herrn Hofrat Perner ersuchen, daß er mit Ihnen ein Gespräch führt. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Seit zwei Jahren darf ich wieder mit Herrn Perner sprechen!“) Sie dürfen immer mit Hofrat Perner reden. Ich werde ihn ersuchen, daß er mit Ihnen redet. Sie sind aber nicht der Abteilungsleiter, der dort sich aus den einzelnen Büros die Unterlagen herausfordern kann. Das schaffen wir nicht, weil da sind wir personell zu schlecht ausgestattet. Zur Frau Abgeordneten Karisch, oder es war der Herr Abgeordnete Getzinger, die gesagt haben, wir tun nichts für biologisches Bauen. Sie können sich herstellen und sagen, sie gratulieren dem zuständigen Landesrat, was zum Beispiel im Holzbau passiert ist. Das war jetzt ausnahmsweise wirklich eine intensive persönliche Bemühung meiner-

seits, nämlich der Holzbau. Wir haben die Schafwoll-dämmung mit einer Sonderförderung ausgestattet, aber leider blockiert Brüssel. Wenn ich über Biologie im Bauen rede, dann muß ich sagen, etwas Besseres gibt es gar nicht. Aber ich erwähne es einmal, denn es gehört auch zum Bauen. Ich glaube, der Herr Wabl hat jetzt wieder den Saal verlassen, weil er sich darüber beschwert hat. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Wissen Sie, woher Schafwolle kommt?“) Von Schafen. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Woher, wissen Sie das?“) Herr Abgeordneter Getzinger, wissen Sie, warum in Brüssel das Ganze hängt? (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Vom anderen Ende der Welt kommt Sie!“) Herr Abgeordneter, diesmal scheinen Sie wirklich nicht informiert zu sein, aber in Ihrer Feindbildpflege wieder einmal ungerecht. Wir haben in unserer Verordnung eine Klausel drinnen, daß die Schafwoll-dämmung, die wir hier verwenden, von hier kommt. Und das stört Brüssel. (Beifall bei der FPÖ.) Ich gebe Ihnen das nur in den Hinterkopf, wenn Sie bei Ihren Versammlungen draußen wild um sich schlagend dann sagen, der Schmid fördert neuseeländische Schafwolle. Sie wissen zumindest, daß das, was Sie sagen, nicht stimmt. Das wollen wir sicher nicht. (Abg. Mag. Zitz: „Ausländische Schafwolle!“) Daß wir ganz Österreich mit einem Walkjanker versehen, das können wir nicht. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Wie viele Schafe haben wir denn?“) Die Anwesenden nicht miteingerechnet, allemal genug. Ich bin ein Schaferl. Ich versuche jetzt wirklich, und das wird mir jeder bestätigen, ganz emotionslos das auf den Punkt zu bringen. Wir haben die Möglichkeit, daß wir 2000 bis 3000 Einfamilienhäuser mit Schafwoll-dämmung versehen können, die in Österreich produziert wird. Rund 70 bis 80 Prozent der Schafwolle wird kompostiert. Es gibt von uns die Initiativen, auch den entsprechenden Betrieb oben in der Kleinsölk aufzubauen, daß man die Dämmung macht, und das ist etwas. Wenn Sie jetzt, um eben die Feindbildpflege zu machen, sagen, ich habe gar nicht soviel, dann geben wir wenigstens den 2000 Häusern eine Chance, daß sie es kriegen. Zur Wärmedämmung: Ich weiß schon, daß das ein Thema ist, das sich irgendwo ein Präsident einer Gewerkschaft jetzt einmal aufs Federl steckt. Wir müssen eine Zusatzförderung machen für mehr Wärmedämmung, Arbeitsplatzsicherung, 40 Millionen Schilling. Wissen Sie was, das ist ein Hohn. In der Zeit, seitdem ich Landesrat bin, übernehmend die gute Arbeit des Hermann Schaller, wurden im Bereich der Verbesserung der Wärmedämmung, der Technik der Häuser umfassende kleine Sanierungen vom Land Steiermark über 5 Milliarden, über 5000 Millionen Schilling, aufgewendet. Es werden von unserer Abteilung, von der Rechtsabteilung 14, die einzelnen Vorhaben wirklich auf Herz und Niere geprüft. Wenn einer eine wärmedämmende Maßnahme machen will und nur ein Fenster austauscht, das im Gesamtkonzept keinen Sinn gibt, kriegt er es nicht, weil damit auch angeregt wird, daß die Fassade selbst, die vielleicht die Schwachstelle dann ist, jedenfalls mitgedämmt wird. Das sind weit über 5000 Millionen Schilling allein in der Zeit, seit dem ich da bin. Ich habe es nicht gezahlt, und es ist nicht mein Geld. Es wurde im hohen Ausmaß und mit höchster Verantwortung vom Hermann Schaller und Josef Riegler in diese Maßnahmen wie in keinem anderen Bundesland Österreichs Inve-

stitutionen hineingegeben. Wenn Sie diese 40 Millionen Schilling ansprechen und das in Relation stellen, so wissen Sie, daß hier Hervorragendes auch mit Kessel et cetera gemacht wird. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „So ein Blödsinn. Das ist Standard, das ist absolut nichts Besonderes!“) Herr Getzinger, ich weiß, es ist alles Standard, es paßt Ihnen nicht. Es macht nichts. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Schauen Sie sich die Wärmedämmung-Verordnung in den anderen Bundesländern an!“) Ich bin hier gegen eine Wand gelaufen, als ich Sie aufgefordert habe, öffentlich so sachlich zu sein wie hinter verschlossenen Türen – macht nichts, und es stört mich nicht. Das gehört auch ein bißchen zum Parlamentarismus dazu, daß wir zwei uns hier in den Haaren liegen, belebt aber die Situation. Ich sage abschließend: Es war und ist sehr wichtig, daß in der Diskussion zum Umweltschutz der Wohnbau eine so bedeutende Rolle eingenommen hat. Denken wir alle daran, wenn wir Maßnahmen in diesem Bereich setzen und wenn wir Maßnahmen durch Anträge und Forderungen des Hauses zu setzen haben, wo jetzt Einsparungen zu treffen sind, daß diese Gelder, die dem Wohnbau zur Verfügung stehen, die nicht auf einem Sparbuch liegen – ich sage das noch einmal dazu – in vernünftige Bereiche eingesetzt werden. Ich würde mich freuen, wenn ich hier Ihre Unterstützung hätte, bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 10.16 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Wir kommen nun zu den Damen und Herren, die jeweils fünf Minuten Redezeit haben. Es beginnt der Herr Abgeordnete Riebenbauer, nach ihm die Frau Abgeordnete Kaufmann.

Abg. Riebenbauer (10.17 Uhr): Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe jetzt aufmerksam diese Debatte im Landtag verfolgt, und mir sind eigentlich ein paar Gedanken gekommen, wenn man sich das so anhört, das Für und das Wider, das Dagegen und das Dafür. Ich habe mir eigentlich heute früh gedacht, wenn ich als Vater von vier Kindern – ich sage das bewußt eingangs – die Wünsche meiner vier Kinder immer erfüllt hätte, dann hätte ich sie sicherlich kurzfristig glücklich gemacht, aber ich bin überzeugt davon, daß sie langfristig ihr Zuhause verloren hätten. (Beifall bei der FPÖ.) Und ein Zweites: Wenn ich längerfristig in einer Familie lebe, und wir im Landtag inklusive Regierung, das ist für mich eine Familie, die für die Steiermark Verantwortung trägt. Wenn ich in dieser Familie lebe, geschätzte Damen und Herren, dann muß man Freud und Leid miteinander teilen, dann muß man auch die hellen und die dunklen Stunden miteinander tragen, man kann nicht immer nur das sagen, was alle gerne hören, sondern ich muß auch irgendwo einbekennen, daß ich auch in einer Familie nicht alles haben kann und Schuldzuweisung nichts bringt.

Aber ich sage nur kurz einige Worte jetzt zum Umweltschutz und zur Förderung der Pelletsheizungen. Zwei Sätze zum Umweltschutz. Wir haben im Jahre 1991 in unserer Gemeinde eine Biomassenahwärmanlage errichtet. In kürzester Zeit gebaut, und manchmal kommt mir irgendwo im Hinterkopf das Lächeln,

wenn ich da zuhöre, was alles gesagt wird zu diesem Thema, wenn ich da höre, was alles gefordert wird, wenn ich da höre, was da alles gefordert muß werden. Und manchmal bekomme ich das Gefühl, daß sich so manche vorstellen, es geht alles so herrlich, so wunderbar und so leicht. Theorie und Praxis, meine geschätzten Damen und Herren, sind auch in diesem Umweltbereich ein wesentlicher Unterschied. (Beifall bei der ÖVP.) Es gibt Menschen, die gerne – ich sage es bewußt – aus Überzeugung von Umwelt reden. Wir haben aber noch nicht so viele Menschen in unserem Lande, die umweltbewußt leben und denen die Umwelt auch was wert ist, wenn es um Kosten geht, und die bereit sind, für die bessere Umwelt auch finanziell mehr zu zahlen. Das kann ich aus Überzeugung sagen als Obmann einer Biomasse-Heizgemeinschaft. Reden tun viele davon, daß die Umwelt für uns was wert sein muß, reden tun viele davon, daß wir eine gesunde Luft brauchen, daß es klass und gut ist, aber beim Finanzieren schaut die Welt wesentlich anders aus. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn ich die Rechnungen vergleiche, und wie ich es immer höre von meinen Nachbarn, ich sage es auch bewußt, ich brauche im Jahr nur 2000 Liter Öl, und die Biomasse kostet soviel, dann verschweigt der liebe Herr gleichzeitig, daß er auch gleichzeitig mit dem Kachelofen noch heizt und daß er auch ein Holz braucht, nur damit man Biomasse schlecht machen kann. Solche Rechnungen gelten für mich nicht. Da muß man ehrlich sein, was man wirklich braucht, weil man Vergleiche anstellen muß.

Jetzt zur Geschichte der Pelletsheizungen. Gut Ding braucht Weile, kann ich nur sagen. Wir haben gemeinsam – ich sage auch das bewußt –, alle fünf Parteien, eine Empfehlung an die Regierung gegeben, eben aus dieser Klimamilliarde diese Förderungen dieses Pilotprojektes zu finanzieren. Es war nicht möglich, und wir haben weiter noch einen Weg gesucht und haben diesen Weg gefunden. Und der Steiermärkische Landtag hat in der Sitzung am 21. Oktober 1997 mehrheitlich einen Beschluß gefaßt, ein zwischen Ressorts kofinanziertes Direktförderungsmodell für moderne Heizschnitzelanlagen zu fördern. Inzwischen ist ein Weg gefunden worden, daß es finanzierbar wird. Und es wurde von unseren Verantwortlichen in diesem Lande eine Wertigkeit gesetzt. Und ich sage immer, wir verschenken nicht unsere Steuermittel, es verschenkt kein Regierungsmitglied seine Steuermittel, sondern es sind Mittel, die wir alle zahlen, und wo eine Wertigkeit vorhanden sein muß, wem ich sie gebe und wohin ich sie einsetze. Ich bedanke mich bei Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, bei Herrn Landesrat Pörtl und auch beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner-Blazizek. Sie gemeinsam haben den Weg gefunden und finanzieren voraussichtlich ab 1999 diese 30 Millionen Schilling für diese Heizungen. Ich freue mich darüber. (Beifall bei der ÖVP und der SPÖ.) Und ich traue es der Schlaueheit unseres Landesrates Pörtl zu, daß er noch einen Weg findet, daß man schon im Jahre 1998 ansuchen kann. Ich traue es ihm zu. (Abg. Ussar: „Das glaube ich auch!“) Ich möchte aber auch noch einmal hier klar und deutlich betonen, was in der ersten Phase dieser Diskussionen sicherlich immer mißverstanden ist worden. Es handelt sich hier nicht rein um eine Förderung

der Landwirtschaft, meine geschätzten Damen und Herren. 80 bis 85 Prozent der Wertschöpfung kommen der gesamten Wirtschaft zugute. Egal, wer es ist, ob Installateur, Ofenbauer, Kesselbauer und so weiter, die Wirtschaft profitiert vor allen Dingen von dieser Maßnahme, und ich freue mich besonders, daß wir endlich einmal für unsere Häuslbauer eine Förderung geben können, damit auch sie umweltbewußt heizen können, damit es sich auch für sie rentiert. Österreich könnte im Bereich der Biomasse mindestens 30.000 Arbeitsplätze bekommen, wenn wir im gesamten diesen Bereich noch mehr fördern würden und wenn wir uns alle noch mehr zur Umwelt bekennen würden. Es geht um die wirtschaftliche Stärkung des ländlichen Raumes insgesamt, es geht um die Chance einer dynamischen Entwicklung, und es geht um eine Initiativzündung für unsere Umwelt. Wir, meine geschätzten Damen und Herren, sind im Bereich Biomasse vor allen Dingen in der Steiermark europaweit Spitze. Wir haben uns aber gemeinsam zu bemühen, daß wir diese Vorreiterrolle auch in Zukunft erhalten. Wir haben uns gemeinsam zu bemühen, daß wir die Vorreiterrolle auch in Zukunft erhalten. Und da brauchen wir kein parteipolitisches Hick-Hack, sondern wir brauchen ein gemeinsames Zusammenhalten, damit wir auch jene Forderungen, die im Weißbuch der EU zur erneuerbaren Energie vor kurzem veröffentlicht wurden, erfüllen können. Im Interesse der Zukunft, im Interesse unserer Kinder ersuche ich um gemeinsame Vorgangsweise. Danke! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. - 10.24 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Monika Kaufmann.

Abg. Kaufmann (10.24 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Man könnte fast glauben, wir sind schon bei der Landwirtschaftsdebatte. Zuerst der Kollege Riebenbauer und jetzt ich. Aber für mich hängt Umweltschutz, Umwelt und Landwirtschaft ursächlich zusammen. Es ist für mich eines. Ich ersuche Sie um Verständnis. Ich wollte eigentlich das Problem Wald in der Gruppe 7 erst diskutieren, aber aus Zeitmangel, weil wir auf eine Viertelstunde beschränkt sind als Hauptredner, möchte ich dieses Problem hier beim Umweltschutz, Bereich Umwelt, einbringen.

Kollege Riebenbauer hat als Vorredner von Arbeitsplätzen, die geschaffen werden können, gesprochen. Auch ich hätte ein Projekt, das ich Ihnen vorstellen möchte. Es ist zwar kein Projekt, wie die Frau Abgeordnete Zitz gesagt, ein Gigamegamachoprojekt, aber es ist ein Projekt, das interessant ist und das vor allem wichtig ist. Die Arbeitslosen, die große Zahl der Beschäftigungslosen bereitet uns allen Sorgen, trifft uns alle, egal, welche Altersgruppe, egal, ob Mann oder Frau. Es ist auch bei uns in der Landwirtschaft ein Problem. Und gerade in der Landwirtschaft gäbe es aber Arbeit genug, Arbeit, die dringend erledigt werden muß, und Arbeit, die auch im Interesse der Allgemeinheit liegt. Ich möchte Sie hier sowohl auf den Schutzwald, in weitere Folge aber auch auf den Wirtschaftswald aufmerksam machen. Wie Sie wissen, erfüllt der Wald drei Funktionen, nämlich Schutz, Erholung und Wohlfahrtsfunktion. Es müßte eigentlich

ein Anliegen von uns allen sein, daß unser Wald gesund ist und daß unser Wald intakt ist. Gerade bei uns in der Steiermark, die doch zu 60 Prozent mit Wald bewachsen ist, nämlich 985.800 Hektar der Steiermark sind mit Wald bewachsen. Durch den Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft ist bei uns der Schutzwald in einem sehr schlechten Zustand. Rund ein Viertel des gesamten steirischen Schutzwaldes muß innerhalb der nächsten 20 Jahre dringend saniert werden. Es gibt Pläne dazu, der Schutzwald ist in Dringlichkeitsstufen eingeteilt, in Dringlichkeitsstufe 2 und 3, und Dringlichkeitsstufe 3 und 2 sind gemeinsam 37.000 Hektar Wald, die dringend saniert werden müssen. Und somit meine ich aber nicht nur aus Sicht des Hochwasser- und Lawinenschutzbaues, sondern als Sanierung meine ich auch, in ökologischer, waldbaulicher Sicht. Weil die Budgetmittel nicht zur Verfügung stehen, wird nämlich hauptsächlich jener Bereich des Schutzwaldes saniert, der auf Grund von Lawinen oder auf Grund von Hochwasser gefährdet ist. Es gibt aber sehr viel Schutzwald, der nicht nur Einzelprojekte schützt, sondern große Bereiche schützt, und für den keine Mittel zur Verfügung stehen. Hier müßte es aus unserer Sicht, aus Sicht der Allgemeinheit, zu einer raschen Hilfe kommen, denn ich glaube, daß dort eine Zeitbombe tickt. Ich möchte aber bei der Finanzierung natürlich, und das ist ja auch im Gesetz vorgesehen, die Waldbesitzer nicht auslassen, das heißt, ich stehe hier nicht, um für Almosen zu bitten, sondern ich bin der Meinung, daß es gemeinsam mit der Bezirksforstbehörde, gemeinsam mit dem AMS und gemeinsam mit den Waldbesitzern hier zu einer Lösung kommen müßte. Ich stelle mir vor, so wie es im Bezirk Leibnitz zum Beispiel bei der Weinlese gelungen ist, daß Arbeitslose für die Erntearbeit eingesetzt wurden, so sollte es auch im Schutzwald und auch im Wirtschaftswald passieren. Wirtschaftswald deswegen, denn auch hier ist es so, daß Arbeitslose eingesetzt werden könnten. Die Waldbauern oder Forstleute haben nicht mehr die Möglichkeit, diese wichtigen Arbeiten selbst zu erledigen. Es scheidet einfach an den Arbeitskräften. Ich darf als Beispiel den Bezirk Leoben anführen. Insgesamt haben wir in der Steiermark Durchforstungsrückstände von 15 Millionen Festmetern, davon 1,5 Millionen Festmeter allein im Bezirk Leoben. Das würde umgerechnet heißen, 2000 Menschen hätten ein Jahr lang Arbeit, um diese Rückstände aufzuarbeiten. Genau jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, um damit anzufangen, und zwar richtig vom steigenden Holzpreis her, weil es natürlich logisch ist, da der Wald für uns ein wichtiges wirtschaftliches Standbein ist. Die Holzpreise sind in Ordnung, und darum wäre es jetzt wichtig, Durchforstungsarbeiten durchzuführen, richtig auch von der Jahreszeit und richtig auch von der Zahl der Arbeitslosen her. Sie alle können sich noch erinnern, denn es ist noch nicht so lange her, daß alle fünf Parteien einen Antrag mitunterschieden haben, um jungen Förstern und jungen Forstakademikern die Möglichkeit zu geben, ihre Berufspraxis im Landesdienst zu erwerben. Es ist ein wenig komisch, wenn gerade in der Grünen Mark, in der Grünen Steiermark, junge Förster keine Arbeit finden. Diese Leute hätten von ihrer Ausbildung her das Wissen, um andere im Bereich der Forstarbeit einzuschulen und zu begleiten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landesrat! Ich möchte Sie von die-

ser Stelle aus ersuchen, alle gemeinsam, denn es handelt sich hier um kein politisches Projekt, sondern es handelt sich hier wirklich um ein Projekt, wo es dringend notwendig ist, daß man Hilfe herbeiführt, dieses Projekt zu unterstützen. Wir haben eine Resolution, die auch von allen Parteien unterschrieben ist, die allerdings aus Zeitmangel erst in der Gruppe 7 eingebracht wird. Ich möchte Sie alle ersuchen, daran mitzuarbeiten, daß nicht nur die Resolution unterschrieben wird, sondern daß dieses Projekt auch realisiert werden kann. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 10.31 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Kinsky.

Abg. Ing. Kinsky (10.31 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren, Hohes Haus!

Nachdem ich im Rahmen der bisherigen Umweldebatte sehr vieles gehört habe, was in unserem Land Steiermark Negatives im Bereich der Umwelt passiert oder geschehen ist und was alles nicht stimmt, es gab auch gegenseitige Schuldzuweisungen, wer zu wenig in der Vergangenheit gezahlt hat oder in der Zukunft auch bereit ist, zu wenig für diese Umwelt zu leisten, möchte ich Ihnen eines sagen. Ich glaube, wir sollten in die Zukunft blicken, und hier kann ich nur nochmals wiederholen, was der Kollege Riebenbauer bereits ausgeführt hat. Auf Grund einer Initiative unserer Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und einem gemeinsamen Beschluß der Verantwortungsträger in der Landesregierung wird es möglich sein, in der Zukunft die Bioenergie mehr zu forcieren. Zum Zweiten: Es ist unbestritten, daß sowohl negative wie auch positive Erscheinungen in unserer Umwelt zuerst von der Natur registriert werden, bevor sie der Mensch merkt. Nachdem wir soviel Negatives gehört haben, darf ich Ihnen hier durchaus auch über Positives berichten. Wir haben dankenswerterweise seit vielen Jahren in der Steiermark ein umfassendes Netz der Kontrolle, wie unsere Pflanzenwelt, wie die Bäume, der Wald draußen von der Umwelt belastet ist. Hier gibt es folgendes zu berichten: Erstens: Die Schwefelkonzentration in den Nadeln unserer Bäume hat sich in den letzten acht Jahren um 80 Prozent verringert. Wir haben im Jahr 1997 die besten Werte, seit wir Messungen durchführen, feststellen können. Wer hat hier das Verdienst? Sicherlich unsere Industrie und Wirtschaft, die bereit war, in den vergangenen Jahren durch Filterungsanlagen ihrer Schornsteine enorm viel Geld zu investieren. Auch das muß man einmal anerkennen. Ich nenne nur einen Betrieb für viele andere, zum Beispiel die Firma Leykam, die bereit war, Milliardenbeträge für eine Verbesserung der Umweltsituation zu investieren. (Abg. Mag. Hartinger: „Was hat die Leykam dafür gemacht? Arbeiter entlassen!“) Auch das sollte man anerkennenswerterweise feststellen. Zweitens: Es werden laufend seit vielen Jahren die Kronenzustände unserer Bäume kontrolliert. Auch hier sage ich Ihnen, im Jahr 1997 war der Kronenzustand unserer Bäume so gut wie in den letzten zehn Jahren nicht. Wer hat hier das Verdienst? Es hat eine zunehmende Bestandesumwandlung des Baumbestandes in Regionen gegeben, wo

Monokulturen vor 50 Jahren errichtet worden sind, die falsch am Platz waren. Das ist ein Verdienst der Waldeigentümer. Dies wurde auch gefördert von Herrn Landesrat Pörtl, und zwar für die Umwandlungen in der Forstwirtschaft. Drittens: Wir hatten im Jahr 1995 in der West-, Süd- und Oststeiermark eine große Naturkatastrophe durch Schneebrüche und in weiterer Folge einen sehr hohen Anfall an Schadholz und Käferbefall. Im Jahr 1997 hat sich dieser Schadholzanfall drastisch reduziert. An erster Stelle war das ein Verdienst der für die Käferpopulation ungünstigen Witterung, aber auch ein damaliges rasches Handeln aller Waldeigentümer zur Aufarbeitung dieser Schadhölzer – gefördert wiederum auch durch Landesrat Erich Pörtl durch Zuschüsse für Ausrichtung von Fangbäumen für diese Käfer. Wir haben durchaus in der Natur positive Entwicklungen, wobei ich nicht sagen möchte, daß nicht für die Zukunft vieles noch zu tun ist. Meine Damen und Herren! Die Frau Kollegin Kaufmann hat erwähnt, wie wichtig es ist, und ich pflichte ihr 100prozentig bei, zur Verjüngung unserer Schutzwälder etwas beizutragen. Aber auch hier darf ich feststellen, daß im Budget 5,7 Prozent höhere Zuschüsse für die Waldsanierung – hauptsächlich Schutzwaldregionen – und für Verjüngungen in Hochlagen vorgesehen sind, im Budget des Herrn Landesrates Pörtl. Meine Damen und Herren, es ist bereits erwähnt worden, das von einer EU-Kommission verfaßte Weißbuch für biologische Energie der Zukunft. Ich stelle fest, Papier ist geduldig. Und wenn ich auch feststelle, daß Europa wesentlich härtere Vorstellungen präzisiert hat auf der Weltkonferenz und den Amerikanern hier Vorwürfe gemacht hat, so glaube ich, müßte man unserer steirischen Landesregierung die Bitte ausdrücken, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, daß Papiere, die in Europa verfaßt werden, auch möglichst schnell in die Tat umgesetzt werden. Denn vieles wird geschrieben, was wir alles zu machen hätten, nur fehlt mir bis jetzt die konkrete Umsetzung. Denn, wenn ich das auf die Steiermark umsetze, was in diesem Weißbuch drinnen steht, bedeutet das zum Beispiel, es müßten in den nächsten Jahren 800 Windräder à 350 kW errichtet werden. Wo haben wir die bis jetzt? Es müßten zu den bestehenden Holzheizungen etwa 55.000 neue Einzelholzheizungen errichtet werden. Also, wir haben durchaus enorme Aufgaben, und es ist ein guter Ansatz, daß hier Finanzmittel in der Zukunft zur Verfügung stehen, denn meine Damen und Herren, die von der Kollegin Kaufmann erwähnten gigantischen Holzreserven in unserem Wald – da muß ich sie etwas berichtigen, weil sie hat gesprochen von den guten Holzpreisen, die stimmen, was das Sägerundholz betrifft, nur die Reserven, die wir in unseren Wäldern haben, sind nicht so sehr im Sägerundholz, sondern im Schwachholz. Und hier haben wir enorme Absatzschwierigkeiten, weil die Papierindustrie uns nicht diese Menge abnimmt, die wir produzieren könnten. Schon allein aus diesem Grund brauchen wir eine zweite Schiene, eine zusätzliche Schiene in der Vermarktung der Energie. Ich glaube also, es warten auf uns noch zahlreiche Aufgaben, die sie vor allem deswegen erfüllen haben, weil wir uns darüber alle im klaren sein sollten, daß unsere vornehmste Aufgabe die ist, unsere Umwelt auch unseren Kindern und Enkelkindern heil übergeben zu können, wie sie seinerzeit unsere Vorfahren

uns übergeben hat. Daß uns das gelingen möge, wünsche ich uns allen, viel Glück und Erfolg. Ich danke schön! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 10.39 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Heibl.

Abg. Heibl (10.39 Uhr): Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren!

Schade, Herr Landesrat Schmid ist nicht da, aber ich nehme an, er wird mich hören. Er hat uns und mich nämlich per Namen angesprochen zum Thema Wohnbau, obwohl es jetzt eine Umweltdebatte ist, die natürlich auch im Bereich Wohnbau ihre Berechtigung hat. Ich verstehe ihn schon, und ich habe Verständnis dafür, daß er diese 300 Millionen gerne selbst behalten hätte und sie in seinem Ressort verwendet hätte. Ich habe aber auch vollstes Verständnis und Vertrauen an die restlichen acht Regierungsglieder, die diesen Beschluß gefaßt, diese 300 Millionen anders einzusetzen. Ich glaube nicht, daß diese Landesregierungsglieder, diese acht, einen leichtfertigen Beschluß gefaßt haben. Aber eines steht auch fest, und das möchte ich dem Herrn Landesrat Schmid durchaus gerne von hier aus sagen. Dieser Abänderungsantrag jetzt, die Zinsen auf Null zu stellen, ist ein reiner Trotzakt von ihm. Es ist erstens einmal rechtlich nicht möglich, und war nie von ihm gedacht oder nie von ihm in Wirklichkeit gewollt. Ich gebe ihm recht, wenn er sagt, daß wir keinen Fehlbedarf von zirka 45.000 Wohneinheiten mehr haben. Das wird stimmen. Kein einziger von uns weiß es, wieviel Wohnungen wir wirklich brauchen. Das sind Annahmen, genau gesagt Doppelmeldungen et cetera, et cetera. Was wir wirklich brauchen, sind preisgünstige Wohnungen, sind billige Wohnungen. Die fehlen uns nach wie vor in unserem Lande. Und da darf der Quadratmeterpreis nicht mehr als 50 Schilling ausmachen. Da muß die Heizung schon dabei sein. Solche Wohnungen brauchen wir noch in unserem Land. Aber weg jetzt von der Wohnbauförderung. (Abg. Mag. Bleckmann: „Daß die Wohnungsnebenkosten gestiegen sind, wissen Sie schon?“) Die Wohnungsnebenkosten sind in den letzten Jahren um 40 Prozent gestiegen. Das ist richtig, weil der Umweltstandard laufend erhöht wird. Das ist richtig! (Abg. Mag. Bleckmann: „Die Heizungskosten sind gestiegen, weil Sie die Steuern so anheben!“) Jetzt ist sie ungerecht, ich gebe meinem Kollegen vollkommen recht. Aber jetzt zum Thema Umweltschutz. (Abg. Mag. Erlitz: „Jetzt bist du ungerecht!“) Frau Kollegin, darf ich weiterreden? Da bin ich der gleichen Auffassung wie Frau Kollegin Dr. Karisch oder mein Kollege Getzinger, wenn Sie sagen, die Wärmedämmung hat große oder größte Bedeutung im Bereich Umwelt. Und wenn wir das Toronto-Ziel erfüllen wollen, wir haben uns ja international dazu bekannt, daß wir bis 2005 20 Prozent des CO₂-Ausstoßes verringern wollen, dann müssen wir allein in dem Althausbestand bis 2005 jährlich 10 Milliarden Schilling österreichweit investieren. Und wir könnten damit 13.000 Arbeitnehmer ganzjährig beschäftigen. Natürlich ist für die Steiermark nur ein gewisser Prozentsatz, wir stellen etwa 14,5 Prozent der Bevölkerung, der entsprechende Anteil in Wirklichkeit für die Steiermark. Eine große Chance für die Bauwirtschaft, eine große Chance für

die Arbeitnehmer. Nur eines muß ich auch dazusagen, die Wärmedämmverordnung – wir sind ja dabei, sie zu novellieren – ist gut und richtig, nur müssen wir einmal davon ausgehen, wir können sie nicht jährlich ändern. Die muß einmal für Jahre sitzen, die Bauwirtschaft oder besser gesagt, die die Baustoffe erzeugen, die Baustoffindustrie muß doch endgültig auf Jahre hinaus Planungssicherheit haben. Die Leute müssen ja ihre Maschinen umstellen, müssen neue Systeme entwickeln. Und wie manche glauben, das ist so einfach, und wir geben einfach bei der Isolierung noch einen Zentimeter dazu und noch einen Zentimeter dazu, so einfach ist die Geschichte nicht. Da gibt es riesige Umstellungen. Wir brauchen Planungssicherheit. Daher, die neue Novellierung muß sitzen auf Jahre hinaus. Es ist ja schon eine Tragik, daß wir in jedem Bundesland eine andere Wärmedämmverordnung haben, daß wir in Österreich nicht einheitlich vorgehen können, ist ja traurig. Das Gas CO₂ kennt ja auch keine Landesgrenzen. Also mein Vorschlag, in diese Richtung müssen wir gehen. Wir brauchen Planungssicherheit. Eines möchte ich noch dazusagen, daß wir nicht mit zuviel Euphorie hier hineingehen. Diese Wärmedämmstoffe, die heute überwiegend – 90 Prozent mindestens – verwendet werden, sind keine biologischen, sondern, wie der Prof. Gamerith gesagt hat, wir hängen unsere Fassaden heute mit allerhand Sondermüll, wo die nächste Generation nicht weiß, wohin damit. Also, wir müssen schon aufpassen, was wir in Wirklichkeit produzieren und vollbringen, so wichtig und so gut das ist. Ich möchte nicht weiter auf diese Sache eingehen, Tatsache ist, und die Quintessenz meiner Aussage soll sein, in diesem Bereich Wärmedämmung gibt es ein riesiges Hoffungsgebiet für uns in der Baubranche für die Arbeitnehmer in unserem Land, und es ist eine wirklich gute Sache für die Umwelt in unserem Land und darüber hinaus auch für die Umwelt in Europa. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 10.45 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Er hat das Wort.

Abg. Dr. Wabl (10.45 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Angesichts der Kürze von fünf Minuten möchte ich mich auf ein paar Themen beschränken. Ich bin dem Kollegen Heibl sehr dankbar dafür, daß er erkannt hat, welche Chancen im Bereich der Wärmedämmung im Wohnbau bestehen. Es hat auch andere Zeiten gegeben. Und wenn ich an unsere Vorschläge denke für die Obersteiermark und dann an die Diskussion über die A1-Millionen, so könnte man sich überlegen, wenn nur ein Teil dieser Gelder im Bereich der Wärmedämmung, Wohnungsverbesserung und Altstadtsanierung verwendet würde, da wäre wahrscheinlich nachhaltig oder langfristig gesehen um einiges mehr drinnen, als einmal im Jahr ein großes Spektakel. (Abg. Tasch: „Dadurch ist eine florierende Wirtschaft möglich. Man muß es zuerst verdienen, dann kann man es ausgeben!“) Wenn die florierende Wirtschaft davon abhängig ist, ob der A1-Ring in der Obersteiermark betrieben wird, dann ist es um die Zukunft der Obersteiermark wirklich sehr traurig bestellt, wenn man keine anderen Ideen hat. Das ist aber nur ein Thema.

Das Zweite, Kollegin Karisch: Wir haben in der Umweltpolitik ein großes Problem, daß wir, und da bin ich in den meisten Bereichen bei dir, alles in der Theorie belassen, was die Luftbelastung angeht. Wir haben große Ansätze, große Ideen und große Überlegungen, die sich weltweit erstrecken. Ich möchte bei deinen Ausführungen zum Flugverkehr anschließen und alles doppelt und dreifach unterstreichen. Ich glaube, daß wir hier sehr gedankenlos vorgehen, und trotzdem mit dem Phänomen konfrontiert sind, daß auf Grund der Billigflüge immer mehr Menschen, anstatt daß sie in der näheren Heimat bleiben, die Flugzeuge benützen, um in wärmere Gefilde zu kommen. Wie schaut es in Wirklichkeit aus? Du sagst hier aus Überzeugung, daß man hier nachdenken muß, daß man den Flugverkehr eindämmen muß, weil die Luftbelastung dadurch sicherlich eine erhebliche ist. Was passiert dann im konkreten in den Regionen, ohne daß ich jetzt irgendetwas nahetreten will. Ich respektiere die Position des Kollegen Majcen, ich habe aber eine ganz andere. In Fürstenfeld haben wir einen kleinen Sportflugplatz, und ich sehe das jetzt nicht nur regional auf Fürstenfeld bezogen, sondern ich sehe nur die Problematik, global denken und lokal handeln. Das globale Denken schaut aber immer anders aus, als das lokale Handeln, weil lokal handeln schaut dann so aus, daß ein örtliches Konzept gefordert wird, in dem es heißt, wir brauchen einen neuen Flughafen. Wir brauchen einen Flughafen für jene Manager, die mit dem Learjet nach Fürstenfeld kommen, und die wollen nur fünf Minuten vom Flughafen in die Therme oder zum Golfplatz fahren. Das ist eine große Belastung für die Anrainer dort. Aber darauf will ich nicht näher eingehen. Es gibt viele Flughäfen in Europa, die weiter weg sind von der Hauptstadt, wie zum Beispiel der Thalerhof von der Thermenregion. Das ist ja das Problem. Konkret heißt es dann, der Flugplatz muß her. Der Druck wird immer stärker, und alle jene, die gegen den Ausbau dieses Flughafens sind, sind Hinterwäldler, Verhinderer, sind gegen den Fortschritt, Grüne, Ökofaschisten und so weiter. Das ist das Problem, mit dem wir konfrontiert sind. In der Theorie, und ich unterstreiche alles, was du hier gesagt hast, sind wir großartige Weltmeister auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Wenn es konkret darum geht, daß man etwas macht, dann macht man das Gegenteil. Das kann doch bitte auf die Dauer nicht vertreten werden und stärkt vor allem nicht unsere Glaubwürdigkeit. Es muß doch eine gewisse Harmonie und Einheit bestehen zwischen dem, was man sagt, und dem, was man tut. Wenn man etwas anderes tut, als man sagt, dann ist die Glaubwürdigkeit gefährdet – das Erste.

Das Zweite: In der Politik soll man Themen immer wiederholen, auch wenn sie dem Zuhörer manchmal schon auf die Nerven gehen, ich tue das aber trotzdem. Der Kollege Getzinger und die Edith Zitz haben das dankenswerterweise auch schon angeschnitten, daß die Bedeutung der nachwachsenden Rohstoffe, von erneuerbarer Energie und Energieformen immer mehr zunimmt, nachdem die fossilen Energieformen weniger werden. Heute tut das noch nicht weh, aber wir stehen möglicherweise früher als wir glauben vor einer Situation, wo wir froh wären, wenn wir auf dem Gebiet der nachwachsenden Rohstoffe mehr getan hätten. Ich freue mich über die rhetorischen Künste und die Beweglichkeit des Herrn Landesrates Pörtl,

will ihn aber nicht zu sehr loben. Aber mir tut es immer ein bißchen weh, wenn ich zum Thema nachwachsende Rohstoffe sage, welche große Bedeutung der Hanf auch auf diesem Gebiet haben könnte. Man könnte rund 30.000 Produkte, vor allem auch im Energiesektor, erzeugen. Jedesmal wenn ich ihn treffe, sagt er, aha, der Flachs. Dann sage ich, nein, das ist der Hanf. Ich bin überzeugt davon, daß er jetzt schon den Unterschied verinnerlicht hat. Ich freue mich auch, und du hast es auch gesagt – (Abg. Ing. Peinhaupt: „Wenn wir von der Wärmedämmung spechen, können wir schon den Hanf verwenden!“) Ich bin einer, der glaubt, daß Hanf vielseitiger verwendbar ist und daher forciert gehört. Ich glaube, daß wir es nicht mit Landtagsbeschlüssen bewenden lassen sollten, indem man sagt, man muß das forcieren, sondern wir sollten Taten setzen. Wir haben zwar Beschlüsse, aber du, Herr Landesrat Pörtl, erklärt überall, wir tun alles. Trotzdem stelle ich fest, und ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß das Land Steiermark konkret bis heute diese Chance noch nicht beim Schopf gepackt hat. Du wirst mir recht geben, Günter, daß das hier meiner Meinung nach einmal gesagt gehört, wir sind bereit, soundso viele Millionen zu investieren, damit ein Schub nach vorne geht. Ich sage eines, es wird uns passieren, daß wir bei dieser Sache im hinteren Drittel der europäischen Entwicklung bleiben und daß uns andere Länder, wie Deutschland und Frankreich – den Osten nehme ich jetzt gar nicht dazu –, weit vorausziehen werden. Auch Amerika denkt schon daran, auf diesem Sektor aufzumachen. Ich würde es dann sehr bedauern, wenn wir diese riesige ökologische Chance verspielt hätten. Ich werde mich jedenfalls dafür einsetzen, daß da etwas weitergeht. Ich würde mir auch wünschen, daß von deinem Referat konkrete Taten gesetzt werden. Wenn die Landwirtschaftskammer, und das weiß ich, Bauern, die dort tätig sind, den Hahn abdrehen will, weil sie das Gefühl hat, das paßt nicht. Dann bin ich schon sehr deprimiert.

Ein Drittes: Kollegin Karisch, es geht auch darum, daß das Reden und das Handeln eine Einheit sein soll. Wir sprechen heute vom Naturschutz, Umweltschutz, vom Nationalpark und vom Gesäuse. Ich denke, wir laufen Gefahr, wenn in Johnsbach, einem Ort, der als Juwel zu bezeichnen ist, möglicherweise in Zukunft Gips abgebaut wird und damit diese Einzigartigkeit dieser Gegend zerstört wird, daß wir unsere Glaubwürdigkeit im Bereich Naturschutz und Umweltschutz komplett aufs Spiel setzen. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 10.53 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es ihr.

Abg. Dietrich (10.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Je höher eine Volkswirtschaft entwickelt ist, desto mehr Müll produziert sie. Herr Landesrat, gerade in diesem Bereich bist du mit der Vollziehung der Deponieverordnung sehr im Verzug. Anscheinend getraut du dich nicht, deine politische Verantwortung wahrzunehmen und endlich einmal außer Worte auch Taten zu setzen. Wir haben schon zwei Exkursionen unternommen unter der fachkundigen Führung der Fach-

abteilung Ic, und all jene, ich sage bewußt all jene, denen dieses Thema Müll wirklich ein persönliches Anliegen ist, haben an diesen Exkursionen teilgenommen, und Herr Kollege Getzinger, ich schaue nicht von ungefähr in Ihre Richtung, wenn ich das sage. Bei diesen beiden Exkursionen konnten wir die unterschiedlichsten Methoden der Müllbehandlung und Müllbearbeitung genauestens vor Ort beobachten. Wir haben mechanisch-biologische Anlagen besichtigt. Ich denke da an die kostenintensive Anlage in Brixen, wo wirklich mit enormem finanziellem Aufwand Dächer über die ganzen Kompostierungsanlagen errichtet wurden, um das Entstehen von Sickerwässern hintanzuhalten. Wir haben aber auch thermische Behandlung beobachtet und sehen können, zum Beispiel die verschiedenen Pyrolyseverfahren von Thermosteekt und Siemens. Bei diesen Pyrolyseverfahren ist das Ziel, aus dem heterogenen Stoff Müll homogene Komponenten zu erzeugen und eben diese homogene Komponenten, wie Energie in Form von Pyrolysegas, Pyrolysekoks, aber auch Metalle, wieder in den Stoffkreislauf zu integrieren. Herr Landesrat, die Deponieverordnung setzt uns ein Zeitlimit bis zum Jahr 2004. Ich glaube, du mußt endlich deine politische Verantwortung wahrnehmen oder anderen das Feld überlassen. Eine Vogel-Strauß-Politik wird uns in dieser Materie mit Sicherheit nicht weiterbringen. (Landesrat Pörtl: „Wer hat dir denn das aufgeschrieben?“) Ich selbst, Herr Landesrat. Mittlerweile habe ich schon selbst beobachten können, wo es eigentlich blockiert und wo nur große Worte gesprochen werden. Aber in unserem Land ist nicht alles heile Welt. Wir haben eine Reihe von tickenden Umweltbomben. Und ich denke hier nur an eine besondere, an die Kunststoffrecyclingforschung-GesmbH. in Kapfenberg, wo mit Umengungen von finanziellen Mitteln von Land und Bund ohne Projektkontrolle – weil, je größer man ist, je bessere politische Verbindungen man hat, desto leichter kommt man in diesem Land zu Geld, so schaut es halt aus – eine Recyclingfirma errichtet wurde. Leider Gottes wurde nur eine geringe Stückzahl von Lärmschutzwänden produziert, und leider Gottes haben sie sich verzogen, und die Produktion mußte eingestellt werden. Die Förderungsmittel wurden in Anspruch genommen, und herausgekommen ist dabei nichts als ein Konkurs, der 2000 Tonnen Plastik hinterläßt. (Abg. Schrittwieser: „Wer ist denn da schuld, wenn er in Konkurs geht. Der Landesrat oder die Gemeinderäte?“) Nein, aber jene, die Steuergelder ohne Projektüberprüfung freihändig nach ihrem Glauben vergeben. (Abg. Schrittwieser: „Frau Kollegin, Wirtschaft ist Risikosache!“) Ich glaube, Sie sprechen das auch immer aus, daß Sie sagen, das sind Steuermittel, und wir haben eine Verantwortung, wenn wir das Geld hergeben. (Abg. Schrittwieser: „Das ist richtig!“) Eben!

Aber wir sind im Umweltschutzbereich, und der Punkt, den ich hauptsächlich kritisieren möchte, ist jener, daß dort 2000 Tonnen Müll frei lagern, für jederman zugänglich. Und wenn irgendein Kind dort zündelt und es zum Brand kommt, könnte auf Grund der hohen Dioxingefahr, des Dioxinausstoßes ganz Kapfenberg evakuiert werden. Ich glaube, das ist schon ein Thema, dessen sich der Herr Umweltlandesrat annehmen müßte. Herr Landesrat, ich glaube, die Zeit des Händeschüttelns bei den Hausfrauen, des

Ordenverleihens dafür, daß sie den Müll brav getrennt haben, der ja ohnehin dann wieder gemeinsam auf der Deponie landet, ist vorbei. Es wird Zeit, daß du endlich zum Handeln übergehst. (Beifall bei der FPÖ. – 10.59 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Löcker. Er hat das Wort.

Abg. Ing. Löcker (10.59 Uhr): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich bin noch ganz beeindruckt von der Vorrednerin und von den tristen Aussichten, die wir haben. Aber das Leben geht eben weiter, und ich bin ein Optimist. Ich glaube, daß wir nicht immer mit dem Schlimmsten rechnen sollten. Es ist überhaupt ein bißchen eigenartig, wenn ich dazu noch vorher etwas äußern darf. Wir reden jetzt rund 40 Stunden über das Landesbudget, und sicherlich soll mit einem Budget gestalterisch gearbeitet werden, aber von diesen 40 Stunden wird bis auf zehn Minuten doch die gesamte Zeit verwendet, wie man die Mittel einsetzt, was natürlich legitim ist. Aber zur Thematik, wie die Mittel zustande kommen und welchen Beitrag man da auch leisten kann, fürchte ich, wird selbst im Punkt Wirtschaft dann infolge Zeitmangels kaum Zeit bleiben, obwohl das sicherlich nicht uninteressant wäre. Ich melde mich zum Umweltthema, um schlagwortmäßig zu ein paar Problemkreisen Stellung zu nehmen. Ich glaube, daß die Verantwortlichen in der Steiermark sehr wohl wissen, welche Aufgabe sie zu erfüllen haben, und es gibt genug Fakten und Hinweise, daß dem so ist.

Ich beginne mit dem Abfall. Nach dem steirischen Abfallwirtschaftskonzept sind bis zum Jahre 2003 konkrete Ziele vorgegeben worden, die eigentlich weitgehend erfüllbar sind. Wir wissen, daß der Restabfall etwas rückläufig sein wird, obwohl – und da widerspreche ich einem Vorredner – schon bisher gewaltige Erfolge erzielt worden sind, und nicht nur Ankündigungen. Das Altpapier ist leicht rückläufig in diesem Zeitraum, das Gas, die Wiederverwertung wird steigernd sein, die Problemstoffe bleiben ungefähr in derselben Größenordnung, und die biogenen Abfälle werden weiterhin eine Sammelsteigerung erfahren, und zwar eine beachtliche. Und wenn man vom Positiven sprechen will, dann konkret, wenn bisher in den letzten Jahren vor allem von 543 steirischen Gemeinden 334 Altstoffsammelzentren errichtet wurden, dann ist das wohl der beste Beweis, daß man vor Ort die Problematik erkannt hat und daß also nicht nur geredet, sondern auch gehandelt wird. Dazu kommt die Neuverordnung des Wasserrechts durch zahlreiche Novellen, meiner Meinung nach zuvielen Novellen. Aber auch die Novelle 1997 sagt, daß diese Altdeponien entweder stillzulegen sind oder sonst wesentlich zu verbessern, weil sie sonst bis zum Jahr 2004 geschlossen werden müssen. Und die Betreiber müssen sich noch heuer, so sieht das Gesetz vor, entscheiden, welchen von beiden Wegen sie einschlagen wollen, damit auch die öffentliche Hand genug Zeit zur Reaktion hat.

Kurz zum Abwasser: Wir wissen, 95 Prozent sind bereits gereinigt im öffentlichen Bereich. Jährlich gibt es Investitionen von rund 2 Milliarden Schilling nur in

der Steiermark. Aber der Erfolg ist auch klar, 80 Prozent unserer Fließgewässer haben die Güteklasse 1 und 2. Das zur Zeit in Beratung befindliche Abwassergesetz sieht ja auch eine weitere Steigerung dieser Reinigung vor, wobei allerdings dann im dezentralen Bereich durch kleinere und alternative Anlagen das Auslangen zu finden sein wird. Das Wasserrecht sieht in der Novelle 1997 auch die Neubehandlung der sogenannten indirekten Einleitung vor, was zur Folge hat, daß die Betreiber von Abwasserreinigungsanlagen – das sind ja meistens Kommunen oder Verbände – eine größere Verantwortung übertragen bekommen, weil sie als jene, die ihre Abwässer in den Vorfluter leiten, nunmehr abwasserrechtlich für die Einleitung auch ihrer Voreinleiter verantwortlich sind. Und hier kommt eine gewaltige Belastung der Abwasserentsorgung auf, auch im Verantwortungsbereich. Diese Dinge sind noch immer nicht ganz absehbar. Es gibt außerdem im Wasserrecht eine Verlagerung vom Land zu den Bezirkshauptmannschaften.

Noch kurz zum Wasser: Wir haben eine gute Situation. Wir haben dieser Tage mitbekommen, wie in Kyoto bei der Klimakonferenz die Schwierigkeiten aufgetaucht sind, als man versuchte, die Grenzwerte innerhalb von zehn Jahren um 6 bis 8 Prozent zu senken. Wir haben zum Beispiel beim Wasser, bei den Pestiziden, innerhalb der letzten zehn Jahre eine Reduktion des Grenzwertes auf ein 300stel vorgeschrieben bekommen und auch zu einem erheblichen Teil schon erfüllt. Also in Kyoto sind in zehn Jahren 6 bis 8 Prozent das Ziel, und beim Wasser sind ein 300stel schon Realität. Das sind doch Meilensteine hinsichtlich der Verbesserung.

Ein kurzes Wort zum Schluß noch zur Projektabwicklung von Wasserbauten. Wir haben meiner Meinung nach einen zu großen bürokratischen Aufwand, der zieht sich infolge der Bauvorhaben über Jahre hinweg hin, und man müßte sich den Kopf darüber zerbrechen, wie man dieses Problem löst. Es bieten sich hier zwei Möglichkeiten an: Erstens, man verstärkt die Verwaltung, um den derzeitigen Umfang zu bewältigen, denn schließlich sind etwa 2 Milliarden Schilling Projekte abrechnungsreif, aber noch nicht überprüft beim Land, oder, was meiner Meinung nach sinnvoller wäre, man schränkt die Kontrolle auf ein sinnvolles Maß ein, so daß der bisherige Verwaltungsapparat mit dieser Arbeit auch fertig wird. Diese Arbeit sollte dringend angegangen werden, und ich glaube auch im österreichweiten Vergleich durchgeführt werden. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 11.06 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Das war die letzte Wortmeldung aus dem Haus zu diesem Thema. Ich ersuche nun den Herrn Landesrat Dr. Hirschmann um seine Resümee.

Landesrat Dr. Hirschmann (11.06 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf Zeit einsparen für meinen sehr geschätzten Kollegen Erich Pörtl, werde aber seine letzten Vorbereitungen noch überbrücken durch eine kurze Wortmeldung. Ich möchte mich bei allen Damen und Herren, die sich zum Thema Naturschutz und Umwelt-

schutz insgesamt geäußert haben, sehr herzlich bedanken, beginnend von der Frau Kollegin Karisch bis zum Hans Löcker am Schluß, auch, und das sage ich ganz offen dazu, für alle kritischen Wortmeldungen, weil ich selber sehr, sehr gut nachvollziehen kann, daß der Bereich des Umweltschutzes, zu dem Erich Pörtl dann ausführlich Stellung nehmen wird, und des Naturschutzes, für den ich die Verantwortung tragen darf in der Regierung, natürlich immer wieder zu Recht auch sehr viele kritische Anmerkungen gemacht werden, und die Sache im Alltag immer wieder für viele Kontroversen auch sorgt, denen man sich stellen muß. Ich möchte mich zunächst einmal sehr herzlich bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rechtsabteilung 6 mit Hofrat Wippel an der Spitze, die hier eine sehr schwierige Aufgabe tagtäglich wahrnehmen müssen, denn der Naturschutz steht natürlich tagtäglich im Konfliktfeld mit vielen, vielen Anforderungen aus der Wirtschaft, aus der Landwirtschaft und aus allen Bereichen unseres Lebens. Sie haben es deswegen sehr schwer, weil sie natürlich primär als Verhinderungsinstrumente auch in die Zwickmühle kommen, und da bin ich sehr dankbar für die Standfestigkeit in vielen Fragen, umgekehrt aber auch für das Verständnis in diesem Zusammenhang, die gesamten Zusammenhänge zu sehen und hier auch sehr ausgleichend zu wirken. Dafür möchte ich ein großes Wort des Dankes aussprechen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte mich auch darüber hinaus bei der gesamten Plattform unserer Naturschutzorganisationen sehr herzlich bedanken, weil sie nicht nur ein ergänzendes Element der Naturschutzpolitik des Landes darstellen, sondern, ich würde sagen, ein tragendes Element und hier sehr viel an privatem Engagement erfreulicherweise eingebracht wird, was dann im Alltag auch oft nicht leicht ist, alles unter einen Hut zu bringen. Aber ohne dieses private idealistische Engagement würde vieles, vieles noch schwieriger durchzusetzen und umzusetzen sein. Ich möchte mich drittens nochmals bei allen, die sich zu diesem Thema zu Wort gemeldet haben, bedanken, weil, man muß offen sagen, in dieser Zeit schwieriger Umbrüche insgesamt die Sache des Umweltschutzes und des Naturschutzes von der großen Themenpalette der Öffentlichkeit nicht verschwunden ist. Das ist überhaupt keine Frage. Aber es hat natürlich im Moment nicht unbedingt den Stellenwert, den diese Thematik vor zehn, fünfzehn Jahren zeitweise innegehabt hat. Umso mehr müssen wir um diese Bereiche auch kämpfen und schauen, daß wir hier zu gesamten Lösungen kommen. Ich möchte nur auf zwei, drei Punkte in aller Kürze eingehen und die Anregung vom Kollegen Getzinger, betreffend das Naturschutzgesetz, aufgreifen. Es ist richtig, wir basteln hier seit vielen Jahren an Entwürfen herum. Ich würde vorschlagen, daß wir eine ähnliche Vorgangsweise wählen, wie zuletzt beim Objektivierungsgesetz, daß wir einen Entwurf in die Landesregierung einbringen und dann Verhandlungen mit den Landtagsfraktionen aufnehmen, um den Stein sozusagen ins Rollen zu bringen, denn es ist auch da eine Parallele zum vorhin genannten Gesetzesentwurf. Wir werden natürlich weder einen Entwurf irgendwo plazieren können, noch am Schluß ein Gesetz zustande bringen, das allen recht macht. Das geht in dieser Materie ganz sicher nicht. Ich habe allerdings, weil ich eben auch

Personalreferent der Landesregierung bin, schon mehrfach den Wunsch der Formulierer des Gesetzes geäußert, daß ich gerne ein modernes Naturschutzgesetz hätte, das der Sache des Naturschutzes wirklich dient, umgekehrt ein Gesetz, das zusätzliche bürokratische Eingriffe bringt, das zusätzliche bürokratische Aktionen bringt, das sehr viel mehr Personal kosten würde, das kann natürlich nicht unbedingt im gesamten Interesse stehen. Wie schon gesagt, wir werden hier schauen, daß wir zu einer klugen Abwägung der unterschiedlichen Interessen kommen.

Zweitens: Es ist mehrfach auch der Nationalpark angesprochen worden. Ich habe die Frau Kollegin Zitz schon eingeladen, das gilt aber natürlich auch für alle anderen Damen und Herren, die an diesem Thema interessiert sind, gemeinsam mit uns diese Sache in der in Aussicht genommenen Region zu betreiben. Wir werden das, Frau Kollegin Zitz, mit demselben Engagement machen wie die andere Geschichte am A1-Ring. (Abg. Mag. Zitz: „Ich habe Wichtigeres zu tun!“) Ich möchte nur dazusagen, wir haben dort natürlich einige Probleme, die ich auf einem Verhandlungswege lösen möchte. Das Erste ist, ich möchte in intensiven Gesprächen mit dem Kollegen Ressel, der dafür sicherlich großes Verständnis hat, ein Einvernehmen erzielen, daß wir die Landesforste dort natürlich einbringen, die das Kernstück dieses Projektes ausmachen. Das Zweite, und ich sage das auch ganz offen: Wir müssen mit der Firma Knauf ein Arrangement finden, um ihre wirtschaftliche Tätigkeit im Bezirk sicherstellen zu können. Ich weiß aber auch, daß dieser in den letzten Tagen und Wochen angesprochene gewünschte Gipsabbau in der Gemeinde Johnsbach natürlich ein sehr großes und vielleicht sogar unüberwindliches Hindernis wäre für ein Projekt des Nationalparks. Aber wie schon gesagt, ich bin dafür, daß wir diese Dinge an einem Tisch ausreden.

Ein Drittes darf ich noch in diesem Zusammenhang anmerken: Wir haben erfreulicherweise im Zusammenhang mit den Naturparks doch entscheidende Fortschritte in den letzten Jahren erzielt. Es gibt hier ein, zwei weitere Projekte, die im Moment vorbereitet werden. Ich halte das für sehr wichtig, daß wir sozusagen positive Projekte auch im Interesse des Naturschutzes und im Gesamtinteresse der Steiermark zustande bringen und auch durchsetzen können. Ich möchte abschließend, meine verehrten Damen und Herren, erfreulicherweise feststellen, daß wir, ihrem Beschluß nicht vorgreifend, aber er wird, so hoffe ich, nicht anders ausgehen, trotz der Sparpolitik der letzten Jahre, das Naturschutzbudget in diesem Jahr um rund 40 Prozent aufstocken konnten. Das ist wenig genug, wenn ich mir die Gesamtsumme anschau, aber es ist zumindest ein gemeinsames Zeichen, daß wir wissen, daß wir in den nächsten Jahren in diesem Bereich einfach mehr investieren müssen in einem durchaus gemeinsamen Interesse für die politischen Ziele des Landes insgesamt. Ich bedanke mich sehr herzlich für die Wortmeldungen. Erich Pörtl wird sich zum umfassenden Thema des Umweltschutzes, mit vielen Schaubildern vorbereitet und ausgestattet, melden. Ich bedanke mich sehr herzlich für Ihr Engagement und sage ein steirisches Glückauf. (Beifall bei der ÖVP. – 11.15 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Das Schlußwort zum ersten Teil der Gruppe 5, dem Umweltschutz, hat Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (11.15 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Nachdem ich schon sehr unterschiedlich angekündigt worden bin, mit Lob, Wortgewalt, Schlaueit und einer gewissen Nachlässigkeit, möchte ich doch meine Gedanken ein bißchen öffnen, was ich mir bei der Diskussion gedacht habe. Ich habe nachher gesagt, ich muß heute wirklich schauen, wie das Biowetter ausschaut. Und zwar, unser Landeshygieniker ist ja täglich zuständig, und bei diesen Wortmeldungen habe ich mir aufgeschrieben: Die Robustheit der Damen in bezug auf Einflüsse des Biowetters ist wesentlich stärker als bei den Herren, was die Hauptredner betrifft, wobei aber ein Herr, das wär in dem Fall ich, vorbereitet auf diese Symptome, sich schon innerlich vorbereitet hat, und ich vielleicht da bei dieser Feststellung nicht gemeint bin. Ich muß aber leider die Frau Dietrich zu dieser Männergemeinschaft dazunehmen. Ich sage das deshalb, weil bei dem Biowetter steht, daß heute erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen zu erwarten sind. Die Konzentration und Leistungsfähigkeit ist herabgesetzt. Ich glaube, sie wird sich im Laufe des Tages sicherlich steigern, und ich meine das nicht böse, sondern ich meine das sehr gezielt, weil vor allem der Eindruck entstanden ist, daß die zwei Visionen nicht richtig erkannt wurden, die wir in der Steiermark besprochen haben. Es gibt eine Vision, die zum veränderten Lebensverhalten führt, das ist eine echte Vision einer vernünftigen Lebenshaltung und eine Änderung der Lebensgestaltung mit sehr plastischen, und zwar getanen Beispielen. Hochwissenschaftlich, aber ich sage das auch ganz ehrlich, klassisch organisiert und auch – wenn Sie mir das auch zutrauen, weil ich ab und zu angesprochen werde – in einer Sprache, die zum Umsetzen animiert, in einer Sprache, die die Anerkennung der Leistung unterstreicht. Die zweite Variante, die ich heute ein bißchen wahrgenommen habe, ist – und ich möchte es sogar respektieren unter dem Blickwinkel Kyoto – vor allem das Herannahen der Katastrophe, der Ökoschock und der depressive Zustand. Und ich glaube, daß man dies ineinander verwirren lassen soll, nur, faktisch steht fest, daß wir in der Steiermark sehr klar den Weg der Insellösung bestritten haben. Wenn wir gewartet hätten auf allgemein verbesserte Umstände, hätten wir es nicht geschafft. Und ich möchte ein paar Beispiele aufzählen: Es ist der Fotograf, dieser bekannte steirische Guru – möchte ich fast sagen – Gsellmann im Fernen Osten unterwegs gewesen, und auf einer Universität in Asien hat er vorne Hunderte, fast Tausende Fahrräder gesehen, und er hat sich dort hingestürzt und hat ein Foto gemacht. Und ein Student hat zu ihm gesagt: „Wenn Sie das nächste Mal kommen, stehen dort Autos.“ Und heute wissen wir bereits, daß gerade dieser Energieverbrauch, daß diese CO₂-Entwicklung, die zentrale, elementare Frage für die Zukunftsentwicklung im ökologischen, aber wahrscheinlich auch im wirtschaftlichen Bereich sein wird. Wir haben zum Beispiel in Nordamerika und Mexiko fast 30 Prozent des Energieverbrauches, in der ehemaligen UdSSR 11 Prozent, in

Südamerika 4,1 Prozent, in Westeuropa 21,3, im Nahen Osten 3,9, in Asien und im Pazifik 27,3 und in Afrika nur 3 Prozent, wo eigentlich die Bevölkerungsexplosion am stärksten stattfindet. Es muß uns also sehr klar sein, daß diese Veränderungen in der Zukunft ein Gebot der Stunde bleiben werden. Ich möchte nicht laufend in der großen Welt herumreisen, sondern faktisch steht fest, daß wir derzeit vom Energieverbrauch in der Steiermark den stärksten Bereich – wir haben bereits eine Diskussion mit dem Kollegen Schmid geführt –, 34,4 Prozent in der Raumheizung, 27,5 Prozent in der Prozeßwärme im industriellen Bereich, 20,9 Prozent die Fahrzeugmotoren, im stationären Bereich diese Motoren 14 Prozent und in der Beleuchtung nur 2,5 Prozent haben, weil wir im allgemeinen Volksempfinden manchmal glauben, wenn man jede zweite Straßenlaterne abschaltet, könnte man einen wesentlichen Beitrag zur Energieverbesserung oder des Energieverbrauches auslösen, so ist dies im Grunde nicht der Fall. Ich glaube daher, daß wir zu Recht, und ich lasse gerne Kritik gelten, weil Kritik auch anregt zu neuen Impulsen, daß selbstverständlich das Argument der Frau Helene Wallner mit dieser globalen Betrachtung zu Recht besteht. Nur wir in der Steiermark, mit Hofrat Rupprecht, das möchte ich dezidiert in den Raum stellen, und die Kollegin Zitz müßte das wissen, haben in bezug auf das Klimabündnis diese Auszeichnung bekommen als Land Steiermark mit ihren Gemeinden. Und ich lasse mich daher gerne ein bißchen drängen. Aber ich muß ihnen ehrlich sagen, das reizt mich gerade, noch stärker meine Aktivitäten auszulösen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und dem LIF) Ich glaube daher, daß also diese Position, was vor allem die Frau Kollegin Karisch angesprochen hat, in der gesamten Energiewirtschaft wirklich auch bedarfsgerechte und bedarfsangebotsgerechte Energiewirtschaft zu betreiben. Wir sind ja längst in der Abfallwirtschaft – und ich komme ein bißchen später noch dazu –, in der steirischen Abfallwirtschaft bereits in der Umsetzung einer nachhaltigen Stoffkreislaufwirtschaft. Das ist heute schon umgesetzte Praxis, und das habe ich mit dem Zwischenruf der Trittbrettfahrerei im Grunde gemeint. Wir sind sehr froh, daß das also erst jetzt sozusagen den Sog und den Zug eines Rauchfanges im positiven Sinne, was die öffentliche Empfindung betrifft, erfährt. Und es gibt bereits heute Energieunternehmungen, die Beratungsschecks für Haushalte und Betriebe anbieten, und wir vor allem in der Steiermark haben ja ein konkretes Projekt. Eine solche stoffkreislaufwirtschaftliche Initiative ist zum Beispiel die Frage Biodieselerzeugung, ist die Frage Veresterungsanlage Mureck, und es ist nachweisbar, wo wissenschaftliche, unternehmerische und vor allem praktische Umsetzungsstrategien auch zum Erfolg führen. Wir sind persönlich überzeugt, daß dieser Weg bereits in der Abfallwirtschaft in Umsetzung begriffen ist. Ob das das Institut für Baubiologie ist, ob wir mit der Bauinnung diese Strategien entwickeln und in Kürze – wir arbeiten gerade daran – auch eine solche Börse zu schaffen, eine Baustoff- und Wiederverwertungsbörse, um eben gewisse Baustoffe richtig zu positionieren, um eine Wiederverwertungsstrategie im pragmatischen Bereich zu erreichen. Ich sage ganz offen, wir müssen vor allem auch den Mut haben, mit Großunternehmungen zusammenzuarbeiten. In der Steiermark

gibt es eine Lkw-Flotte, die mit einer Beimischungsstrategie von Biodiesel in der Lage sein wird, nicht nur Raps und Fette alleine in veresteter Form zu verwenden, sondern es wird gar nicht lange dauern, werden wir diese tierischen Fette der animalen Abfälle auch in Form von Treibstoff in Dieselbeimischungstreibstoffen mit ganz normalen Dieselmotoren – eine zweijährige Überprüfung ist bereits gelaufen – in Betrieb setzen können. Und das wird selbstverständlich auch eine Investition in der Frage der Veresterung im Grunde ganz konkret auslösen. Der Kollege Getzinger hat die Frage mit dem Restmüll angesprochen. Das ist ein Faktum, und unsere Analysen zeigen, daß die Restmüllsteigerung sich in der letzten Zeit schwerpunktmäßig auf den Sperrmüllsektor entwickelt hat. Das ist kein Vorwurf, sondern das ist auch ein faktischer Zustand der Lebensinvestitionen von Privatpersonen und Familien. Wir wissen, daß zum Beispiel durch die immer kleiner werdenden Familienstrukturen automatisch nicht nur mehr Energie, sondern auch mehr Möbel und mehr Geräte die Folge sind. Schauen Sie sich das heute bei einer Scheidung an. Es entsteht dadurch automatisch eine zweite Wohnung, ein zweiter Kühlschrank, ein zweites Kasterl, eine zweite Möblierung und, und, und, in der Endkonsequenz natürlich auch der vermehrte Output, wo derzeit die Gegenstrategien laufen mit höherer Qualität der Produkte, das heißt, wenn ein Schanierl locker wird, daß man einfach die Möbel hinaushaut oder in einem losen Gespräch im Kaffeehaus oder sonst irgendwo über die Sensation der neuen Möbelkultur spricht und gleich nach Hause geht und einfach das alles wegwirft und nach neuestem Stil modisch möbliert. Das wird selbstverständlich für die Zukunft eine pädagogische Dauerarbeit auslösen. Wir haben bereits dieses Projekt der ökologischen Betriebsberatung mit der Branchen- und Spartenschwerpunktsetzung, wo wir uns in diese Sachströme sehr bewußt und mit Überzeugung einbringen, und vor allem, und das möchte ich hier freiweg sagen, ist es nicht nur ein Unglück, wenn mehrere Regierungsmitglieder mitverantwortlich sind in der Frage der Energie, in der Frage der Umwelt und in der Frage der wirtschaftlichen Entwicklungen. Das muß kein Nachteil sein. Es ist heute eine Debattenrede gelaufen, wo es als eine gute Entwicklung in bezug auf Land- und Forstwirtschaft und Umwelt in der Positionierung derzeit gesehen wird. Wir haben, und es ist noch gar nicht so lange her, Zeiten erlebt, wo das als eine unlösbare Problematik dargestellt worden ist. In einigen Diskussionsbeiträgen ist auch die Frage der Wasserwirtschaft angesprochen worden. Ich muß ganz ehrlich sagen, ich schätze den Kollegen Porta sehr. In letzter Zeit, und ich weiß nicht, durch welches Seminar er animiert wurde, macht der Druck und will mir als Büttenredner die Leviten lesen – also alles, was recht ist. Und mit einer Trauerrunde lasse ich mich da in der Einleitung schon gar nicht hinstellen. Das findet auf jeden Fall nicht statt. (Allgemeine Heiterkeit. – Beifall bei der ÖVP.) Ich mache mir den Vorwurf, daß ich ihn nicht genug informiert habe. Diesen Vorwurf lasse ich gelten. Ich werde dir demnächst Prospekte, Studien und so weiter zur Verfügung stellen, aber wir werden schon zusammenkommen. Auch der ehemalige Abgeordnete Chibidziura ist im letzten Moment draufgekommen, als wir bereits die Forschungsaufträge vergeben hatten. Die jährlich bewilligten

Kläranlagen, wobei auch eine Pflanzenkläranlage technische Voraussetzungen braucht, haben einen Höhepunkt erreicht im Jahre 1993. Im Jahre 1993 haben wir, das Amt der Steiermärkischen Landesregierung, einen Erlaß hinausgegeben, daß Pflanzenkläranlagen Stand der Technik sind, und siehe da, blitzartig sind diese Anlagen abgestürzt, und blitzartig sind die Pflanzenkläranlagen angestiegen. Jetzt parallelisiert sich das bereits, weil auch bei den Kleinkläranlagen eine ganz massive offensive Verkaufsstrategie derzeit im Gange ist, weil nicht alle den Platz und die Eigenleistung der Selbstbauweise aufbringen können im Bereich der Pflanzenkläranlagen. Es ist dies daher gerade auf diesem Gebiet von unserer Seite her ein sehr klarer Schritt. Für mich ist ebenfalls sonnenklar, daß wir in der Förderungsstrategie – wir arbeiten derzeit gerade an einer Richtlinie für Gruppen und Kleinkläranlagen, was die Landesförderung betrifft – selbstverständlich diese Herausforderung der 15.000 bis 25.000 Einzel- und Gruppenanlagen selbstverständlich fachlich mitbegleiten. Ich komme noch zu meiner heißgeliebten Abfallwirtschaft, was die Deponieverordnung betrifft. Jetzt haben wir eine genehmigte Anlage in Niklasdorf mit Raumverträglichkeitserklärung. Die Hausaufgabe, weil das ist ein bekannter Sager, der euch da paßt, Nummer eins ist daher längst erledigt, ist vom Land genehmigt und wird jetzt beansprucht und liegt im Umweltministerium. Zwei Standorte mit Raumverträglichkeitserklärung gibt es in der Stadt Graz, Beschlüsse in der Landesregierung für zwei Standorte und auch die Entscheidung, und das sage ich jetzt auch einmal ganz freiweg, daß die AVG von mir massiv vorbereitet wurde auf eine steirische Lösung, was die Abfallmengen von den Verbänden her betrifft, um einen Investor zu finden. Ein Beteiligungsmodell für eine thermische Abfallanlage wurde jedoch zerschlagen. Ich bin für die mechanisch-biologische und für die thermische. Die Frage der Intensität ist entscheidend. Ich muß schon auch eines ganz ehrlich sagen, weil ich gerade den Kollege Wabl so schön sehe, deine Begeisterung freut mich, wo man da mit den umweltschädlichen Flugzeugen herumgesaust ist in Europa, damit wir uns das global und lokal anschauen. Wenn aber die Stunde X kommt, steigen wir schon selbst auch mit dem Flieger auf, und da sollten wir nachher nicht über das Fliegen schimpfen. (Abg. Dr. Wabl: „Du hast mich eingeladen!“) Moment, Kollege Wabl. Dabei hast du aber anständig gerudert, aber diese Debatte führen wir jetzt nicht weiter. (Abg. Dr. Wabl: „Das ist ein Befehl!“) Ich habe mich gefürchtet, weil der Flieger schon so schief war, wenn ich mich noch dazu auf deine Seite setze. (Abg. Dr. Wabl: „Das ist ein Befehl, wenn der Umweltlandesrat einlädt!“) Meine Damen und Herren! Bis jetzt ist mir eine mechanisch-biologische Anlage, die sich sinnvoll rechnet, leider in Europa noch nicht untergekommen. (Beifall bei der FPÖ.) Jetzt sind wir dabei, nochmals einen Anlauf mit der Splittingvariante und der Vorlaufvariante des Mürzverbandes zu machen, und oben im heißgeliebten Frohnleiten wird das im Grunde stattfinden, um mit technischer Begleitung zu versuchen, welche Stoffe nehmen wir jetzt aus diesem thermischen Bereich heraus, und welche gut brennbaren Stoffe sind sinnvoll für die thermische Behandlung. Ich halte das für einen sehr richtigen Weg, den wir uns aber an-

schauen müssen. Das mit der kalten Verbrennung ist ein unheimlich starker Sager. Ich gebe dann meistens die Antwort: Wir brennen auch alle ab mit 36, und wenn wir Fieber haben mit 38. Wir sind ja nicht interessiert, daß wir Dinge, die thermisch nicht gescheit verwendbar sind, in die Therme hineinschieben. Die Frage ist aber, welchen wirtschaftlich vertretbaren Vorlauf machen wir. Daher ist klar, daß nach dieser kalten Verbrennung – weil alle ganz verklärt in die Welt schauen, mechanisch-biologische MBA-Anlagen, als ob das etwas ganz Neues wäre, – das ist längst von uns vorbehandelt mit der Mülltrennung, und zwar ganz massiv. Daher haben wir das schon genau zu beobachten, wie ist so etwas zu vertreten. Wir werden diesen Prozeß selbstverständlich abwarten und werden dann auch diese warme Verbrennung nicht umgehen können. Ob wir das in der Steiermark machen, ob eine Anlage läuft oder nicht, ist bei den derzeitigen Angeboten im österreichischen Markt noch nicht geklärt. Das ist der derzeitige Stand. Nur eines steht fest, wenn wir uns von der thermischen Anlage in der Steiermark restlos abkoppeln, sind wir selbstverständlich, wenn diese neuen Standards und die Überkapazitäten in Deutschland wegfallen, wieder Freiwild für die verkehrte Strategie, wie derzeit das Dumping nach unten läuft mit 1600 Schilling, 1800 Schilling für thermische Fraktionen, so ist die Gefahr, daß – wenn ein umgekehrter Schub kommt, an und für sich eine gewisse Preiserhöhung eine selbstverständliche Folgeerscheinung wäre. Meine Damen und Herren, in bezug auf diese Kleinfuerungsbiheizungsentscheidung, wir haben sehr lange gerungen, immer im Zusammenhang auch mit dieser Frage der Klimamilliarde, und es war das an und für sich jener erreichbare Weg, auch die Erfahrung der Sonnenkollektorförderung über den Umweltfonds. Ich habe bereits – und das ist nicht schlau, sondern es ist eine Selbstverständlichkeit – mit den Gemeindefereferenten, mit der Frau Landeshauptmann und auch mit dem Landeshauptmannstellvertreter abgesprochen, daß im Jahre 1998 diese Fördermaßnahme beginnt, wo Kessel für die Heizsaison bereits in eine Förderung eingebunden werden können. (Beifall von der ÖVP und SPÖ.) Das wird selbstverständlich eine Nachdotierung im Umweltfonds auslösen. In bezug auf Solarförderung möchte ich wirklich unterstützen, daß auch im Geschoßwohnbau die Dinge wirklich verstärkt werden, weil wir vor allem gerade in der Warmwassererzeugung wissen, daß dort die Emissionsleistungen am stärksten sind, wenn wir in den Sommer- und Übergangszeiten die Heizkessel für die Warmwassererrichtung praktisch nur kurzfristig anlaufen lassen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Jetzt wird es wieder kompliziert, Frau Kollegin Zitz, wenn ich noch einmal zurückkomme. Sie sprechen mir manchmal die Professionalität ab. Aber auf der grünen Wiese im Pöllauer Tal, dort war ich in der Profession. Dort waren Sie relativ ruhig, wenn ich das so sagen darf. In dieser kombinierten Abwasserwirtschaftsstrategie, weil ich zum Abwassergesetz in Wahrheit komme, wir werden, wenn ein Konsens erreichbar ist, diesen vernünftigen Weg der gemeinschaftlichen und der privaten Abwasserentsorgungsmodelle mit allen Mitteln versuchen umzusetzen, weil die Eigenverantwortung klar für jeden Staatsbürger erstens gelten soll, aber zweitens dürfen wir nicht

gute, funktionierende und laufende Modelle damit gefährden beziehungsweise vor deren Finanzierung gefährden.

Die Frage der Schutzwaldentwicklung, die Kollegin Kaufmann hat sie angesprochen, hat im Grunde der Kollege Kinsky beantwortet. Wir haben die Modelle vorbereitet, und es wäre natürlich angenehm, wenn es uns gelingen würde, einen weiteren Schwachholzmarkt zu entwickeln. Wir sind in Wahrheit mit der Papierindustrievariante nicht ausreichend für die Schwachholzverwertung gerüstet, vor allem auch preismäßig nicht. Wir haben eine zweite Schiene mit der Bioenergie. Ich fürchte, sie wird den Preis ebenfalls nicht sehr bewegen, wenn wir ganz ehrlich sind. Wir arbeiten derzeit in der Steiermark mit einer Strategie der Schwachholzverwertung im Bauelementbereich. Das ist eine Zielsetzung, wo wir Schwachhölzer im Spaltverfahren ohne irgendwelche chemische Verfahren in Elementbauweisen verpressen und an und für sich ein biologisch einwandfreies Baumaterial und vor allem für den Fertigteilbau eine klassische Voraussetzung hätten. Wir hoffen, daß diese Großinvestition im Grunde läuft und daß wir vor allem eine Chance haben, diese Rohstoffvariante vernünftig zu nützen. (Abg. Dr. Wabl: „Der Hanf!“) Ich muß leider zum Flachs noch was sagen. Ich stehe mit Leib und Seele - (Abg. Mag. Zitz: „Hanf, bitte!“) Ja, Vorsicht, der Hanf kommt ja eh. Ich leide ja beim Flachs. (Abg. Dr. Wabl: „Das ist ein hügelhoher Unterschied!“) Jetzt lasse mich einmal ausreden, Kollege Wabl. Ich möchte ja ein Produkt, das wir seit acht Jahren aufgebaut haben. Der Markt, die Autoindustrie, die Dämmstoffindustrie, muß ich ja Rohstoffproduzenten in adäquater Form haben. Wir kämpfen derzeit mit einer Flächenprämie bis zur Übergangslösung, so es uns gelingt, europaweit gleiche Flächenprämien zu bekommen, damit sich das rechnet. Ich kann ja nicht einem Bauern verordnen, er muß Flachs bauen. Das muß im Vergleich gegenüber anderen Kulturen, ob es Getreide oder andere Ackerkulturen sind, kostendeckend sein. Ich kann das leider nicht verordnen. Daher haben wir jetzt versucht, mit einer Vermarktungsprämie diesen Übergang zu schaffen bis zu dem Zeitpunkt, wo wir die gleichen Förderungshöhen in Österreich haben, wie das vor allem in Belgien beziehungsweise in Frankreich läuft. Daher möchte ich schon wirklich sagen, wenn wir Alternativen haben, müssen wir auch die faktisch praktischen Probleme sehen. Wir haben das Problem, daß wir zum Beispiel in der Technologie noch nicht fertig sind, was den Brecher betrifft. Wir haben das Faktum, daß vor allem die ganze Frage der flächendeckenden Anbauweise natürlich regionalisiert sein muß, weil mehr als 50 Kilometer kannst du diese gewaltigen Mengen an Volumen nicht transportieren. Dann wird es wieder problematisch in der gesamten Ökobilanz. Ich glaube nicht, daß wir am Ende der Forschungsergebnisse sind. Die Hanfpflanze ist eine Universalpflanze, vor allem auch was die Robustheit und die Bodengüte betrifft. Es ist selbstverständlich eine Pflanze der Zukunft. Folgendes Faktum der Bevölkerungsentwicklung: Im Jahre 1950 haben wir 5400 Quadratmeter Fläche pro Einwohner gehabt auf dieser Welt, und im Jahre 2020 werden wir nur mehr 1700 Quadratmeter haben. Das heißt, daß Hauptproblem wird in Wahrheit die Energie und der Stoffkreislauf sein in

bezug auf die Bevölkerungsentwicklung. Man wird nicht mehr die Ressource Öl, sondern die veredelte Sonnenenergie einbringen müssen, und daher werden wir auf dem Problem selbstverständlich draufbleiben. Ich möchte nur wirklich um eines bitten, ich kann nicht so weit vorauslaufen, daß die Hinten mich nicht mehr sehen oder nicht nachkommen. Ich muß Schritt um Schritt, systematisch weitergehen. Es darf kein Flop werden. Wir wären ja bei der Flachs-geschichte fast abgestürzt auf Grund dieser Rahmenbedingungen, vor allem was auch die Förderungen betrifft.

Ja, meine Damen und Herren, ich glaube, ich muß abschließen. Wir haben eine Voraussetzung gefunden mit Bund und Land über eine Vermarktungsprämie außerhalb von Fläche und Investition. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Für das Jahr 1997?“) Ja, selbstverständlich, weil sonst bauen sie 1998 nicht an. Das muß man wissen, ich sage es nur in dem Zusammenhang, ich kann nicht den Hanf da hinaufjubeln, und dort stürzt mir eine Kultur ab, wo der Markt schon wieder da ist. Entschuldige, daß ich das so offen anspreche. Ich muß ja glaubwürdig bleiben in der konkreten Umsetzung. (Abg. Dr. Wabl: „Die Bauernkammer tut überhaupt nichts, sie sabotiert es!“) Deine Behauptungen stimmen auch nicht immer, daß das einmal klargestellt ist. Ich getraue mir jetzt wirklich nicht zu sagen, ob es funktioniert. Wir fahren die Versuche, wir versuchen alle Möglichkeiten im fachlichen Bereich auszuschöpfen. Es ist in Wahrheit so, daß man den Hanf nur anbauen kann, wenn man eine biologisch hochwertige Fläche fahren kann. Der entscheidende Punkt liegt eher am Markt. In der Verarbeitung, da möchte ich - wenn es sein muß - (Abg. Getzinger: „Der Wilhelm ist kein Freund vom Brecher!“) Geht jetzt der Brecher oder geht er nicht? (Abg. Ing. Getzinger: „Ich glaube, er geht!“) Ja, ich glaube, daß er geht, ist für einen Bauern zu wenig. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir einen Brecher für den Hanf nicht zusammenbringen. Wenn ich richtig gehört habe, kann man so etwas ja kaufen. Das ist also kein Problem. (Abg. Dr. Wabl: „Der Wilhelm ist ein Gegner von Hanf!“) Dr. Wilhelm ist ein Pflanzenbaufachmann. Du kannst weiterhin den Widerspruch schüren. Ob das animiert, wenn die Institution sich bemüht, und du sagst, sie tut nichts - (Abg. Dr. Wabl: „Das stimmt nicht, sie bemüht sich nicht!“) Ja, du kannst bei deiner Meinung bleiben, ich bleibe bei meiner. Das ist in einem Parlament erlaubt, daß zwei eine verschiedene Meinung haben. Aber das Ziel steht von mir aus fest, daß man diese Kultur in unseren Regionen selbstverständlich erhalten muß. Eine zweite Geschichte, und da bin ich jetzt schon bei der Agrardebatte, ist die Frage der Ascorbinsäure in der Maiskultur. Das ist ein international gigantischer Markt, wo man natürlich bis zu einem gewissen Grad dort und da Konkurrenzen sieht. Ich möchte abschließen und mich vor allem bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich bedanken, als Koordinator Hofrat Dr. Rupprecht mit der gesamten Crew der Hofräte einschließlich des Umweltanwaltes, der ab und zu sozusagen kein leichtes Leben gehabt hat. Ich möchte aber wirklich bitten, draußen in der Umsetzungsphase, wo wir manchesmal zu dem stehen, was wir hier beschließen, und was heute Rechtsbestand ist, auch solche Entwicklungen glaubhaft mitzuvertreten. Wir haben ab und zu, und das ist natürlich eine Frage der politischen Kultur, schon

Situationen, wo man im Grunde vernünftige Strategien präsentiert und aus gewissen taktischen Gründen an und für sich wider besseren andere Dinge eiskalt behauptet. Das ist zwar parteipolitisch zulässig, aber unterstreicht die Glaubwürdigkeit, ganz gleich, aus welchem Bereich ein politischer Vertreter kommt, des jeweiligen selbstverständlich nicht. Ich möchte zum Schluß folgendes sagen. Wir haben ein pädagogisches Modell mit der ökologischen Landentwicklung mit konsequenten Schwerpunkten geschaffen, ob das die Nähe im Rahmen der Nahversorgungsstrategien betrifft, ob das Strom und Energie beziehungsweise umgekehrt Energie und Strom aus der Region betrifft, ob das die Vision „Wasser ist Leben“ betrifft, das werden Schwerpunkte in den nächsten Jahren bleiben, und vor allem, ob das die bewußte Gestaltung der Zukunft betrifft. Wir haben heute oft in Partnerschaft Modelle laufen, ein Modell mit der Kollegin Rieder „Gänseblümchen mit Vogersalat“ gibt es bereits, wo wir einfach dieses gesunde Lebensverhalten in bezug auf Ernährung und in bezug auf Lebenshaltungen in den Pflichtschulen klassisch und pädagogisch erstklassig mit Dozent Lindschinger präsentieren. Ich glaube, daß das eine hochwertige Art der Umwelt- und der Lebensqualitätspolitik im Land Steiermark ist. Ich wünsche mir für die Zukunft, daß wir diese lockere und sympathische Form der positiven Betrachtung der Erfolge, selbstverständlich auch der kritischen Positionierungen, weiterhin haben werden. Soweit ich mich erinnern kann, wenn mich meine Frau gelobt hat, dann war ich meistens noch braver, als ich schon war. Würde mich meine Frau sehr hart nehmen, weil ich das Gefühl habe, ich bin ungerecht sozusagen da zu Hieben gekommen, dann werde ich eher grantiger. (Abg. Mag. Zitz: „Verstehe schon!“) Es ist das Gegenteil und paßt super. Dafür bin ich trotzdem frohen Mutes, daß es in der Deponie ein Gerücherl gibt und vom Kanal gerade auch kein Parfum herausraucht und andere Schnecken. Wenn ich jetzt betrachte, wie herrlich die Visitenkarte der derzeitigen Konsumgesellschaft ist, dann bin ich trotzdem fröhlich, und diese Fröhlichkeit lasse ich mir auch nicht nehmen. Ich werde mit voller Bioenergie angasen, die Steiermark als Umweltmusterland weiterhin anzuführen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 11.51 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 5: Gesundheit.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Brünner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brünner (11.51 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte zum Thema „Gesundheit“ einige Punkte ansprechen. Ein erster Punkt: Die akutmedizinische Versorgung in Spitälern hat meines Erachtens einen Stellenwert, den ich nicht teilen kann. Und unter Stellenwert in diesem Zusammenhang verstehe ich die Zahl der öffentlichen Krankenanstalten in der Steiermark, wenn ich es richtig sehe, 18 Krankenanstalten an 21 Standorten. Ich bleibe bei meiner bisherigen Position, die ich wahrscheinlich die gesamte Legislaturperiode vertreten werde, nämlich daß der akutmedizinische Bereich abgeschlankt und konzentriert

werden muß. Wenn ich von Konzentration spreche, dann möchte ich nicht mißverstanden werden, denn mir schwebt kein steirisches AKH-Monster vor, aber dennoch ist Konzentration unerlässlich. Die Gründe möchte ich nicht in extenso ausbreiten, aber nur ein paar Worte dazu. Erstens: Die rassante Entwicklung der Medizintechnik mit dem Stichwort Kostenintensität. Zweitens: Die mit der Entwicklung der Medizin und der Medizintechnik einhergehende notwendige Qualifikation und Spezialisierung des medizinischen Personals und schließlich auch die Kostensituation. Wir sind an Finanzierungsgrenzen angelangt. Wenn ich von Kosten spreche, dann meine ich nicht nur die Technologie, die Medizintechnik als einen Verursacher dieser Kostensituation, sondern auch demographische Sachverhalte, wie zum Beispiel Altersstrukturen, aber auch die Erwartungshaltung der Bevölkerung, die sich von den phantastischen Ergebnissen der Medizin, da und dort phantastischen Ergebnissen der Medizin, einfach erwartet, daß hier in diesem Bereich weiter investiert wird. Untermuert wird dieser, mein politischer Standpunkt, daß an einer Abschlankung und Konzentration des akutmedizinischen Bereiches kein Weg vorbeiführt, auch durch den Sachverhalt, daß der Bettenbedarf rascher sinkt, als man das angenommen hat. Das habe ich mir nicht erträumt, sondern das habe ich aus Stellungnahmen des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen. Ich weiß, daß ich mit Ihnen, Herr Landesrat, diesbezüglich nicht einer Meinung bin und nicht einer Meinung sein werde. Ich möchte nur doch zur Unterstützung meiner Position Frau Dr. Moritz, die Geschäftsführerin des Bundesinstitutes für Gesundheitswesen, zitieren, die festhält, daß es bei den Spitälern zu einer Konzentration werden kommen müssen, die auch festhält, daß das Festhalten an gewissen Standorten, und ich zitiere jetzt wörtlich: „Vielleicht nicht durchgehalten werden kann, obwohl man das jetzt noch mit starkem politischen Druck versucht.“

Diese Abschlankung und Konzentration des akutmedizinischen Bereiches ist aber meines Erachtens nicht nur aus ökonomischen Gründen, sondern auch aus ethischen Gründen erforderlich. Es wird in diesem Zusammenhang ein neuer Begriff der Ökonomethik geprägt, nicht der Ökonometrik, sondern der Ökonomethik. Das bedeutet, daß der Verzicht auf eine optimale qualitative Ausrüstung, der Verzicht auf optimale Instrumente, der Verzicht auf optimale qualitative Ausbildung des Personals auch aus ethischen Gründen nicht vertretbar ist, weil diese Verwässerungen der Qualität einfach den Menschen Schaden zufügen.

Ein zweiter Punkt in diesem Zusammenhang: Es wird Neuerungen in der Krankenanstaltenplanung geben müssen. Ich gehe davon aus, daß es diese Neuerungen bereits entwicklungsmäßig und vorbereitungsmäßig gibt. Die alte Krankenanstaltenplanung war eine Bettenbedarfsplanung. Die neue Krankenanstaltenplanung muß eine Leistungsangebotsplanung sein. Ich gehe schon auch davon aus, Herr Landesrat, daß wir auf dem Weg zur Leistungsangebotsplanung sind, aber das Ziel einer Leistungsangebotsplanung noch nicht erreicht haben. Und unter Leistungsangebotsplanung verstehe ich, daß man einmal die teureren und österreichweit zu koordinierenden Leistungen erfassen muß, daß man dann auch

die Strukturqualität festlegen muß. Und unter Strukturqualität verstehe ich, daß ich mir vergegenwärtigen muß, was ist die Folge dieser Leistungen an Räumen, an Instrumenten, an Personal, und daß ich dann die Standorte festlege, bedarfsgerecht diese Leistungen auf Standorte verteile. Nur so, nur auf diese Weise, nur mit solcher Leistungsangebotsplanung kann auch sichergestellt werden, daß die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung nicht dazu führt, daß man sich lukrative Bereiche – ich sage es einmal so – unter den Nagel reißt, weil damit eine gleichmäßige und gerechte Patientenversorgung nicht möglich ist. Ich gehe davon aus, Herr Landesrat, daß der Bundeskrankenanstaltenplan in Richtung dieser Leistungsangebotsplanung weiter verändert werden müssen wird. Und ich gehe weiter davon aus, daß auch der steirische Krankenanstaltenplan sich diesem Sachverhalt einer Leistungsangebotsplanung intensiver stellen muß als der alte aus dem Jahre 1964. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang auch fragen, wie lange es noch dauern wird, bis wir diesen revidierten und neuen steirischen Krankenanstaltenplan hier im Landtag werden beraten können.

Ein dritter Problembereich, der mit meiner Position der Abschlankung und Konzentration des akutmedizinischen Bereiches in unmittelbarem Zusammenhang steht, ist, daß die extramuralen Versorgungseinrichtungen nicht adäquat vorhanden sind, und das nicht nur in der Steiermark, sondern österreichweit – wir haben nicht ausreichend Pflege- und Rehabilitationseinrichtungen, wir haben nicht ausreichend mobile Dienste, wir haben nicht ausreichend Homecare, also die Pflege alter und kranker Menschen zu Hause, es fehlt diesbezüglich die adäquate Infrastruktur. Auf dem Fuß folgt, daß wir auch nicht ausreichend Personal und Personalqualifikation auf diesen pflegerischen Gebieten haben. Und festhalten möchte ich, daß gerade dieser extramurale Versorgungsbereich mit Pflege- und Rehabilitationseinrichtungen, mit Homecare, mit mobilen Diensten der Ort der Regionalisierung ist, der Ort ist, wo eben an Hand der Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort entsprechende Einrichtungen installiert werden sollen.

Vielleicht noch ein paar Gesichtspunkte zum Homecare, zur Pflege alter und kranker Menschen zu Hause. Ich gehe davon aus, und es ist meine Position, daß diese Pflege alter und kranker Menschen zu Hause auch aus ethischen, aus zwischen- und menschlichen Gründen intensiviert gehört, aber nicht nur aus diesen Gründen, da gibt es noch andere Ursachen dafür, wie Überalterung der Bevölkerung, und nicht zuletzt auch die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung, die eben die Belegdauer reduziert und wo ich dann nachher, wenn jemand das Spital verläßt, eine Auffangsituation schaffen muß. Wenn man sich diese Homecare-Situation anschaut im internationalen Vergleich, dann zeigt sich, daß in Österreich und in Deutschland die Akutversorgung überproportional vorhanden ist, nämlich 50 Prozent Akutversorgung, 40 Prozent Langzeitpflege in diesen beiden Ländern, aber nur 10 Prozent Homecare.

In Schweden ist das umgekehrt, 25 Prozent Akutversorgung und 75 Prozent Versorgung in Pflegeheimen und durch Homecare. In dem Zusammenhang ist auch festzuhalten, daß in dieser Artikel-15 a-Vereinbarung

Bedarfs- und Entwicklungspläne für den Pflegebereich angesprochen sind und gemäß dieser Artikel-15 a-Vereinbarung entwickelt werden müssen. Auch hier eine zweite Frage an Sie, Herr Landesrat Dörflinger, wie schaut die Situation in der Steiermark aus, wie weit ist man mit dieser Bedarfs- und Entwicklungsplanung für den Pflegebereich?

Ein Problem in diesem Zusammenhang scheint mir ein Schnittstellenproblem auf der politischen, auf der Landesregierungsebene zu sein, auch das ist schon ein paarmal von verschiedenen Damen und Herren des Hauses gesagt worden, daß eben der akutmedizinische Bereich in der Hand eines Mitgliedes der Landesregierung und der extramurale Bereich weitestgehend in der Hand eines anderen Mitgliedes der Landesregierung ist. Das muß nicht unbedingt ein Problem sein, wenn es eine entsprechende Koordination gibt, aber ich würde mir schon wünschen, daß man überlegt, die beiden Dinge in eine Hand zu vereinen, weil die ganze Geschichte nur ganzheitlich gesehen werden kann.

Ein vierter Punkt, der unmittelbar das Budget betrifft, ist der Punkt der Gesundheitsvorsorge. Wenn ich mir die Budgetzahlen richtig zusammenzählen habe lassen, dann gehen rund 80 Millionen Schilling oder 1,15 Prozent in die Gesundheitsvorsorge und rund 7 Milliarden Schilling oder 98,85 Prozent in die Infrastruktur. Es mag sein, daß auch in den Krankenanstalten Gesundheitsvorsorge betrieben wird, daher sage ich fairerweise, daß diese Zahlen nicht ganz richtig sind, aber sie zeigen doch diese gravierende Ungleichgewichtigkeit zwischen der Gesundheitsvorsorge und dann so quasi der Reparatur und Nachversorgung. Ich möchte nicht polemisch sein, Herr Landesrat, aber ich würde mir wünschen, daß in gleicher Häufigkeit, wie wir zu Spatenstich- und Dachgleichen- und Eröffnungsfeiern, betreffend Institutionen, Krankenanstalten, eingeladen werden, auch zu gleichen Aktivitäten auf dem Gebiete des extramuralen Bereiches und auf dem Gebiete der Gesundheitsvorsorge eingeladen werden. (Landesrat Dörflinger: „Haben Sie sich die Mühe gemacht, die Entwicklung dieser Zahlen anzuschauen?“) Ich möchte nicht falsch verstanden werden, Herr Landesrat. (Landesrat Dörflinger: „Es ist ganz sicherlich mehr Polemik. Schauen Sie sich das einmal an!“) Ich füge ja hinzu, Herr Landesrat, ich möchte nicht mißverstanden werden. Die Leistungen, die erbracht werden jetzt im akutmedizinischen Bereich, die sollen durch eine solche saloppe Aussage – wie gesagt, ich möchte an sich nicht polemisch sein – nicht diskreditiert werden. Das möchte ich ganz explizit festhalten. Aber es bleibt der Sachverhalt einer Unterversorgung im extramuralen Bereich, und es bleibt der Sachverhalt einer weit gewichtiger Unterdotierung der Gesundheitsvorsorge. (Landesrat Dörflinger: „Das stimmt!“) Ich möchte als fünften Punkt noch den niedergelassenen Bereich ansprechen. Wir haben dort im großen und im ganzen optimale Versorgung auch in der Steiermark, vielleicht von einzelnen Landesteilen abgesehen. Für mich ist der niedergelassene Bereich, der Bereich der Ärzte, ein ganz wichtiger Bereich. Er hat große Bedeutung, weil letztendlich für mich die freie Wahl des Arztes und der ärztlichen Versorgung von großer Bedeutung ist. Das betrifft die Ärzte, das

betrifft auch die Krankenanstalten und damit die Vorsorge und Obsorge nicht nur für die öffentlichen Krankenanstalten, sondern auch für die privaten Einrichtungen, Krankenanstalten und sonstigen Einrichtungen der extramuralen Pflege.

Wenn ich mir die ambulante Versorgung anschau, insbesondere in den Zentren, dann gibt es dort bereits Überversorgung, ambulante Überversorgung. Das ist im Grunde genommen okay. Ich frage mich nur, ob hier nicht – und die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung wird hier hoffentlich einiges ins rechte Lot rücken – diese Aushungerung des niedergelassenen Bereiches wieder rückgängig gemacht werden soll, ob hier nicht wieder der Arzt ein stärkeres Zentrum auch werden soll und sein kann. Die Schnittstellenproblematik haben wir auch hier, nämlich zwischen den niedergelassenen Bereich auf der einen Seite und dem akutmedizinischen Bereich in Krankenanstalten auf der anderen Seite. Der praktische Arzt ist so gut wie abgeschnitten vom Krankenhaus. Ich hoffe und gehe davon aus, daß die Sozial- und Gesundheits-sprengel, die morgen beschlossen werden, hier diese Schnittstellenproblematik beseitigen werden und in diesen Sozial- und Gesundheits-sprengeln auch dieses Zusammenwirken zwischen Krankenanstalten und niedergelassenen Ärzten intensiver vonstatten geht, als das bis dato der Fall ist.

Vielleicht noch ein kurzes Wort zur Ärztedichte und zur Medizinerschwemme. Ich stimme in diesen Chor der Medizinerschwemme und der Überproduktion überhaupt nicht ein, genausowenig wie ich es bei den Lehrerinnen und Lehrern sehe. Es gäbe, so wie im Lehrberuf, genügend Arbeit für pädagogische Tätigkeiten, auch im medizinischen Bereich, auch im Gesundheitsbereich, genügend Arbeiten, wenn eine ganzheitlichere Betrachtung der Medizin im Vordergrund stünde.

Und ich bin damit schon beim sechsten und letzten Bereich. Mir ist beim Thema „Gesundheit“ eine ganzheitliche Betrachtung wichtig, und ich hoffe und gehe davon aus, daß ich diese Position mit manchem von Ihnen teile. Ich möchte ein bißchen ausführen, was ich unter dieser ganzheitlichen Betrachtung verstehe. Nicht nur die herkömmlichen ganzheitlichen Aspekte, daß der psychische und der somatische Bereich zusammengehören, sondern daß alternative, komplementäre, aber auch kooperativ und kumulativ angebotene Methoden verstärkt werden müssen. Ich erinnere mich noch an meine Rektorszeit, wo ich versucht habe, eine zweistündige Lehrveranstaltung „Akupunktur und Homöopathie“ an der Universität Graz zu verankern und wo der gesamte Klinikbereich, der Milliarden Schilling verkörpert, vor einer solchen zweistündigen Lehrveranstaltung Angst gehabt hat. Ich hoffe und gehe davon aus, daß das derzeit nicht mehr der Fall ist.

Ich verstehe unter ganzheitlicher Betrachtung aber auch, daß der Mensch, daß der Patient, die Patientin in die Mitverantwortung für die Gesundheit und für das Gesundwerden genommen werden muß und daß das auch von der Politik, auch wenn es die Leute vielleicht nicht gerne hören, intensiver in die Debatte gebracht werden muß.

Ich verstehe unter ganzheitlicher Betrachtung auch, daß man den Menschen klarmacht, daß Krankheit auch ein Denkanstoß sein kann, ein Denkanstoß dahingehend, daß es nicht mit der Reparatur der Krankheit sein Bewenden hat, sondern daß ich unter Umständen meine Lebensmuster auch verändern muß. Thorwald Dethlefsen hat das in einem Buch sehr gut umschrieben „Krankheit als Weg“. Festgehalten werden muß auch, daß diese Verdrängungswettbewerbe, vom Arzt zum Psychoanalytiker, von dem zum Psychologen, vom Psychologen zum Lebens- und Sozialberater, aufhören müssen. Es müssen vielmehr all diese Berufe gemeinsam am Menschen und für den Menschen arbeiten. Und schließlich muß der Mensch, der Patient, als mündig betrachtet werden. Ich möchte entscheiden, wie ich meine Gesundheit erhalte, und ich möchte entscheiden, wie ich im Falle der Krankheit wieder gesund werde, und das ist vom gesamten medizinischen System zu akzeptieren.

Ich möchte die Damen und Herren Rednerinnen und Redner, die nach mir kommen, und Herrn Landesrat Dörflinger um Entschuldigung bitten, – wir sind eine kleine Fraktion, und die Bilokation ist noch nicht erfunden worden – weil ich zu dringenden Terminen aus dem Haus muß. Das ist keine Mißachtung etwaiger Repliken, die Sie auf meine Ausführungen anbringen werden, aber meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden mir, sofern das erfolgt, davon berichten. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich bei manchen Debattenbeiträgen nicht da sein kann. Danke schön. (12.09 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Um das Wort gebeten hat der Herr Landesrat Dörflinger.

Landesrat Dörflinger (12.09 Uhr): Herr Abgeordneter Brunner, ich wußte nicht, daß Sie jetzt weg müssen, möchte daher nur zwei Dinge vorweg klarstellen, weil Sie einen steirischen Krankenanstaltenplan moniert haben, der angeblich 1964 das letzte Mal verlautbart und veröffentlicht wurde. Wir haben am 7. Juli des heurigen Jahres einen neuen Krankenanstaltenplan in der Regierung bereits beschlossen, und das von Ihnen eingeforderte Pflegekonzept und die Bedarfserhebung ist vom Sozialressort im April dieses Jahres vorgestellt worden. Ich wollte das jetzt so sagen, damit Sie sehen, daß manche Dinge, die Sie gefordert haben, bereits erfüllt wurden. (12.10 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster Hauptredner zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bacher. Ich erteile es ihm.

Abg. Bacher (12.11 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Wenngleich Prof. Brunner gleich weggehen muß, so hat er vielleicht doch noch zwei Minuten Zeit, um mir zuzuhören, weil es ganz wichtig ist, daß man auf seine Argumente auch eingehe. Man kann diese Diskussion natürlich nur dann führen, wenn man sie offen führt und alle Probleme anspricht. Ich sage vorweg, daß ich mich zu den LKH-Standorten in der Steiermark bekenne und gegen den Patiententourismus und gegen Monsterkrankenhäuser bin. Wenn man sich solche Häuser anschaut, dann kann man sich kaum vor-

stellen, daß der Patient sich letzten Endes dort wohlfühlt. Ein zweiter Punkt: Sie haben auch davon gesprochen, daß man mehr in die Vorsorge und in die Nachsorge gehen muß. Ich gebe Ihnen dabei recht. Wenn aber immer wieder kritisiert wird, daß unheimlich viel Geld in den stationären Bereich geht, dann muß man auch hinterfragen, warum das so ist. Ich habe mir kürzlich eine Statistik angeschaut, die besagt, daß Österreich europäische Spitze bei Spitalsaufenthalt ist, wir führen mit 23,1 Prozent in Europa. Umgekehrt sind wir aber auch bei den niedergelassenen Ärzten mit 6,2 Arztbesuchen auch Spitze. Jetzt frage ich mich, wenn ich das mit Schweden vergleiche, um wieviel kranker sind wir in Österreich oder sind wir gesünder geworden durch die vielen Spitalsaufenthalte und die Arztbesuche. Hier sollte man auch einmal ansetzen und dieses Phänomen hinterfragen. Es muß eine Ursache vorhanden sein, warum diese Ausreißer nach oben stattfinden. Ein Zweites: Es hat sich in der Medizin in den letzten Jahren unheimlich viel getan. Am 3. Dezember 1997 waren es 30 Jahre, als Christian Barnard erstmalig eine Herzverpflanzung in Kapstadt durchgeführt hat – erstmalig. In der Zwischenzeit werden weltweit 40.000 Herztransplantationen durchgeführt. Österreich ist in der Organverpflanzung auch Weltspitze – Gott sei Dank. Es ist nur leider so, daß 50 Prozent, die auf ein Spenderorgan warten, leider auch sterben, bevor sie ein Spenderorgan bekommen. Das heißt, auch die Entwicklung in der Medizin ist rasant vorangeschritten, und das ist auch ein wesentlicher Kostenverursacher. Es ist schon richtig, daß das Budget für die Steiermärkischen Krankenanstalten um ein Vielfaches höher ist als das der Hauskrankenpflege und der extramuralen Bereiche. Daher wurde erstmalig im Jahre 1997 ein richtiger Schritt in die richtige Richtung gesetzt, nämlich mit der Einführung der leistungsorientierten Krankenhausfinanzierung. Es ist sicher nicht ganz einfach gewesen, dieses Experiment und diese Umstellung im ersten Jahr halbwegs über die Runden zu bekommen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen, Herr Mag. Hirt, und bei Ihnen, Herr Dr. Schnabel. Ich kann mir vorstellen, daß es nicht ganz einfach war und ist, wenn man plötzlich vom alten System in ein völlig neues kommt. Wir wissen alle, auch die, die in dem Fonds sitzen, wie schwierig es ist, weil es keine Parameter gibt, weil es keine Qualitätskriterien gibt, weil es viele, viele Dinge nicht gibt, die wir als Grundlage bräuchten. Aber ich denke, daß wir vor allem auch in diesem Fonds in diesem ersten Jahr einiges erreicht haben, gemeinsam erreicht haben. Wir können auch ein bißchen stolz darauf sein, daß wir dem steirischen Patienten sagen können, daß für die nächsten Jahre die finanzielle Absicherung gewährleistet ist. In sehr kleinen Schritten ist die Umstrukturierung, und das ist ein wesentlicher Punkt in dieser 15a-Vereinbarung, vom stationären Bereich in den extramuralen Bereich gelungen. Im Jahr 1997 betrug die Mittel für die Hauskrankenpflege und den extramuralen Bereich 155 Millionen Schilling, für 1998 wurden sie auf 160 Millionen Schilling aufgestockt. Allerdings muß man bei diesen Diensten auch hinterfragen, ob sie koordiniert ablaufen, ebenso wie bei anderen Gesundheitsanbietern auch. Wir haben auch im Bereich des Bettenabbaues einiges weitergebracht. Weiters wurde der Krankenanstaltenplan und der Großgeräteplan

beschlossen. Aber es ist klar, daß man im extramuralen Bereich zukünftig verstärkt Schritte setzen muß. Ich glaube auch, daß man dies in den nächsten Jahren intensiver und wesentlich vehementer betreiben muß. Wir haben in diesem Jahr auch die Rückführung des Personals in den steirischen Spitälern durchgeführt, Gott sei Dank sage ich, weil endlich in den Häusern Ruhe eingekehrt ist. Ich möchte dabei nur zwei Ziffern nennen: Von 8180 KAGES-Bediensteten sind in der Zwischenzeit 7000 wieder in den Landesdienst zurückgekehrt. Ich sage Gott sei Dank, weil in einem Betrieb einfach selbe Arbeitsbedingungen herrschen müssen. Es ist auch interessant, daß wir bei den Pflēgetagen, wenn natürlich nicht sehr stark, aber trotzdem, auch einen Rückgang verspüren, auch in der Verweildauer, aber daß wir nach wie vor bei den stationären Aufnahmen noch ansteigen. Ich komme wieder zurück, was ich eingangs erwähnt habe, daß man dieses Phänomen einmal wirklich sehr ernstlich hinterfragen muß. Meine Damen und Herren, wir haben uns auch in einer der letzten Sitzungen darüber unterhalten, daß das Thema Sterbebegleitung natürlich auch ein sehr wesentliches Thema ist. Und ich glaube, daß wir uns auch diesem Thema sehr intensiv annehmen müssen. Es hat ja in der Zwischenzeit im Fonds auch einen Beschluß gegeben über ein derartiges Pilotprojekt. Es wurde auch in den Medien vorgestellt. Ich sage auch eines ganz klar dazu, es muß auch mit dem Pflegepersonal darüber gesprochen werden. Ich zitiere eine Presseaussendung, wo Krankenschwestern eine bessere Ausbildung und Betreuung in diesem Zusammenhang fordern, weil sie meistens mit dem Sterbenden alleine gelassen werden. Zitat: Krankenschwestern klagen an, schlimmes Ergebnis einer Studie, die Krankenschwestern und Pfleger in den steirischen Intensivstationen fühlen sich psychisch überfordert. Befragte gaben an, nicht ausreichend in ihrer Ausbildung auf den Umgang mit Sterbenden vorbereitet zu sein. Erschütternd die Ergebnisse bei den Befragungen nach den Gefühlen beim Umgang mit den Sterbenden. 76,5 Prozent fühlen sich machtlos, 66 Prozent empfinden Trauer und 36 Prozent Unsicherheit. In 16 Prozent spielt auch die Angst eine große Rolle. Die Folge, 85 Prozent der Befragten wünschen sich Seminare für die Sterbebegleitung. Meine Damen und Herren, wenn wir uns erinnern, vor einigen Jahren hat es in Lainz einen sehr tragischen Fall gegeben. Ich war eigentlich der Meinung, daß Supervision und Ausbildung in diesem Zusammenhang umgesetzt wurde. Wenn das nicht der Fall ist, dann bitte ich den zuständigen Landesrat, sehr rasch in diese Richtung Aktionen zu setzen, weil ich glaube, man kann die Pflegerinnen und Pfleger in dieser Frage nicht allein lassen. Man muß sie einfach vorbereiten, und man muß ihnen Hilfe und Unterstützung auch angeeignen lassen.

Abschließend in dem Zusammenhang möchte ich von seiten der steirischen Volkspartei einen Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Bacher, Dr. Lopatka, Pußwald, Wicher und Dr. Karisch einbringen, betreffend eine Unterstützung für die Ausbildungskosten der freiwilligen Betreuer des Hospizvereines Steiermark.

Der Hospizverein Steiermark hat sich zur Aufgabe gemacht, mit eigens ausgebildeten Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern, Schwerstkranken, Sterbenden und ihren Angehörigen beizustehen, die Selbständigkeit zu fördern, die Schmerzen und die Einsamkeit im Sterben zu lindern, um bis zuletzt Lebensqualität und menschliche Würde zu wahren.

Das Hospizteam versteht sich als interdisziplinäres Team, in dem Personen, die eine Hospizgrundausbildung absolviert haben, gemeinsam mit Fachkräften zum Wohl des Schwerstkranken oder Sterbenden und seiner Angehörigen zusammenarbeiten.

Diese umfassende und fundierte Hospizgrundausbildung kostet rund 6000 Schilling und ist von interessierten Personen (zum Beispiel Studenten, Hausfrauen, Pensionisten) oft nur sehr schwer aufzubringen.

Da schon die ersten Hospizbetten in steirischen Krankenhäusern eingerichtet worden sind, gewinnt die Betreuung durch freiwillige Betreuer des Hospizvereines um so mehr an Bedeutung.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Kosten des Grundausbildungskurses für interessierte Personen von rund 6000 Schilling zu 50 Prozent zu unterstützen, um diese gesellschaftlich so bedeutende, ehrenamtliche Tätigkeit auch seitens der öffentlichen Hand entsprechend zu fördern.

Ich lade alle in diesem Haus vertretenen Parteien ein, mit diesem Antrag mitzugehen. Im Finanz-Ausschuß wurden wir leider hinuntergestimmt. Ich glaube, daß es eine wesentliche Rolle auch spielt in unseren Spitälern und in unseren Einrichtungen. In diesem Sinne ein steirisches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 12.22 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Hartinger. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Hartinger (12.22 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landesrat!

Eigentlich wollte ich mich bedanken oder will ich mich bedanken, nur nicht bei dir, Herr Landesrat Dörflinger, sondern bei Herrn Landesrat Pörtl, weil er hat erkannt, was Gesundheitsprävention ist. Nicht nur für uns hier, daß er eine gesunde Jause uns bereitet hat, sondern ich habe seinen Ausführungen auch genau zugehört, was für Einflüsse die Umwelt auch für unseren Lebensstil, für unsere Gesundheit hat. Also er macht meines Erachtens mehr Gesundheitsprävention als unser Gesundheitslandesrat. Meine Damen und Herren, Sie kennen die Statistik. (Abg. Gennaro: „Gut, daß schon Fasching ist!“) Herr Kollege Gennaro, bitte paß auf deine Gesundheit auf, du hast Magenweh. Du mußt gerade Pfefferminztee trinken, soviel ich weiß. (Abg. Vollmann: „Das glaubst du selber nicht!“) Liebe Kollegen, Sie wissen alle, was für den Gesundheitszustand verantwortlich ist. 37 Prozent ist es der Lebensstil, zirka 20 Prozent die Umwelt, und deshalb ist die Umwelt ein wesentlicher Faktor für den Gesundheitszustand der Bevölkerung, und deshalb ein Danke an den Herrn Landesrat Pörtl. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber gehen wir ein bißchen in der Zeitgeschichte zurück. Nehmen wir den 2. Oktober 1979. „Kleine Zeitung“, ich zitiere, Schlagzeile: „Standardlüge, kein Bett frei.“ Wir haben leider kein Bett frei. Mit diesem Stehsatz werden tagtäglich in unseren Spitälern Kranke abgespeist, die keine akute Schmerzfälle sind, aber trotzdem ins Krankenhaus müssen. Wie falsch die Auskunft war, erfuhr ich bei den Testanrufen in den LKHs Graz, Leoben, Bruck und Feldbach. Ich bin aber 2. Klasse versichert, sagte jemand. Plötzlich war überall ein Bett frei. Meist wurde mein Gegenüber am Telefon – so schien es zumindest mir – auch im Tonfall freundlicher. Wie mag das möglich sein? In unseren Spitälern wird man mit zweierlei Maß gemessen. Zitat Ende. Was ist 20 Jahre später? Jetzt müßte die Schlagzeile lauten: Zusatzversicherte müssen ins Bett, Allgemeinklassepatienten müssen nach Hause. Zwei Klassen von Patienten gibt es noch immer. Im Krankenanstaltengesetz gilt zwar der Grundsatz, meine Damen und Herren, daß Patienten ohne Zusatzversicherung die gleiche Behandlung wie Klassepatienten bekommen müssen, aber wie sieht die Praxis aus? Sogar nach der Veränderung des Finanzierungssystems gibt es Sonderklassepatienten, die durchschnittlich zwei bis drei Tage länger im Krankenhaus liegen als die Allgemeinklassepatienten, weil nämlich – das ist ja klar – der Krankenhausträger die Sonderklassepatienten weiterhin nach Pflegetagen abgerechnet bekommt, und nicht wie die Allgemeinklassepatienten nach Leistungen und Punkten. Das heißt, daß der finanzielle Anreiz die Aufenthaltsdauer der Patienten steuert, und nicht die medizinische Notwendigkeit. Können Sie, meine Damen und Herren, gerade von der Sozialdemokratie, Herr Kollege Gennaro (Abg. Gennaro: „Hier bei der Arbeit!“), gut, Herr Kollege Flecker, jetzt ist er nicht da, das vertreten, daß wir zwei Klassen von Patienten haben, wo ihr immer so gegen die Klassengesellschaft seid. (Abg. Gennaro: „Kann ich nicht vertreten!“) Anscheinend sind sie für die Klassengesellschaft.

Gehen wir noch einmal zum 2. Oktober 1979. Ich zitiere noch ein Beispiel. Schon die ersten Krankenhaustage sind schwer. Zermürbend ist das Warten und die Information des Personals. (Abg. Gennaro: „Aus der Zeitung?“) „Kleine Zeitung“, Herr Kollege Gennaro. (Abg. Gennaro: „Ich habe geglaubt, aus dem Märchenbuch!“) Der Zeitplan der Untersuchungen ist den Patienten meist nicht bekannt, schon gar nicht das Ergebnis. Schlecht organisiert ist die Aufnahme-prozedur. Patienten gelingt es selten, mehr als eine Untersuchung am Tag durchzumachen. Was ist jetzt, wieder 20 Jahre später? Es hat sich wieder nichts verändert. Große Wartezeiten in den Ambulanzen, ich zitiere nur das LKH Graz: Hautambulanz zwei Stunden, HNO-Ambulanz ein bis zwei Stunden, Chirurgische Ambulanz vier bis sechs Stunden, Interne Ambulanz fünf bis sechs Stunden, Kinderklinik – was sicher das schlimmste ist – sechs Stunden Wartezeiten, das heißt, schlecht organisierte Aufnahmestrukturen, noch immer keine zentrale Aufnahme im LKH Graz. Und wie schaut es mit Gesprächen mit den Patienten aus? Wir reden immer davon, wir wollen mehr Menschlichkeit ins Krankenhaus bringen, aber dazu ist natürlich keine Zeit, weil nämlich, und jetzt komme ich wieder zum Finanzierungssystem, die Medizintechnik belohnt wird, das heißt, die hochtechnisierte medizini-

sche Diagnostik, und nicht das Gespräch und die Menschlichkeit, das heißt, die Technik gewinnt, und die Menschlichkeit verliert. In 20 Jahren hat sich außer baulichen Veränderungen, und Kollege Brünner hat das so schön gezeigt, man hat laufend Eröffnungen, man kann laufend Weihnachtsmann spielen, anscheinend sehr viel getan, aber strukturell nichts. Nun ist Herr Landesrat Dörflinger im Jänner Ressortverantwortlicher geworden, ein junger engagierter Landesrat, der angeblich in seiner eigenen Bilanz einiges geleistet hat. Ich darf das jetzt einmal aufzählen. Ein Punkt war die Umsetzung des LKF. Auch hier muß ich leider sagen, Herr Landesrat, es ist nicht sehr viel passiert. Es ist noch nicht sehr viel Zeit vergangen, aber es ist auch noch nicht sehr viel passiert, außer ein sehr wesentlicher Punkt, nämlich die Besetzung von zwei politischen Sekretären zu Geschäftsführern. Ich möchte betonen, ich habe jetzt nichts gegen die zwei Personen, ich schätze die beiden Geschäftsführer Mag. Hirt und Dr. Schnabel sehr, sie sind fachlich ausgezeichnet, sondern ich habe etwas gegen das Prinzip. Es ist hier wieder gelungen, zwei politische Sekretäre in Führungsfunktionen zu setzen, ohne vorher auszusprechen, ohne vorher irgendein Hearing zu machen. Und wieder schön rot und schwarz. So wie ihr das immer macht. (Abg. Gennaro: „Wenn ein ‚Blauer‘ dabei gewesen wäre, hättet ihr nichts gesagt!“) Strukturell etwas zu verändern, das ja auch auf Grund der Paragraph-15 a-Vereinbarung mit dem Bund gefordert ist, das macht ihr nicht, zum Beispiel eine Verlagerung der vielen Leistungen in den extramuralen Bereich. Es fehlt an Übergangspflegeeinrichtungen, es fehlt an der Koordination. Du hast den steirischen Entwicklungs-, Sozial- und Bedarfsplan zitiert. Hier sind die Fehlplätze genau aufgezählt. Aber du hast auf Grund von Forderungen letzte Woche bei einer Pressekonferenz, weil ich genau das gefordert habe, daß hier zuwenig passiert ist, gemeint, ich zitiere: „Es wird kein Patient krank nach Hause geschickt.“ Ich kann dir nur sagen, du bist ein Wunderwuzzi, denn es hat sich nämlich nichts verändert. Es gibt so viele Menschen, die leider Gottes krank sind, weil einfach das Heilen von Menschen nur ein Leistungsversprechen ist und weil wir Menschen leider nicht in der Lage sind, alle Patienten gesund zu machen. Vielleicht hast du das auch schon einmal verstanden, lieber Herr Landesrat. (Beifall bei der FPÖ. – Landesrat Dörflinger: „Ich kann dir nicht folgen, und das ist mein Problem!“) Aber wenden wir uns zum Budget, zum Bereich der Investitionen. Laut SPÖ-Zeitung hat sich das Spitalswesen dank deiner Person vom Buhmann zum Großinvestor gewandelt. Naja, wenn genügend Kapital zur Verfügung steht, ist es wirklich leicht, den Weihnachtsmann und Lebensretter zu spielen. Im Landtag wurde 1996 sogar ein Investitionsprogramm beschlossen, und zwar unter anderem für die Krankenhäuser Weiz und Hartberg. Nur, wie schauen die Zahlen im Budget aus? Im Budget wurden jedoch nicht die erforderlichen Gelder budgetiert. In Weiz fehlen 75 Millionen Schilling, in Hartberg 135 Millionen Schilling. Herr Landesrat, du betonst die ganze Zeit, die Bauten sind nicht gefährdet. Wie ich vielleicht nicht weiß, kannst du noch einen vergrabenen Schatz beim Herrn Landesrat Ressel irgendwo entdeckt haben, weil wie kannst du sonst sagen, daß die Bauten gesichert sind, weil das Geld ist nicht im Budget transparent drinnen. Also, wo ist der

vergrabene Schatz, oder ist vielleicht der vergrabene Schatz in der KAGES bei den Rücklagen, oder ist es nur Hinhaltetaktik, damit die Bevölkerung glaubt (Landesrat Dörflinger: „Beate, das schlimmste, was man dir unterstellen kann, ist, daß du es wirklich nicht verstehst!“), du bist dann gleich am Wort, Herr Landesrat, daß etwas passiert, daß gebaut wird und daß du etwas bewegst. (Landesrat Dörflinger: „Ich dachte immer, du willst es nicht verstehen. Ich werde dich einladen zum Scheibtruhenfahren!“) Bitte erkläre mir das.

Ein Schwerpunkt, meine Damen und Herren, im Gesundheitswesen ist die Prävention, wie wir schon gehört haben. Am 1. März 1996 habe ich eine Anfrage zum Thema „Masernimmunisierung“ gestellt. Diese Anfrage hast du ein Dreivierteljahr später wie folgt beantwortet: „Deshalb wird über meinen Antrag eine Masernimmunisierungskampagne durchgeführt. Start der Immunisierungskampagne 7. Jänner 1997.“ Herr Landesrat, ich freue mich, daß du über Parteigrenzen hinweg die Ideen anderer umsetzt. Hier hast du nämlich etwas bewegt, und hier hast du etwas verändert.

Veränderungen initiieren ist eine Aufgabe einerseits, und sich an Beschlüsse des Landtages halten ist eine andere. Wie haltest du es aber mit den Beschlüssen, denn bezüghend auf einen Landtagsbeschuß vom 22. März 1994. (Abg. Dr. Wabl: „Jetzt sind wir neugierig!“) Beschuß Nr. 508, ich zitiere, im Falle der Übernahme der KAGES-Bediensteten, die im Dienstverhältnis zum Land Steiermark stehen, werden die derzeit für die Abfertigungsrücklagen zweckgebundenen Mittel frei. Diese Mittel sind im Jahr des Freiwerdens vom Gesellschafterzuschuß des Landes abzuziehen. Meine Damen und Herren, nur zur Erklärung, das sind zirka 200 Millionen Schilling. Es scheint, als hätten du und auch Herr Landesrat Ressel vergessen, die 200 Millionen Schilling vom Gesellschafterzuschuß der KAGES in Abzug zu bringen. Vielleicht ist es ein Geschenk an die KAGES zur Rücklagenverstärkung, oder der Herr Landesrat Ressel benützt die Rücklagen der KAGES für seine Budgetkosmetik. Ich weiß es nicht, es ist jedenfalls Kosmetik. Das heißt, keine Transparenz, keine Klarheit und keine Planung. Aus diesem Grund lehnen wir das Budget ab.

Aber, Herr Landesrat, ich darf dir zum Schluß, weil Weihnachten ist, noch eine Empfehlung für das nächste Jahr mitgeben. Du kennst sicher den „Kleinen Prinzen“ von Antoine Saint-Exupéry. Ich darf zuerst das Zitat und dann das für dich umgemünzte Zitat nennen (Landesrat Dörflinger: „Ich höre so schlecht!“): Vielleicht willst du es nicht hören. (Abg. Dr. Wabl: „Was sich liebt, das neckt sich!“ – Allgemeine Heiterkeit.) Herr Kollege Wabl, es tut mir leid, ich weiß nicht, wie Sie dazu kommen. Den Gefallen kann ich dem Herrn Landesrat nicht machen. Eine Haßliebe ist das eher.

Im „Kleinen Prinzen“ steht ein Zitat: Wenn du ein Schiff bauen willst, so trommle nicht die Menschen zusammen, die Holz beschaffen, Werkzeuge vorbereiten, Aufgaben vergeben und Arbeit einteilen, sondern lehre die Menschen die Sehnsucht nach der großen weiten Welt. Der Spruch für dich lautet jetzt: Wenn du Landeshauptmann werden willst, so trommle nicht die Menschen zusammen und sage, daß wir uns gewisse

medizinische Leistungen nicht mehr leisten können, sondern mache das, was unpopulär ist, aber notwendig ist, populär. (Beifall bei der FPÖ.)

Zum Schluß darf ich noch einen Beschlußantrag einbringen. Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Hartinger, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko und Dietrich, betreffend Kürzung des Gesellschafterzuschusses – KAGES. Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu setzen, wodurch der vom Land zu entrichtende Gesellschafterzuschuß an die KAGES um genau jenen Betrag gekürzt wird, den sich die KAGES an Abfertigungsrücklagen nunmehr durch die Rückführung der Bediensteten zum Land erspart. (Beifall bei der FPÖ. – 12.36 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster Hauptredner zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Erlitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Erlitz (12.36 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich glaube, so ein Budgetlandtag bietet eine gute Möglichkeit, nicht nur in die Zukunft zu blicken, sondern ich glaube, eine gute, eine willkommene Möglichkeit auch auf erbrachte Leistungen hinzuweisen. Ich glaube, man sollte nicht nur über Defizite und Probleme hier sprechen, das würde einen falschen Eindruck auf draußen machen. Ich glaube, es ist auch unsere Aufgabe, auch Positives herauszustreichen und es entsprechend hier zu erwähnen. Allein die Budgetentwicklung der letzten zwölf Jahre weist in diesem Bereich eine enorme Steigerung auf. Von 4,9 Milliarden auf etwa 10 Milliarden hat sich das Gesundheitsbudget verdoppelt. Das sind etwa 25 Prozent des ordentlichen Haushaltes. Der Landeszuschuß an die Spitäler hat sich von einer Milliarde auf 3 Milliarden verdreifacht. Bis zum Jahre 2000 werden im Spitalbereich rund 6,4 Milliarden Schilling verbaut, nur 1,8 Milliarden davon sind Landeszuschüsse. Jährlich werden im Bereich der Spitäler 1,6 Milliarden investiert, davon allein 750 Millionen für das LKH 2000, und das bedeutet, daß die steirischen Spitäler auch als Motor der heimischen Wirtschaft fungieren und damit Arbeit für unser Land schaffen. (Beifall bei der SPÖ.) 80 Prozent der Wertschöpfung bleiben in der Steiermark, oder anders gesagt, 700 Millionen Schilling werden jährlich für Arbeit bezahlt, 1200 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft und im Baunebengewerbe damit gesichert. Ich glaube, auch das muß einmal gesagt werden, die Spitäler als enormer Wirtschaftsfaktor. Obwohl Landesrat Dörflinger, wie Sie wissen, aber manche geflissentlich oft und gerne verschweigen, nicht nur auf die 10prozentige jährliche Steigerungsrate bei den Spitälern verzichten mußte oder zumindest auf die 5,8 Prozent, die vom Rationalisierungs-Ausschuß beschlossen wurde, verzichten mußte, sondern sogar eine 10prozentige Budgetreduktion und noch diverse Deckungen zur Kenntnis nehmen mußte (in Summe sind es bis zum Jahr 2000 nahezu 2,5 Milliarden Schilling, die die Spitäler weniger bekommen), ist es ihm in bravouröser Manier gelungen, das oberste Gebot in diesem Bereich, nämlich die medizinische Versorgung der Menschen in diesem Land sicherzustellen. Das muß, glaube ich, hier

entsprechend erwähnt werden. (Beifall bei der SPÖ.) Und darüber hinaus nicht nur die medizinische Versorgung sicherzustellen, sondern darüber hinaus auch noch eine Standortgarantie der heimischen Spitäler im steirischen Krankenanstaltenplan beziehungsweise im ÖKAP festzuschreiben und darüber hinaus noch das Sonderinvestitionsprogramm für die Spitäler in Kapfenberg, in Hartberg und in Weiz – auch Weiz, Kollegin Hartinger, auch das Spital ist finanziell abgesichert, entgegen deinen Verunsicherungskampagnen –, und auch dieses Sonderinvestitionsprogramm rundet diesen Bereich entsprechend ab. Und ich glaube, das größte Verdienst von Landesrat Dörflinger ist doch, daß es ihm gelungen ist, den gesamten Gesundheits- und Spitalbereich aus dem politischen Hickhack, aus dem politischen Tagesstreit herauszuhalten und herauszubringen unter dem Motto „Kooperation statt Konfrontation“ – eine Politik im Sinne der Menschen und für die Menschen. (Beifall bei der SPÖ.) Natürlich im Zusammenwirken, natürlich nicht allein ist ihm das gelungen, im Zusammenwirken mit allen hier im Landtag vertretenen Parteien, auch wenn die Kollegin Hartinger hier immer wieder versucht, durch diverse Rundumschläge bei ihren Pressekonferenzen zu reüssieren. Dabei passieren ihr meistens – ich würde meinen – eher peinliche Ausrutscher, die ich oft nicht verstehe auf Grund ihrer sicher fachlichen Voraussetzung und fachlichen Kompetenz, die sie hat. Aber sie läßt sich doch immer wieder vor den populistischen Karren ihrer Partei spannen auf Kosten ihrer Seriosität und Glaubwürdigkeit. (Abg. Dr. Flecker: „Sag was Liebes auch!“) Es ist sehr widersprüchlich, gerade bei der letzten Pressekonferenz hat sie beklagt die fehlenden Pflegeeinrichtungen und Strukturen im extramuralen Bereich einerseits, und auf der anderen Seite blockiert sie und ihre Partei die Umsetzung des längst fälligen und vorliegenden Konzeptes für die murale und extramurale psychiatrische Versorgung der Steiermark. Hier gibt es Verzögerungen, die nicht einzusehen sind. Nach x Terminverschiebungen wird es erst am 16. Dezember die erste Unterausschußsitzung geben. Und ich persönlich habe das Gefühl, ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß hier wirklich Parteipolitik auf Kosten, auf dem Rücken der Ärmsten gemacht wird, auf Kosten der psychisch Kranken.

Meine Damen und Herren, zu den Privatspitalern. Kollege Bacher hat hier einen Antrag eingebracht. Grundsätzlich kann dazu gesagt werden, daß jene konfessionellen Krankenhäuser ohne Öffentlichkeitsrecht sowohl im österreichischen als auch im steirischen Krankenanstaltenplan einmal enthalten sind. Sie erfüllen somit ihren Anteil am gesamtsteirischen Versorgungsauftrag. Und aus diesem Grund hat auch Landesrat Dörflinger einen Landeszuschuß zum Betriebsabgang dieser Ordensspitäler im Landesbudget einmal fix verankert in der Höhe von 18 Millionen Schilling. Trotzdem, meine Damen und Herren, muß natürlich einmal verhandelt werden mit den Ordensspitalern, denn die müssen auch gewisse Bedingungen erfüllen, nämlich jene Bedingungen, die auch die landschaftlichen Spitäler erfüllen müssen. Das heißt, es müssen die Leistungsangebote mit der KAGES abgestimmt werden, so wie es mit Kapfenberg und mit dem Spital Weiz geschehen ist. Man kann sich ja nicht nur die Zuckerln, die Rosinen herausholen,

sondern es müssen auch entsprechende strukturelle Veränderungen und Korrekturen so wie in den Landesspitälern auch in diesen privaten Häusern durchgeführt werden, dann kann man sicherlich über diese Abgangschädigung reden. Auch wird eine Kontrolle dieser Ordensspitäler durch den Landesrechnungshof wohl vorzusehen sein.

Meine Damen und Herren, es ist hier schon angesprochen worden, natürlich wird eine Vielzahl von Maßnahmen im Zuge des LKF-Modells notwendig sein, um die medizinische Versorgung qualitativ – sage ich jetzt einmal – sicherzustellen und vielleicht auch mit weniger Geld auszukommen. Die Zauberformel dazu heißt jetzt Strukturreform, was man darunter auch immer verstehen mag. Jedenfalls sind im kommenden Jahr 160 Millionen Schilling im SKAFF vorgesehen. Und hier sind in nächster Zeit sicher Überlegungen anzustellen, wie man den extramuralen Bereich – ein völlig neuer Aufgabenbereich – neu gestalten wird müssen. Ich zitiere hier aus einer Ärztezeitschrift: „Wenn keine Milch mehr im Kühlschrank steht und die Wohnung nach Aufräumen schreit, während der frisch aus dem Spital Entlassene sich selbst noch schwer bewegen kann, dann vergeht ihm schon bald der Mut.“ Und nicht selten sei so eine Situation Grund für eine Wiederaufnahme im Spital. Das heißt, der Griff zum Telefon, die Schilderung akuter Beschwerden löst den Alleingelassenen meist aus dieser tristen Situation. Das heißt, der Patient wird damit zum „Drehtürpatienten“. Er wird aus dem Spital vorzeitig entlassen, früher entlassen als vielleicht notwendig, und kommt sehr bald wieder auf der anderen Seite bei der Tür in das Krankenhaus zurück. Das heißt, diese Bruchstelle „Spitalsentlassung“, die, wie gesagt, jetzt eben früher erfolgt als in der Zeit des alten Abrechnungsmodus, diese Bruchstelle muß sicherlich entschärft werden. Das heißt, die Krankenanstalten werden – glaube ich – künftig klären müssen, welche Hilfe ein Patient nach seiner Entlassung brauchen wird, ein einheitlicher Pflegebericht, der dem Entlassenen sofort mitgegeben wird, könnte festhalten, welche Rehabangebote es geben sollte und was auch zu Hause vorbereitet werden muß. In dieses System einbezogen muß natürlich auch der Bereich der niedergelassenen Ärzte sein. Ebenso einzubringen ist natürlich das gesamte Pflegepersonal, das jetzt nach dem neuen Gesundheits- und Krankenpflegegesetz ausgebildet wird und ausgebildet ist. Hier hat sich auch ein komplett neues Berufsbild ergeben mit diesem neuen Gesundheits- und Krankenpflegegesetz. Das heißt, im Mittelpunkt dieser Ausbildung steht nicht nur mehr die Krankenpflege, sondern eben auch gesundheitsfördernde und präventive Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit oder Verhütung von Krankheiten. Das heißt, dieses neu ausgebildete Pflegepersonal hat eine enorme Aufwertung in ihrem Einsatz- und Kompetenzbereich bekommen und könnte genau jenen Raum im extramuralen Bereich füllen, der eben zur Zeit noch ungenügend strukturiert ist. Gesundheitspolitik, meine Damen und Herren, und auch das wurde bereits angesprochen, darf sich nicht nur mit der Behebung bereits entstandener Schäden begnügen, sondern muß vorbeugend ausgerichtet sein. Das Ziel muß sein, Krankheiten nicht nur frühzeitig zu erkennen, sondern überhaupt – nach Möglichkeit – zu verhindern, nach dem Motto: Nicht nur

dem Leben mehr Jahre, sondern auch den Jahren mehr Leben geben. Und darum geht es eigentlich bei allen präventiven Maßnahmen, es geht um eine bessere Lebensqualität. Wenn man mit finanziellen Einsparungen durch diese präventiven Maßnahmen vielleicht rechnen darf, so wird man sich aber übertriebene Einsparungspotentiale eher nicht erwarten dürfen. Grundsätzlich muß festgehalten werden, daß sich kein Land der Welt länger leisten können wird, immer mehr in die Reparatur-Medizin zu investieren, um so die Gesundheit der Menschen zu verbessern. Jeder neu investierte Schilling in die kurative Medizin bringt nur mehr einen begrenzten Zuwachs an Gesundheit. In der Steiermark gibt es eine Vielzahl von sinnvollen und ausgezeichneten Gesundheitsprojekten, die von der Fachabteilung für Gesundheitswesen koordiniert und auf Effizienz überprüft werden. Ich zähle hier nur ein paar wenige auf: Kinderunfallverhütung, über Suchtarbeit bis hin zur Psychiatriereform, die hoffentlich auch bald hier im Landtag beschlossen werden wird, über den Frauengesundheitsbericht, über die Durchführung der Aktion „Snow-Bobby“, die jetzt wieder große Aktualität erlangt, über die Reorganisation der Fachabteilung für das Gesundheitswesen bis hin zu den Impfkampagnen, oder von der Brustkrebsvorsorge über Förderungen von AMS-Programmen bis hin zu Mutter-Kind-Paß-Maßnahmen, zu dem berühmten Recallsystem, wo Mütter angerufen werden, sich bis zu viermal im Jahr der medizinischen Untersuchung zu stellen. Sie sehen, es gibt hier enorme Gesundheitsprojekte im präventiven Bereich. Natürlich, und Prof. Brunner hat das angesprochen, könnte es mehr Geld geben, und natürlich gibt das Verhältnis zwischen kurativer und Vorsorgemedizin noch nicht Anlaß, euphorisch zu sein. Es ist Landesrat Dörflinger immerhin gelungen, einerseits den 10prozentigen Sparauftrag nicht auch auf die Gesundheitsvorsorge zu übertragen, ihn herausen zu lassen, und es ist ihm auch gelungen, das Budget in diesem präventiven Bereich von 34 auf 37 Millionen Schilling zu erhöhen. Das heißt, er legt größten Wert auf Prävention, und das muß hier in aller Form bedankt werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Auch im Jugendbereich wurden Umschichtungen vorgenommen, so daß vier Millionen Schilling für Drogenprävention zusätzlich zur Verfügung stehen. Abschließend darf ich festhalten: Wenn wir alle diese auf uns zukommenden Aufgaben und Probleme im Sinne der Menschen lösen wollen, die diese Einrichtungen zur Erhaltung oder Wiedererlangung ihrer Gesundheit unbedingt benötigen, dann ist es notwendig, auch weiterhin politisch, Frau Kollegin Hartinger, an einem Strang zu ziehen und im Geiste der Kooperation weiterzuarbeiten. Und dazu lade ich dich herzlichst ein. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 12.51 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Damit ist die Liste der Hauptredner beinahe erfüllt. Als Letzter am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (12.51 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als Letzter der Hauptredner zum Thema „Gesundheit“ möchte ich der Bedeutung dieses Themas gerecht werden, indem ich zwischen der euphorischen

Aufzählung von großartigen Leistungen und den kritischen Anmerkungen, garniert mit liebenswürdigen Wünschen für die Zukunft, versuche, einen Mittelweg zu gehen und dabei zu vermeiden, daß hier schwarzweiß gemalt wird, weil gerade das Thema „Gesundheit“ sich dazu überhaupt nicht eignet. Ich glaube, aus allen Wortmeldungen ist zum Ausdruck gekommen, daß das Thema „Gesundheit“ in seiner ganzheitlichen Betrachtung und in seiner Vielfältigkeit in 15 Minuten überhaupt nicht ausreichend abgehandelt werden kann, weil so viele Facetten eine Rolle spielen. Aber nach dem Motto „Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts“ möchte ich versuchen, einige Schwerpunkte hier anzubringen. Kollege Bacher, du hast mir aus der Seele gesprochen, indem du ein wahrlich düsteres Kapitel unseres Gesundheitswesens hervorgestrichen hast, das symptomatisch ist, und das ist die Betreuung von Sterbenden. Wenn man feststellen muß, daß diese Betreuung letzten Endes dem Pflegepersonal hauptsächlich überlassen wird, dann hängt das damit zusammen, daß wahrscheinlich unsere Ärzte bei ihrer Ausbildung auf alles Mögliche vorbereitet werden, aber am wenigstens darauf, wie sie mit dem Zustand des Sterbens bei Menschen umgehen, und am wenigstens darauf, meine Damen und Herren, wie sie überhaupt die menschliche Seite der medizinischen Behandlung in den Vordergrund stellen. Was hilft uns die ganze Verbesserung in der apparativen Medizin, in der Hochtechnikmedizin, wenn das Gespräch zu kurz kommt. Da bin ich ganz bei dir, Kollege Bacher, wenn du sagst, du bist für die bestehenden Strukturen von Spitälern, weil auch ich glaube, wenn überhaupt eine Chance besteht, daß ein menschlicher persönlicher Kontakt zwischen Ärzten, Personal und Patienten da ist, dann nur in überschaubaren Einheiten, in überschaubaren Größen von Krankenanstalten. Daher bin ich ein glühender Verfechter davon, daß wir diese Krankenanstaltenbetreuung so dezentral wie möglich machen. Es gibt dieses traditionelle Bild der Visite, meine Damen und Herren, wo der Primararzt vorausgeht und hinten nach eine Kette von Assistenten und Pflegepersonal, wo sehr oft oder nicht selten der Primararzt die einzelnen Fälle oder Schicksale gar nicht kennt und dann sehr oft mit lateinischen Fremdwörtern um sich wirft, so daß der Patient das Gefühl hat, daß er nur mehr Bahnhof versteht, so haben wir hier ein Defizit festzustellen, das bewältigt gehört. Ich möchte bei dir, Kollegin Hartinger, anschließen. Du hast recht, wenn du insoweit auch von der Klassenmedizin sprichst, daß es nicht selten vorkommt, daß manche Primärärzte nur die sogenannten Klassepatienten behandeln, und daß manche, die keine Zusatzkrankenkasse haben, den Primararzt, den sie sehr oft als Gott im weißen Mantel verehren und gerne mit ihm reden würden, oft wochenlang gar nicht sehen. Ich habe Herrn Landesrat Dörflinger schon sehr oft auf konkrete Beispiele aufmerksam gemacht. Ich wünsche mir, daß in den steirischen Spitälern der Gesetzesauftrag, daß keine Unterschiede gemacht werden dürfen, tatsächlich eingehalten wird. Leider Gottes ist dies sehr oft nicht der Fall. Wenn man weiß, daß ein entsprechendes Gespräch, ein warmes menschliches Gespräch, wo man auf den Patienten eingeht, mehr bedeutet oder mehr mit sich bringt oder mehr Heilung bewirkt als viele Medikamente, dann muß ich sagen, hier ist es not-

wendig, gedankliche und gesundheitspolitische Ansätze neu zu überdenken. Wir wissen, und deswegen tut es mir leid, Herr Landesrat Dörflinger, und ich will nicht in diese Kritik einstimmen, daß fast jede Woche irgendwo eine Eröffnung stattfindet. Ich halte, und das sage ich hier sehr deutlich, das für einen Fortschritt und auch für notwendig. Ich glaube, ob das jetzt in Fürstenfeld, Rottenmann, Graz oder wo auch immer ist, daß eine optimale Versorgung im Krankenhausbereich wichtig ist, obwohl natürlich der Krankenhausbereich im ganzen Gesundheitsspektrum nur ungefähr 10 Prozent bedeutet. Aber trotzdem, man sollte das eine gegen das andere nicht ausspielen, und man sollte das ganzheitlich sehen. Wichtig ist mir aber auch die Betonung der vorbeugenden Medizin, der Vorsorgemedizin. Und eines, lieber Günter, entschuldige, daß ich dich hier so anspreche, kann ich dir nicht ersparen als Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Ich halte es für den großen Rückschritt und den größten Skandal in diesem Bereich der letzten Jahre, daß man den Mutter-Kind-Paß, daß man hier die Geburtenbeihilfe von 15.000 Schilling gestrichen hat. Wen trifft es denn letzten Endes? Es trifft die sozial Schwächeren, deren Gesundheitsbewußtsein ohnedies nicht so ausgeprägt ist, wie bei jenen, die Besserverdiener sind. Und daher halte ich diese Lösung mit 2000 Schilling für einen Tropfen auf dem heißen Stein. Und ich würde mir wünschen, ich weiß schon, daß dann das Argument kommt, wir in der Steiermark haben nicht die entsprechenden finanziellen Mittel, aber ich würde mir wünschen, und wer die Zahlen sich anschaut, wie weit die Betreuung der Neugeborenen zurückgegangen ist durch die Auflassung, durch die Streichung dieser Geburtenbeihilfe, der müßte sagen, wir müssen alle gemeinsam nachdenken und Anstrengungen unternehmen, daß wir hier diesen Verlust, daß wir hier dieses Streichen der Geburtenbeihilfe wieder wettmachen. Ich könnte mir vorstellen, daß Millionen, die dort eingesetzt sind, daß die zehnmal wirksamer sind oder 20mal wirksamer als vielleicht noch ein Zubau dort oder ein anderen Zubau da, ohne daß ich das eine gegen das andere aufheben will. Ich glaube, daß du hier auch auf dieser Linie bist. Heuer können wir nichts ändern beim Budget, aber vielleicht können wir im nächsten Jahr eine steirische Lösung, ein steirisches Modell entwickeln, daß wir diesen Fortschritt, den wir in Österreich auf Grund des Mutter-Kind-Passes erzielt haben, daß wir den nicht in Frage stellen. Ich würde mir wünschen, daß uns das gelingt.

Ein zweites, was mir noch am Herzen liegt, ein Beispiel aus unserer akuten Situation in den Krankenanstalten. Es ist einmal die Diskussion gewesen, wieviel soll ein Arzt verdienen? Wenn man sich anschaut, was ein Arzt für einen Hausbesuch bekommt, wo es oft auch um Leben und Tod gehen kann, dann ist es sicherlich wenig im Vergleich zu vielen anderen Handlungen, die weit nicht so wichtig sind, die aber viel besser bezahlt sind. Trotzdem, lieber Herr Landesrat Dörflinger, ich habe noch in Erinnerung, daß du mit dem Kollegen Gennaro, ich glaube, es ist schon vier Jahre her, mit großer Begeisterung, mit großem Reformeifer und mit großem auch klassenkämpferischem Eifer, der ja heute verpönt ist, in Richtung mehr Einkommensgerechtigkeit, daß ihr einen Antrag eingebracht habt, ich weiß nicht, wo der heute liegt, daß die Sondergebühren auch in der Steiermark neu über-

dacht werden sollen, weil wir einfach nicht zur Kenntnis nehmen, ich nehme es nicht zur Kenntnis, daß wir in der Steiermark zwar eine vernünftige und verfassungsrechtlich unbedenkliche Lösung haben, daß wir aber dennoch – wie aus dem letzten Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes hervorgeht – an der Spitze, Tirol lasse ich jetzt beiseite, weil die haben ein eigenes System, und die sind ja katastrophal davongeeilt, aber daß wir in der Steiermark Primärärzte haben, die im Jahr sage und schreibe 8 Millionen Schilling verdienen (Landesrat Dörflinger: „8,8!“), 8,8 Millionen. Das ist Spitzenleistung (Landesrat Dörflinger: „In Österreich?“) in Österreich. Und ich bitte dich und ersuche dich, ich bin nur Mitglied einer kleinen Fraktion, aber ich glaube, ich spreche im Namen aller, es geht nicht an, auch wenn diese Leistung noch so hervorragend ist, daß ein Primärarzt am Tag 26.000 Schilling verdient. Das ist eine Provokation für alle Steirerinnen und Steirer in diesem Land, die hier monatlang eine entsprechende Leistung erbringen und mit 4000, 5000, 6000 und 7000 Schilling in der Textilbranche nach Hause gehen, und hier wird am Tag 26.000 Schilling verdient. Das geht nicht. Das schadet dem Gesundheitswesen, das schadet dem Image, und das schadet dem ganzen Berufsstand der Ärzte. Ich fordere dich daher auf – du hast mir erzählt, es gibt Verhandlungen zwischen KAGESpitze und den Ärzten, ich kenne diese Verhandlungen, die dauern unendlich lange, meistens bis zum St.-Nimmerleins-Tag –, ich fordere dich auf, endlich hier diese Sondergebührenverteilung einer Lösung zuzuführen. Und vor allem wünsche ich mir eines, daß vom Primärarzt bis zum Pflegepersonal jeder seinen gerechten Anteil oder jede ihren gerechten Anteil bekommt. Nur das ist sinnvoll, weil jede ihren Beitrag leistet, daß der Patient möglichst gesund wieder nach Hause kommt.

Zwei Punkte noch, die ich sehr positiv anmerken möchte, oder zumindest einen. Ich bin sehr froh darüber, daß wir nächstes Jahr im März eine Enquete durchführen werden, wo homöopathische Praxis oder homöopathische Gesundheitsüberlegungen gegenübergestellt werden oder gemeinsam behandelt werden mit der klassischen Medizin, wo wir den Versuch unternehmen werden, die Vorteile der Homöopathie mit den Vorteilen der klassischen Medizin zu verbinden. Ich glaube, daß eine solche Kombination wahrlich uns weiterbringen könnte, als man auf der einen Seite die Homöopathie mit all ihren Vorteilen, auf der anderen Seite die Fortschritte der klassischen Medizin verbinden könnte, und vor allem, daß wir auch die Krankenkassen, Kollege Gennaro, in der Steiermark dazu bringen, daß sie diese Chancen, die sich hier ergeben, entsprechend von der Versicherungsseite hier absichern. Vielleicht gelingt es uns, daß die Steiermark hier Vorreiter wird und daß damit alle Überlegungen – es sollte nicht so sein, daß man sagt, Homöopathie, das ist für ein paar so Leute, die einfach nichts zu tun haben wollen mit der klassischen Medizin, die mehr oder weniger Traumdeuter sind, also ich persönlich bin überzeugt davon, daß dort sehr viele Chancen liegen und daß man das vielleicht optimal nutzen könnte.

Und ein Letztes: Ich habe gemeinsam mit meinen Freunden von den Liberalen und mit der Edith Zitz im Sommer einen Antrag eingebracht in Richtung besse-

rer Absicherung von Kunstfehlern. Da ist ja in der Steiermark einiges geschehen, aber noch immer zu wenig. Und was ich vor allem vermeiden möchte, ich habe auch noch, das gebe ich zu, nicht den optimalen Ausweg gefunden und auch noch nicht die optimale Lösung. Aber ich wehre mich dagegen, daß so etwas passiert, wie wir erlebt haben. Daß ein Kind bei der Geburt durch Sauerstoffmangel für sein Leben lang behindert sein wird, daß hier entsprechende Ansprüche entstehen und daß ein Prozeß geführt wird, wo es hauptsächlich zwei Sieger gibt, das sind die Vertreter des Landes Steiermark und die Vertreter des behinderten Kindes und deren Eltern. Wir sollten versuchen einen Weg zu finden, daß möglichst rasch effektiv den bedauernswerten Opfern von Kunstfehlern geholfen wird. Ich weiß als Jurist, daß das nicht so einfach ist. Aber ich bitte wirklich darum. Der Antrag liegt jetzt schon ein Dreivierteljahr bei der Landesregierung, wie es ja üblich ist bei uns, daß solche Anträge zugewiesen werden. Aber ich ersuche die entsprechende Abteilung, ich habe auch mit dem Dr. Müller schon gesprochen, ich glaube, und mir tut es ein bißchen weh, einmal bin ich eingeladen worden zu einer Aussprache, und seitdem habe ich keine Gelegenheit mehr gehabt, hier eine entsprechende Meinung zu äußern. Mir ist es ein Anliegen, mir ist es ein Dorn im Auge, daß wir hier nicht entsprechend weiterkommen. In dem Sinne möchte ich auch noch zum Schluß sagen, daß ich insgesamt – und das hat vor kurzem der Kollege Foggenhuber gesagt, daß der in Brüssel in einem Spital behandelt worden ist, wo es darum geht, nur nach kapitalistischen, privatwirtschaftlichen Grundsätzen auch die medizinische Betreuung zu sehen. Daß er niemandem wünscht, daß er in Brüssel in ein Krankenhaus kommt, daß wir eigentlich froh sein könnten, daß wir in Österreich derartige positive Zustände in den Krankenhäusern haben, obwohl ich der Meinung bin, daß bei uns die Bemühungen in Richtung Vorbeugung, Gesundheitsvorsorge, daß die leider Gottes vor allem auch in der Öffentlichkeit manchmal zu kurz kommen. Aber insgesamt stehe ich zu dem Konzept, und ich würde mir auch wünschen – und das zum Schluß –, Herr Landesrat Dörflinger, daß das, was du vorhast, daß die Gebärstation zum Beispiel in Fürstenfeld, wenn das Krankenhaus Hartberg aufgemacht wird, geschlossen wird, daß dieser Schritt nicht vollzogen wird, weil ich einfach meine, daß gerade in diesem Bereich, was Geburtenstationen anlangt, was gynäkologische Abteilungen anlangt, die psychische Situation der werdenden Mütter besonders in den Vordergrund zu stellen ist. Und ich stelle schon fest, daß in solchen großen Gebärstationen, wiewohl die medizinische Betreuung dort sehr oft hervorragend ist, daß oft das Gefühl, entsprechend angenommen zu werden, entsprechend betreut zu werden, verbunden mit einem persönlichen Naheverhältnis, etwas reduziert ist. Daher würde ich mir wünschen, daß dieser Schritt verhindert werden kann. Es gehen ungefähr 15.000 Unterschriften in diese Richtung. In dem Sinne wünsche ich mir, daß die Gesundheitspolitik wirklich zum Wohle der Steirerinnen und Steirer aus dem Parteienstreit entsprechend herausgehalten wird. Danke schön. (Beifall bei den Grünen, der SPÖ und FPÖ. – 13.07 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Riebenbauer (13.07 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn wir schon bei den alten Weisheiten sind, so möchte ich auch einen Spruch sagen: „Vorbeugen ist besser als heulen.“ Meine Damen und Herren! Gesunde Qualitätsnahrungsmittel sind die beste Gesundheitsvorsorge. Hier leisten aus meiner Überzeugung heraus unsere Bauern und Bäuerinnen in der Steiermark einen wesentlichen Beitrag zur Volksgesundheit. Die Äpfel, die heute aufliegen, schmecken alle sehr gut und sind der beste Beweis dafür. Ich möchte aber ganz kurz auf die positiven Auswirkungen der Arbeit unserer Fachabteilung für das Veterinärwesen in der Steiermark hinweisen. Tierschutz und Tiergesundheit sind Themen, die uns alle sehr interessieren und worauf wir alle sehr sensibel reagieren. Deshalb hat die Kontrollfunktion unserer Fachabteilung eine besondere Bedeutung in der Steiermark. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Tiertransporte, wie sie immer wieder als abschreckendes Beispiel gezeigt werden, werden in dieser Form in der Steiermark nicht durchgeführt und werden auch nicht durch die Steiermark geführt. Das möchte ich klar und deutlich feststellen. (Beifall bei der ÖVP.) Es ist den steirischen Bauern gegenüber unfair, wenn man versucht, mit solch grausamen Berichten über Tiertransporte, die auch wir verurteilen, die bei uns aber nicht stattfinden, unsere Konsumenten zu verunsichern und vom Fleischessen abzuhalten. Der Leidtragende dabei ist der bäuerliche Betrieb. Meine geschätzten Damen und Herren! Wenn Sie Fleisch beim Nahversorger kaufen, verhindern Sie jeden weiten und qualvollen Tiertransport. Das ist eine meiner Botschaften. Die Tiertransporte in der Steiermark werden regelmäßig von Amtstierärzten, Landesbezirkstierärzten und natürlich mit Unterstützung der Gendarmerie überprüft. Im Jahre 1996 wurden in der Steiermark 1389 Fahrzeuge kontrolliert. Es hat 32 Beanstandungen gegeben, und neun Strafverfahren wurden eingeleitet. In den meisten Fällen handelte es sich um kleine Vergehen, die nach Ermahnungen sofort beseitigt wurden. Ein wesentlicher Beitrag für unsere Gesundheit ist vor allen Dingen die Schlachtier- und Fleischuntersuchung. Diese haben folgende Zielrichtungen: Schutz der Menschen vor Schäden, insbesondere Krankheiten, Schutz der Tierbestände vor Seuchen und vor allem Schutz, daß kein wertgemindertes Fleisch zum Konsumenten kommt. Wir wissen genau, der Imageverlust ist sofort enorm. Die Fachabteilung für das Veterinärwesen und unsere Tierärzte betreuen und kontrollieren natürlich auch unsere Direktvermarkter. Tiere, die vom Direktvermarkter geschlachtet werden, werden lebend und tot beschaut. Gleichzeitig werden Informationen über die Hygienevorschriften weitergegeben und natürlich auch am Bauernhof, nicht zur Freude aller, diese Vorschriften kontrolliert. Ich danke der Fachabteilung für das Veterinärwesen, an der Spitze Hofrat Koefer, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und allen Tierärzten in der Steiermark, die dafür Sorge tragen, daß wir gesunde Lebensmittel haben. Ihre Arbeit kommt den Konsumenten, den

Konsumentinnen und in weiterer Folge selbstverständlich auch unseren Bauern zugute. Meine geschätzten Damen und Herren! Sie können überzeugt sein, daß unser steirisches Fleisch gesund ist und europaweit Spitzenqualität hat. Lassen Sie es sich auch in Zukunft weiterhin gut schmecken. Mahlzeit. (Beifall bei der ÖVP. – 13.11 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag. Bleckmann das Wort.

Abg. Mag. Bleckmann (13.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Zum ersten Bereich, der mir wichtig ist, denn es geht hier um das Budget. Herr Landesrat, wie die Kollegin Hartinger gesagt hat, würde sie gerne wissen, wo das Geld für Weiz ist, du verstehst das nicht. Ich finde diese Antwort oder diesen Zwischenruf vom Landesrat als eine Impertinenz. Denn wir haben immer wieder nachgefragt, wo das Geld ist, wo die 105 Millionen Schilling sind, um mit dem Bau des Krankenhauses Weiz beginnen zu können. Und was kommt von Ihnen? Die einzige Antwort, die wir immer wieder hören, es ist eh alles gesichert. Nur wenn alles gesichert ist, dann muß das auch im Budget drinnenstehen. Wenn wir uns heute hier schon den ganzen Tag mit dem Budget beschäftigen, dann würde ich schon sehr bitten, daß die richtigen Zahlen im Budget drinnenstehen. (Beifall bei der FPÖ.) Denn einfach zu sagen, es ist eh alles gesichert, und es wird eh alles passieren, das ist halt etwas zu ungenau. Das sind aber die Versprechungen, die bei der Bevölkerung gemacht werden. „Liebe Bevölkerung, wir machen eh alles, und es ist eh alles gesichert. Macht euch keine Sorgen“. Dann brauchen wir überhaupt kein Budget mehr, können uns diese Wünsche ans Christkind sowieso alle ersparen und können hier schlicht und einfach irgend welche Summen hineinschreiben und brauchen wir uns hier auch keine Gedanken darüber machen. Ich verstehe es schlicht und einfach nicht, daß nicht die richtigen Zahlen budgetiert werden. Das kann es ja wohl bitte nicht sein. Hier wird Budgetkosmetik betrieben, hier werden falsche Zahlen hineingeschrieben, und auf Nachfrage heißt es nur, ihr macht hier Polemik. Da frage ich schon, wer betreibt hier Populismus, wenn nicht die, die zwar sagen, daß alles gesichert ist, es aber nicht ins Budget hineinschreiben. (Beifall bei der FPÖ.) Ich frage ganz konkret, wann wird mit dem Bau des Landeskrankenhauses Weiz begonnen? (Landesrat Dörflinger: „Fragen Sie den Schmid!“) Er kann ja nicht beginnen, wenn das Geld nicht drinnensteht. Da brauche ich den Landesrat Schmid gar nicht fragen, denn wenn das Geld nicht budgetiert ist, kann mit dem Bau auch nicht begonnen werden. Gibt es eine Verzögerung, wann ist die Fertigstellung des Krankenhauses geplant? (Abg. Ing. Peinhaupt: „Bezahlt!“) Richtig, wann soll es denn bezahlt werden? Sich hier einfach hinauszureden und zu sagen, wir haben alles gesichert, und es ist eh alles bestens, das verstehe ich schlicht und einfach nicht. Dann auch noch einer Abgeordneten zu sagen, liebe Abgeordnete, du verstehst das nicht, das ist impertinent. Das ist keine Art und Weise, wie hier mit Abgeordneten umgegangen wird. (Beifall bei der FPÖ.) Wir werden halt weiterhin nicht ruhen und es

immer wieder aufzeigen, da wir nicht die richtigen Zahlen im Budget haben. Das zum einen Bereich. Der andere Bereich, der sich auch mit dem Budget beschäftigt, ist der Antrag von der ÖVP bezüglich des Hospizvereines. Rein prinzipiell verstehe ich es nicht, wenn so etwas von der ÖVP als wichtig betrachtet wird, daß man hier nicht schaut, daß es dann auch ins Budget hineinkommt. Und wir verstehen es auch nicht, daß dann, wenn ein Budget von Ihnen beschlossen wird, Sie sagen, ja, das Budget beschließen wir, „wurscht“, wie es ist, aber das und das und das wollen wir noch darüber hinaus im Budget haben. Dies ist mir unverständlich. Denn wenn Sie es wirklich wollen, dann muß ich halt mein Herzblut hineinhängen und das dann auch in die Budgetverhandlungen einbringen: Da habe ich den Landesrat dazu befragt, ob das gemacht wird. Es wird einiges gemacht, und es passiert auch einiges. Mir selber ist dieser Bereich sehr wichtig. Wir haben im Finanz-Ausschuß dem nicht zugestimmt (Abg. Pußwald: „Schade!“), weil ich einfach die Art und Weise, wie hier vorgegangen wird, nicht verstehe. (Abg. Pußwald: „Schade!“) Nicht schade, machen Sie sich keine Sorgen. Wir werden trotzdem, auch wenn wir die Vorgangsweise nicht verstehen, dem Hospizantrag zustimmen. Ich glaube, jeder, der einmal einen Verwandten im Krankenhaus hat sterben gesehen, weiß, wie wichtig diese Hospizsache für uns alle ist, vor allem für die Angehörigen, daß es hier einfach notwendig ist, daß diese aufgewertet werden, und daß sie hier eine Möglichkeit haben, eine finanzielle Unterstützung zu bekommen. Deshalb werden wir dem zustimmen, denn ich sehe nicht ein, und ich will auch nie genannt werden, auch nicht von der ÖVP, daß wir so einer Sache nicht zugestimmt haben.

Auch wir wissen, wie wichtig es ist. Nur, ich glaube, daß hier auch einige bei der SPÖ wissen – denn auch Sie haben sicherlich alle Erlebnisse dieser Art gehabt –, daß das alles sehr notwendig und wichtig ist. Und daher wäre es schöner und besser sowie eine fairere Vorgangsweise, wenn man das in das Budget richtig hineinschreibt. Dann sollten auch nicht Alibi-anträge gestellt werden, denn besonders hier wäre es sinnvoll, wenn wir alle gemeinsam über die Parteigrenzen hinausgehend zu einer Lösung kämen. (Abg. Pußwald: „Machen wir es nächstes Jahr gemeinsam!“ – Beifall bei der FPÖ. – 13.17 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Huber. Ich erteile es ihm.

Abg. Huber (13.17 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gruppe 5 „Gesundheit“. Es gibt immer wieder die Pro- und Kontraredner, und in jedem Bereich wird irgendwas herausgepickt, wo man sich einfach aufhängen will, weil man präsent sein will und den Eindruck erwecken will, wie stark man sich einsetzt dafür. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Und gerade du, Kollege Schinnerl (Abg. Schinnerl: „Das ehrt dich!“), ob das jetzt die Engstellen in der Weizklamm sind oder deine Aussendungen. Der Ressel verhindert das, obwohl naturschutzmäßig nichts geklärt war, die Mittel zur Verfügung stehen. Sobald das Projekt genehmigt ist, wird es gebaut. (Abg. Schinnerl: „Diesen Bescheid

habt ihr machen können, sonst nichts!“) Deine Arbeit besteht leider, Kollege Schinnerl, ich bin jederzeit bereit, mit dir sachlich über die Dinge zu reden, Lösungen zu finden. (Abg. Schinnerl: „Wir zwei werden Handanlegen!“) Du, ich habe kein Problem damit, nur mit der Art und Weise, wie die Menschen in der Region draußen verunsichert werden, das ist ein Problem. Wir werden dann sehen, wenn das Krankenhaus Weiz gebaut ist, dann wird es wahrscheinlich heißen, du hast es gemacht. Trotz allem, ich möchte heute beginnen mit einem Lob an alle Regierer inklusive Landesrat Schmid, der sich genauso bemüht wie alle anderen, und überall sind natürlich Kritikpunkte anzubringen und Vorschläge einzubringen. Trotzdem muß ich allen Regierern ein Lob aussprechen, weil es geht was weiter. Meine sehr geehrten Damen und Herren, man merkt das in den Regionen, man merkt das in der ganzen Steiermark. Schauen wir in unsere Region, Betriebsansiedlungen, Straßenbau und so weiter. (Abg. Schinnerl: „Ich schaue nur, daß was geht!“) Ach so, bitte, dann stehe dazu, Herr Kollege Schinnerl. Dann stehe dazu und trau es dir auch einmal zu sagen. Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei unserem Landesrat Dörflinger, weil es die Gruppe Gesundheit ist. Mir ist jetzt so vorgekommen bei meinen Vorrednern, wenn man merkt, daß sich ein Regierer besonders einsetzt und daß in dem Ressort was weitergeht, dann muß man natürlich noch mehr „brieteln“. So habe ich eigentlich das Gefühl gehabt, und das verdient er sich eigentlich nicht. (Beifall bei der SPÖ.) Aus dem Grunde, lieber Landesrat Dörflinger, sage ich im Namen der Bevölkerung unserer gesamten Region Hartberg, Weiz, danke für deinen Einsatz, und ich vertraue dir und auch dem Budget – und wenn man die letzten Budgets und die zukünftigen ansieht, dann wissen wir auch, daß es gesichert ist –, für das ein herzliches Dankeschön! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Schinnerl: „Die Ziffern sind maßgeblich!“) Die Ziffern sind auch drinnen, Kollege Schinnerl. Als nächstes Bezirk Weiz, der Bezirk ist ein bißchen ein Problem. (Präsident: „Herr Abgeordneter Huber, Ihre Gesprächspartner verbrauchen Ihre Zeit!“) Ich hoffe, daß Sie die abziehen, Herr Präsident!

Der Bezirk Weiz ist noch ein bißchen ein weißer Fleck, ein bißchen einer ist untertrieben, es ist ziemlich ein großer Bezirk, was den Notarzt betrifft. Aber die Frau Landeshauptfrau hat es bereits erwähnt im Rahmen der Budgetdebatte, auch hier wird eine Lösung kommen. Wir stellen da keinen Beschlußantrag. Ich vertraue dem, und wir werden das in jeder Beziehung unterstützen. Ich hoffe, daß die Notarztstation für den Bezirk Weiz bald installiert wird. Wir haben ein Problem im Bezirk, wir haben zum Beispiel drei Bezirksgerichte, weil es ein langgezogener riesengroßer Bezirk ist, und wir werden wahrscheinlich das Auslangen mit einer Station nicht ausreichend abdecken können. Die Sachpolitik und Lösungen, Kollege Schinnerl, ich lade dich ein, Projekt Weizklamm, daß wir die Engstellen wirklich beseitigen können. Die Mittel sind im Budget vom Ressel ebenfalls vorgesehen. Weil wenn wir es nur so machen, daß wir alle Leute verunsichern, wenn ich euch dann da zuhöre und dem, was ihr sagt, vertrauen soll – (Abg. Schinnerl: „Ich habe nur geschaut, daß was weitergeht, denn ihr tut ja nichts!“) Was hast du gemacht, außer zu schreiben, der Ressel zahlt nicht? Was hast du ge-

macht, außer der Ressel zahlt nicht? (Beifall bei der SPÖ.) Kollege Schinnerl, vielleicht paust du dir bei eurem Chef im Landtag ein bißchen was ab. Bei dem merkt man den Einsatz. Ich hoffe, daß ich das bei dir in Zukunft auch merke. Weil wenn ich dir zuhöre, dann kommt mir das so vor, als wenn ich die Schwiegermutter bei der Kellerstiege hinunterschubse und dann nachschreie: „Wieso rennst du so schnell?“ Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.22 Uhr.)

Präsident: Ich erteile der Frau Abgeordneten Dr. Karisch das Wort.

Abg. Dr. Karisch (13.22 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Unser medizinisches System ist heute fast ausschließlich auf Reparatur ausgerichtet. Wenn Krankheiten ausgebrochen sind, werden sie mit hohen Kosten behandelt. Nach der Ursache, nach den Möglichkeiten der Vermeidung von Krankheiten wird weniger gefragt. Die Gesundheit fördern, von vornherein gesund leben, ist kein ernsthaftes Thema. Meine Damen und Herren, wir warten unser goldenes Kalb Auto heute sorgfältiger als den eigenen Körper. Dabei wissen wir, daß viele unserer heutigen Krankheiten Zivilisationskrankheiten sind, die sich vermeiden ließen. Zwei Drittel der Krankheiten, an denen unsere Patienten heute leiden, sind nicht Akutkrankheiten, sind nicht unvorhersehbar, sondern sie sind das Endergebnis eines jahrelangen falschen Lebensstils, sind das Endergebnis so mancher lange gehegten und gepflegten Lebenssünde. Sehr viele Krankheiten haben auch eine seelische Ursache, sind auf die Einsamkeit zurückzuführen, unter der viele Menschen heute leiden.

Wie kann es uns gelingen, den Schwerpunkt weg von der kurativen Reparaturmedizin hin zu einem allgemeinen Vorsorgebewußtsein für die Gesundheit zu verlegen? Eine Antwort auf diese Frage wäre eine mutigere Gesundheitspolitik, die die Dinge beim Namen nennt und entsprechend handelt. Die Politik muß aber natürlich von uns allen ausgehen. Wir können sie nicht nur von einem verlangen. Wir kennen heute die Risikofaktoren. Wir bekämpfen sie zu wenig, wie das Trauerspiel um die Tabakwerbung zeigt.

Lassen Sie mich einige Risikofaktoren nennen. Das ist einmal die Ernährung. Wir Österreicher essen gerne gut, und das Schnitzel muß nach Möglichkeit über den Teller hängen. Das Übergewicht, die mangelnde Bewegung, das Rauchen, wie schädlich es ist, wissen wir alle. Das Ringen um ein Werbeverbot ist ein Trauerspiel und erinnert an eine Schmierenskomödie. Ich persönlich verstehe unsere Gesundheitsministerin nicht. Wenigstens von ihr hätte ich mir erwartet, daß sie die Fahne der Vernunft hochhält, die Fahne der Gesundheit hochhält und in Brüssel länger dageblieben wäre, auch wenn es wahrscheinlich aussichtslos ist. Weiterer Risikofaktor Alkohol. Das ist eine große Sorge, immer mehr Kinder greifen zur Flasche, immer jüngere Kinder. Sie haben wieder einmal das Vorbild von uns Erwachsenen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Auch die ganz Kleinen greifen zur Flasche!“) Sie greifen zur Flasche mit 12, 13, 14 Jahren, wie wir wissen. (Abg. Gennaro: „Auch die Babys!“) Sie wissen, wie ich es

meine. Auch Suizid ist eine Krankheitsform unserer Gesellschaft, nicht nur des einzelnen. Österreich liegt dabei mit an der Spitze der Europäischen Union. Und in Österreich ist die Steiermark leider weit vorne. Ursachen dafür sind Einsamkeit, Depressionen. Ich habe in der letzten Periode schon einen Antrag gestellt. Ich würde mir wünschen, daß die Telefonseelsorge entweder ganz gratis oder zumindest zum Ortstarif möglich ist, damit viele Menschen auch in den entlegenen Dörfern sie sich leisten können. Soziale Kontakte und soziale Netzwerke sollten ausgebaut werden. Es gibt eine Mikrozensus-erhebung, die uns zeigt, daß soziale Kontakte in den letzten Jahren zurückgegangen sind. Wir haben das Paradoxon, in einer Informationsgesellschaft mit viel Information und technischer Kommunikation zu leben und dabei immer mehr Einsamkeit.

Die Gesundheitsförderung, das heißt, die Gesundheit zu erhalten, ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Die Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation aus dem Jahre 1986 definiert die Gesundheit als eine Dimension des Alltags. Gesundheit wird dort produziert beziehungsweise erhalten, wo man lebt: in der Familie, am Arbeitsplatz, in der Freizeit. Und Gesundheit hat eine starke Bildungs- und auch soziale Komponente. Je gebildeter ein Mensch ist, desto eher ist er gesund. Ein Mensch mit Arbeit ist gesünder als ein Mensch ohne Arbeit – das wissen wir. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Gesundheit und der sozialen Lage der Menschen, wie viele Studien belegen. Es ist daher eine Aufgabe der Politik, allen Gruppen der Gesellschaft die Möglichkeit zu bieten, ihre Gesundheit zu erhalten und zu erhöhen. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit auch bei der Steirischen Gesellschaft für Gesundheitsschutz für die Aktionen der Gesundheitsvorsorge „Gesunde Gemeinde“, „Gesunde Schule“, bedanken, die dieses Gesundheitsbewußtsein und das Know-how dazu breit hinausträgt. Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist ein ernstes Thema, und wir sollten uns in den nächsten Jahren gemeinsam stark darum bemühen, Gesundheitsvorsorge frühzeitig zu betreiben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 13.28 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sie die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es ihr.

Abg. Dietrich (13.28 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Bevor ich nun zum Mutter-Kind-Paß spreche, möchte ich zum Laufpaß sprechen, den meine Kollegin Beate Hartinger ihrem Landesrat Günter Dörflinger gegeben hat. Den Laufpaß deshalb, daß er so schnell wie möglich all jene Dinge umsetzt, die Beate bereits seit eineinhalb Jahren einfordert. (Beifall bei der FPÖ. – Landesrat Dörflinger: „War das eine Drohung?“) Das war keine Drohung, das war eine nette vorweihnachtliche Aufforderung. Nun zum Mutter-Kind-Paß. Wir nehmen zur Kenntnis, daß, seitdem es für die Mutter-Kind-Paß-Untersuchungen nicht mehr diese Zahlungen in gewohnter Höhe gegeben hat, auch die Untersuchungen drastisch zurückgegangen sind, etwa um ein Drittel. Bereits ab dem siebenten Monat überlegen sich Mütter, diesen Untersuchungen nachzukommen,

und wir bedauern diese Entwicklung. Wir glauben, daß die Untersuchungen für Kleinkinder eine sehr wichtige Maßnahme sind, denn im Kindesalter kann man oft Folgeschäden von Krankheiten verhindern. Ich denke dabei an die Hüftsonographie, wo es wirklich sinnvoll ist, um eben in weiterer Folge eine Hüftoperation zum Beispiel zu verhindern. Aber diese Mutter-Kind-Paß-Untersuchungen sind auch immer ein Anlaß, um die nötigen Impfungen vornehmen zu lassen, weil auch in diesem Bereich sind viele Mütter sehr säumig. Wir wissen, daß Krankheiten, von denen wir längere Zeit geglaubt haben, daß sie für uns gar keine Bedeutung mehr haben, wieder im Vormarsch sind, wie zum Beispiel Tbc. Der Herr Landesrat hat als Alternative zu den Zahlungen für die Mutter-Kind-Paß-Untersuchungen das Recallsystem eingeführt. Laut einer Umfrage sind auch 73 Prozent der Frauen bereit, ihre Adresse dem zuständigen Arzt zu geben, damit sie vierteljährlich wieder ermahnt werden, die Untersuchungen bei ihren Kindern durchführen zu lassen. Aber 73 Prozent sind nicht 100 Prozent, und das sind zu wenig, weil vielleicht genau der Prozentsatz dazwischen, der nicht bereit ist, seine Adresse anzugeben, auch gefährdet ist, weil ihm die Gesundheit seiner Kinder egal ist. Ich glaube, die Maßnahme, die Herr Landesrat hier vorschlägt, ist die falsche. Ich denke an einen Satz der Budgetrede des Herrn Kollegen Grabner, an den ich mich wirklich erinnern kann: „Alles ist finanzierbar, wenn man will.“ Und über diesen Satz, Herr Landesrat Dörflinger, sollten Sie einmal mit Ihrem Kollegen sprechen, denn das wäre gerade in diesem Bereich wichtig, daß man hier Maßnahmen schafft, daß 100 Prozent der Mütter mit ihren Kindern regelmäßig die Untersuchungen vornehmen lassen. (Abg. Mag. Erlitz: „Für die Gesundheit ist jeder selbst verantwortlich, das war gerade Ihre ...!“) Es ist sehr schön, von Selbstverantwortung zu sprechen. Wir wissen aber, daß nicht alle in diesem Land fähig sind, die Eigenverantwortung für sich, geschweige denn für ihre Kinder wahrzunehmen. (Beifall bei der FPÖ – Abg. Mag. Erlitz: „Von der Wiege bis zum Tod, alles soll der Staat bezahlen!“) Nein, das wollen wir nicht. Wir wollen für die Schwächsten im Staat vorsorgen. Wir wollen für die Kinder, die nicht für sich selbst sprechen können, vorsorgen. Denen wollen wir garantieren, daß sie nicht zusätzlichen Gefährdungen ausgesetzt sind. (Abg. Mag. Erlitz: „Darum gibt es das Recallsystem!“) 73 Prozent, Herr Kollege, geben die Adresse ab. Ich möchte nun einen Beschlusantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Mag. Hartinger, Dietrich, Mag. Bleckmann und Schinnerl, betreffend Mutter-Kind-Untersuchung, einbringen. Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, daß die Geburtsprämie von 2000 Schilling in zwei Tranchen ausbezahlt werden soll, wobei die erste Tranche von 1000 Schilling bei der Geburt und die zweite Tranche von 1000 Schilling nach dem zweiten Lebensjahr erfolgen sollte; zweitens Maßnahmen zu treffen, wonach sichergestellt werden kann, daß weitere 2000 Schilling (zirka 13 Millionen Schilling im Jahr) nach dem vierten Lebensjahr (unter der Voraussetzung, daß die bisherigen Mutter-Kind-Paß-Untersuchungen durchgeführt wurden) ausbe-

zahlt werden können; drittens mit Vertretern der Sozialversicherungen Gespräche zu führen mit der Zielsetzung der Einführung eines Impfgutscheines, welcher alle wesentlichen Impfungen kostenlos als Bestandteil des Mutter-Kind-Passes zur Verfügung stellt. (Beifall bei der FPÖ. – 13.34 Uhr.)

Präsident: Ich danke sehr. Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Wicher zu Wort gemeldet.

Abg. Wicher (13.34 Uhr): Herr Präsident, meine Herren Landesräte, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vor fast 29 Jahren, an einem Junitag, hat mich das Schicksal ereilt. Seither bin ich auf den Gebrauch eines Rollstuhles angewiesen. Ich war zuerst allerdings nicht gleich im Rollstuhl, sondern ich habe drei Jahre in Krankenhäusern verbracht. Ich habe also Krankenhäuser wirklich in- und auswendig kennengelernt und viele Operationen über mich ergehen lassen müssen. Nachdem ich dann nach Hause entlassen wurde, war ich auf die Hilfe von Krankenschwestern beziehungsweise Pflegerinnen angewiesen, weil ich für alle Verrichtungen des Alltags, auch für die intimsten, Hilfe brauchte. Es war damals so, daß es noch ganz schwierig war, überhaupt eine Krankenschwester zu bekommen, die ins Haus kommt, und es war dann so, daß die Chemie zwischen Krankenschwester und der Patientin, wie in meinem Fall, wirklich nicht immer gestimmt hat. Und es gibt nichts Belastenderes, meine Damen und Herren, das kann ich Ihnen versichern, wenn man schon, wenn die Person bei der Tür hereinkommt, wenn sich in einem alles verkrampft. Das kann keinesfalls zur besonderen Genesung beitragen. Schon damals ist in mir der Gedanke aufgekommen, es wäre doch wichtig, eine Anlaufstelle zu haben beziehungsweise vielleicht eine Stelle, wo man Beschwerden einbringen könnte, wo es nicht gleich so ist, daß, wenn man sich eben bei der Krankenschwester direkt beschwert beziehungsweise bei der zuständigen Stelle, man dann Gefahr läuft, daß man überhaupt niemanden mehr für die Betreuung bekommt. Im Laufe der Zeit ist es mir dann besser gegangen, und durch die vielen Erfahrungen, die ich selbst gesammelt habe, auch im Bereich der Behindertenarbeit, hat man mir im Rahmen der Frauenberatungsstelle der Stadt Graz, für die die Frau Stadträtin Kaltenbeck zur Zeit zuständig ist, angeboten, Beratung für behinderte Frauen zu machen. Ich bin in dieser Funktion, die ich einmal in der Woche an einem Donnerstag nachmittag ausübe, immer wieder mit großen Problemen konfrontiert worden. Und zwar mit Problemen, die nicht nur Frauen, sondern in zunehmendem Maße auch Männer an mich herangetragen haben, die eben gerade auch dieses Problem behandelt haben. Es ist um mobile Dienste gegangen, wo nicht der mobile Dienst in Frage gestellt wurde, sondern lediglich diese eine spezielle Person, mit der es dann nicht gegangen ist. Auch kamen immer wieder Probleme aus Pflegeheimen auf mich zu. Und da hab ich gesehen, daß dieses Problem wirklich sehr weit verbreitet und auch sehr vielschichtig ist. Ich habe also – wie gesagt – viele Erfahrungen sammeln können, und anscheinend war man auch im Sozialamt der Stadt Graz der Meinung, daß ich da die geeignete

Person wäre und hat mir in der Person vom Herrn Dr. Wippl angetragen, als Ombudsfrau für Behindertenfragen im Magistrat tätig zu sein. Ich hatte schon immer wieder darauf gepocht und gefragt, ob so etwas nicht möglich wäre. Inzwischen bin ich aber im Landtag als Behindertensprecherin, sehr gerne, muß ich sagen, und ich habe gefunden, wenn man die ganze Sache seriös betrachtet, man beide Dinge nicht vereinen kann. Es ist jetzt so, daß ich schon vor einiger Zeit einen Beschlufantrag gestellt habe, in dem ich ausgedrückt habe, daß es wichtig wäre, die Kompetenzen der jetzigen Ombudsfrau auszuweiten. Inzwischen wurde sie ja ausgeweitet von den Landeskrankenhäusern auch auf private Krankenanstalten, und ich war der Meinung, man sollte sie ausweiten auch auf Pflegeheime. Und in meinem ersten Antrag, den ich gestellt hatte, hatte ich die Sozialversicherungen hineingenommen, wobei ich der Meinung bin, daß das wahnsinnig schwierig sein dürfte, umzusetzen, vor allem, wo es bei verschiedenen Sozialversicherungen auch eigene Ombudsleute gibt. Und ich bin der Meinung, daß vor allem jetzt auch, wo wir das neue Sozialhilfegesetz beschließen werden, es wichtig wäre, mobile Hilfsdienste einzubinden, weil eben aus meiner eigenen Erfahrung es nicht immer ganz leicht ist, damit zurechtzukommen. Und aus diesem Grunde denke ich, daß es wichtig wäre, eine Stelle zu haben, und zwar eben die des Patientenombudsmannes beziehungsweise der Ombudsfrau, damit Menschen, die zum Beispiel aus Krankenhäusern kommen, wo sie als Patienten sind und dann transferiert werden, weil sie zu Hause unter Umständen nicht mehr betreut werden können, in ein Pflegeheim, daß sie sich dann nicht wieder um irgendeine andere Stelle kümmern müssen oder von Beratungsstelle zu Beratungsstelle eilen, wobei vielleicht von eilen nicht die Rede sein kann, aber sich erkundigen, wo es möglich wäre, eine Beschwerde einzubringen. Und aus diesem Grunde denke ich, es sollten all diese Angelegenheiten, sei es also die Patientenanwaltschaft, sei es die Vertretung von Menschen, die in Pflegeheimen sind beziehungsweise Menschen, die mobile Hilfe in Anspruch nehmen müssen, das alles sollte in einer Hand sein. Und ich meine, die geeignete Person wäre wirklich die Patientenombudsfrau Mag. Skledar, die im Rahmen ihrer Tätigkeit sich jetzt unerhört bewährt hat. Ich bin mir schon sicher, und ich bin mir also darüber klar, daß es für sie eine zusätzliche Arbeitsbelastung gibt, aber ich denke, es müßte doch möglich sein, ihre Infrastruktur etwas zu erweitern. Und aus diesem Grund würde ich gerne, wenn Sie gestatten, meine Damen und Herren, einen Beschlufantrag einbringen, und zwar einen Beschlufantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Wicher, Bacher, Mag. Hartinger, Keshmiri, Dr. Lopatka, Tschernko und Dr. Wabl, betreffend Erstreckung des Aufgabenbereiches der Patientenvertretung auf die Alten- und Pflegeheime sowie auf die mobilen Dienste.

Die Einrichtung der Patientenombudsfrau beziehungsweise des Patientenombudsmannes hat sich sehr bewährt. Daher wurde ihr Aufgabenbereich mit der Gesetzesnovelle vom 10. Dezember 1996 über die Landeskrankenhäusern hinaus auf alle Krankenanstalten in der Steiermark erstreckt.

‘Darüber hinaus ist es zur umfassenden Wahrnehmung der Patienteninteressen, insbesondere im Pflegebereich, sinnvoll und notwendig, den Aufgabenbereich der Patientenombudsfrau beziehungsweise des Patientenombudsmannes auch auf die Alten- und Pflegeheime und auf die mobilen Dienste zu erstrecken.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Regierungsvorlage vorzulegen, mit der der Aufgabenbereich der Patientenvertretung auf die Alten- und Pflegeheime sowie auf die mobilen Dienste erstreckt wird.

Ich hoffe, Sie alle können diesem Antrag zustimmen, weil ich denke, daß das im Sinne unserer steirischen Bevölkerung von unabdingbarer Notwendigkeit wäre. Danke vielmals. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 13.44 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

Wenn die Frau Abgeordnete Reinprecht für die Frau Kollegin Gross, die direkt zu diesem Thema sprechen will, kurzfristig verzichtet, dann erteile ich der Frau Abgeordneten Gross das Wort im Tauschverfahren.

Abg. Dr. Reinprecht: (13.44 Uhr): „Selbstverständlich!“

Abg. Gross (13.45 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte nur festhalten, warum unsere Fraktion diesen Beschlufantrag nicht mitunterstützen wird. Es liegen zu diesem Thema, das hat die Annemarie Wicher ja bereits gesagt, nicht nur einer, sondern zwei Anträge vor. Beide Anträge werden demnächst in die Regierung eingebracht, und ich nehme an, daß wir diese Anträge (Abg. Mag. Hartinger: „Ist da unserer auch dabei?“) – es ist eurer auch dabei –, der eine Antrag ist Mag. Hartinger, Schinnerl, Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann, betreffend Erweiterung des Zuständigkeitsbereiches der Patientenvertretung, und der zweite ist Wicher, Dr. Lopatka, Tschernko und Beutl, betreffend das gleiche. Ich nehme an, daß, wenn diese Anträge in der Regierung waren, dann zu Parteienverhandlungen zugewiesen werden und wir die dort diskutieren werden. Ich bin nicht der Ansicht, daß diese Vorgangsweise jetzt durch einen Beschlufantrag unterstützt werden sollte. Außerdem möchte ich nur ergänzend dazu berichten, und ich habe das jetzt in informativen Gesprächen bereits festgestellt, liegt eine negative Stellungnahme der Patientenombudsfrau vor, die sich nicht nur wegen der zu ergänzenden Infrastruktur, die auf jeden Fall stattfinden müßte, negativ geäußert hat, daß das in ihrem Bereich sein sollte, sondern es geht hier immerhin um rund 180 Pflegeheime und um rund 40.000 Pflegegeldbezieher. Frau Landesrätin Dr. Rieder hat bereits vorbereitet, daß im Bereich der Fachabteilung für das Sozialwesen zwei Stellen eingerichtet werden sollen, nämlich der Behindertenombudsmann und auch der Pflegeombudsmann. Ich glaube, es ist in diesen Bereichen von der Vertretung her besser angesiedelt. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ. – 13.48 Uhr.)

Präsident: Als nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz am Wort.

Abg. Mag. Zitz (13.48 Uhr): Sehr geehrte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

In meiner Wortmeldung möchte ich mich fünf Minuten lang mit einem Thema befassen, wo erfreulicherweise der Landesrat Dörflinger Initiativen gesetzt hat, ein Thema im medizinischen Bereich, das niemand entzückt, das nicht im Bereich der Großgerätemedizin angesiedelt ist, wo man auch keine tollen Eröffnungsfotos machen kann, nämlich die Frage der psychischen beziehungsweise psychiatrischen Versorgung in der Steiermark. Es liegt uns ein Psychiatrieplan vor, der in einigen Bereichen auch aus meiner Sicht, aus „Grüner“ Sicht, durchaus diskussionswürdig ist, und ich würde durchaus auch sagen, verbesserungswürdig ist. Aber ich glaube, durch diese Initiative wurde zumindest einmal eine Diskussionsgrundlage geschaffen, und man sollte hier auch Schritte setzen, daß die psychiatrische Versorgung nicht nur rein im hospitalisierten Bereich durchgeführt wird, sondern das extramurale Angebote gemacht werden. Das ist immerhin eine Leistung vom Gesundheitslandesrat, die ich hier auch explizit aus unserer Sicht positiv erwähnen möchte. Diesen Psychiatrieplan, mit dem ich nicht in allen Bereichen einverstanden bin, hätte ich allerdings gerne schon vor drei Wochen mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen diskutiert – auch Kollege Lopatka nickt, auch Kollege Erlitz nickt. Die, die das verhindert haben, waren die Freiheitlichen, mit Zugängen, die ich einfach nicht verstehen kann. (Abg. Mag. Hartinger: „Aus terminlichen Gründen!“) Es war möglich, daß man in einem Jahr elf Verhandlungen zum Sozialhilfegesetz durchführen konnte, daß man diverse Verhandlungen zum Wohnbauförderungsgesetz durchführen konnte.

Sehr geehrte Kolleginnen von den Freiheitlichen, diese Diskussionschance, ein-, zwei-, drei- oder mehrmals hätte ich als Vertreterin der Grünen Fraktion bei diesen Parteienverhandlungen gerne etwas früher vor Weihnachten wahrgenommen. (Abg. Mag. Hartinger: „Wer hat im Ausschuß das verhindert?“) Das war Ihre Fraktion, die gemeint hat beziehungsweise die ÖVP, die zu Recht bestimmte inhaltliche Kritikpunkte gebracht hat. Was jetzt den Psychiatrieplan selber betrifft: Ich wünsche mir klarere Instrumentarien, um wegzukommen von der rein stationären medizinisierten Versorgung, hin zu einer Art von Begleitung und Versorgung von Menschen mit psychischen Problemen in psychischen Krisen. Und dieses Längsspektrum ist mir im Plan in der jetzigen Form zu wenig präsent. Ein zweiter Bereich ist, es kommen im Plan diplomierte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter so gut wie nicht vor. Es gibt 14, und es sind meistens Frauen, die im LNKH in diesem Bereich arbeiten, die sozusagen nicht verrechtlicht sind, das heißt, sie stehen in keinem Gesetz drinnen. Ihre Tätigkeit ist aber sehr wichtig bei sehr jungen Patientinnen und Patienten, Klientinnen und Klienten, und auch im Gerontenbereich. Das heißt, diese stärkere Integration von Sozialarbeiterinnen wäre etwas, was ich inhaltlich politisch anregen würde.

Ein zweites Thema noch: Es werden derzeit im Sozialressort diverse Pläne diskutiert. Es liegt ein Bedarfs- und Entwicklungsplan vor, wo dieser Bereich homöopathisch vertreten ist, nämlich angesprochen die Defizite im tagesstrukturierenden Bereich für Personen mit psychischen Defiziten oder punktuellen psychischen Krisen. Es wird derzeit ein Jugendwohlfahrtsplan auch politisch diskutiert und akkordiert. Es gibt in der Steiermark sehr wenige Einrichtungen für Jugendliche in Krisen, in tatsächlich schwereren Krisen. Es wird im Bereich Landesrätin Rieder aus meiner Sicht ein sehr gut begleiteter Behindertenplan derzeit entwickelt. Die Koordination mit den integrierten Sozial- und Gesundheitssprengeln würde natürlich aus meiner Sicht auch anstehen, wenn man tatsächlich ein umfangreicheres und nicht nur medizinisiertes Angebot in diesem Bereich entwickeln möchte. Zum Plan selber: Das, was ich auch positiv finde, ist auch, daß die Defizite klar benannt werden. Es gibt in der Steiermark keine längerfristige Struktur im Entwöhnungs- und Entgiftungsbereich. Die Leute müssen auswandern in andere Bundesländer. Es fehlt ein Konzept für das betreute Wohnen für die ganze Steiermark – Graz ist dabei relativ gut versorgt. Noch ein Thema, das von Psychotherapeutinnen und Angehörigenvertreterinnen eingebracht wurde: Die Integration von Angehörigen ist im Plan so gut wie nicht erwähnt. Ich glaube, daß diese Art von Integration beziehungsweise auch Kooperation mit Angehörigen von Personen in schweren psychischen Krisen oder Personen, die psychiatrisch einer Begleitung bedürfen, ein ganz wichtiger Bestandteil einer emanzipatorischen und integrativen Politik in diesem nicht sehr beliebten Politikfeld wäre. Das heißt, wir werden konkrete Vorschläge von unserer Seite einbringen, falls wir einmal eine Verhandlungsrunde zusammenbringen. Ich freue mich dort auf die Ausführungen der Kollegin Hartinger, denn beim Hinauszögern von den Verhandlungen war sie ja relativ aktiv dabei. Ich bin jetzt sehr interessiert, ob wir in diesem Bereich einen ähnlichen Zugang haben, aber das wird sich ja zeigen. Ich würde eine Umbenennung dieses Konzeptes vorschlagen, daß auch der psychotherapeutische Bereich integriert wird, daß man wekommt von dieser ärztlichen Dominanz, die derzeit gegeben ist. Ich glaube, daß das Konzept so gestaltet werden muß, daß man nicht eine Konkurrenz zwischen stationärer und extramuraler Begleitung reinphantasieren kann oder sie tatsächlich drinnensieht.

Das dritte Thema: Beim Finanzierungsmodus stelle ich mir natürlich vor, daß eine finanzielle Ausstattung auch aus anderen Ressorts, etwa aus dem Sozialhilfebereich, gegeben werden sollte. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 13.54 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Gennaro das Wort.

Abg. Gennaro (13.54 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem ich mich zu Wort gemeldet und mir gedacht habe, ich war nach der Kollegin Zitz eingetragten, bin ich ans Rednerpult gegangen. Frau Kollegin Hartinger, es ist wahrscheinlich mühsam, sich mit Ihren Ausführungen auseinanderzusetzen. Ich schätze

Sie sonst sehr, aber Sie sind mir mit Ihrer Wortmeldung vorgekommen wie eine ertrinkende Nichtschwimmerin, die sich vor dem Ertrinken retten will mit wilden Rundumschlägen, wie Sie das immer machen. Ich würde Ihnen empfehlen, in freundschaftlicher Verbundenheit, lernen Sie schwimmen mit richtigen Tempis, dann werden Sie nicht müde, und vielleicht kommen wir dann in der Situation einmal zusammen. (Abg. List: „Hättest gerne!“) Ich will Sie nicht aufwerten, weil man könnte Ihre Punkte alle widerlegen. Das ist keine Frage, weil Sie lachen nach Ihren Auftritten selbst immer, da Sie wahrscheinlich nicht überzeugt sind, was Sie sagen. Ich sage Ihnen aber nur eines: Ich will nicht in diese Lade greifen, die Ihr Stil ist. Daß Sie wenig Zeit haben in Ihrer Gesellschaft, wo Sie arbeiten, das kann man im Internet sehen. Ich sehe dort, was Sie alles für Aufgaben zu bewältigen haben, Lehraufträge und, und, und. Sie sind eine viel begehrte Frau. Da bleibt Ihnen draußen, wo Sie beschäftigt sind, gar nicht viel Zeit, um das zu regeln. (Abg. Mag. Hartinger: „Genauso wie Sie!“) Frau Kollegin Hartinger, sie fordern, daß die Ambulanz- und Wartezeiten zu ändern sind. Dazu darf ich Ihnen etwas sagen: Ich glaube, so naiv kann hier herinnen keiner sein, daß das der Herr Landesrat lösen kann. Das können, wenn überhaupt, nur die Bediensteten selbst lösen. Ich bin bei Ihnen, denn eine Zweiklassenmedizin wollen wir auch nicht, und ich sage das gerade als Sozialdemokrat, im Gegensatz zu Ihrem Herrn Parteiobmann, der in einem „Kurier“-Interview vom 9. August gemeint hat: „Weg von der Pflichtversicherung, hin zur Versicherungspflicht.“ Auf die Frage des Redakteurs: „Wenn sich jemand die Versicherung nicht leisten kann?“, Zitat Jörg Haider: „Dann hat er ein Pech gehabt. Wenn er es sich nicht leisten kann, daß er eine gute Versorgung hat, dann ist er unter der Kategorie ‚Pech‘ einzureihen“. (Abg. Mag. Hartinger: „Das will ich sehen, das glaube ich nicht!“) Wörtlich nachzulesen, „Kurier“, 9. August. Das können Sie sich anschauen. Das heißt unter anderem, Sie propagieren da keine Zweiklassenmedizin, aber Ihre Partei tritt sehr wohl ein, der, der kein Geld hat, der arme Teufel, der sich keine Zusatzversicherung leisten kann, der hat das zu kriegen, was halt Mindeststandard ist. Wir Sozialdemokraten treten dafür ein, daß jeder im Land, jeder Österreicher, jeder Steirer diese Versorgung hat, die ihm gebührt. Das beste ist gut genug. (Beifall bei der SPÖ.) Ich habe Ihnen schon gesagt, Frau Kollegin Hartinger, im Controlling sind Sie beschäftigt. Da haben Sie viele, viele Möglichkeiten. Probieren Sie es einmal draußen in der KAGES, Ihre Dinge, die Sie feststellen, umzusetzen, als im Landtag herzugehen – es ist zwar Faschingszeit – und hier Büttensreden zu halten. Wenn ich in so einem Unternehmen beschäftigt bin, wie Sie das da heute darstellen, dann nehme ich an, bei Ihrer Intelligenz nehme ich sofort meinen Hut und gehe, da schäme ich mich, daß ich da beschäftigt bin. Und die Wartezeiten anzuprangern, hat zwei Seiten: Für den Patienten ist es sicherlich nicht angenehm, wenn er lange warten muß, da bin ich bei Ihnen. Aber vielleicht versetzen Sie sich einmal in die andere Situation, daß dort Ärzte und Schwestern ihr Bestes geben, und davon bin ich überzeugt, weil ich mich auch ein bißchen herumhöre, und ich hatte selber auch einmal ein Problem, daß ich im Spital gelegen bin und sehr gut aufgehoben und be-

handelt wurde, ohne daß man mich kennt, daß Ärzte und Schwestern ihr Bestes geben. Und weil eine gute Versorgung ist, ist so ein großer Andrang, der Wartezeiten ergibt. Das wissen Sie sicherlich genauso gut wie ich. Und mit Ihrer Wortmeldung beschimpfen Sie die Dienstnehmerinnen draußen, die das nicht verdient haben, die ihr Bestes leisten und wahrscheinlich auch nicht glücklich sind über diese Situation. (Beifall bei der SPÖ.) Und weil der Herr Klubobmann Wabl mich zitiert hat, und in der Frage Kasse darf ich Ihnen, Herr Klubobmann, mitteilen, daß wir sehr wohl in Zusammenarbeit selbst mit dem Landesrat viele Dinge bereits gemacht haben und machen, von Vorsorgeuntersuchungen, von Kariesprophylaxe über die Gesellschaft Gesundheitsschutz, das bezahlt zur Gänze die Gebietskrankenkasse. Der Herr Landesrat fördert alle Institutionen und Gesellschaften, auch die Gesellschaft für Gesundheitsschutz, jährlich allein 4,6 Millionen Schilling, Frau Kollegin Hartinger, für gesunde Gemeinden, Diätberatungen und, und, und.

Und zum Schluß kommend, das ist eigentlich wichtig, weil die Frau Kollegin Dietrich einen Beschlußantrag eingebracht hat. Wenn man einen Beschlußantrag einbringt, der hinten und vorne nicht stimmt, dann wissen wir schon, das ist die Art der Freiheitlichen. Mutter-Kind-Paß-Situation, es ist bedauerlich, daß Eltern oder Mütter in ihrer Verantwortung nur dann zur Untersuchung gehen, wenn sie ein Geld bekommen. Da sind wir uns alle einig. Nicht zwölf Untersuchungen sind es, sondern 17. Diese Einmalzahlung ist nicht nach der Geburt, sondern nach Vollendung des ersten Lebensjahres, und die 2000 Schilling mehr kosten nicht 13, sondern 26 Millionen Schilling. Dann hat es eine Untersuchung gegeben, wo die Ärztekammer mit dem Herrn Landesrat Dörflinger 5.000 Karenzgeldbezieherinnen (Abg. Mag. Hartinger: „Die Statistik ist falsch!“) – horchen Sie mir zu, weil die Zeit rennt davon, da können Sie etwas lernen –, 5000 Karenzbezieherinnen und Mutter-Kind-Paß-Frauen haben sich dagegen ausgesprochen, mit dem Geld kann man überhaupt nichts erreichen. Selbst die Experten sagen, es wäre ein Rückholssystem besser. Und jetzt komme ich gleich zum Schluß. Die Impfkampagne, die Sie da verlangen, ist Schall und Rauch, das ist ein Populismus, weil Sie müßten genauso wissen wie wir, daß es seit 1. Jänner 1998 eine bundeseinheitliche Impfregelung gibt, wo alle die Sachen, die Sie fordern, die Zeit reicht nicht aus, um das aufzuzählen, gratis und kostenlos in einem Vertrag zwischen Bund, Land, Sozialversicherung – wenn Sie es mir nicht glauben, setzen wir uns hinten hin, ich zeige Ihnen das –, selbst die Masern-, Mumps- und Rötelnimpfungen werden bis zum 14. Lebensmonat vom Bund übernommen und von 0 bis 15 Jahren in der weiteren Folge vom Land. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.01 Uhr.)

Präsident: Und jetzt darf ich endlich der Frau Abgeordneten Dr. Reinprecht das wohlverdiente Wort erteilen.

Abg. Dr. Reinprecht (14.01 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich sehe, die Reihenfolge der Wortmeldungen ist eine komplizierte Arithmetik, die ich erst jetzt richtig durchschaut habe. Ich bin jetzt – glaube ich – als letzte

am Wort und komme noch einmal zur Patienten-anwaltschaft zurück. Frau Wicher, Sie waren sehr großzügig bei der Zuteilung von Arbeit für die Patientenanwältin. Ich hoffe, daß Ihre Fraktion genauso großzügig sein wird bei der Zuteilung von Personal und Infrastruktur, was diese Stelle anbelangt. Ich möchte diese paar Minuten zum Anlaß nehmen, noch einmal über den Sinn und die Notwendigkeit dieser Einrichtung zu sprechen und etwas tun, was bis jetzt hier in diesem Landtag noch nicht geschehen ist, nämlich die Arbeit der Initiatorin dieser Patienten-anwaltschaft, nämlich der ehemaligen Landtagspräsidentin Annemarie Zdarsky würdigen. Sehr geehrte Damen und Herren, unabhängig davon, ob ein Mensch gesund oder krank ist, ist er von Gesundheitspolitik betroffen. Wenn er eine Gesundheitseinrichtung in Anspruch nimmt, ist er als Patient anzusehen. So definierte 1989 die WHO den Begriff des Patienten. Hinter dieser scheinbar so banalen Definition verbirgt sich eine Vielzahl an Problemen. Patientenrechte sind eng mit der Würde des Menschen, seiner Intimsphäre und Selbstbestimmung verknüpft. Diese Grundrechte müssen soweit wie möglich auch in der Arztpraxis, in den Spitälern und anderen Gesundheitseinrichtungen gewahrt werden. Ein kranker Mensch – und das weiß jeder, der schon mit Schmerzen auf einem Zahnarztstuhl gesessen ist – fühlt sich besonders an seine Umgebung ausgeliefert. Der Patient oder die Patientin, dessen oder deren Interesse die Wiederherstellung von Gesundheit ist, steht einem Apparat gegenüber, wo es um Bettenauslastung, um Operationskataloge, lange Wartelisten, auf eine bestimmte Behandlung oder um die Ausattung von Medikamenten geht. Die Apparatisierung der modernen Medizin vermittelt zudem ein Gefühl von Anonymität und Massenabfertigung. Wenn ich es salopp ausdrücken kann, es wurde auch schon den falschen Menschen das falsche abgeschnitten in diesem Gesundheitswesen. Tatsächlich hat der Patient in Österreich auch Rechte, deren einzelne Bestimmungen in einer Reihe von Gesetzen geregelt sind. Das wesentliche Problem aber ist, daß er häufig nicht zu seinen Rechten kommt, weil es an einem organisatorischen System mangelt, das das einzelne Individuum gegenüber einem mächtigen Apparat vertritt. Es geht darum, Beziehung und Kommunikationssysteme zu schaffen, die den Patienten, wie es die Krankenhauskommission der Europäischen Gemeinschaft in ihrer Charta für Krankenhauspatienten ausdrückt, bewußt machen, daß er ein Recht auf Rechte hat. Das hier in verkürzter Form beschriebene Ungleichgewicht von Arzt, Krankenhaus und Patient hat Bund und Länder veranlaßt, dafür Sorge zu tragen, daß in ihrem jeweiligen Bereich im Rahmen der Gesetzgebung und Vollziehung die Patientenrechte sichergestellt werden. Derzeit sind sieben Bundesländer dieser Empfehlung gefolgt und haben Patientenvertretungen eingerichtet. Als eine der ersten Österreichs hat die Patientenvertretung Steiermark mit Oktober 1992 ihre Pforten geöffnet. Mit der Entwicklung eines Tätigkeitsprofils, dem Ausbau einer Infrastruktur und der Erreichung allgemeiner Akzeptanz hat die erste Patientenombudsfrau Annemarie Zdarsky Pionierarbeit geleistet. Vor allem ist es gelungen, eine übersichtliche Darstellung der Patientenrechte im Steirischen Krankenhausgesetz zu verankern. Und das

ist nicht nur wichtig für den Patienten, sondern auch für die Krankenanstalten, denn die Patienten-anwaltschaft bringt auch Feedback und Controlling für die Krankenanstalten selbst. Die Patientenvertretung hat im Jahr rund zirka 500 Fälle zu bearbeiten. Hauptkritikpunkte sind mangelnde Kommunikation zwischen Ärzten und Patienten, zwischen medizinischem und nichtmedizinischem Personal, Verletzung von Höflichkeitsregeln, mangelnde Information beziehungsweise Aufklärung, zu wenig alternative Behandlungsmethoden und zu lange Wartezeiten. Durchaus als Erfolg der Patientenombudsfrau Zdarsky ist zu werten, daß mit Aufnahme ihrer Tätigkeit die Beschwerden über die Landeskrankenanstalten sowie über die verzögerte Ausstellung von Arztbriefen in den Hintergrund getreten sind. Überdies wurde die Vertretung der Patienten in der gemeinsamen Schlichtungsstelle von Land Steiermark, KAGES und Ärztekammer praktisch institutionalisiert. Bisher war die Patientenvertretung für die Landeskrankenanstalten zuständig, wie wir schon gehört haben, inzwischen auch für die privaten Anstalten. Diese Kompetenz wurde auf die derzeitige Patientenanwältin Mag. Renate Skledar ausgedehnt, was eine wesentliche Verbesserung und Betreuung zum Serviceangebot für die Patienten bewirkt. Martin Wabl, du hast heute schon das komplizierte Problem der Haftung für medizinische Fehler und Behandlungsfehler angesprochen. Ich glaube, dieses Thema können wir im Moment unter diesem Zeitdruck nicht abhandeln. Ich denke, daß wir noch Gelegenheit haben werden, die Frage der verschuldensunabhängigen oder abhängigen Haftung für die Patienten zu behandeln. Ich glaube, hier wird eine längere Diskussionsphase nötig sein. Ich danke fürs Zuhören. (Beifall bei der SPÖ. – 14.07 Uhr.)

Präsident: Jetzt erteile ich dem Herrn Landesrat Dörflinger das Wort.

Landesrat Dörflinger (14.07 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag!

Eine kurze Vorbemerkung zur Rednerin der FPÖ, zur Frau Abgeordneten Hartinger: Immer, wenn du redest, erinnerst du mich ein bißchen an das Orakel von Delphi, denn du sagst immer Dinge voraus. Ich habe mir dabei gedacht, was unterscheidet dich vom Orakel von Delphi. Das Orakel von Delphi ist berühmt geworden, weil es die Zukunft richtig vorausgesagt hat. Ich fürchte, du wirst berühmt werden, weil du nichts Richtiges voraussagst, Beate. (Beifall bei der SPÖ.) Ich bin selber lange in diesen Reihen gesessen, und ich akzeptiere jedes Match und auch alle Maßnahmen, die man als Abgeordneter setzt, wenn es bei irgend etwas vorbringt. Aber, und das auch der Magda Bleckmann ins Stammbuch gesagt, ich habe ganz dezidiert zu dir gesagt, ich habe bisher immer geglaubt, du willst es nicht verstehen. Wenn du die Weizer Geschichte wiederholst, muß ich davon ausgehen, daß du es wirklich nicht verstehst. (Beifall bei der SPÖ.) Ein bißchen erinnert mich eure Argumentation bei Weiz so an diesen Hellseher, der herumrennt und sagt, jö, morgen stürzt die Welt zusammen, ich werde das aber verhindern, und der gleiche rennt morgen herum und sagt, die Welt ist nicht zusammenge-

stürzt, na, wie habe ich das gemacht. Genauso ist das auch bei Weiz. Liebe Beate, wenn man im Rechnungsabschluß 1996 nachliest, man muß das mit ein bißchen Dynamik versehen, dann sieht man, daß 60 Millionen Schilling Rücklage für das Krankenhaus in Weiz drinnen sind – 60 Millionen. Im Jahre 1997 sind von den 60 Millionen Schilling, die drinnen waren, 39 nicht verbaut worden, klarerweise, weil das noch nicht gebaut wurde, und für das Budget 1998 haben wir 30 Millionen Schilling im Budget. Wenn ich das zusammenzähle, und das müßte eigentlich technisch möglich sein, 60, 30 und 39, ergibt das eine Summe von 129 Millionen Schilling. In der Liquiditätsplanung für den Bau des Krankenhauses Weiz sind 105 Millionen Schilling notwendig. Meines Wissens sind 105 Millionen Schilling ein bißchen weniger als 129 Millionen Schilling. Wir haben sogar mehr Geld für Weiz zur Verfügung als wir wirklich brauchen. Ihr könnt zehn-, 20-, 30-, 40mal erzählen, daß kein Geld für Weiz da ist – es ist da. Es ist sogar mehr Geld da, als wir in diesem Jahr verbauen können. (Abg. Mag. Hartinger: „Im Budget ist es nicht drinnen!“) Wenn ihr euch nicht erkundigt, wie genau bei uns im Ressort gearbeitet wird, dann kann niemand etwas dafür. (Abg. Mag. Hartinger: „Wann ist Baubeginn?“) Das ist die Frage der Finanzierung. Baubeginn wird im Februar sein. Hofrat Josel ist auf der Zuschauertribüne gesessen und hat das bestätigt. Die Anbotseröffnung für die Ausschreibung findet am 16. Dezember um 10.30 Uhr statt, wo wir alles da haben. Heute hat mir der Herr Rechnungshofdirektor dankenswerterweise mitgeteilt, daß die Prüfung des Rechnungshofes abgeschlossen ist, und zwar positiv abgeschlossen ist. (Beifall bei der SPÖ.) Ich stehe auch nicht an, zu sagen, daß wir hier hervorragend mit dem Regierungsmitglied Michael Schmid zusammenarbeiten und daß wir das optimal vorbereitet haben. (Landesrat Ing. Schmid: „Warum waren 14 Tage vorher die 5 Millionen im Budgetvoranschlag nicht drinnen?“) Wenn wir zu viel Geld drinnen haben, dann muß es ja nicht viel zuviel sein. Es reicht ja etwas zu viel auch – würde ich meinen, um das bauen zu können. Meine Damen und Herren! Ich möchte doch auf ein paar Punkte eingehen, die in der heutigen Debatte aus meiner Sicht sehr wesentlich auch gesagt wurden. Martin Wabl, zur Frage Mutter-Kind-Paß-Untersuchung komme ich am Schluß. Frau Abgeordnete Zitz, zur Frage Psychiatriereform komme ich auch dazu. Ein wesentlicher Punkt für mich ist der Beschlußantrag der ÖVP des Herrn Abgeordneten Bacher zur Frage Hospiz. Hans, ich unterstütze das vollinhaltlich. Ich würde aber nur um eines bitten: Der Widerspruch, daß wir heute ein Budget beschließen, in dem die Finanzierung nicht drinnen ist, gleichzeitig dann einen Beschlußantrag einbringen, wo wir etwas fordern, wo wir wissen, daß das nicht im Budget drinnen ist und nicht drinnen sein kann, da würde ich bitten, daß wir uns auf eine Maßnahme einigen, wo wir sagen, wir wollen eigentlich alle das gleiche, schauen wir, daß wir irgendwo das Geld zusammenkriegeln, aber verzichten wir auf einen Beschlußantrag, der in Wirklichkeit das Budget konterkariert, das wir jetzt dann in ein paar Stunden beschließen wollen. Inhaltlich ist das eine ganz tolle Geschichte, und da mache ich sofort mit. Ich sage dir auch zu, daß wir bei der Finanzierung auf jeden Fall mitmachen, soweit es in dem Budget möglich ist. Der zweite Punkt, Beschluß-

antrag der FPÖ, betreffend Kürzung des Gesellschafterzuschusses. Das ist auch so eine Geschichte, wie mit dem Krankenhaus Weiz, so nach dem Motto der Oma: „Zuwenig und zuviel ist dem Narren sein Ziel.“ Wir müssen davon ausgehen, und jeder in diesem Hohen Haus weiß das, daß wir den Gesellschafterzuschuß des Landes an die Krankenanstalten massivst, ich sage massivst, reduziert haben. Ich sage Ihnen ein paar Eckdaten dazu: Die Frage Rationalisierungs-Ausschuß, Steigerungsrate 5,8 Prozent. Hätten wir den Rationalisierungs-Ausschuß eins zu eins umgesetzt, würde das Land im Jahr 1997 um 665 Millionen Schilling mehr an die Krankenanstalten zahlen müssen als sie gezahlt haben, im Jahr 1998 um 610, 1999 um 638 und im Jahr 2000 um 666 Millionen Schilling mehr, insgesamt 2,5 Milliarden Schilling. Ich bitte doch zu akzeptieren, daß wir uns bei den Spitälern, weil wir die Versorgung aufrecht erhalten wollen, weil wir keine Leute hinausschmeißen wollen, weil wir die Leute gut versorgen wollen, weil wir keine Krankenhäuser zusperrn wollen, jetzt nicht zu Tode sparen. Wenn man jetzt noch einmal etwas herausnimmt, dann weiß ich nicht mehr, wie man das weitermachen kann. Ich sage auch noch dazu, was die Vereinbarung betrifft: Selbstverständlich, und ich stehe auch dazu, aber was niemandem entgangen sein dürfte, der sich ein bißchen mit dieser Materie auseinandersetzt, ist die Tatsache, daß wir das gesamte Arbeitszeitgesetz auf gut steirisch „g'fressn“ haben, daß wir das gesamte Arbeitszeitgesetz im Rahmen des Zuschusses durchgeführt haben. Und das ist eigentlich eine Leistung, die den Spitälern hoch anzurechnen ist – im Interesse der Sanierung des Landeshaushaltes. Darüber hinaus werden Sie mich zu keiner Reduktion zwingen können. Es sei denn, es gibt eine Mehrheit im Hohen Haus. Dann muß man aber auch sagen, was das für die Spitäler bedeuten würde – mit mir bitte das nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Noch ein Punkt, und da gestatten Sie mir, ein bißchen Emotionen zu zeigen: Ich weiß, daß es jetzt im Moment die Linie der FPÖ ist, alles, was „Rot“ ist, und alles, was „Schwarz“ ist – ich denke an die Regierungssekretäre – ein bißchen madig zu machen. Beate, das, was du heute mit dem Helmut Hirt und mit dem Helmut Schnabel gemacht hast, ist nicht die feinste Art. (Abg. Mag. Hartinger: „Nicht die Personen, die Art, habe ich gesagt!“) Ich habe dir auch zugehört. Diese beiden jetzt hinzustellen, als irgendwelche roten und schwarzen Günstlinge, die um einen Pappenstiel ein Unternehmen führen, das 6 Milliarden Schilling an die Spitäler verteilt, die das wirklich so gut machen, daß wir diese Beschlüsse einstimmig machen können, und da ist mir das recht, und ich bin froh, daß ich diese Leute habe, ist unfair. Jeder andere würde es wahrscheinlich nicht so gut können und würde viel teurer sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage dazu noch etwas, Beate: Ich war selbst Sekretär. Ich akzeptiere daher ganz einfach nicht, daß das offensichtlich eine Berufsgruppe sein soll, die wie Vorbefragte behandelt wird. Wenn man einmal Sekretär war, dann darf man nichts werden und soll man nichts sein. Sie machen ihre Arbeit exzellent, und dabei ist mir wurscht, ob der „Rot“, „Schwarz“ oder „Blau“ ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum nächsten Punkt: Der Beschlußantrag, betreffend Ausweitung der Patientenombudsfrau, auch ein offenes Wort. Die Kollegin Rieder hat ein sehr weitreichendes Konzept vorbereitet, sehr umfangreiche Maßnahmen vorbereitet. Die Frau Abgeordnete Gross hat das gesagt. Eines würde ich auch bitten, die Frau Skledar sitzt ja hinten, daß man ein bißchen darauf Rücksicht nimmt, was ein Mensch und ein, zwei Bedienstete dazu in Wirklichkeit auch leisten können. Ich muß sagen, wenn man sieht, was sie bisher macht und was sie tut, ist sie mit dem, was sie zu tun hat, in Wirklichkeit ausgelastet und hat genug zu tun. Wir werden uns da mit der Kollegin Rieder koordinieren und das auch mit ihr zusammen in dem Sinne machen, wie der Beschlußantrag auch gesagt hat.

Das zweite und für mich auch durchaus interessante Thema – Martin Wabl –, Frage Ärztehonore. Ein paar sehr offene Worte dazu: Wir haben dort einige Probleme. Wir verhandeln seit einem halben Jahr in dieser Frage. Ich stehe nach wie vor 100prozentig zu dem Antrag, den ich gemacht habe. Die Probleme, die wir dazu haben, schauen in etwa so aus, daß wir einmal schauen müssen, wie es in den anderen Bundesländern rennt, Martin. Faktum ist, daß wir in Wirklichkeit von jenen Teilen, die die PKVs an die Krankenhäuser zahlen, einen erheblichen Anteil bereits für die Häuser abziehen, was ich für richtig halte und was gewährleistet ist. Ich sage dir daraus ein paar Zahlen aus diesem Rechnungshofbericht heraus: In Niederösterreich lukrieren die Krankenhäuser von den privaten Krankenversicherungen 254 Millionen Schilling. Sie geben davon an die Ärzte 247 Millionen weiter, also praktisch 100 Prozent. In Tirol, nicht vergleichbar mit der Steiermark, weil es kleiner ist und alles zusammen, in Tirol lukrieren die Krankenhäuser 534 Millionen und geben davon 450 Millionen an die Ärzteschaft weiter. In der Steiermark schaut es so aus, daß wir 590 Millionen in etwa lukrieren und davon 309 Millionen an die Ärzte weitergeben. Ich sage dazu, das ganze System ist seit dem Jahre 1920 gewachsen. Ich bin absolut unglücklich damit. Wir versuchen gemeinsam mit den Ärzten eine Regelung zu finden, die unter den Prämissen in etwa geht. Das Verhältnis zwischen oben und unten muß reduziert und verändert werden, eine Sache, zu der wir – glaube ich – alle stehen können. Es muß ein Fächerausgleich geschaffen werden. Es kann nicht so sein, daß ein Kinderarzt nur auf Grund der Tatsache, daß er eben weniger private Krankenversicherte drinnen hat, weil Kinder eben nicht privat krankenversichert sind oder weniger krankenversichert sind, daß die dann unvergleichsweise weniger Honorar kriegen, als es zum Beispiel ein Radiologe, ein Chirurg oder sonst wer bekommt.

Und der nächste Punkt, deine Frage, wie ist das Einkommen für alle? Wir haben, Martin, das Problem, daß wir zwar in den Landeskrankenanstalten das regeln können, daß wir aber natürlich Spitäler haben, wo das anders ist. Und das sage ich auch dazu aus dem Rechnungshofbericht, es sind nicht meine Zahlen, Ordensspitäler – Vergleich mit den öffentlichen Spitälern, Landeskrankenhaus. Der Maximumwert von 8,8 Millionen Schilling, den ein Primarius erzielt hat, ist nicht in einem Landeskrankenhaus und nicht sonst irgendwo passiert, sondern ist in einem Ordensspital passiert. Und die durchschnittlichen Werte in den Ordens-

spitälern sind um wesentliches höher als die Werte, die wir zum Beispiel in den Krankenanstalten haben. Ich sage dazu auch im Sinne des Verhältnisses zwischen dem Arbeitgeber, dem Land Steiermark und den Ärzten, wir versuchen gemeinsam mit den Medizinern, mit den Spitzenmedizinern, hier zu einer Lösung zu kommen. Ich bin durchaus nicht böse. (Abg. Dr. Wabl: „Dann mußt du das koppeln!“) Es gibt einen Antrag der ÖVP auf Finanzierung der Ordensspitäler. Wir werden uns natürlich das auch anschauen müssen, weil wir selbstverständlich eine Vergleichbarkeit zwischen den Spitälern herstellen müssen, und weil wir selbstverständlich auch schauen müssen, wie sie mit anderen Einnahmen, sprich mit den Einnahmen aus den PKVs, umgehen. Selbstverständlich wird hineingenommen, ich bitte aber, daß man uns da ein bißchen Zeit gibt, weil ich nichts über das Knie brechen will und vor allem auch nicht den Eindruck erwecken will, daß wir sozusagen gegen unsere Spitzenleute draußen ununterbrochen Krieg führen, sie ununterbrochen an den Pranger stellen, sondern versuchen, mit ihnen gemeinsam Lösungen zu finden, die allen zugute kommen. Ich glaube, im Sinne des Nachmittags und der Probleme, die wir mit der Zeit haben, verzichte ich darauf, das vorzulesen, was wir in dem letzten Jahr gemacht haben. Wir haben eine sehr lange Liste, geht von den Bauprojekten, orthopädische Konzepte, Gesundheitsvorsorgen, legistische Maßnahmen und, und, und. Es könnte jeder haben, der das haben will.

Ich kürze das ab und möchte ihnen für das, was wir uns für das nächste Jahr vorgenommen haben, ein paar Punkte herausnehmen, so wie wir uns Gesundheitspolitik vorstellen, und so wie wir uns die Politik im Krankenhaus vorstellen.

Die erste Geschichte: Der Mutter-Kind-Paß. Martin Wabl und die Frau FPÖ-Abgeordnete dazu. Ich halte nach wie vor – und ich stehe nicht an, zu sagen – die Tatsache, daß wir die Geburtenbeihilfe abgeschafft haben, für eine riesige Fehlentscheidung. Die paar Millionen, die wir uns österreichweit damit erspart haben, stehen in überhaupt keiner Relation zu der gesundheitspolitischen Bedeutung und zu dem gesundheitspolitischen Nachteil, den wir dadurch erfahren haben. Genauso ist es aber für mich ein riesiges Problem, daß wir mit einer Situation konfrontiert sind, daß Leute – und jetzt sage ich dazu, nicht nur Mütter, denn die Väter haben da auch eine Verantwortung – ihre Kinder nicht mehr zur Untersuchung bringen, nur weil sie kein Geld mehr dafür bekommen. Das ist auch ein Problem. Und das zeigt auch ein bißchen, wie sehr wir in der Gesundheitspolitik davon ausgehen, daß irgendwer uns das alles regeln wird und daß wir selber eigentlich keine Verantwortung haben. Wir haben das Problem, Martin, daß wir, auch wenn wir wollten, wenn wir das auffangen wollen, was der Bund nicht mehr bezahlt, wir knapp 200 Millionen Schilling im Jahr an Kosten hätten. Und ich sage dazu, das können wir uns nicht leisten, so gerne ich das hätte, so gerne ich das tun würde. Bei 14.000 Geburten, in etwa 15.000 im Monat, 15.000 Bezahlung, 2000 zahlt der Bund, kommen wir nicht zusammen.

Und das zweite, wir wollen diese Frage Mutter-Kind-Paß und dieses Rückholssystem ganz einfach auch dazu nützen, Überzeugungsarbeit zu leisten. Ich

halte von Zwangsmaßnahmen in dem Bereich überhaupt nichts. Deswegen bin ich auch gegen jeden Vorschlag, der sagt, sie müssen zwangsweise vorgeführt werden. Ja bitte, wo kommen wir da hin? Was mache ich mit einer Mutter, die sagt, ich gehe nicht zu dieser Vorsorgeuntersuchung. Fahre ich dann mit der Polizei hin, lege ich ihr Handschellen an, führe ich sie zwangsweise zur Untersuchung? Was wollen wir denn da? Es geht mir dort um Überzeugungsarbeit, es geht mir darum, daß die Leute selber für ihre Gesundheit Verantwortung übernehmen, daß die Leute selber etwas tun und selber einen Beitrag leisten. Das werden wir unterstützen, da werden wir sie erinnern, da werden wir Maßnahmen setzen. Und ich muß sagen, es war toll zu sehen, wie von der Ärztekammer, Gebietskrankenkasse, Klinik, die Ärzte draußen, alle in diesem Bereich mitgezogen haben.

Nächster Schwerpunkt für uns für das kommende Jahr: Die Frage Suchtprävention. Meine Damen und Herren, jeden Tag, wenn Sie die Zeitung aufschlagen, kriegen Sie mit, was sich da abspielt. Jeden Tag kriegen wir mit, daß Kinder mit 12, 13 Jahren in Wirklichkeit schon in diese Gefahr hineinkommen oder auch noch jüngere. Wir werden alle Maßnahmen, die wir dort haben, verstärken.

Und ich möchte einen Punkt zum Schluß noch anbringen, der mir eigentlich am Herzen liegt, weil ich glaube, daß durch die riesigen Finanzdiskussionen, die wir in den letzten Jahren geführt haben, Gesundheitspolitik in Wirklichkeit viel mehr als Finanzpolitik verstanden wird. Wir jonglieren mit 100 Millionen auf, 100 Millionen herunter. Ich bin froh darüber, daß wir die Finanzierung außer Streit gestellt haben. Ich bin froh darüber, daß wir in den Krankenhäusern bei rund 1,6 Milliarden Bauvolumen im Jahr in Wirklichkeit keinen einzigen Skandal haben, kein einziges Problem haben, daß wir Baukosten überschreiten, kein einziges Problem haben, daß wir Bauzeiten überschreiten. Ja, im Gegenteil, meine Damen und Herren, wir sind in Hartberg draußen gestanden und können sagen, wir werden nicht nur rechtzeitig fertig, sondern wir werden die Baukosten um 30, 40 Millionen noch unterschreiten, die wir drüber haben. (Beifall bei der SPÖ.) Und das, worum es mir jetzt geht und was nicht so spektakulär ist, was sicherlich nicht so darstellbar ist, daß wir in der Gesundheitspolitik in der Prävention auf der einen Seite, aber auch bei dem, was wir in den Häusern machen, zu jenen Punkten kommen, die man nicht so genau sieht, die nicht so mit Zahlen belegbar sind. Und da sage ich ihnen ein Beispiel. Wir haben bei den Umbauten im Bereich der neuen medizinischen Klinik in Graz ein Sterbezimmer vorgesehen, was es bisher nicht gegeben hat, wo man bisher nicht geredet hat darüber. Und Faktum ist, meine Damen und Herren, daß 80 Prozent der Leute in den Krankenhäusern sterben, daß sie auch zum Sterben dort hingelegt werden, daß sich zum Teil die Verwandten nicht kümmern, daß man alles dem Krankenhaus überläßt. Und wir fangen dort an, Maßnahmen zu setzen, wo man auch den letzten Punkt des menschlichen Lebens menschenwürdig gestalten kann und tun kann. Das ist nicht spektakulär, das kann man nicht klass verkaufen. Ich halte es aber für wahnsinnig notwendig. Wir müssen auch davon übergehen, daß Medizin mehr ist, als Apparate kaufen, mehr ist, als Häuser bauen,

mehr ist, als Klos und Duschen in die Krankenzimmer hineinzubauen. Wir sollten zum Beispiel im Bereich der onkologischen Versorgung es nicht als unbedingten Luxus verstehen, wenn man Frauen, die Brustkrebs haben oder Männer, die Krebs haben, psychologisch betreut, daß man Psychologen und Psychotherapeuten einstellt, und daß man sie nicht nur körperlich behandelt, sondern ihnen auch seelischen und geistigen Beistand gibt. Ich glaube, daß das für mich Punkte sind, wo wir einen unheimlichen Aufholbedarf haben, wo wir irrsinnig viel machen müssen, und wo ich Sie ganz einfach bitte, uns dabei ein bißchen zu unterstützen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Ich möchte mich am Schluß ganz herzlich bedanken bei den Mitarbeitern in der Fachabteilung für das Gesundheitswesen, in der Rechtsabteilung 12, in der KAGES, auch bei allen, denen in den letzten Jahren viel angetan wurde. Ich muß sagen, das sind exzellente und hervorragende Leute, die eine sehr gute Arbeit leisten. Ich möchte mich auch bei der Patientenombudsfrau Skledar bedanken, die eine wirklich sehr gute Arbeit leistet. Ich hoffe, daß wir in den Verhandlungen mit dem Gerhard Hirschmann zu einer Lösung kommen, daß sie auch personell so ausgestattet wird, daß sie die Arbeit sozusagen noch länger machen kann, weil sie sonst einmal Gefahr läuft, von der Patientenombudsfrau zur Patientin im Krankenhaus zu werden. Und das wollen wir alle nicht. Ich werde mich bemühen, daß wir dich hier unterstützen können. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) In diesem Sinne bedanke ich mich auch bei meinem Büro und bei den Mitarbeitern in der Landeskommission, im Landesfonds, und hoffe, daß wir weiterhin so konstruktiv arbeiten, wenn es auch zwischendurch ein bißchen blitzt und kracht. Danke. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. - 14.29 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 5 liegt nicht vor.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir kommen zu elf Abstimmungen:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Schreiner und Mag. Hartinger zur Gruppe 5 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Wer dem Antrag des Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 des Landesvoranschlags 1998 seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Mehrheit.

Wer dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Landeszuschuß zur Betriebsabgangsdeckung für die steirischen gemeinnützigen Ordenskrankenanstalten, zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wer dem Beschlußantrag der ÖVP, betreffend eine Unterstützung für die Ausbildungskosten der freiwilligen Betreuer des Hospizvereines Steiermark, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Mehrheit.

Wer dem Beschlüßantrag der ÖVP, der FPÖ, der Grünen und des LIF, betreffend Erstreckung des Aufgabebereiches der Patientenvertretung auf die Alten- und Pflegeheime sowie auf die mobilen Dienste, seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wer dem Beschlüßantrag der FPÖ, betreffend Mutter-Kind-Untersuchung, zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Das ist die Minderheit.

Wer dem Beschlüßantrag der FPÖ, betreffend Kürzung des Gesellschafterzuschusses – KAGES, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Wer dem Beschlüßantrag der Grünen und des LIF, betreffend Umweltschutz, seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Wer dem Beschlüßantrag der Grünen, der ÖVP und des LIF, betreffend Verwendung der Mittel aus der sogenannten Energiesteuer, zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wer dem Beschlüßantrag des LIF und der Grünen, betreffend ökologische Steuerreform, seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die Mehrheit fest.

Wer dem Beschlüßantrag des LIF und der Grünen, betreffend Erstellung eines Programmes für die Verwendung der Mittel aus der Klimaschutzmilliarde, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zur Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (14.32 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich berichte über die Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr. Bei dieser Gruppe werden im Voranschlag 64.076.000.000 Schilling aus Einnahmen ausgewiesen und aus Ausgaben 1.000.292.202.000 Schilling. Ich ersuche um Annahme dieser Gruppe.

Mündlicher Bericht Nr. 66. Der Finanz-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 2. Dezember 1997 zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/1, betreffend den Landesvoranschlag 1998, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan, über Beschlüßanträge beraten und zur Gruppe 6 nachstehende Beschlüsse gefaßt:

Antrag: Der Hohe Landtag wolle zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 657/1, folgende Beschlüßanträge beschließen: Zur Gruppe 6: Das Bundesprogramm zur Lawinen- und Wildbachverbauung beinhaltet Beschäftigungsimpulse. Wenn die anteiligen Landesmittel nicht gezahlt werden, kann aber das Programm nicht durchgeführt werden. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in diesem Bereich die anteiligen Landesmittel in dem Ausmaß zur Verfügung zu stellen, daß der Bundesanteil voll genützt werden kann. Antragsteller: Dr. Flecker, Gennaro,

Kaufmann, Herrmann, Riebenbauer und Straßberger. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Zusammenhang mit der für die Steiermark unabdingbaren Aufrechterhaltung von regionalen Linienautobusdiensten bei der Bundesregierung eine grundsätzliche Reform des Kraftfahrzeuglinienrechtes dahingehend einzufordern, die das starre und unflexible Konzessionssystem ändert und die Möglichkeit der öffentlichen Ausschreibung von Verkehrsleistungen ermöglicht. Antragsteller: Purr, Riebenbauer, Majcen, Tasch, Schrittwieser und Dipl.-Ing. Grabner. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alle geeigneten und erforderlichen Schritte zu setzen, um den Betrieb der Graz-Köflach-Bahn auch über das Jahr 1998 hinaus sicherzustellen, damit der Pendlerverkehr und das Güteraufkommen im Sinne des Gesamtverkehrsprogrammes weiterhin auf der Schiene abgewickelt werden kann. Antragsteller: Purr, Straßberger, Ing. Mag. Hohegger, Posch, Schrittwieser, Günther Prutsch und Schinnerl. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, beim Ausbau beziehungsweise bei der Finanzierung der für die Steiermark wichtigen Infrastrukturprojekte (wie beispielsweise dem Semmeringbasistunnel) bei der Bundesregierung eine Gleichbehandlung mit Vorhaben anderer Bundesländer – und dementsprechend eine rasche Umsetzung – einzufordern; insbesondere sind weitere Verzögerungen durch neue Finanzierungsstrukturen beziehungsweise Konzessionsmodelle zu vermeiden. Antragsteller: Schützenhöfer, Purr, Riebenbauer, Ing. Mag. Hohegger, Vollmann und Schrittwieser. Ich bitte um Kenntnisnahme meines Berichtes und ersuche um Annahme. (14.36 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 6 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil Wasserbau und im zweiten Teil Straßenbau und Verkehr behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 6, Wasserbau. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Heibl, dem ich es erteile.

Abg. Heibl (14.36 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ein altes Lied, jedes Jahr das gleiche. Die Wildbach- und Lawinenverbauung muß am Ende des Jahres als Bittsteller bei sämtlichen Regierungsmitgliedern tätig werden. Das ist auch heuer nicht anders. Es fehlen 4,5 Millionen Landesgeld, eine Nachbedeckung ist notwendig, eine positive Erledigung steht jedoch noch aus. Nach der bisherigen tatsächlichen Entwicklung in dieser Branche der Bauausgaben für Wildbach- und Lawinenverbauung werden bei einem Arbeitsende – und das hören Sie richtig – am 12. Dezember, also heute, für 145 Arbeitnehmer voraussichtlich 29,5 Millionen Landesmittel beansprucht werden. Vorgesehen sind im Budget 1997 24 Millionen für Beiträge zur Wildbachverbauung und 1,2 Millionen Beiträge für die Lawinenverbauung. Im heurigen Sommer – und das wissen Sie alle genau so gut wie ich – wurde die Steiermark von zahlreichen heftigen und teilweise außergewöhnlich starken Regenereignissen heimgesucht,

welche die Durchführung zahlreicher Sofortmaßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Schadensausweitung zur Folge hatten. Nach einer Ausgabenüberschau für 1998 liegt der vorläufig ermittelte Bedarf an Landesmitteln für die Lawinen- und Wildbachverbauung wieder bei 29 Millionen Schilling, um auch die entsprechenden Bundesmittel zu bekommen. Mit zu geringen Ansätzen im Budget kann ein vorausschauender Baubetrieb in der Sektion Steiermark nicht mehr das ganze Jahr aufrechterhalten werden, ich habe ihnen vorhin gesagt, daß mit heute 145 Leute, Spezialisten, wahrscheinlich nach Hause geschickt werden oder zumindestens auf Urlaub geschickt werden. Derzeit behilft man sich so, daß es bereits eine Winterpause von zwei Monaten gibt, obwohl die Wintersaison die Hauptsaison dieser Leute ist, weil sie für die Verbauung Niedrigwasser brauchen, es ist auch die geeignete Zeit für die Holzschlägerung und so weiter, so zwingen wir diese Spezialtruppe, daheim zu bleiben, schicken sie in die Arbeitslosigkeit. Die Budgetansätze, meine Damen und Herren, wurden in den letzten Jahren laufend reduziert. Rationalisierungen in diesem Bereich wurden überwiegend so gelöst, daß in erster Linie Beschäftigte reduziert wurden, von 190 Arbeitnehmern auf 145, und der Landesanteil, also die Landesmittel, wurden von einst 35 Millionen – wie gesagt – jetzt auf 25 Millionen reduziert. Meine Damen und Herren, die Lawinen- und Wildbachverbauung hat in erster Linie schutzfunktionelle Aufgaben zu erfüllen, vor allem aber auch präventive Schutzmaßnahmen zu treffen, bevor ein Unglück passiert, bevor Hab und Gut zerstört werden. Es wäre daher wünschenswert, wenn die Landesmittel mindestens auf die ohnehin zu knappen Bundesmittel abgestimmt werden könnten, und der gesetzliche Mindestanteil der Mittel der Länder beträgt ja nur 15 Prozent, und die Steiermark hat auch keinen höheren Satz, sondern bedient sich dieser Mindestsätze von 15 Prozent. Danach wäre für 1998 ein Landesbudget von 29 Millionen Schilling für die Lawinen- und Wildbachverbauung notwendig, unbedingt notwendig, sage ich, um die vorbereiteten Mittel auch vom Bund zu bekommen. Es wird daher in einem Antrag vom Finanz-Ausschuß die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, in diesem Bereich die anteiligen Landesmittel in dem Ausmaß zur Verfügung zu stellen, daß der Bundesanteil voll genützt werden kann. Die vorsorgliche Bereitstellung dieser Mittel hätte folgende Vorteile für das Land Steiermark:

Erstens: Möglichst große Sicherung des Lebensraumes der Bevölkerung in der Steiermark vor Wildbach- und Lawinengefahren, aber auch vor Felsstürzen und Rutschungen.

Zweitens: Es müssen keine Bundesgelder zurück nach Wien geschickt werden, auf die andere Bundesländer warten und sie mit großer Freude entgegennehmen würden.

Drittens: Der Einsatz der Landesmittel kann bei der Wildbach- und Lawinenverbauung überaus effizient für unser Land gestaltet werden, weil die Beiträge durch Bundesmittel vervielfacht werden.

Viertens: Durch Baumaßnahmen im ländlichen Raum im ländlichen Bereich und den Multiplikatoreffekt kann das Land Steiermark auf sparsame Weise einen beträchtlichen Beitrag zur notwendigen Konjunkturbelebung leisten.

Fünftens: Arbeitsplatzsicherung in strukturschwachen Landgemeinden, weil ein Großteil der Arbeitnehmer aus diesen Gemeinden kommt und auch ihre Wohnungen und ihre Häuser in diesen Gemeinden haben.

Sechstens: Auch eine Förderung von Kleinbetrieben und Zulieferern aus dem ländlichen Raum.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren, kann gesagt werden, der forsttechnische Dienst, die Lawinen- und Wildbachverbauung, soll in der Weise ausgestattet sein, daß er in der Lage ist, seine Aufgaben und Ziele wahrzunehmen, nämlich Verluste an Menschenleben zu verhindern und wirtschaftliche Schäden hintanzuhalten und womöglich auch Katastrophenschäden, soweit es möglich ist, zu vermeiden. Der bestehende und genehmigte Katastrophenschutzplan, der Gefahrenzonenplan für die Steiermark, beinhaltet Bauaufträge, die fertig geplant und in der Tischlade liegen, von 4,5 Milliarden Schilling, wurde mir gesagt und reicht etwa für diese Spezialtruppe für 15 Jahre Arbeit. Wenn, meine Damen und Herren, die Nachfrage und der Bedarf nach Bauleistungen überall so groß wäre wie in dieser Branche Lawinen- und Wildbachverbauung, dann hätten wir in unserer Baubranche einige Sorgen weniger.

Meine Damen und Herren, vielleicht noch einige wenige Bemerkungen zum Siedlungswasserbau. Die Errichtung von Abwasserbeseitigungsanlagen war noch nie so billig oder noch sie so preisgünstig wie jetzt. Herr Abgeordneter Schreiner, das stimmt. Zum Nachteil der Bauunternehmer, zum Vorteil der Gemeinden und der Verbände, ist Tatsache, ist so. Nur, wie viele dezentrale Anlagen, die laufend gefordert werden und auch verwirklicht werden, hängt nicht nur vom Willen der Beteiligten ab, sondern auch im hohen Maße natürlich von der Raumordnung. Das vorgegebene Ziel, der beschlossene Entsorgungsgrad in und für die Steiermark wird, behaupten Zivilingenieure, etwa in fünf bis sieben Jahren erreicht werden. Indem das Land Steiermark alle Schulden aus dem Siedlungswasserbau im nächsten Jahr den Gemeinden überweisen wird, ist damit zu rechnen – hoffentlich –, daß Gemeinden und auch Verbände weitere noch unbedingt notwendige oder unerledigte Projekte in Angriff nehmen werden. Im Bereich Trinkwasser, geschätzte Abgeordnete, schaut das etwas anders aus, da gibt es noch einen großen – meiner Meinung nach – Aufholbedarf, weil vor allem kleinere Orte mit eigener Wasserversorgung nicht jene Wasserqualität erreichen, wie große Trinkwasserversorger mit der entsprechenden Aufbereitung und entsprechender Verteilung über ihre Netze, notfalls und auch oft notwendig mit entsprechender Vermischung. Meine Damen und Herren, das waren einige Überlegungen zum Wasserbau in unserem Bundesland. Ich danke Ihnen, daß Sie mir zugehört haben. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 14.45 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Mag. Zitz das Wort.

Abg. Mag. Zitz (14.45 Uhr): Die Grünen haben vor ungefähr einem Jahr mit Experten und Expertinnen aus dem Bereich der Pflanzenkläranlagen zusammen eine Broschüre entwickelt. Die Broschüre haben wir

beworben über die landwirtschaftlichen Mitteilungen, über die „Kleine Zeitung“ und auch über den ORF, und innerhalb von ein paar Wochen haben wir den größten Teil unserer Auflage unter die Leute gebracht. Das heißt, daß es im ländlichen Raum ein großes Bedürfnis gibt, danach die Abwasserfrage so zu lösen, daß einerseits die vorgegebenen hygienischen und wasserrechtlichen Standards gehalten werden – das ist mir als Grüne auch ein sehr großes Anliegen –, und daß andererseits die ländliche Bevölkerung die Möglichkeit hat, ihre Abwasserbehandlung, es muß nicht automatisch eine Beseitigung sein, so durchzuführen, daß es möglichst kostengünstig ist, betriebswirtschaftlich, aber auch volkswirtschaftlich. Wir haben dem Herrn Landesrat Pörtl beim letzten Budgetlandtag ein Bouquet mit Rohrkolben überreicht, weil das Pflanzen sind, die auf solchen Pflanzenkläranlagen wachsen. Er hat sich dafür herzlich bedankt und hat auch versprochen, das seiner entzückenden Gattin weiterzugeben. Wir waren nämlich bei seiner Buschenschank, als wir im Rahmen der Abwassergesetzesverhandlungen uns einige Lösungen im Pöllauer Tal angeschaut haben – er hat das vorhin schon zitiert. Ich muß aber leider sagen, daß diese Varianten, die dort realisiert wurden, für die Steiermark insgesamt leider Gottes nicht verallgemeinerbar sind. Am 11. Oktober 1997 hat die Kommission für Siedlungswasserwirtschaft in Wien 62 steirische Abwasserprojekte zur Förderung präsentiert bekommen. Sie wissen, daß diese Projekte vom Bund und Land kofinanziert werden. Bei nicht einmal einem Drittel dieser eingereichten Projekte wurde tatsächlich eine Variantenuntersuchung zur Ermittlung der kostengünstigsten Form der Abwasserbehandlung durchgeführt. Die Verhandlungen zum Abwassergesetz haben vor etwa einem halben Jahr im Sommer begonnen. Sie sind dann auf Ebene der Klubjuristen weiter behandelt worden, was ich auch ziemlich nachvollziehbar finde. Es wird im Jänner eine neue Verhandlungsrunde zum Abwassergesetz geben. Es gibt in der Steiermark leider Gottes auch Abwasserprojekte, die man als sehr verschwenderisch bezeichnen kann. Ich nenne einmal die Hitliste dieser Projekte, und der Abgeordnete Andreas Wabl und ich haben diese auch schon mehrmals öffentlich präsentiert. Es ist erstaunlich, was da alles finanziert wurde: Gemeinde Vordernberg – Kosten pro Hausanschluß 900.000 Schilling, Bruck/Weitenthal 560.000 Schilling Kosten pro Hausanschluß, Predlitz/Turrach 329.000 Schilling Kosten pro Hausanschluß. Es gibt zum Glück auch einige positive Projekte, wo man sehr sinnvoll vorgegangen ist, etwa in Heiligenkreuz am Waasen, wo eine Variantenuntersuchung durchgeführt wurde, oder auch in Mareinberg, Gemeinde St. Marein bei Graz, oder in der Ragnitz, wo man die Kosten durch Bürgerbeteiligung und auch durch Variantenuntersuchungen stark reduzieren konnte. Ich möchte in diesem Sinne einen Beschlußantrag einbringen, der dahingeht, daß man das Förderungsvolumen vom Land Steiermark umschichtet in Richtung Unterstützung von Kleinkläranlagen. Es gibt bereits Initiativen in diese Richtung von Landesrat Pörtl und von der zuständigen Abteilung, die sehr positiv sind. Diese Kofinanzierungsversuche Bund/Land sollte man deswegen verstärkt in die Richtung kleiner dezentraler Anlagen ausrichten. Der Antrag, eingebracht von Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brünner und Keshmiri, lautet

deswegen, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im nächsten Landesvoranschlag eine wesentlich höhere Förderung für die Errichtung von Kleinkläranlagen im ländlichen Raum vorzusehen. Das wäre eine ganz konkrete Form einer alternativen Landwirtschaftspolitik, und das wären Ausgaben, die auch im volkswirtschaftlichen Sinn sicher in die richtige Richtung investiert würden. Ich ersuche daher um Unterstützung dieses Beschlußantrages. (Beifall bei den Grünen. – 14.50 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 6: Straßenbau und Verkehr.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Straßberger das Wort.

Abg. Straßberger (14.50 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich erlaube mir, zur Gruppe 6 – Straßenbau und Verkehr – meine Stellungnahme abzugeben. Ich beginne heute ausnahmsweise nicht mit dem Semmeringprojekt, Basistunnel und Straßentunnel (Abg. Schrittwieser: „Sehr gut!“), sondern wende mich vordringlich dem Landesstraßenbau zu. In der letzten Zeit, und das ist auch hier in diesem Hohen Haus passiert, wurden immer die vier großen Straßenprojekte behandelt und diskutiert. (Abg. Schrittwieser: „Großer Nachholbedarf!“) Das ist die Ennstaltrasse, Semmering S 6/ Lückenschluß und der Basistunnel, Teilstücke Judenburg/Scheifling (Abg. Schrittwieser: „Das ist eine Bundesstraße!“) und vor allem Bruck-Pernegg. Natürlich haben diese Projekte an Bedeutung nichts verloren, aber wir haben die so wichtigen Landesstraßenbauprojekte etwas vergessen beziehungsweise vielleicht etwas in den Hintergrund gerückt. Ich meine daher, wir müssen uns auch in Zukunft verstärkt der Sanierung der wichtigen Landes- und Bundesstraßenverbindungen und Zubringerstrecken widmen und in Angriff nehmen. Wir wissen, daß wir an Landesstraßen 3400 Kilometer haben, an Bundesstraßen 1600 Kilometer, also zusammen 5000 Kilometer in unserem Bundesland, an Autobahnen 310 Kilometer und an Schnellstraßen 150 Kilometer. Auch in der Obersteiermark, insbesondere im Mürztal, kann ich auf derartige Projekte verweisen. Ich führe hier an, von der Mürztaler Seite her den Pfaffensattel, das Zellerrain, eine äußerst wichtige Verbindung in das Mariazeller Land, die Straße durch das Halltal, die durch die Wallfahrer sehr frequentiert wird, wobei ich dazusage, daß in diesem Bereich kaum ein Gehsteigvorhaben ist, das Projekt Seeberg, vor allem aber der Ausbau der B 72, Krieglach-Alpl, Zufahrt zur Peter Roseggers Waldheimat beziehungsweise zum Geburtshaus und zur Waldschule. Ich habe vor kurzem hier im Hohen Haus schon ausführlich über den Ausbau dieses Teilstückes gesprochen und mich eingesetzt. Ich hoffe nur, daß meine Worte hier nicht ins Leere gegangen sind. Ich werde auch nicht müde werden, für diese Projekte weiterhin zu kämpfen. Im Budget 1998 sind dem Landesstraßenbau folgende Ansätze im ordentlichen Haushalt zugeordnet, und zwar für die Erhaltung von Landesstraßen und Drittleistungen für Straßen- und

Brückenbau von 134 Millionen Schilling, für Neubau von Straßen, Brücken und vor allem von Radwegen von 205 Millionen Schilling und für Grundeinlösen in etwa 32 Millionen Schilling und Diverses. Zusammen macht das im ordentlichen Haushalt in etwa 500 Millionen Schilling aus. Es ist in der Umweltdebatte schon davon gesprochen worden, daß leider Gottes für Lärmschutzmaßnahmen im ordentlichen Haushalt keine Ansätze vorhanden beziehungsweise nur mit 1000 Schilling veranschlagt sind. Mir ist aber auch klar, daß diesbezüglich das Landesstraßenverwaltungsgesetz geändert werden muß. Im außerordentlichen Haushalt sind für die Landesstraßensonderbauprogramme für den Straßenneubau und für den Straßenausbau, für den Brückenneubau und für den Brückenausbau und Radwege insgesamt 80 Millionen Schilling vorgesehen, und im Sonderinvestitionsprogramm sind für den Landesstraßenbau insgesamt 50 Millionen Schilling vorgesehen. Das ergibt zusammen ein Budgetvolumen von 754 Millionen Schilling. Ich darf auch feststellen, daß der Voranschlag 1998 gegenüber dem Rechnungsabschluß 1996 in diesem Bereich doch um 71 Millionen Schilling geringer ist. Nachdem wir höhere Ertragsanteile im Jahr 1997 erhalten haben, bin ich überzeugt, daß diese Budgetkürzung, aus welchen Gründen auch immer, und ich habe gehört, man muß mit gutem Beispiel vorangehen, auch wettgemacht werden wird. Auch der Bund ist in die Mangel zu nehmen, das möchte ich schon sehr deutlich hier sagen, denn es wurde mir berichtet, daß der Bund für die Bundesstraßen in der Steiermark in der Vergangenheit etwas säumig war, und hier ist diesbezüglich auch zu reagieren, denn letztendlich gibt es Forderungen in der Steiermark an Bundesstraßenprojekten von 3,3 Milliarden Schilling. Lieber Herr Landesrat Ressel, ich bitte Sie sehr höflich, dabei sind Sie gefordert, daß Sie sich hier auch dementsprechend verwenden. Auch für unsere Baubezirksleitungen und Straßenmeistereien, verehrte Damen und Herren, im Land Steiermark wurde eine neue und einschneidende Entscheidung auf Bundesebene getroffen. Wir wissen alle, daß die Straßengesellschaften auf Grund der Maastricht-Kriterien ausgegliedert wurden, und für unsere 300 Personen im Straßenerhaltungsdienst in der Steiermark war diese Vorgangsweise natürlich nicht leicht zu verkraften. Es ist dann nach langen und zähen Verhandlungen gelungen, mit den Ländern vorerst einmal einen Zehnjahresvertrag mit einer Dreijahreskündigungsfrist einzugehen, der gewährleistet, daß im wesentlichen der Straßenerhaltungsdienst und Teile der Planung in unserem Landesbereich verbleiben. Durch die kostengünstige und wirtschaftliche Führung des Straßenerhaltungsdienstes war natürlich der Bund auch bereit, mit den Ländern diese Vereinbarung zu treffen, und das, darf ich hier sehr deutlich sagen, spricht für die Verantwortlichen in unserem Lande, die hier diese Ausgangsbasis geschaffen haben. Denn letztendlich auf Bundesebene sprach man auch schon von einer totalen Privatisierung, und, werte Damen und Herren, ich glaube, daß die Politik in der Steiermark unseren Menschen eben verpflichtet ist, einen verkehrssicheren Straßenerhaltungsdienst zu jeder Tages- und Nachtzeit anzubieten. Und gestatten Sie auch, daß bei solchen Budgetreden auch Dankesworte auszusprechen sind. Und bei dieser Gelegenheit darf ich den Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Gunter Dirnböck

danken, der wesentlich bei diesem Zustandekommen des Ländervertrages oder dieser Länderverträge mitgewirkt hat. Und ich darf auch hier behaupten, daß diese Verträge im großen Stil die Handschrift des Herrn Hofrat Dirnböck tragen. Ich habe auch die ursprüngliche Fassung gekannt, und die hat ganz anders für unseren Straßenerhaltungsdienst in der Steiermark ausgesehen. Aber ich glaube, gebührt auch ein Applaus. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Bei dieser Gelegenheit darf ich für das Engagement und den Einsatz unserer Baubezirksleiter, den Straßenmeistern, aber insbesondere den Bediensteten im Straßenerhaltungsdienst nochmals sehr herzlich hier danken. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich doch abschließend noch einige Bemerkungen zum Semmeringprojekt anbringen. Ich kämpfe um dieses Projekt und lasse keine Gelegenheit aus, die Wichtigkeit und Notwendigkeit dieser beiden Projekte anzusprechen. Damit meine ich den Straßentunnel und den Semmeringbasistunnel. Es ist zum einen bitte nicht zu verstehen, daß dieses Projekt oder dieser Semmeringbasistunnel als einziges Projekt in Österreich privat finanziert werden soll. Das versteht wirklich niemand. Und zum zweiten, das sage ich auch sehr deutlich hier, ist es unerklärlich, daß es ein Bundesland gibt, das sich jahrelang gegen dieses Projekt stemmt.

Ich hoffe nur, daß die Oberste-Gerichtshof-Entscheidung bald fällt und daß sie positiv ausgeht. Es gibt auch eine Zeitungsmeldung, wo es heißt, Wien, Niederösterreich fordern, her mit den Semmeringmilliarden, und Siegfried, du weißt, wir haben da beide – glaube ich – genug zu tun, und da bleiben wir uns gegenseitig eigentlich nichts schuldig. Jeder hat hier vor seiner Tür genug zu tun. Das möchte ich hier deutlich sagen. Sehr geehrte Damen und Herren, vor kurzem hat es auch in Wien die transeuropäische Verkehrsenquete gegeben, und die hat im Wiener Rathaus stattgefunden. Diese Enquete hat haarscharf aufgezeigt, was es für Österreich bedeuten würde, wenn die Südbahnstrecke und somit auch der Semmeringbasistunnel und der Koralmtunnel in den nächsten acht bis zehn Jahren nicht ausgebaut beziehungsweise gebaut wird. (Abg. Schinnerl: „Das kann gar nicht sein!“) Die transeuropäischen Korridore würden dann an Wien vorbeiführen, und Budapest würde dann der Hauptverkehrsknotenpunkt für das transeuropäische Schienen- und Verkehrsnetz werden. Und, sehr geehrte Damen und Herren, das bedeutet, daß Österreich natürlich umfahren wird, und es braucht sich daher niemand nur einen kleinen Funken einer Chance ausrechnen, daß dann vielleicht über die Südostspange gefahren wird oder unter Umständen durch den Koralmtunnel. Verehrte Damen und Herren, und bei dieser Enquete im Wiener Rathaus ist es ganz klar herausgekommen, daß diese Gefahr die hohe Wiener Politik kapiert und auch verstanden hat, ich sage das etwas überspitzt, und daß die auch darauf reagieren. Denn wenn unsere Bundeshauptstadt Wien 60 Kilometer östlich von den transeuropäischen Korridoren umfahren wird, dann ist Österreich aus verkehrspolitischer Sicht gestorben. Ich will hier keine Ängste schüren, aber ich sage das sehr deutlich. Und was das für den Wirtschaftsstandort Österreich be-

deuten würde, brauche ich Ihnen bitte nicht näher erklären. Ich hoffe, sehr geehrte Damen und Herren, ich war deutlich genug und habe versucht, die Wichtigkeit der Südbahnstrecke für unseren Wirtschaftsstandort Österreich, aber insbesondere für unsere Steiermark, darzustellen. Und ich bitte Sie daher sehr höflich, diese von mir heute aufgezeigten Projekte, aber insbesondere die im Landesstraßenbau, voll und ganz für unser Land zu unterstützen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Gestatten Sie mir noch zwei Anmerkungen zum Verkehrsverbund. Die letzte Statistik hat ergeben, daß leider Gottes der Zuwachs stagniert. Es sind im vergangenen Jahr nur 0,4 Prozent an Frequenzsteigerung möglich gewesen, und das in diese Richtung, daß eher die Einzelfahrscheine zurückgegangen sind und die Wochenfahrscheine angestiegen sind. Nachdem heute im Parlament in Wien eine wichtige Abstimmung mit verschiedenen Ansichten und Meinungen stattfinden wird und wir einen diesbezüglichen Beschlußantrag vorbereitet haben, werden wir diesen Beschlußantrag jetzt letztendlich auf Grund der aktuellen Situation nicht einbringen, verehrte Damen und Herren, es geht hier um die Verkehrssicherheit, Alkohol am Steuer. Und nachdem ich im Bundesfachausschuß für Verkehr auf Bundesebene dabei sein darf, war es so, daß hier natürlich verschiedene Ansichten vorhanden waren, was bringt die Absenkung, geht man mit den selben Straffolgen von 0,8 auch auf 0,5, und hier war die Meinung der ÖVP, und damit meine ich auch die der steirischen Volkspartei, daß man sehr wohl für die Senkung der Promillegrenze war, aber letztendlich die Differenz zu 0,8 mit finanziellen Maßnahmen bestrafen soll. Das war nicht bei allen Fraktionen, das möchte ich auch sagen. Man wollte die Sanktionen von 0,8 sofort auf 0,5 transferieren. Und was mich etwas nachdenklich stimmt, das darf ich hier auch sagen, es gibt leider Gottes nur einen Vierparteiantrag. Und ich habe gestern abend, als ich nach Hause gekommen bin, noch schnell im Teletext geschaut und habe müssen feststellen, daß die FPÖ hier eher eine für mich unverständliche Haltung auf Bundesebene eingenommen hat. (Abg. Schrittwieser: „Sepp, eine Frage, was ist da der Unterschied?“) Horch einmal, ich habe gesagt auf Bundesebene. Siegfried, weißt du, ich habe mit meinen zwei Jahren im Nationalrat die FPÖ auch in Wien erlebt, und ich darf sie jetzt drei Jahre hier erleben, und ich muß sagen, hier wird natürlich mit gespaltener Zunge gesprochen. Ich denke nur an den Semmeringbasistunnel, danke, daß ihr den unterstützt. (Abg. Schinnerl: „Herr Kollege, Fasslabend!“)

Weißt du was, Peter, es wäre ganz wichtig, daß du einmal deine Gruppe da draußen, ich habe das schon einmal hier gesagt, einmal auf die Schiene bringst, und es war so, daß hier die FPÖ aber schon beinhart für 0,5 dagegen war, und jetzt kommt ihr eigentlich mit 0,5, verstärkte Kontrollen und Maßnahmen und mit allem drum herum. Also diese Änderung, die hat mich eigentlich etwas nachdenklich gestimmt. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Wie stimmte der Zweidick ab?“) Das ist seine Sache. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Dieser Antrag wird die Mehrheit finden!“) Es wird noch immer dieser Antrag die Mehrheit finden, aber ihr habt euch nicht einmal den Mut genommen, daß ihr mit hinaufgeht.

Ich weiß, was das bedeutet, solche Entscheidungen zu treffen. Ich habe das schon einmal mitgemacht bei einer geheimen Abstimmung im Parlament. Das ist nicht angenehm. Aber letztendlich glaube ich, daß es für die Verkehrssicherheit in Österreich und in unserem Lande, trotz allen Widersprüchen, die es auch diesbezüglich gibt, gut ist, daß nun diese Handlung erfolgt und daß hier die Promillegrenze auf 0,5 gesenkt wird. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 15.06 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der nächste Redner, ebenfalls als Hauptredner, ist der Herr Abgeordnete Schreiner. Er hat das Wort.

Abg. Ing. Schreiner (15.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zur Gruppe 6, „Verkehr, Straßen- und Wasserbau“, möchte ich ganz kurz auf die Budgetrede des Herrn Landesrates Ressel eingehen und einen Halbsatz verlesen. Ganz wesentlich im Zusammenhang mit diesem Budget ist natürlich der gewaltige Investitionsschub, der damit verbunden ist: Dieser Halbsatz trifft für diese Gruppe 6 nicht zu. Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn Herr Landesrat in seinem Schlußwort dies auch eingestehen könnte. Diese Gruppe umfaßt ein Budget von zirka 1,3 Milliarden Schilling – ausgabenseitig, und damit ungefähr 3 Prozent unseres Landesbudgets. Einnahmenseitig sind keine wesentlichen Veränderungen festzustellen, außer der Tatsache, daß man gegenüber dem Erfolg 1996 im Budget 1998 die Einnahmen aus Verwaltungsstrafen um rund sechs Millionen Schilling höher budgetiert. Ich hoffe nicht, daß unbotmäßig Verkehrsteilnehmer für einfache Übertretungen noch mehr bestraft werden. Die Exekutive ist nicht dazu da, an jeder Hausecke zu stehen und möglicherweise in Zukunft einen Pensionisten, der nicht unbedingt genau am Zebrastreifen tritt, weil er schlecht sieht, auch noch zu bestrafen – das kann es nicht sein. Ausgabenseitig ist es eigentlich sehr traurig, was da zu sehen ist. Es gibt nur eine Steigerung bei den Personalausgaben und bei den Reisespesen, aber das natürlich im Rahmen der Valorisierung. Es gibt für mich einen einzigen erfreulichen Aspekt, und das ist, daß die Kosten für Projektierungen und Planungen größer werden. Das heißt, man denkt wirklich an die Zukunft, und man trifft für die Zukunft Vorkehrungen. Im wesentlichen ist insgesamt weniger Geld vorgesehen für die Baumaßnahmen Straßenerhaltung, Straßenneubau, Brückenbau, Radwege, Hochwasserschutz, Wildbachverbauung und Siedlungswasserbau, als im Erfolg 1996 aufgewendet wurde. Dieser Siedlungswasserbau, der ganz kurz schon gestreift wurde, hat es wirklich in sich. Und dabei ist wirklich etwas festzustellen, nämlich etwas, was nicht festzustellen ist. Es wurden dem Wohnbau, ohne Absprache mit dem Herrn Landesrat Schmid, fast 300 Millionen Schilling entnommen, und diese Mittel wurden dem Siedlungswasserbau zugeführt, aber dort sind sie nicht angekommen. Wenn sie aber dort nicht angekommen sind, dann müssen sie woanders hingegangen sein. Aufklärung haben wir insofern bekommen, daß eigentlich damit Zahlungsverpflichtungen der Vorjahre gedeckt werden. Jetzt komme ich zur eigentlichen Problematik unseres Budgets, weil

eigentlich reden wir alle hier über das Budget – das Hauptthema der Veranstaltung. Wenn es möglich ist, Mittel irgendwo nicht zuzuführen und zu sagen, daß diese Mittel woanders zugeführt werden, immer unter dem Aspekt, daß wir über das 1998 jetzt reden, und eigentlich diese Mittel 1998 nicht ankommen, weil sie von 1995 bis 1997 bereits verbraucht wurden, dann stimmen einige Dinge nicht. Es stimmt die Budgetwahrheit nicht, das Jährlichkeitsprinzip stimmt auch nicht. Was stimmt dann eigentlich? (Beifall bei der FPÖ.) Frau Abgeordnete Karisch, ich würde Sie gerne ansprechen: Sie haben gestern wirklich emotionell gesagt, und darauf werde ich noch sehr gerne und sehr oft zurückkommen, wir im Landtag haben die Budgethoheit. (Abg. Dr. Karisch: „Bestreiten Sie das?“) Wie wollen Sie eine Hoheit haben, wenn es keine Klarheit gibt. Wenn Sie heute dem Herrn Landesrat Dörflinger zugehört und verstanden hätten, dann würden Sie wissen, wie es um die Budgethoheit wirklich steht. Er hat nämlich folgendes gesagt: Es spielt keine Rolle, ob für eine Investition etwas im Budget vorgesehen ist oder nicht, denn wir haben das Geld. Wenn jetzt ein Landesrat sagt, daß, außer dem Budget, Geld vorhanden ist, dann ist es naheliegend, daß der nächste Landesrat sagt, daß man, außer dem Budget, noch höhere Schulden hat. Und wir im Landtag wissen es nicht. Wir haben keine Budgetwahrheit, und wenn ich keine Wahrheit habe, dann brauche ich auch keine Hoheit für etwas, was es nicht gibt. Dazu brauche ich keine Hoheit. Die Hoheit hat vom Gesetz her der Landtag, das ist richtig. Aber dieses Instrument ist zahnlos. Ich möchte es ganz gerne nochmals wiederholen. (Abg. Dr. Karisch: „Ich war Kontrollsprecherin. Ich glaube, es ist nicht bestritten, daß der Landtag die Hoheit hat, wie jeder einzelne Abgeordnete. Ich lasse mir von Ihnen ...!“) Frau Abgeordnete Karisch, noch bin ich am Wort (Abg. Dr. Karisch: „Aber Sie sprechen mich an!“), aber wenn Sie zuhören, dann werden Sie einiges vielleicht besser verstehen. Die Vorgangsweise ist folgende: Die Gesetze, die den Landesrat zur Kreditaufnahme ermächtigen, sind, und ich wiederhole das zum dritten Mal, Persilscheine. Wenn drinnen steht, beim ersten Mal, der Landesrat ist ermächtigt, mit seiner Fachabteilung 1,6 Milliarden Schilling aufzunehmen, und beim zweiten Mal 2 Milliarden Schilling aufzunehmen, im In- oder im Ausland, bis zu einer maximalen Laufzeit von 15 Jahren, dann ist das ein Persilschein. Ich kann mit dieser Gesetzesvorgabe, der Sie zustimmen, alles machen. Es ist nur die maximale Laufzeit und der maximale Rahmen begrenzt. Das hat nichts zu tun mit der Budgethoheit des Landtages. Das Nächste: Niemand hat eine Information, wie das Spiel mit den inneren Anleihen geht. (Abg. Dr. Karisch: „Warum sagen Sie mir das?“) Was obliegt dem Landesregierung? Das obliegt dem Landesrat. Sie wissen nicht, was passiert bei der Zuführung zu den Rücklagen. Das ist ein Spiel, das wir jetzt betreffend der Mittel beim Wohnbau gesehen haben. Ich frage Sie noch einmal, mit welchem guten Wissen und Gewissen stimmen Sie einem Budget zu unter dem Aspekt der nicht vorhandenen Wahrheit? Sie verstehen es nicht. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dr. Karisch: „Es gibt finanztechnische Instrumente!“) Die muß man verstehen. Die finanztechnischen Instrumente muß man so gestalten, daß sie verständlich und nachvollziehbar

sind. Die Gesetze, die wir haben, sind nicht mehr zeitgemäß und sind nicht mehr angepaßt. Das ist eine Persilscheingesetzgebung. Wieder zurück zum Verkehr: Wir haben eingangs bei meinen kurzen Ausführungen gesehen, daß wir im wesentlichen hier einen Investitionsschub und einen Innovationschub nicht zu erwarten haben. Es wird wahrscheinlich Herr Kollege Schrittwieser jetzt nach mir reden und wird sagen, ja, es gibt eine Vereinbarung mit dem Herrn Minister Einem, und Herr Landesrat Ressel hat sich sehr bemüht. (Abg. Schrittwieser: „Gefällt mir nicht, wenn ich so berechenbar bin!“) Ich hoffe, daß du das sagen wirst, weil das würde ein gewisses Bemühen voraussetzen, das wir von der ÖVP-Seite seit vielen Jahren schon vermissen. Du wirst wahrscheinlich sagen, wir bekommen jetzt zirka 2,5 Milliarden Schilling für den Straßenbau und 11 Milliarden Schilling für die Schiene, aber nicht 1998 – das wirst du leider dazusagen müssen. Wir bekommen 1998 nichts. Das ist das Problem in diesem Land. Ich habe manchmal das Gefühl, wenn es um die Finanzierung notwendiger Maßnahmen in diesem Land geht, dann ist die Schengener Außengrenze am Wechsel und am Semmering. Leider Gottes ist festzustellen, und das ist schon seit 50 Jahren festzustellen, daß in Wien nicht mehr die Alliierten, die Besatzungsmacht, sitzen, sondern Ihre Fraktion. Das ist in diesem Zusammenhang festzustellen. (Beifall bei der FPÖ.) Meine Bitte richte ich jetzt natürlich an den Herrn Landesrat, der dieses Ressort vor zwei Jahren übernommen hat, sich wirklich im Sinne der Wirtschaft, und da darf ich einen gewissen Lobbyismus betreiben, und im Sinne der Arbeitnehmer dieses Landes in der Bauwirtschaft einzusetzen, daß wir diese Grenze Wechsel und Semmering beim Geldfluß endlich einmal besser überwinden können. Das wäre wirklich erforderlich. (Abg. Schrittwieser: „Ressel ist ein Garant dafür!“) Sie lesen in den Zeitungen, daß es der exportierenden Wirtschaft nicht so schlecht geht, aber die Bauwirtschaft liegt am Bauch, und Otto Heibl wird mir das bestätigen können. Die 100.000 Arbeitslosen im nächsten Frühjahr ist keine Zahl, die wir heraufbeschwören, aber das wird leider eine Tatsache sein, die eintritt. Aber es gibt auch andere Dinge noch dazu zu sagen, es ist sehr interessant, so am letzten Tag vor der Budgetsitzung heute die Zeitung zu lesen. Ich habe da etwas sehr Interessantes gelesen. Zwei interessante Dinge, die erste Geschichte war die, daß der Baugewerkschafter Drimer, den ich sehr schätze, vor Tagen eingefordert hat, bei der Bundesregierung endlich Investitionen in unserem Bereich, Infrastruktur, Bau, loszumachen, wirksam werden zu lassen. Daraufhin erklärt Minister Fahrleitner, ja, auf Bundesseite kann das nicht liegen, weil es sind ja 33 Milliarden vorgesehen. Es ist ununterbrochen immer alles vorgesehen, aber die Vorsetzung trifft nicht ein. Das ist unser Problem. Und das Problem in diesem Land wird sein, daß diese 11 Milliarden, und nicht einmal Teile davon für die Schiene, und von diesen 2,5 Milliarden Schilling auch Teilbeträge davon nicht eintreffen werden. Das ist unser Problem. Und deswegen muß ich ganz ehrlich sagen, ich vermisse die Innovation in diesem Kapitel, und ich vermisse Ihr Bemühen zum Wohle der Menschen, die in diesem Berufsbereich in diesem Lande arbeiten, und ich vermisse Ihr Bemühen zum Wohle der Firmen in diesem Berufsbereich. Aber Sie machen diesen Job

erst seit zwei Jahren, die ÖVP hat ihn sehr lange gemacht. Und die ÖVP, der Herr Abgeordnete Majcen, den ich sehr schätze, hat es ja gestern gesagt, ihr tut einleiten. (Abg. Majcen: „Das ist eine langfristige Maßnahme!“) Sie tut lange einleiten, ich werde ihnen jetzt sagen, wie lange sie einleitet. Wichtige Bauvorhaben, „Einleitung der Maßnahmen“ heißt das jetzt, Ennstal Bundesstraße 25 Jahre, Nordspange Graz Kalvarienberg-Grabenstraße 20 Jahre, zweiter Südgürtel 20 Jahre und Güterterminal 17 Jahre. Das ist eine Einleitungsphase, das ist unglaublich. Wir sind mittlerweile froh, daß Sie dieses Budget nicht mehr verwalten, es kann nicht mehr schlechter werden. Es kann nur mehr besser werden. (Beifall bei der FPÖ.) Es gibt aber an sich aber noch eine zweite Aussage, die mir sehr gut gefällt, in der „Kleinen Zeitung“ von Herrn Reinhard Rack, ÖVP, EU-Abgeordneter. Der erklärt uns, daß die Ostöffnung „Agenda 2000“, das wird überhaupt kein Problem sein, und das mit den Arbeitskräften ist sowieso geregelt, weil wenn die dann zu uns kommen, dann werden sie sowieso zum kollektivvertraglichen Lohn und zum Mindestlohn in Österreich bezahlt. Es ist an sich die graue Theorie. Ich sage Ihnen, das ist die Theorie, ich sage Ihnen wie die Praxis aussieht in der Bundesrepublik Deutschland, die haben genau dieselbe, noch strenge Gesetzgebung. Wenn Sie heute als Österreicher in der Bundesrepublik arbeiten, müssen Sie nachweisen, daß Sie zumindest die gleichen Sozialabgaben abführen und so weiter, und so fort. Und wissen Sie, wie das gehandhabt wird in Portugal? (Abg. Riebenbauer: „Wir sind ja nicht in Portugal!“) Aber die kommen zu uns, Herr Kollege, und dann kommen die Polen, und dann kommen die Ungarn, und dann kommen die Slowenen. Das ist das Problem, was dann passieren wird. Und die kommen zu uns, wir sind ein angrenzendes Land. Wissen Sie, wie das vor sich geht? Folgendermaßen: Die Gehälter und die Löhne werden überwiesen an Konten, und zu diesen Konten haben die Firmen Zugriff. Und der Differenzbetrag wird von der Firma abgeführt. Reiner Betrug! Passiert! Aber das Gesetz kann im Grunde genommen dagegen nichts machen. Unlängst, Otto Heibl, du bist ja noch da, war ein sehr guter Artikel „Italienisches Bauunternehmen in Kärnten“. Italiener bauen hurtig in Kärnten mittlerweile, hat die EU mit sich gebracht. Wenn der Arbeitsinspektor kommt, kann er nur dann etwas machen, wenn grobe Fahrlässigkeit oder echte momentane Bedrohung des Menschenlebens abzusehen ist. Stimmt das? Ansonsten sind wir machtlos. Wir sind völlig machtlos. Und im Zeichen dieser Tatsache sind wir in der EU, und wir gehen mit dem Schreckgespenst Globalisierung, die im Grunde genommen wahrscheinlich gar nicht so schlimm ist, und wenn sie schon so schlimm ist, dann müßten wir uns rechtzeitig daran gewöhnen, um damit zu leben, gehen wir ganz schnell in den Euro. Und wir kaufen, so schnell es nur irgendwie geht, die Problematik dieser gemeinsamen Währung der anderen mit. Das ist nicht der richtige Schritt. Es hat einen sozialdemokratischen Politiker gegeben, von dem ich höchste Achtung habe, betreffend sein Wirken in den ersten Jahren, das war Bruno Kreisky. Der Mann hat etwas verstanden, und zwar (Beifall bei der SPÖ.) – danke – in den ersten Jahren, ich habe das gesagt. Und zwar, der Mann hat folgendes verstanden, er hat folgendes gemacht in den

ersten Jahren, habe ich gesagt – man kann alles übertreiben –, und es muß jede Maßnahme immer mit dem richtigen Zeitfaktor versehen sein. Er hat in den ersten Jahren vermieden, absolute Spitzen zu haben, er hat aber auch die Täler in der Wirtschaft vermieden, sogenanntes Deficitspending. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Was?“) Herr Landesrat Paierl, Sie kennen das sehr gut. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das war abgemacht!“) Das war richtig. In den ersten Jahren war es zielvoll, und es war wirkungsvoll. Nur dann hat es letzten Endes dann ausgeföhrt, das war so. Aber was hat er damit eigentlich erreicht, was wir heute nicht mehr machen? Er hat damit negative von außen kommende Entwicklungen zeitverzögert und gebremst. Und das machen wir in Zukunft nicht mehr. Wir machen das nicht mehr. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Was ist die Bauinitiative?“) Die Bauinitiative, das haben wir schon gesagt, ist wunderbar, ist gut, aber letzten Endes werden Sie mit 100 Millionen und damit ausgelöster eine Milliarde Investition und mit 200 Millionen ausgelöste 2 Milliarden Investition das Problem im Lande nicht lösen. Das lösen Sie nicht, allein wenn Sie die Wirksamkeit sehen des Wohnbaubudgets. Da lösen vier Milliarden ungefähr 16 Milliarden Volumen aus. Das sind andere Größenordnungen. Und da nehmen Sie 300 Millionen weg, ohne den Schmid noch dazu zu fragen. Das ist eine Vorgangsweise, das ist ja unhöflich noch dazu. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das wissen Sie selbst ganz genau, Sie sind in der Branche!“)

Herr Kollege Paierl, Sie verstehen mich. Wir können nicht mit einem kleinen Pflaster, das sind 200 Millionen Schilling, einen Beinbruch, den Beinbruch der Bauwirtschaft heilen. Nicht immer nur über die kleinen Dinge reden, die großen Dinge angehen und lösen. Und nicht 17 oder 20 Jahre lang darüber nachdenken, wie man eine Straße im Norden von Graz baut. (Beifall bei der FPÖ.) Ich möchte noch einmal, vielleicht jetzt, damit Sie unser Abstimmungsverhalten verstehen, den ganz wesentlichen Punkt im Zusammenhang mit diesem Budget sagen. (Abg. Schrittwieser: „Unverständlich!“) Es ist nicht unverständlich! Und zwar den gewaltigen Investitionsschub, der damit ausgelöst ist. Das ist ein Grund, das findet nicht statt, das werden Sie zugeben müssen, und auch der Herr Landesrat Ressel wird das zugeben wollen. Und der zweite Grund ist die dubiose Geschichte „Siedlungswasserbau“, die verschwundenen Millionen, die jetzt in der Vergangenheit wieder auftauchen. Und aus diesen Gründen und aus den Gründen der Budgetwahrheit, die wir vermissen, und aus Gründen der Budgethoheit, die ich nicht glaube, sind wir nicht in der Lage, dieser Gruppe zuzustimmen. (Beifall bei der FPÖ. – 15.24 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren! Der nächste Hauptredner ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Auch er hat die 15 Minuten Zeit. Ich bitte um das Wort.

Abg. Schrittwieser (15.24 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren!

Wenn ich die freiheitliche Partei in den letzten zwei Tagen beobachte, und wenn ich mir nochmals vor Augen führe, was sie alles hier so von sich gegeben hat

(Abg. Wiedner: „Du warst ja gar nicht da!“), und wenn ich nicht wüßte, wie es wirklich ist, dann würde ich mir vorkommen wie in einem Land, wo es nur Chaos gibt, wo nichts weitergeht, wo es keine Überlegungen gibt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihr Verhalten diesem Land gegenüber, diesem Budget gegenüber, ist ungeheuerlich, und Sie haben überhaupt nichts in diesem Land noch dazu beigetragen, wo etwas Positives herauskommt, sondern Sie gehen heran an die Dinge und sagen, alles was hier geschieht, machen wir schlecht, weil irgendwas wird in der Öffentlichkeit schon hängen bleiben. (Abg. Mag. Bleckmann: „7 Millionen Schilling hätten wir, wenn wir das Wohnbauressort nicht hätten!“) Diese Politik weisen wir zurück, und das ist auch der Grund, warum wir mit Ihnen derzeit nicht zusammenarbeiten können. Und es wird auch dabei bleiben, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Das Derzeit kann zehn Jahre dauern, 15 Jahre dauern, 20 Jahre. In dieser Form, wie Sie sich derzeit in diesem Lande verhalten, ist diese Zusammenarbeit nicht möglich. Wenn Sie von der Budgetwahrheit sprechen, meine Damen und Herren, so möchte ich schon etwas sagen: Die Budgetwahrheit ist, daß wir vor einigen Jahren noch 2,5 Milliarden Schilling Budgetdefizit hatten, und Landesrat Ressel hat dieses Budgetdefizit auf Null gesenkt. Und das ist eine besondere Leistung. Sie haben keinen Schritt dazu beigetragen, daß es dazu kommen konnte, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Abg. Schinnerl: „Wer zahlt denn das, das Sparpaket, die Bürger?“ – Beifall bei der SPÖ.) Sie haben nur ein Problem, meine Damen und Herren von den Freiheitlichen, daß Sie mit der derzeitigen Rolle, die Sie in diesem Land spielen können, und das ist die, die Sie vom Wähler erhalten haben, nämlich eine bedeutungslose, nicht fertigwerden. Und das ist Ihr Hauptproblem, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Wabl: „Der Schachner arbeitet mit dem Schmid ganz gut zusammen!“) Auf Sachebene kann man immer wieder zusammenarbeiten, selbstverständlich, Martin. Aber in grundsätzlichen Fragen sind die Unterschiede sehr groß. Es ist ja mit dir auch nicht leicht, also werden wir uns auf die wichtigen Dinge beschränken müssen. Meine Damen und Herren, ich möchte einige Dinge zur Verkehrspolitik in diesem Lande sagen. (Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Friede!“) Die Verkehrspolitik rückt in diesem Land immer mehr in den Mittelpunkt der Politik. Es ist eine Freude, wenn man in den letzten Jahren Verkehrspolitik mitgestalten und mitmachen konnte, weil endlich in diesem Verkehrsressort Verkehrspolitik gemacht wird (Beifall bei der SPÖ.), und daß wir endlich aufhören, dieses Ressort nur zu verwalten, meine Damen und Herren. Es ist für dieses Land, und weil du gesagt hast, Friede, Herr Kollege Vesko, so verwende ich diesen Ausdruck, fast ein Segen, daß dieses Ressort zu unserem Kollegen Ressel gewechselt hat, weil jetzt gibt es Initiativen (Beifall bei der SPÖ.), jetzt gibt es finanzielle Mittel, und wir können uns wieder mit Projekten beschäftigen, die wichtig sind für dieses Land, und es werden die Projekte nicht mit der Gießkanne im Land verteilt. Man hat früher geschaut, wo kann man ein paar Stimmen gewinnen, und dort wurden Straßen gebaut, und wo wir das nicht konnten, haben wir das nicht gemacht. Jetzt gibt es Schwerpunkte in diesem Ressort, und das ist

gut so. Ich möchte einige dieser Schwerpunkte auch nennen, weil das ist ja nicht irgend etwas, was man so behauptet, sondern das kann man ja begründen. Ich denke nur daran, wie rasch und wie schnell der Verkehrsverbund hier in diesem Land umgesetzt wurde. (Abg. Dr. Karisch: „Weil er vorbereitet war!“) Vorher haben wir jahrelang für den Großraum Graz gebraucht. Innerhalb von einem Jahr haben wir flächendeckend diesen Verkehrsverbund umgesetzt. Meine Damen und Herren! Wir befördern heute fast 70 Millionen Menschen mit ungefähr 4500 Mitarbeitern, und 50 Verkehrsverbundunternehmen sind hier tätig. Aber wir können uns natürlich nicht mit dem, was wir haben, abfinden, sondern auch beim Verkehrsverbund stellen wir fest, daß es natürlich noch viele Verbesserungen geben muß. Wir arbeiten in diesem Verkehrsverbund auch noch nicht optimal. Hier muß noch besser nach privatwirtschaftlichen Überlegungen gearbeitet werden, und wir müssen auch die Infrastruktur verbessern. Darum meine ich, daß wir bei der Herabtarifizierung weniger Geld brauchen müssen. Es geht nicht an, wenn hier vom Land über 100 Millionen Schilling insgesamt verwendet werden und für die Infrastruktur keine Verbesserungen zusammenbringen. Das geht aber nur, meine Damen und Herren, wenn wir das Konzessionsrecht verändern, weil hier haben wir noch nicht das, was Landesrat Paierl immer sagt: Wir brauchen hier den Wettbewerb, und wir müssen hier schauen, daß privatwirtschaftliche Grundrechte gewahrt werden, und wir müssen ausschreiben. Das passiert dort alles nicht, sondern das Konzessionsrecht, meine Damen und Herren, ist in diesem Verkehrsverbund zu verbessern. Es kann nichts mehr automatisch erfolgen, sondern auch hier müssen wir zu Ausschreibungen kommen, weil auch hier muß der Wettbewerb eine Rolle spielen. Das wichtigste dabei ist, daß wir einen Pendlernutzen haben, daß wir einen Nutzen jener haben, die das Verkehrsmittel auch benützen. Und das werden wir sicherlich auch noch zusammenbringen. Es gibt Experten, die sagen, wenn wir hier noch mehr nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen arbeiten, und dabei sind auch diese 50 Busunternehmen, die in diesem Verkehrsverbund sind, aufgerufen, daß Einsparungen bis zu 20 Prozent möglich sein werden. Das sollten wir anstreben. Ich sehe in der Tarifpolitik auch nicht ein, daß jemand, der über ein relativ hohes Einkommen verfügt, auch in der Monats- oder Jahreskarte genauso subventioniert fährt, wie einer, der über ein geringes Einkommen verfügt. Auch in dieser Frage ist die Tarifpolitik im Verkehrsverbund zu überdenken und künftig neu zu gestalten. Ein nächstes Projekt, das auch wichtig ist und von Landesrat Ressel eingeleitet wurde, ist der Steirertakt. Hier glauben wir, vor allem im Großraum Graz, daß wir den Individualverkehr zurückdrängen können, daß wir hier den öffentlichen Verkehr forcieren müssen, da ansonsten die Landeshauptstadt Graz, aber auch andere, in besondere Probleme kommen wird. Hier geht es in erster Linie um die Attraktivierung. Weiters geht es darum, einen Schienenzusammenschluß im Großraum Graz zu erreichen und vor allem auch die Optimierung und die Frage der S-Bahn voranzutreiben, weil das ein nötiger Bereich ist. Ein nächster Punkt, der die Pendler betrifft, ist der Nahverkehrsvertrag. Wir werden in dieser Frage, meine Damen und Herren, auch mit dem Bund unsere Ver-

handlungen führen müssen. Das Angebot, was notwendig ist in diesem Lande, muß abgesichert werden. Ich weiß auch, daß Landesrat Ressel hier mit dem Bund und mit den ÖBB in Verhandlungen steht, um den Nahverkehrsvertrag abzuschließen. Weiters geht es noch um den weiteren Ausbau der Bahnhöfe, das rollende Material muß verbessert werden, und um den Lärmschutz und vieles andere mehr. Wenn es hier für die Pendler zu Verbesserungen kommen soll, dann müssen wir versuchen, dies so rasch wie möglich auch umzusetzen. Ein Punkt noch, der sehr richtig erkannt wurde: Natürlich werde ich das hier wiederum zur Diskussion stellen, weil du, Kollege Schreiner, gesagt hast, es passiert hier nichts, wir versäumen das, und die Schengener Grenze ist am Semmering oder Wechsel. Ich möchte schon darauf hinweisen, daß der Bund/Land-Vertrag im Spitalswesen insgesamt 9 Milliarden Schilling bewegt hat, davon 4,5 Milliarden Schilling der Bund. Wenn man heute die Projekte, über die wir hier schon diskutiert haben, anschaut, so sieht man, daß sehr wohl hier sehr vieles erreicht wurde. 11 Milliarden Schilling, meine Damen und Herren, hat es in der Geschichte noch nicht gegeben, die vom Bund in unser Land fließen, um die Infrastruktur, um die Hochleistungsstrecken, um den öffentlichen Verkehr zu verbessern. Und dafür, lieber Hans-Joachim, herzlichen Dank. Hier werden die Dinge angepackt, und hier werden die Dinge vorangetrieben. Daß Ihnen das nicht paßt, weil Sie das nicht miesmachen können, das verstehe ich schon, weil das ist politisch nicht so klass. Ich bin Gott sei Dank in der Lage, über viel Positives berichten zu können. Die Redner von der ÖVP, als das Ressort noch von der ÖVP verwaltet wurde, konnten damals über nichts berichten. Ich tue mir sehr schwer, mit 15 Minuten auszukommen, weil es über sehr viele Initiativen in diesem Land zu berichten gibt, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit und nichts als die Wahrheit. (Abg. Ing. Löcker: „Deine Fantasie ist unschlagbar!“) Richtig. Eines sei hier auch festgehalten, weil ihr von der Schengener Grenze gesprochen habt. Jeder, der sich im Bund nicht hinter die Interessen der Steirerinnen und Steirer stellt, ist von uns zu kritisieren. Und dabei ist es egal, ob er „Schwarz“, „Rot“ oder „Blau“ ist. (Beifall von der SPÖ und ÖVP.) Wir haben aber diesen Vorteil, meine Damen und Herren, wo wir uns aber unterscheiden. Die Wiener Freiheitlichen, darüber brauche ich aber nichts zu sagen, sind gegen alles, was für uns ist. Wir werden das auch immer wieder erzählen, denn das ist wichtig. Auch die ÖVP tut sich noch ein bißchen schwer, weil sie hat den Pröll. Wir warten jetzt die Landtagswahlen ab, und ich hoffe, daß dann etwas in Bewegung kommt. Der Schüssel weiß auch noch nicht recht, ob er sich auf die Seite des Herrn Pröll oder auf die Seite der Frau Landeshauptfrau stellen soll. Ich würde bitten, daß ihr ihn dazu bewegt, daß er sich auf die Seite unserer Interessen stellt. (Beifall bei der SPÖ.) Man braucht nur nach Niederösterreich zu schauen, was sich dort so alles abspielt, dann würde ich meinen, ist das sowieso eine Ungleichbehandlung. Wenn man sich eine eigene Landeshauptstadt bauen kann und dann noch 30 Milliarden Schilling für die Aufschließung braucht, dann dürften eigentlich einige Milliarden für uns keine Rolle spielen. Und da würde ich euch bitten, dort die Stimme zu erheben, lautstark, jeder einzelne, wo er einen Ein-

fluß hat. Bei uns passiert es, die Wiener Freunde und Genossen haben den Widerstand in Wien aufgegeben. Ich hoffe, nicht nur nach außen, sondern wirklich. Aber wir werden das genau, meine Damen und Herren, beobachten

Lassen Sie mich einen Punkt zum Semmeringtunnel sagen. Da gebührt wirklich jedem einzelnen hier, außer dem Kollegen Lopatka, weil der hat das nicht unterschrieben, wir nähern uns für den Semmeringtunnel an die 100.000 Unterschriften, meine Damen und Herren. Und jetzt weiß ich schon, daß man mit 100.000 Unterschriften keinen Tunnel baut. Aber eines sei wiederum dokumentiert, und wir werden dem Bundeskanzler Klima das am 20. Jänner überreichen. Eines sei dokumentiert, daß der Semmeringtunnel nicht nur von einigen Spinnern in der Steiermark ein Wunsch ist, sondern von der Gesamtbevölkerung. (Beifall bei der SPÖ.) Und jeder, der dafür eintritt, dem bin ich dankbar, und ich bin auch dankbar für die Unterschriften der Abgeordneten, daß sie diese wichtige Initiative der steirischen Sozialdemokraten unterschrieben haben, das hat sicherlich auch seine Wirkung und seine Wichtigkeit. Kollege Lopatka, auch du traust dich da nicht drüber, keine Sorge. Das schafft nicht ein jeder. Das ist überhaupt keine Frage. Natürlich, meine Damen und Herren, ist es wichtig und in unserem Schieneninfrastrukturkonzept ist es ja drinnen, daß die Südbahn insgesamt – und auch Hochleistungsstrecken von der Ostbahn her Richtung Ungarn verordnet worden sind. Wir haben die gesamte Südbahnstrecke verordnet, wir brauchen natürlich auch den Terminal, wo wir eine Milliarde investieren werden und Ressel das ja stark vorantreibt. Wir haben Graz, Werndorf. (Abg. Schinnerl: „Wie schaut es mit der Südostspange aus?“) Die Südostspange, lieber Kollege Schinnerl, da gibt es uns alle zwei nicht mehr, bis die kommt. Darum brauchen wir eine leistungsfähige Südbahn, weil wir den Wirtschaftsraum im Süden, meine Damen und Herren, unbedingt diese Aufschließung benötigen. Wenn wir das versäumen, darum ist Graz-Spielfeld genau so wichtig, dann werden wir in das Abseits gerückt, und das wollen wir nicht, und daher werden wir diese Sache angehen, und es ist jeder eingeladen, hier unseren Landesrat zu unterstützen. (Beifall bei der SPÖ.)

In die Pyhrn- und Schoberachse werden wir 3,3 Milliarden ebenfalls investieren, und ich könnte die Summe der Milliarden hier fortsetzen. Es ist natürlich schon so, daß 11 Milliarden nicht in einem Jahr verbaut werden können, sondern wir brauchen hier mehrere Jahre, aber, meine Damen und Herren, ihr könnt ja von uns wirklich nicht verlangen, das ist ja unmöglich. Wenn in diesen letzten Jahrzehnten es auf dem Gebiet es kaum Initiativen gegeben hat, die wirklich zielgerichtet den wirtschaftlichen Notwendigkeiten ausgerichtete Initiativen gegeben hat. Und jeder, der etwas versteht vom Bauen, weiß, daß die Planungsphase, die Vorstufe, die Untersuchungen, die Umweltverträglichkeitsprüfungen ihre Zeit brauchen. Aber wichtig ist, daß das alles in den letzten zwei Jahren ganz konkret auf die Schienen gestellt wurde, daß wir dann diese Schienen haben, die wir für die Wirtschaft unseres Landes brauchen. Meine Damen und Herren, wir werden uns auch davon nicht abbringen lassen, das sei hier gesagt.

Einen Punkt, weil er künftig eine Rolle spielen wird, und ich möchte mich hier durchaus auch sehr klar positionieren. Es sind heute eine Reihe von Projekten vom Kollegen Straßberger genannt worden, die wichtig sind für dieses Land und für Österreich, auch im Autobahnbau. Aber du weißt genau, und wir alle wissen, wenn es in dieser Frage zu keinen zusätzlichen Mitteln kommt und wir keine zusätzlichen Mittel lukrieren, dann können wir uns da wünschen, was wir wollen, dann sind das Wünsche ans Christkind. Sondern wir brauchen diese Lkw-Maut. Es gibt noch immer diese Querfinanzierung von Pkw zum Lkw, und jetzt möge es einigen nicht passen. Aber wenn es zum Roadpricing bei den Lkws nicht kommt, es ist ja gedacht, 1,50 Schilling unter zwölf Tonnen und 2 Schilling darüber, hier werden also einige Milliarden lukriert werden können, wenn wir diesen politischen Mut nicht haben, diese Entscheidungen wirklich rasch zu treffen, dann werden wir – und wir sind einmal nicht sehr bevorzugt behandelt worden sehr lange Zeit – das brauchen, und der Kostendeckungsgrad, das wissen Sie auch, ist beim Pkw 50 Prozent zirka und beim Lkw 25 Prozent. Und wir müssen vor allem, wenn wir wissen, daß seit dem EU-Beitritt der Lkw um 40 Prozent zugenommen hat, vor allem auch aus dem Ausland, dann wissen wir, daß wir auch diese, die da durchkommen, dazu veranlassen müssen, ihre Beiträge für die Aufrechterhaltung und den Ausbau unseres Straßennetzes zu veranlassen. Ich würde bitten darum, meine Damen und Herren, daß Sie in die Richtung ebenfalls aktiv werden und hier Ihre Initiativen setzen. Dann werden wir unsere verkehrspolitischen Forderungen, die bei unserem Kollegen Ressel in guten Händen sind, durchsetzen und umsetzen können, das ist das wichtigste. (Abg. Dr. Wabl: „Herr Präsident, Schlußwort!“) Und somit bedanke ich mich, weil ich glaube, ich habe meine Zeit fast erfüllt. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 15.43 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der Kollege Schrittwieser hat tatsächlich seine Zeit ein wenig überzogen. Ich habe ihm aber die Zeit der Zwischenrufe eingerechnet. Zu einer kurzen tatsächlichen Berichtigung der Herr Abgeordnete Straßberger. Er hat mir gesagt, nicht länger als eine halbe Minute.

Abg. Straßberger (15.43 Uhr): Herr Präsident! Danke vielmals.

Lieber Siegfried Schrittwieser, ich darf eine Berichtigung anbringen, die eine tatsächliche ist. Das möchte ich einmal zum ersten sagen. Nicht ein Landeshauptmann Pröll oder ein Landeshauptmann Häupl entscheiden letztendlich, sondern der Ministerrat, und hier hat es eine einstimmige Entscheidung gegeben, und auch mit Vizekanzler Schüssel. Nur daß du da nicht einfach hergehst, und einfach den einen gegen den anderen ausspielst. (Abg. Schrittwieser: „Sepp, die Entscheidung ist gefallen, aber er verhandelt!“) Siegfried, okay, wir wissen, was wir in den beiden Bundesländern gemeinsam zu tun haben. Das haben wir immer hier gesagt, und bei dem bleibt es. Die zweite Berichtigung ist, wenn du sagst, seit der Herr Landesrat Ressel das Ressort hat, geht was weiter. Bitte, ich muß dir schon eines sagen, seit dem Jahre 1991, wo die Frau Landeshauptmann Klasnic seiner-

zeit als Verkehrsressortleiterin das schwierige Referat als Frau bekommen hat, bitte, geht was weiter, du kannst ihr nicht absprechen, daß sie nicht den Semmeringtunnel verfolgt bis zum Gehntichtmehrer, das möchte ich sagen. (Abg. Dr. Flecker: „Sie haben allerdings auch gegen den vorigen Referenten ...!“) Herr Hofrat Flecker, Sie haben keine Ahnung, Sie kennen sich da nicht aus. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist keine tatsächliche Berichtigung!“) Herr Hofrat, Sie haben keine Ahnung davon. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist keine tatsächliche Berichtigung!“) Und letztendlich darf ich nochmals sagen, viele Projekte, die jetzt finalisiert wurden, wurden von der Frau Landeshauptmann in ihrer Zuständigkeit aufbereitet. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.44 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Also zumindest im zweiten Teil ihrer Ausführungen war ich hinsichtlich der Interpretation, ob tatsächliche Berichtigung oder nicht, relativ großzügig. Jetzt am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl als Hauptredner.

Abg. Dr. Wabl (15.44 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren

Ich habe schon in diesem Haus sehr viel erlebt an Huldigung, an Lobpreisung und habe mir immer gedacht, es gibt sicher noch Steigerungen. Aber was der Sigi Schrittwieser hier demonstriert hat, das war wirklich einzigartig. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Flecker: „Vielleicht bist du noch besser!“) Ich huldige niemandem, vor allem dich nicht als Verkehrs-experte im Ennstal. Aber Sigi, du bist zwar Parteigeschäftsführer und das rechtfertigt deine Brille, die rote oder rosarote Brille. Ich bin einer, der ab und zu in die Kirche geht. Ich war auch schon nahe daran, ein Weihrauchfaß herbeizuschaffen, um deine Lobpreisungen hier nachzuvollziehen. Eines muß ich dir auch sagen (Abg. Dr. Lopatka: „Die Konrad sucht einen Job!“); Die Konrad lasse ich weg, weil er froh ist, daß er sie los ist. (Abg. Dr. Flecker: „Euch fällt nichts anderes mehr ein!“) Lassen Sie mich noch zwei Sachen sagen: Ich habe jetzt eine neue Zeitrechnung, und zwar haben wir diese Zeitrechnung schon gehabt im Gesundheitswesen, und das wird den Herrn Präsidenten Strenitz stören. Wenn ich mir vor zwei Jahren die Wortmeldung des Kollegen Erlitz zum Gesundheitswesen angehört habe, so hat es die Zeit vor Dörflinger und die Zeit nach Dörflinger gegeben, wo sich dann alles zum viel Besseren gewendet hat. Dann haben wir im Kulturbereich, wo es noch viel drastischer war, die Zeit unter Krainer gehabt, dabei ist in diesem Land alles schief gegangen, zumindest nach der Version der SPÖ, und dann ist die Zeit nach Krainer zu Schachner gekommen. Jetzt ist im Verkehrsbereich Landesrat Ressel zuständig, der leider momentan nicht da, aber wahrscheinlich ist meine Rede nicht so wichtig, daß er sie anhört. (Abg. Dr. Flecker: „Im Klub haben wir die Zeit nach Wabl, das ist noch besser!“) Das war sicherlich einschneidend, weil bei der Verfassung von dir und von anderen war das sicherlich eine Schwächung von euch, daß ich weggegangen bin. Jetzt gibt es die Zeitrechnung vor Ressel und die Zeitrechnung nach Ressel. Ich bin kein Verteidiger der Freiheitlichen. Jetzt ist Herr Landesrat wieder da, vielleicht hat er mich draußen erhört. Ich habe gar keinen Grund, die

Freiheitlichen zu verteidigen. Wir haben zu viele unterschiedliche Meinungen. Wenn ich mir das vom Sigi Schrittwieser angehört habe, was er heute hier deponiert hat gegenüber Argumenten, die zum Teil auch richtig waren, und auch Versäumnisse aufgezeigt hat, und wenn ich mir gestern diese gegenseitige Umarmung zwischen dem Herrn Landeshauptfraustellvertreter Schachner und Landesrat Schmid beim Kunsthaus angeschaut habe, gerade daß sie am Schluß nicht aufeinander zugegangen sind und sich umarmt haben, dann muß ich schon sagen, dieses Doppelspiel durchschauen wir auch mit der Zeit. (Beifall bei der ÖVP.) Auf der höchsten Ebene wird sehr amikal miteinander gespielt. Dann tritt Landesrat Schmid auf und beschimpft, und das getraue ich mich zu sagen, und du kannst ruhig beleidigt sein, die Frau Landeshauptfrau Klasnic oft in sehr grober Weise, daß sie die Politik verletzt und so weiter. Wenn ich mir anschau, was hier an Vorwürfen aufgeführt wird, die zum Teil sachlich von der FPÖ begründet sind, dann halte ich das für falsch. Lieber Sigi, weil du die Verkehrspolitik der SPÖ so hoch lobpreist, möchte ich dir auch etwas sagen: Du wirst mir recht geben, wenn ich hier nur einige Versäumnisse nenne, die unter eurer Federführung im Bereich des öffentlichen Verkehrs passiert oder eingetreten sind, und ich werde das mit anderen Ländern vergleichen, will das aber hier gar nicht so breit ausschmücken: Die Schweiz steht im Hinblick auf Versorgung mit dem Eisenbahntaktverkehr, dem öffentlichen Verkehr, heute großartig da. Wenn ich mir anschau, was die SPÖ mit ihren Verkehrsministern auf dem Gebiet zuwege gebracht hat, so muß ich sagen, ist kein einziger Eisenbahnkilometer, außer bei dem Tunnel in Leoben, wo man draufgekommen ist, daß er allein nichts bewirkt, errichtet worden. (Abg. Schrittwieser: „Die Schoberstrecke!“) Wo ist ein Eisenbahnkilometer gebaut worden in Österreich? (Abg. Schrittwieser: „Die Schoberstrecke!“) Ein neuer Eisenbahnkilometer, eine neue Erschließung von Gebieten. Kein zweites Geleis, eine neue Erschließung von Gebieten. Sage mir einen einzigen Kilometer in Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg, der gebaut wurde. Sage mir einen. Im Gegenteil. (Abg. Ing. Löcker: „Das zweite Gleis ist abgebaut worden!“) Er wurde gebaut wider besseren Wissens. Du kannst mir keinen einzigen Eisenbahnkilometer nennen. Dann komme bitte nicht her und sage, was hier Großartiges im Bereich des öffentlichen Verkehrs geleistet wurde. Der Kollege Flecker ist schon hinausgegangen. Aber ich will die Aktivitäten und Leistungen von Herrn Landesrat Ressel gar nicht schmälern. Ich bin nicht einer, der sagt, da ist das schlecht und da ist das schlecht, und das ist nur schlecht. Wenn ich mir anschau, und hinten sitzen ein paar Leute vom Ennstal, die Misere, die wir noch immer im Ennstal haben, dann muß ich sagen, daß hier noch immer an einer völlig falschen Trasse festgehalten wird – an der ennsnahen Trasse. Es gibt dort schon Leute, wie auch den Kollegen Posch aus Admont und andere Vernünftige, die sagen – (Abg. Schrittwieser: „Martin, darf ich dir was sagen, für die Misere seid ihr zuständig!“) Das sagst du, weil wir haben das Verkehrsreferat in der Steiermark. Weißt du, was ihr macht? Ihr wißt ganz genau, daß die ennsnahe Trasse nicht mehr verwirklicht wird (Abg. Vollmann: „Ihr seid ausschließlich schuld daran!“), ihr wißt das ganz genau. Aber ihr

wollt selbst nicht schuldig werden, daher wartet man, bis von der EU der rettende Abschied oder die rettende Absage kommt. Und der Landesrat Ressel hat, und das werfe ich ihm auch vor, am Anfang einmal gesagt, daß Verhandlungen und Gespräche geführt werden. Geschehen ist bis heute nichts. Nichts ist geschehen. (Abg. Vollmann: „Wie heißt der Erdkönig?“) Den Wachtelkönig kannst du ruhig suchen. Ich finde, daß die Menschen in dieser Region, im Ennstal, durch die Verkehrsbelastung sicherlich mehr als bedroht sind. Auf der anderen Seite sage ich aber, diese ennsnahe Trasse ist ökologisch ein heller Wahnsinn, ist verkehrspolitisch ein Wahnsinn und ist ein Unsinn. (Abg. Vollmann: „Ihr seid ausschließlich schuld daran, ihr verhindert es!“) Das mit dem Verhindern könnt ihr mir zehnmal erzählen, das tut mir nicht weh. Es wäre höchst an der Zeit, daß man konstruktive Vorschläge – Umfahrung Stainach im Süden mit der Wanne – erarbeitet und eventuell einen Verkehrsgipfel abhält, wie es die Liezener schon vorschlagen, wie es auch andere Vernünftige dort oben vorschlagen. Der Herr Bürgermeister Posch, und das darf ich gar nicht laut sagen, hat bei der Enquete gesagt, er könnte sich auch die Umfahrung Stainach und den verkehrsnahen Ausbau vorstellen. Aber nichts geschieht auf dem Gebiet. Und dann zu sagen, die Verkehrsprobleme der Steiermark werden großartig gelöst, da geht etwas weiter – (Abg. Schrittwieser: „Wir haben es in Angriff genommen. Du willst es nur nicht sagen. Du bist unobjektiv!“) Wo wird etwas in Angriff genommen, wo? Wo ist zur sinnvollen Verkehrslösung im Ennstal etwas in Angriff genommen worden, wo? (Abg. Schleich: „Ihr verhindert alles, daß nichts weitergeht!“) Franz Schleich, deine Attacken sind genauso einfältig und einseitig, wie die vom Kollegen Schrittwieser.

Ein Zweites noch, weil wir in Graz sind: Nichts ist für eine Stadtrationalbahn getan worden, nichts ist getan worden in diese Richtung. Auf der anderen Seite will man eine Nordspange errichten, wo jeder weiß, daß das eine Autobahn durch die Stadt ist, die nur die Lebensqualität der betroffenen Bevölkerung dort verschlechtert, im Interesse des Autos, weil man hier diesem Götzen Auto huldigt. Daher hätte ich gesagt, Herr Landesrat Ressel, aber auf dem Gebiet läßt sich halt auch nicht viel reden, das ist eine Verordnung, die schon mehr als zehn Jahre alt ist, wo viele sagen, auch der Verfassungsgerichtshof, daß eine solche Verordnung nicht mehr rechtlich relevant ist. Seien wir doch bereit, nachzudenken, ob statt dieser Nordspange für Graz eine andere Lösung gefunden werden kann. Wir brauchen diese Nordspange nicht. Dann werden Gutachten auf Befehl von oben herbeigezerrt, die überhaupt nicht den ökologischen Anforderungen entsprechen. Ich weiß, da reden wir hier im Landtag umsonst gegen Windmühlen, weil der Kollege Schrittwieser und ihr von eurer Seite sagt, wir machen das, was wir für richtig halten und gehen auf die Interessen der Bevölkerung hier nicht ein, weil das ist nicht notwendig. (Abg. Schrittwieser: „Das dient diesem Land, was wir machen wollen!“) Das glaubst du, wenn das dem Lande dient, was du machst, teilweise, aber sehr oft auch nicht. Man hat ja auch Fälle aus der Vergangenheit gesehen, ich will aber hier keine aufzählen.

Ein weiterer Punkt, der zur Kritik Anlaß gibt: Das Landesstraßenbudget beträgt 500 Millionen Schilling, davon nur 6,2 Millionen Schilling für Radwege. Rech-

net man den außerordentlichen Haushalt hinzu, so stehen für Landesstraßen 600 Millionen, für Radewege 16,2 Millionen Schilling zur Verfügung. Radwege werden, und das ist unbestritten, auch bei dir, Kollege Schrittwieser, obwohl du ein Verherrlicher der Autos bist, in der Regionalwirtschaft als bedeutsame Maßnahme angesehen, aber nicht einmal bei Vorzeigeprojekten, wie dem Murradweg, gelingt die lückenlose Realisierung. Wir stellen daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Mittel für den Bau und die Erhaltung von Radwegen auf Kosten des Baues und der Erhaltung von Landesstraßen zu erhöhen. Ich würde mir wünschen, Herr Landesrat Ressel, wenn man dem Radwegebau jenen Platz im Budget einräumen würde, den diese Projekte auch verdienen.

Und ein Letztes, ich weiß nicht, ob du es erwähnt hast, Sigi, die GKB – du weißt, daß der Vertrag hier ausläuft und an den Bund fällt. Ich appelliere an die Verantwortlichen im Interesse der öffentlichen Verkehrserschließung, daß man sich heute schon Gedanken macht, nicht dann, wenn es zu spät ist, wie man die GKB erhalten kann, verbessern kann und wie man das – du hast es erwähnt – im Sinne des Verkehrsverbundes, die GKB von seiten des Landes entsprechend einbinden kann, weil dies einfach eine unerläßliche Maßnahme ist. Und es wäre traurig, und es wäre wirklich dramatisch und tragisch, wenn die GKB-Verkehrslinien auf Grund des Auslaufens des Vertrages einfach gesperrt werden. Ich glaube, das wünscht sich der Kollege Kröpfl nicht und auch andere nicht. Ich glaube, es ist höchste Zeit, daß wir Landespolitiker hier heute schon beginnen, ich hoffe, daß es schon einige Überlegungen gibt, daß wir dieses GKB-Verkehrsnetz für die Menschen aus dieser Region erhalten. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und der ÖVP. – 15.57 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Keshmiri.

Abg. Keshmiri (15.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Kollege Schrittwieser, ich frage Sie, Sie haben vorhin gesagt, Sie haben 100.000 Unterschriften gesammelt. Haben Sie auch denen, die unterschrieben haben, gesagt, wie die Kostenexplosion aussieht oder wie sie besser gesagt schon ausschaut und ausgeschaut hat? Ein Beispiel: Sondierstollen wird bereits auf das Dreifache geschätzt von den ursprünglichen Kosten, vor der Ausschreibung 1992 300 bis 320 Millionen Schilling, bei Baubeginn 1994 430 Millionen Schilling, und im Frühjahr 1997 werden die Kosten auf sage und schreibe 950 Millionen Schilling geschätzt, obwohl erst ein Viertel des Vortriebes stattgefunden hat. Das heißt, drei Viertel müssen noch vorgetrieben werden. Und wie hoch die tatsächlichen Kosten ausschauen vom Semmeringbasistunnel, ich glaube, das können wir überhaupt noch nicht abschätzen, weil auch die Praxis und die Vergangenheit gezeigt hat, daß speziell große infrastrukturelle Projekte oft das Doppelte oder sogar das Dreifache kosten und daß auch eine dänische Studie bewiesen hat, daß die Baukosten bei größeren Infrastrukturprojekten über-

schritten werden, zu 50 bis 100 Prozent. (Abg. Schrittwieser: „Sind Sie gegen den Tunnel?“) Unter solchen ungeklärten finanziellen Voraussetzungen sind wir nicht für den Tunnel, wir sagen sogar, es wäre sinnvoller, das Geld in der Obersteiermark zum Beispiel für zukunftsweisende Technologieprojekte zu investieren, wo eine längerfristige Absicherung von Arbeitsplätzen stattfinden könnte. (Abg. Dr. Lopatka: „Hat die Frau Kollegin Keshmiri unterschrieben?“) Sie wissen offensichtlich noch nicht, daß die EU bereits ein Projekt genehmigt hat für den Transitverkehr in den Süden und daß die Steiermark da wahrscheinlich nicht beteiligt sein wird, weil eben die Transitstrecke außen vorbeigeht, und nicht über den Semmeringbasistunnel. (Landesrat Ing. Ressel: „Seien wir froh!“) Auf Grund dieser Fakten, die ich gerade gesagt habe, kann ich auch – ich weiß nicht, wer das vorhin gesagt hat, ich glaube, jemand von der ÖVP – sagen, daß es deswegen privat finanziert werden muß, weil der Staat für solche immensen Ausgaben, für solche Monsterprojekte offensichtlich kein Geld dazu hat. Gute Verkehrspolitik in der Steiermark von der SPÖ? Sie haben nichts für die Bahnstrecke Palten-Liesingtal übrig, sie haben einen unkoordinierten Tunnelbau – der Martin Wabl hat es vorhin schon angesprochen – in Leoben. Nach Jahren kommt man darauf, daß man für den zweiten Tunnel, für den Traidersbergtunnel kein Geld hat und daß der Galgenbergtunnel nur rentabel ist, wenn beide Tunnel gebaut werden. Also, wo ist da eine gute Verkehrspolitik, bitte?

Und zum Dritten, der Martin Wabl hat das auch schon angesprochen, das Ennstal. Die SPÖ sagt, sie steht hinter den Interessen der Steirer. Ich frage mich, warum ist nach 30 Jahren noch keine Lösung im Ennstal gefunden worden? Warum werden die Bälle zwischen den Großparteien hin- und hergeworfen? (Landesrat Ing. Ressel: „Dann lesen Sie einmal die Geschichte des Ennstales. Sie haben nicht die geringste Ahnung!“) Warum machen die SPÖ und die ÖVP eine inkonsequente Verkehrspolitik in der Steiermark? Sie, Herr Klubobmann Flecker, Sie haben gesagt, Ennstaltrasse ja, vor der Wahl sagen Sie ja, nach der Wahl sagen Sie wieder nein. (Abg. Dr. Flecker: „Haben Sie mich schon einmal nein sagen hören?“) Oh doch, schon öfter! (Abg. Dr. Flecker: „Reden Sie nicht so einen Blödsinn!“) Also, wenn das die Interessen der SPÖ bezüglich Verkehrspolitik sein sollen, dann kann ich dem nichts abgewinnen.

Die Fronten im Ennstal sind gehärtet, das heißt, es gibt verschiedene öffentliche Interessen. Es gibt auch verschiedene politische Interessen. Und solange die Fronten nicht aufgeweicht sind, kann man auch – glaube ich – sehr schwer zu einer Lösung finden. (Abg. Dr. Flecker: „Frau Kollegin!“) Ja, bitte? (Abg. Dr. Flecker: „Bei der letzten Landtagssitzung ward ihr für die ennsnahe Trasse. Warum seilt ihr euch ab?“) Wir seilen uns nicht ab. (Abg. Dr. Flecker: „Uns wollt ihr es vorwerfen!“)

Wir sind nach wie vor für eine rasche Lösung im Ennstal, wir wollen nur versuchen, sie auch zu verwirklichen. (Abg. Dr. Flecker: „Unterschreiben Sie mit uns, wir laden euch ein!“) Wir haben auch schon einen runden Tisch eingefordert, der bis jetzt überhaupt noch nie stattgefunden hat mit der EU gemeinsam. Das war ein Beschlußantrag von uns. Wir haben auch

einen Beschlußantrag eingebracht, daß die Bevölkerung entlastet wird mit dem Fahrverbot für 7,5 Tonnen. Das wurde auch abgelehnt. Und solange die Fronten nicht aufgeweicht sind, das heißt, die Befürworter und die Gegner im Ennstal ganz konkret. (Abg. Dr. Flecker: „Ihr seid aber nicht mehr lang herinnen!“) Da würde ich mir aber nicht so sicher sein.

Also, wir schlagen deshalb vor, daß ein Gesamtkonzept erstellt werden sollte, damit man eben schaut, welche Interessen im Ennstal vorhanden sind. Was will man im Ennstal, will man eine Transitstrecke, will man eine Wirtschaftsregion, will man eine Tourismusregion? Und dieses Gesamtkonzept sollte unserer Meinung nach auf Basis der Regionalkonzepte erstellt werden. Und dadurch, daß man vielleicht die Fronten oben im Ennstal aufweicht, daß beide festgefahrenen Fronten bereit wären, sich zu einer Lösung zu finden.

Ich möchte daher den Beschlußantrag vorlesen, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Basis der bereits bestehenden Regionalkonzepte ein Gesamtkonzept Ennstal vorzulegen, aus dem ersichtlich wird, welche Interessen für die Zukunft in der Region im Vordergrund stehen und dieses Gesamtkonzept unter Einbeziehung der EU-Vorgaben als Grundlage für eine Verkehrsweglösung im Ennstal zu verwenden. Danke! (16.02 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, ich würde Ihnen jetzt vorschlagen, daß wir nach den Hauptrednern dieses Teiles der Gruppe 6 eine Lüftungspause einschieben, und zwar in der Dauer von 20 Minuten. Wir nehmen die Sitzung aufgerundet um 16.25 Uhr wieder auf, und ich bitte, bis dahin die Fenster zu öffnen. (Unterbrechung der Sitzung: 16.03 bis 16.29 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Erster Redner ist der Herr Abgeordnete Kröpfel, und ich bin sicher, er wird mit einer profunden Rede das Haus wieder füllen.

Abg. Kröpfel (16.29 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! (Beifall bei der FPÖ)

Ich bedanke mich für diese Einbegleitung und auch für diesen Auftrittapplaus. Ich werde mich bemühen, auch wenn die Ränge nicht besonders gefüllt sind, trotzdem die Anliegen des Bezirkes Deutschlandsberg ein bißchen in den Vordergrund zu rücken. Zumindest der Bezirk ist vertreten, Reinhold, danke. (Abg. Purr: „Bezirksdelegation!“) Wie unser Verkehrssprecher Sigi Schrittwieser schon gesagt hat, die Verkehrspolitik ist in den letzten Jahren auf andere Schienen gestellt worden, und ich hoffe, daß es in dieser Richtung weitergeht. Ich möchte zu ein paar Schwerpunkten in unserem Bezirk Stellung nehmen.

Punkt 1: Die Koralmbahn. Dieses Projekt ist nicht nur für unseren Bezirk von besonderer Bedeutung, sondern hat auch gewaltige Auswirkungen für die gesamte Region. Die Forderung ist sicherlich nicht neu, aber trotzdem müssen wir sie immer wieder wiederholen, und wenn mit der Errichtung der Koralmbahn, mit dieser Direktverbindung zwischen Graz und

Klagenfurt, wenn dies gelingt, dann ist für die Schiene ein Quantensprung erreicht. Und erfreulich an diesem Projekt ist, daß ausnahmsweise alle Parteien dahinterstehen und daß es auch von der Bevölkerung überaus positiv aufgenommen wird. Und mich freut es, daß wir jetzt in der Planungsphase sind. Ich hoffe wirklich, daß auch ich noch einmal durch diesen Koralmtunnel durchfahren kann und durchfahren werde. (Abg. Purr: „Du schon!“)

Der zweite Punkt, da möchte ich die GKB ansprechen, und da bin ich bei Martin Wabl, der hat das ja auch schon aufgegriffen. Wir haben im Rahmen der Leitbilddiskussion für unser Bezirksleitbild einige Male über diese Verkehrsprobleme diskutiert, und Genosse Gressenberger hat zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der Bahnlinie zwischen Graz und Deutschlandsberg-Wies-Eibiswald gemacht. Leider kann ich nicht ganz auf diese einzelnen Punkte eingehen, denn mit diesen fünf Minuten komme ich sonst nicht weiter. Wir haben diese Vorschläge weitergeleitet und werden darauf achten, daß zumindest einige davon verwirklicht werden. Wenn schon viele Menschen aus unserem Bezirk auspendeln müssen, dann sollen sie doch die Möglichkeit haben, dies rasch und bequem zu tun. Neben der Verbesserung der GKB-Bahnlinie muß es uns im kommenden Jahr vor allem auch um den Erhalt dieser Verkehrsader gehen. Wir werden alles unternehmen, und einige Schritte dazu haben wir schon gesetzt, damit die GKB, wenn auch unter einem anderen Betreiber, erhalten bleibt. Wenn ich schon beim Betreiber bin, bin ich hier ganz bei Landeshauptmannstellvertreter Schachner und Landesrat Ressel, denn beide vertreten die Meinung, daß es nicht so sein kann, daß für den öffentlichen Verkehr in der Steiermark plötzlich keine Bundesmittel mehr zur Verfügung stehen und alles privat finanziert werden sollte. (Beifall bei der ÖVP.) Der öffentliche Verkehr hat eine wichtige soziale Aufgabe, und daher müssen auch genügend Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden. Ein weiterer, dritter Punkt betrifft die Infrastrukturverbesserung. Seitdem Landesrat Ressel das Verkehrsressort übernommen hat, wurden im Bezirk Deutschlandsberg viele verkehrssichernde Maßnahmen und zahlreiche Verbesserungen im Landes- und Bundesstraßenbereich durchgeführt. Im Landesstraßenbau wurden insgesamt 31,6 Millionen Schilling im letzten Jahr verbaut, bei den Bundesstraßen wurden 29,4 Millionen Schilling eingesetzt, zirka 66 Kilometer Radwege wurden bei einem Kostenaufwand von 25,5 Millionen Schilling errichtet. Es wurde viel weitergebracht, und diese Investitionen in die Straße tragen dazu bei, daß Deutschlandsberg als Wirtschaftsstandort noch attraktiver geworden ist. Deutschlandsberg ist nicht im Abseits, wie dies bei einer Veranstaltung der Jungen ÖVP behauptet wurde, im Gegenteil, Deutschlandsberg hat einen ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, und Landesrat Ressel hat mit seinem Einsatz für unseren Bezirk wesentlich dazu beigetragen.

Noch einen letzten Punkt, und zwar die Kreisverkehre, möchte ich nennen: Die Kreisverkehre tragen ungeheuer zur Verkehrssicherheit bei. Seitdem im Bezirk Deutschlandsberg an den neuralgischen Punkten Kreisverkehre installiert wurden, sind erstens die Unfälle zurückgegangen und zweitens haben sich

seither an diesen Kreuzungen keine schweren Unfälle, Unfälle mit Todesfolgen oder mit Schwerstverletzten, mehr ereignet. (Abg. Tasch: „Warum nicht die Wahrheit sagen, daß es Krainer war!“) Kreisverkehre sind gewöhnungsbedürftig. Und daran gewöhnen werden sich auch manche Kritiker müssen, und zwar im Sinne der Verkehrssicherheit. Festhalten darf ich noch, daß Landesrat Ressel weder der Erfinder noch der Planer dieser Kreisverkehre ist. Als Abschluß möchte ich noch einen Appell an dich richten, lieber Herr Landesrat: Unterstütze unseren Bezirk weiterhin, damit es für uns gute Voraussetzungen für die Wirtschaft und damit auch für die Arbeitsplätze in unserem Bezirk gibt. Danke. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 16.35 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Siehst du, lieber Abgeordneter Kröpfel, du hast mit deiner Rede die Zahl der Abgeordneten um über 100 Prozent erhöht. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Purr. Ich bitte ihn ans Rednerpult.

Abg. Purr (16.36 Uhr): Herr Präsident! Ich ziehe meine Wortmeldung zurück. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 16.36 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt bin ich neugierig, ob auch die weiteren Damen und Herren auf diese Art den Applaus sich holen. Auf der Rednerliste steht jedenfalls der Herr Abgeordnete Dirnberger.

Abg. Dirnberger (16.36 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte zu dieser Gruppe das Wort ergreifen und hier vor allem die Probleme bei der verkehrstechnischen Erschließung des Bezirkes Voitsberg aufzeigen. Das ist zum einen die B 70 und zum anderen die Eisenbahnlinie der GKB, was zum Teil schon angesprochen wurde. Beide sind, so glaube ich, lebenswichtige Verkehrsadern des Bezirkes. Bei der B 70 haben wir die Situation, daß zwei Teilstücke Krottendorf-Gaisfeld und Krottendorf-Mooskirchen noch nicht ausgebaut sind, und das ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß man in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren sich auch in der Region nicht einig war, welche Anschließung an die A 2 für den Bezirk wichtig ist. Damals wurde von einem Teil der Kommunalpolitiker, vor allem aus dem städtischen Bereich, eine Anschließung in Richtung Kärnten über St. Martin zur A 2 gefordert. In der Zwischenzeit hat sich vieles verändert, in den Verfahrensabläufen, in der Gesetzgebung, aber auch die Zeit hat entschieden, daß die Interessen des Bezirkes Voitsberg nur im Großraum Graz liegen können. Man ist sich in der Region seitens der Regionalpolitik endlich einig, daß man das auch geschlossen unterstützt. Der Abschnitt Krottendorf-Mooskirchen umfaßt die Gemeinden Söding und St. Johann. Hier ist man soweit, daß die generelle Planung beim Ministerium genehmigt werden muß. Beim Abschnitt Krottendorf-Gaisfeld ist man einen Schritt weiter. Derzeit wird im Ministerium entschieden, ob eine Bürgerbeteiligung oder ein UVP-Verfahren eingeleitet werden muß. Wie kommt es dazu? Es gibt die Novelle im Umweltverträglichkeitsgesetz seit 1. Jänner 1997, wo es heißt, daß Straßen-

abschnitte unter fünf Kilometer nicht zwingend einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen, es sei denn, die Gemeinden oder die Umweltschutzbehörde fordert das. Die Gemeinde Krottendorf-Gaisfeld fordert dies mehrheitlich nicht, aber sehr wohl die Umweltschutzbehörde, weil sie eine Beeinträchtigung der Vogelschutzinsel befürchtet, wo die Trasse vorbeiführt. Wie schon gesagt, die Entscheidung liegt beim Ministerium. Das Ministerium wiederum hat die zuständige Fachabteilung um eine Stellungnahme ersucht. Wenn diese Stellungnahme dementsprechend begründet werden kann, daß die Argumente des Umweltschutzes entkräftet werden, dann wird mit der Bürgerbeteiligung das Auslangen gefunden, was wir aus regionaler Sicht sehr befürworten, weil wir glauben, wenn eine Umweltverträglichkeitsprüfung kommt, dann würde das eine wesentlich längere Zeit in Anspruch nehmen. Daß es aber durchaus sein kann, daß eine Umweltverträglichkeitsprüfung kommt, das wissen wir, und da darf ich vor allem Sie, Herr Landesrat, ersuchen, daß, wenn die Umweltverträglichkeitsprüfung kommt, vom Land Steiermark alle zuständigen Abteilungen wirklich beauftragt werden, möglichst rasch zu arbeiten, weil jede Zeitverzögerung für unsere Region, und hier spreche ich nicht von Wochen und Monaten, sondern das betrifft Jahre, wirtschaftlich nicht nur katastrophal, sondern schon langsam tödlich ist. Eine zweite Verkehrs- oder Lebensader ist die GKB, die Eisenbahnlinie, aber auch die Buslinie der GKB. Die GKB hat in der Steiermark aus Verkehrssicht einen ähnlichen Status wie die ÖBB, vor allem im Hinblick auf die Bedienung des Pendler- und des Güterverkehrs. Das Problem bei der GKB ist jetzt, daß 1998 die Konzession ausläuft und an den Bund zurückfällt. Die Verkehrsbetriebe bei der GKB, gegliedert in den Busbetrieb, der keine finanziellen Probleme hat, und in die Eisenbahnlinie, die einen jährlichen Abgang von 300 Millionen Schilling verzeichnet, sollten vom Bergbau getrennt werden. Es ist sehr erfreulich, wenn Verkehrsminister Einem anlässlich einer GKB-Enquete erklärt, daß die GKB, gemeint sind die Eisenbahn- und Busunternehmen, uneingeschränkt aufrechterhalten bleiben, und die sozialen Rechte der Mitarbeiter, die Pensionen und dergleichen unangetastet bleiben, aber der Bund, und das verwundert mich, sieht sich allerdings nicht in der Lage, das Unternehmen weiterzuführen. Da kann ich nur die Meinung unterstützen, daß es nicht so sein kann, daß der Bund sich hier aus der Verantwortung schleicht. Es ist geplant, daß eine internationale Ausschreibung durchgeführt wird, wo die GKB-Verkehrsbetriebe dann verkauft werden, oder es wird, besser gesagt, ein neuer Betreiber gesucht. Und hier stellt sich schon die Frage, wie wird man einen neuen Betreiber finden, wenn man ein Unternehmen hat, was jährlich bis zu 300 Millionen Schilling Defizit abwirft. Es sei denn, es wird vorher geklärt, wer den Abgang abdeckt, Bund, Land, Gemeinden? Und hier haben auch die Gemeinden bereits – das heißt die Bürgermeister unserer Städte – erklärt, daß sie sich nicht vorstellen können, daß sie sich an einer Defizitabdeckung beteiligen. Es sind aber noch eine Reihe anderer Fragen zu klären, das betrifft zum Teil den zweigleisigen Ausbau bis Lieboch, die generelle Elektrifizierung in Richtung Köflach, aber auch Wies, und vor allem, wer auch diese Investitionen tätigt, und natürlich, wenn man einen zweigleisigen